

Was uns die RAF zum Mord an von Braunmühl zu sagen hat S. 12

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 275, 20. 10. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Stimmensegen nach dem Hirtenbrief

GRÜNE zwischen Himmel und Hölle

- Interview mit Thomas Ebermann
- Beiträge zur Bundestagswahl 1987



Da jauchzt die Ökopartei: Bayern hat einen kräftigen grünen Fleck auf dem Wams. Und ist zugleich zutiefst zerknirscht: Auf das grundsätzliche Minimum des *Prinzips* Hoffnung haben sich die Träume reduziert, an der Seite des Bruder Johannes demnächst in Bonn irgendwie „Verantwortung" übernehmen zu dürfen. Dem sind die Knie weich geworden. Im Vertrauen auf die Superstrategen Glotz, Hombach, Clemens hat die SPD Kurs genommen, wurde parteitags- und medienmäßig unter Dampf gesetzt, und nun stellt sich heraus, in welchen Untiefen sie sich befindet. Vor dem Tanker liegt der Strand, hoffentlich macht der Kapitän wenigstens eine gute Figur.

Die Grünen haben es geschafft, den denkbar kleinsten Nenner progressiver Tradition — „Freude schöner Götterfunken" — mit einem „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" zu unterbieten. Ein von ihnen beschlossener Hirtenbrief an das Wählervolk beweist, daß sie nach wie vor in der Lage sind, *noch* sympathischer und *noch* friedfertiger zu werden. Der bayerische Lohn wird sie auf diesem christlichen Weg bestärken. Freilich: *noch* friedfertiger zu werden. Der bayerische Lohn wird sie auf diesem christlichen Weg bestärken. Freilich: Zuvor mußten Blut und Wasser geschwitzt werden, weil Münchner WAA-Gegner trotz dringenden Abratens der Partei demonstriert haben. Hoffentlich läßt sich die Hamburger Linke deshalb nicht davon abhalten, einen alten Traum der Arbeiterbewegung zu erfüllen und die Frauenliste der GAL zu wählen.

Immerhin 40% der grünen Delegierten haben auf dem Nürnberger Parteitag gegen die flügelübergreifende Aussöhnung votiert, die natürlich Realpolitik ist, weil es den Realos gelang, die Tür zum Seniorpartner noch weiter aufzumachen. Die Minderheit will nicht vom Protest zum Protestanten fortschreiten. Mit teuflischem Geschick hat der AK den Störenfrieden seine Spalten geöffnet.

Brauchen die Grünen die rote Karte? Oder sind sie in Ermangelung an Besserem einstweilen doch noch zu gebrauchen? Der Wahlkampf oder Nichtwahl-Kampf schlägt seine Wellen.

Minister Fischer, der sein einjähriges Dienstjubiläum feiert, gelingt mit Erscheinen dieses AK das Kunstück, in drei recht unterschiedlichen Zeitungen mit dem gleichen Ausdruck der Bewunderung beschrieben zu werden. Keiner mache es ihm nach, meinte der Frankfurter „Pflasterstrand", Pathos zu verbreiten, während man aus einer Aktenlage die Schließung von Atomanlagen herleitet. Keiner mache ihm seinen Auftritt auf Parteitagen nach, bemerkte auch die „FAZ" beifällig nickend, den er, dramatisch kunstvoll, durch sukzessives Erscheinen 1. seiner bemerkte auch die „FAZ" beifällig nickend, den er, dramatisch kunstvoll, durch sukzessives Erscheinen 1. seiner Freundin, 2. seines Hundes und 3. seiner selbst einleite. Wir schließen uns der Wertung an. Das macht ihm keiner nach. In *dieser* Reihenfolge. Mit *dieser* Steigerung.

Auf den Seiten 4 und 6 - 11.

Am 8. Nov. in Hanau

10 Uhr: Beginn des Kulturprogramms auf dem Hanauer Marktplatz

11 Uhr: Beginn der **Auftaktkundgebung**
- Zur Geschichte des AKW-Widerstandes (Anita Aschenbrenner, Radi-Aktiv, Nürnberg)
- AKW-Bewegung nach Tschernobyl (Vertreter/in von EKLAT)
- Kriminalisierung (utonome Hanau)
- Aktuelles zu Hanau (Initiativgruppe Umweltschutz Hanau)

Anschließend: **Demonstration** zum Gelände des Atomzentrums

Zwischenkundgebung am Gelände
- Zusammenhänge der zivilen und militärischen Atomnutzung (Karl-Heinz Roth, Hamburg)
- Arbeitsplatzvernichtung durch Atomenergie (Vertreter/in des NUM, Großbritannien)
- Nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika (Wolf Geisler, Mitglied des AAB)

Demonstration zurück in die Stadt.

„Todesstoß für Hessens Nuklearbetriebe?", titelte besorgt die FAZ. Gegen die Geschäftsführer der Plutoniumfabriken ALKEM und RBU sowie gegen hohe Beamte des hessischen Staatsdienstes wird Anklage wegen illegalen Betriebes kerntechnischer Anlagen erstattet. Auch ein neuer Vorstoß Joschka Fischers macht in der Presse Furore. Darin stellt er, gestützt auf Gutachten des Westberliner Rechtsanwalts Geulen, fest: Die sofortige Schließung der Hanauer Betriebe ist rechtlich geboten. Dieselbe Schließung übrigens, die der Minister noch vor kurzem als „nicht in der Kompetenz des Landes Hessens liegend" bezeichnete, entgegen allen Argumenten der Bürgerinitiativen ... Aber wer wird da nachtragend sein? Dennoch sei die Bemerkung erlaubt: Kein Minister hat die zwielichtigen Geschäfte der osthessischen Atomzentren in den Brennpunkt des In-

Fortsetzung auf Seite 2

Alice Schwarzer fordert Parteien

Verfassungsklage über § 218

Alice Schwarzer, Herausgeberin der Frauenzeitung „Emma", macht wieder von sich reden. Sie hat den Vorschlag initiiert, eine Verfassungsklage gegen den Strafrechtsparagraphen 218 zum Wahlprüfstein für die Bundestagswahlen zu machen. Die Stellung zu diesem Klagevorschlag soll die Entscheidung, welche Partei frau wählen — vermutlich eher nichtwählen — kann, erleichtern. Ziel soll eine neue Kampagne gegen die geltende Indikationsregelung bei Abtreibungen sein. Alices Idee hat heftige Reaktionen ausgelöst. SPD-Oberfrau Herta Däubler-Gmelin warnt die Frauengruppen, sich von Alice nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und appelliert an die Frauensolidarität. Die Grünen argumentieren einerseits mit der juristischen Aussichtslosigkeit dieses Vorhabens, andererseits verweisen sie beleidigt auf ihre Alternative, das Antidiskriminierungsgesetz. Bei beiden darf man unterstellen, daß der Wunsch, den § 218 nicht zum Wahlkampfthema zu machen, *Vater* der Kritik ist.

Der Vorschlag von Alice Schwarzer wird in einer Situation gemacht, wo die konservative Reaktion — zuletzt auf dem Aachener Katholikentag — ihre Hetze gegen abtreibende Frauen als „Mörderinnen" ins Maßlose steigert. Und wo gleichzeitig in Teilen der Frauenbewegung und bei den Grünen eine neue, „linke" Lebensschutzdiskussion an Boden gewinnt. Statt Vorrang des Selbstbestimmungsrechts der Frauen jetzt tendenziell Vorrang für den „Schutz des ungeborenen Lebens", bei gleichzeitiger Betonung, daß Strafen nicht hilft. Ist der Lebensschutz die mögliche Schnittstelle zwischen konservativen Christen und christlichen Moralisten, die immer stärker im grünen Gewande daherkommen?

In Teilen der alten Frauenbewegung stößt Alice Schwarzers Initiative trotz Vorbehalten deswegen auf Gegenliebe, weil nach langer Zeit des Stillstands endlich wieder Bewegung in die Diskussion um den § 218 kommt.

Wir stellen in diesem AK den Schwarzer-Vorschlag und ihr „Manifest" Verfassungsklage vor.

Wir bilanzieren die grüne Diskussion um den Paragraphen, die die Lebensschützer auf dem Vormarsch sieht.

Wir haben ein Interview mit Verena Krieger gemacht, die Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinshaft Frauen bei den Grünen ist. Sie sieht bei Teilen der Grünen den moralischen Knüppel als Fortsetzung des Strafrechts mit anderen Mitteln. Sie erläutert aus ihrer Sicht die Ablehnung des Vorstoßes Verfassungsklage von Alice Schwarzer.

Auf den Seiten 18 - 21.

Aus dem Inhalt



Schmücker-Prozeß

Fortsetzung von Seite 1

teresses gerückt. Fischer handelt (d. h. er schreibt seine Briefe) wegen des Rummels, der in den letzten Wochen um Hanau entstanden ist.

Da sickert radioaktiv verseuchtes Wasser in die Erde, Vergiftung des Grundwassers droht. Es geschieht: Nichts! Da ermittelt der Staatsanwalt gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten Warrikoff und drei seiner Kumpane in der Atomlobby. Börner sagt: Alles Quatsch. Da werden große Mengen des hochgiftigen Plutoniums — mal 40 kg, mal 15 — in herausgefälscht. Taten, die nach bürgerlichem Recht die Verantwortlichen eigentlich für etliche Jährchen hinter Gitter bringen müßten. Aber erst jetzt, wo's brodelt und stinkt, wagen sich auch die Realo-Grünen wieder in Sachen Hanau hervor; klagt etwa ihr hessischer Haus- und Hofjournalist KPK („taz") plötzlich die „sozialdemokratisch geführte Landesregierung" an, statt von der heißgebliebten rot-grünen Koalition zu schwärmen. Es scheint hier das „Standbein" außerparlamentarische Bewegung mehr Bewegung ins Spiel zu bringen, als das inzwischen festgewachsene „Spielbein" Parlamentarismus nach Realo-Manier.

Bewegung, Aufregung und Hektik hat die bloße Ankündigung einer Großdemonstration in Hanau für den 8. November bei den Betreibern verursacht. *„Es sieht ganz danach aus"*, sorgt sich wieder die FAZ (Regionalausgabe vom 3.9.), *„als stünden Hanau unruhige Zeiten bevor. Das befürchtet offensichtlich auch die Atomindustrie im Stadtteil Wolfgang. Der Bau eines 1,7 Kilometer langen Schutzzaunes für vier Millionen Mark in der Art, wie er um das Gelände für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf errichtet wurde, ist ein deutliches äußeres Indiz."*

Die Hanau-Demonstration scheint in ein Wespennest zu stoßen. Dabei ist ja die bürgerliche Presse kaum geneigt, neben all den Skandalen und Skandälchen die eigentlichen „Knüller", die die Hanau-Story bietet, aufzugreifen:

In Hanau könnte die BRD innerhalb kürzester Frist mit dem Aufbau einer eigenen großen Atomstreitmacht beginnen. Alle dafür notwendigen Technologien sind vorhanden, die Reserven an hochangereichertem Uran und Plutonium würden schon jetzt für eine dreistellige Zahl von Atomsprengköpfen ausreichen und sollen im übrigen in den nächsten fünf Jahren gewaltig aufgestockt werden. Hanau ist schon heute unlösbar mit realer militärischer Nuklearpolitik verbunden. Aus der Bundesrepublik stammen Material und Know-how, die den Rassisten in Südafrika die Atombombenproduktion ebenso ermöglichten wie etwa Brasi-

te unlösbar mit realer militärischer Nuklearpolitik verbunden. Aus der Bundesrepublik stammen Material und Know-how, die den Rassisten in Südafrika die Atombombenproduktion ebenso ermöglichten wie etwa Brasi-

lien. Beste Connections pflegt die Atommafia vorzugsweise zu rechten und diktatorischen Regimes, und sie erhält dafür z. B. völkerrechtswidrig Uranlieferungen aus dem annektierten Namibia.

Hanau bietet — und das ist eine nicht alltägliche Situation — massive Gründe sowohl für die Anti-AKW-Bewegung als auch für die Friedens- und die 3. Welt-Solidaritätsbewegung, aktiv zu werden; Möglichkeiten, inhaltlich und auf der Aktionsebene zusammenzuarbeiten. Ein erster Schritt wäre da die gar nicht so schwierige Erkenntnis, daß dasselbe Plutonium, das für Atomwaffen benutzt wird, bei der „friedlichen Nutzung" entsteht ... Mögen solche Chancen, mag die Hanau-Demonstration insgesamt ein bißchen eine „Kopfgeburt" sein: Das wäre wahrlich kein Vorwurf, der die Veranstalter ins Büßergewand zwingen würde.

In bekannter Art und Weise versuchen die Betreiber der Firmen, die Aufmerksamkeit angesichts der Demonstration von ihren Inhalten weg auf die allseits beliebte „Gewaltfrage" zu lenken. Der Bau des Zaunes — übrigens vom hessischen Innenministerium empfohlen — dient dazu ebenso wie Diskussionen in diversen Stadt- und Kreisparlamenten des Äppelwoi-Ländles, ob die Aktion nicht verboten werden könne.

Dem hektischen Treiben steht der Beginn konkreter Mobilisierung durch die Anti-AKW-Bewegung gegenüber, die sich durch solche Drohungen nicht beeindrucken läßt. Längst sind die Diskussionen um die Aktionsziele unter allen Trägergruppen, einschließlich der Autonomen, einvernehmlich abgeschlossen: Nicht in der Aktionsform, sondern in den Inhalten soll für dieses Mal Radikalität und Durchschlagskraft der Demo liegen. Weder mit den Polizeikräften, noch am frisch umzäunten Gelände sollen irgendwelche militanten Auseinandersetzungen gesucht werden.

Von Anfang an wurde, in bester Tradition der Anti-AKW-Bewegung, die Diskussion um die Aktionsform aber nicht vermischt mit grundsätzlichen Bekenntnissen zur sogenannten „Gewaltfrage". Die Hanau-Aktion ist konzipiert als eine praktische Zurückweisung des Distanzierungsdrucks, der nach Brokdorf und Wackersdorf inszeniert wurde. Hanau ist auch eine Demonstration gegen Kriminalisierung und Ausgrenzerei.

Das schafft bekanntermaßen nicht nur Freunde. Ein wahres Sperrfeuer der bürgerlichen Presse prasselte auf den Frankfurter Anti-AKW-Kongreß im Sonner dieses Jahres, der die Aktion initiiert hatte. Ein Offener Distanzierungsbrief grüner und anderer Prominenz forderte die grundsätzliche Abgrenzung von allen Militanten. Querfeuer gegen die Demonstration kam auch von Kreisen aus SPD und DKP, wie von Realo-Grünen Kräften und deren Freunden in der hessischen „taz". Da wurden Gerüchte über angeblich geplante Gewalttaten kolportiert, infamerweise ein „Redeverbot gegen Robert Jungk" erfunden, und Meldungen über angeblich tiefste Zerstrittenheit im Trägerkreis gingen über die Ticker von Deutschlands einziger ...

Trotz allem ist es gelungen, unter Einbeziehung der Autonomen ein Bündnis zustandezubringen, das über das linksradikale Spektrum hinausgeht. So zählen zu den Trägern der Demo neben allen größeren Zusammen-

Trotz allem ist es gelungen, unter Einbeziehung der Autonomen ein Bündnis zustandezubringen, das über das linksradikale Spektrum hinausgeht. So zählen zu den Trägern der Demo neben allen größeren Zusammen-

schlüssen der Anti-AKW-Bewegung u. a. auch:

— die Grünen, vertreten durch Bundesvorstand und Bundestagsfraktion
— Vertreter/innen von EKLAT, dem wichtigsten Zusammenschluß der nach Tschernobyl entstandenen Gruppen und Initiativen
— neben dem Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen weitere Südafrika- und 3. Welt-Zusammenschlüsse
— aus dem Kreis des KA der Friedensbewegung neben dem BUF auch der BBU und die DFG/VK.

Außerdem ruft der Koordinationsausschuß mit der Hanau-Demonstration erstmals alle Friedensgruppen zur Beteiligung an einer Anti-AKW-Demonstration auf!

Auch das Anliegen, „alte" und „neue" AKW-Bewegung durch die Demonstration zusammenzuführen, scheint mindestens ansatzweise verwirklichbar. Die Vertreter von EKLAT haben im Trägerkreis deutlich gemacht, ihr Ziel sei die Eingliederung der nach Tschernobyl entstandenen Initiativen in eine einheitliche Anti-AKW-Bewegung, die ohne Ausgrenzung solidarisch zusammenarbeiten müsse.

Die Hanau-Demonstration bietet Chancen für die Linke, inhaltlich neue Türen aufzustoßen, was über den Tag hinaus wichtige Perspektiven verspricht. Chancen, gegen den Ausgrenzungsdruck Spielräume für linke Politik zu erhalten und auszubauen. Und Chancen schließlich auch, bei erfolgreichem Verlauf hineinzuwirken in die Räderwerke sozialdemokratisch-ökologischer Zusammenarbeit. Es wird uns ein Vergnügen sein, die zentrale Demonstration im rot-grünen Musterländle auch dafür zu nutzen!

Be, Hamburg

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die Rio Tinto Zinc:

Zwischen Landraub und illegalem Urangeschäft

Die Hanauer Großdemonstration am 8. November rückt das schmutzige Geschäft einmal mehr ins Licht der Öffentlichkeit: Entgegen dem international geltenden Recht bezieht die bundesdeutsche Atomindustrie Uran aus Namibia. 8 Mio. DM investierte das Bundesforschungsministerium in die Erkundung der namibischen Uranvorkommen. Für die preiswerte Ausbeutung des begehrten „gelben Kuchens" im Dienste der internationalen Nuklear-Mafia ist ein britischer Konzern zuständig, dessen Name überall auf der Welt mit Landraub und Menschenrechtsverletzungen verbunden ist: die „Rio Tinto Zinc".

Die R.T.Z. gilt als die größte Minengesellschaft der Erde. Sie hat ihren Sitz in London und konzentrierte sich in ihren Aktivitäten stets auf das Gebiet des ehemaligen britischen Empire. Ein enges Netz von Millionären, über London, Paris und Südafrika gespannt, kontrolliert den Firmenkoloß. Selbst die britische Königin soll über einen größeren Aktienanteil verfügen. Weitaus interessanter sind jedoch andere Hauptaktionäre:

— **Baron Guy de Rothschild,** Vertreter der wohl reichsten Familie Europas. Der Baron beherrscht durch seine Unternehmen einen großen Teil des Uranmarktes in Frankreich sowie weitere Minen in der ganzen Welt.
— **S. Spiro,** Vertreter des Imperiums der südafrikanischen Familie Oppenheimer, die 80% des Diamantenhandels der Welt und einen Großteil der Uranproduktion Südafrikas beherrscht.
— **Lord Carrington,** ehemaliger Führer der britischen Konservativen im Oberhaus, Außenminister unter Mrs. Thatcher.
— **Lord Shackelton,** von 1968 - 74 Führer der Labour-Party im Oberhaus.

Derart mit finanzieller Macht und vielfältigen Kontakten gerüstet, konnte die Rio Tinti Zinc stets erfolgreich nach billigen, leicht zugänglichen Rohstoffverkommen jagen. Die „Pionierleistung" gelang dem Konzern in der

Derart mit finanzieller Macht und vielfältigen Kontakten gerüstet, konnte die Rio Tinti Zinc stets erfolgreich nach billigen, leicht zugänglichen Rohstoffverkommen jagen. Die „Pionierleistung" gelang dem Konzern in der

Erschließung von australischen Bauxit(Aluminium)-Vorkommen. 1957 nahm sich die Consolidated Zinc, die später mit Rio Tinto fusionierte und so zu R.T.Z. wurde, die Schürfrechte für Bauxit auf einer Fläche von rund 5.800 qkm im Nordosten Australiens. Das Gebiet gehörte von jeher australischen Ureinwohnern — die Minen entstanden mitten in Reservaten australischer Aborigines, die weder einen Förderzins noch irgendwelche anderen Entschädigungen erhielten.

Das Gebiet stellte sich als das bisher größte bekannte Bauxit-Vorkommen der Erde heraus. Rund zwanzig Jahre später mußten erneut die Interessen australischer Ureinwohner dem Minengiganten weichen. Im größten Aborigines-Reservat in Westaustralien sicherte sich die R.T.Z. die Schürfrechte für Diamanten. Die Ureinwohner wehrten sich erfolglos und verzweifelt gegen die Zerstörung ihres Landes.

Als in Panama im letzten Jahr öffentlich wurde, daß mitten in einem Indianer-Reservat ohne Rücksicht auf ökologische oder soziale Folgen eine riesige Kupfermine entsteht, hatte die panamesische Regierung einen mächtigen Komplizen: die R.T.Z. Ob in Mittelamerika (Kupfer), in Australien (Bauxit, Uran), in Papua-Neuguinea (Kupfer) oder in Namibia (Kupfer, Uran) — überall, wo die Lebensweise der Bevölkerung beeinträchtigt oder die Umwelt verseucht wird, hat die Londoner Minenmafia die Finger im Spiel. Daß der britische Bergbau-Konzern auch nicht davor zurückschreckt, ein ganzes Land radioaktiv zu verseuchen, belegt das namibische Beispiel nur zu deutlich.

R.T.Z. fungiert im südlichen Afrika als Hauptbetreiber eines internationalen Uran-Kartells, welches die Rössing-Mine in der Wüste Namib ausbeutet. Die Rössing-Mine ist mit Abstand die größte Uran-Mine der Erde. R.T.Z. hat die Kontrolle und das Management des Betriebes in ihren Händen. Mit im internationalen Uran-Kartell sind: eine kanadische Tochtergesellschaft von R.T.Z., einer der sieben größten japanischen Konzerne, die französische Total und natürlich die deutsche Urangesellschaft, die von der Bundesregierung kontrolliert wird. 25% beträgt der schwarz-rot-goldene Anteil am illegalen Urangeschäft in Namibia. 40% des im hessischen Hanau verarbeiteten Urans kommt aus der namibischen Wüste. Die Rössing-Produktion wird offiziell mit 5.000 t Uranoxid angegeben — Schätzungen zufolge beläuft sich die wirkliche Produktion auf mehr als das Doppelte. Mit riesigen Lastkraftwagen wird das Erz abtransportiert und sofort auf seinen Uran-Gehalt untersucht.

Was sich nicht für die Weiterverarbeitung lohnt, wird auf eine Abraumhalde gekippt, aus der für die nächsten Jahrtausende das krebserregende Radon-Gas entströmt. Das höher gehaltige Uranerz wird zu kleinen Körnern zermahlen, wobei eine riesige radioaktive Staubwolke frei wird.

Nach offiziellen Angaben der von R.T.Z. maßgeblich betriebenen Rössing-Mine fallen täglich 40.000 t feste und 80.000 cbm flüssige radioaktive Abfälle an. Hinzu kommen zwischen 500 und 2.000 t Schwefelsäure, die die Minen-Multis zum Verarbeiten des Uranerzes benötigen. Rund um die Mine werden radioaktive Partikel zerstreut, von den starken Wüstenwinden fortgetragen und überall im Land verteilt.

Wenn das Uran-Kartell im südlichen Afrika unter Führung von R.T.Z. und unter tatkräftiger Mithilfe aus der Bundesrepublik die namibische Mine bis zur Neige ausgebeutet haben wird — hinterlassen sie ein verstrahltes Land und eine zugrunde gerichtete Umwelt. Eine unvergleichlich schwere Hypothek für ein künftig unabhängiges Namibia.

Ebenso rücksichtslos geht das Uran-Kartell im südlichen Afrika mit Leben und Gesundheit der schwarzen Minenarbeiter um. Von den rund 3.000 Be-

Hypothek für ein künftig unabhängiges Namibia.
Ebenso rücksichtslos geht das Uran-Kartell im südlichen Afrika mit Leben und Gesundheit der schwarzen Minenarbeiter um. Von den rund 3.000 Be-

schäftigten der Rössing-Mine sind über 2.000 Afrikaner. Die Weißen stellen das Aufsichts- und Büropersonal, in der Mine arbeiten die Schwarzen. Ob in der Grube oder im Freien, die Minenarbeiter sind ständig dem gefährlichen Uranstaub ausgesetzt. Die Zahl der an Krebs verstorbenen Uran-Bergarbeiter wird weltweit auf über 1.300 geschätzt. Hinzu kommt, daß die durch Radioaktivität verursachte Erkrankung oft erst nach 10 bis 20 Jahren auftritt und genetische Schäden kaum erforscht sind. Arbeitsunfälle mit Todesfolge werden bei Rössing mit 400 Rand entschädigt — das ist weniger als der maximale Monatslohn eines schwarzen Minenarbeiters.

In diesem Herbst ist es zwanzig Jahre her, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Mandatsherrschaft des südafrikanischen Rassistenregimes über Namibia für beendet erklärte. 1974 ergänzte der UN-Rat für Namibia diesen Beschluß durch das völkerrechtsverbindliche Dekret Nr. 1, wonach keinerlei Bodenschätze oder natürliche Reichtümer Namibias abgebaut oder ausgeführt werden dürfen. Die BRD beteiligt sich im südlichen Afrika mit dem Komplizen R.T.Z. und anderen an der illegalen Ausplünderung eines besetzten Landes und an der schamlosen Ausbeutung schwarzer Arbeiter.

Wenn im hessischen Hanau die Brennelemente produziert und die Plutoniumvorräte aufgestockt werden, hat der Rohstoff Uran bereits ein Land verseucht und mehrere Menschen gesundheitlich zu Grunde gerichtet.

Rü.

Literatur:
Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau, Reihe Pogrom 1003
Die Wüste strahlt ... in: issa Nr. 5



Mit 5 Mark sind Sie dabei!
Der AK-Preis wird erhöht

Zwei Nachrichten für die ARBEITERKAMPF-Leserinnen und -Leser, eine gute und eine weniger gute. Zunächst die gute: Erstmals seit dem Jahre 1978 ist im laufenden Jahr die Auflage dieser Zeitung nicht gefallen, sondern gestiegen, die verkaufte Auflage um ca. 15% auf wieder über 4000. Trotzdem müssen wir von der nächsten Ausgabe an den Verkaufspreis auf 5 Mark erhöhen — das ist die weniger gute Nachricht. Was zunächst wie ein Paradoxon erscheint, bei steigender Auflage den Preis zu erhöhen, klärt sich bei näherem Hinsehen einfach auf. Seit einem Jahr wird über die Entscheidung Preiserhöhung Ja oder Nein diskutiert, bis heute ist die Entscheidung geschoben worden, jetzt aber ist sie unumgänglich.

Linke politische Zeitungen, insbesondere die linksradikalen und kommunistischen, sind in der BRD seit eh und je ein Zuschußgeschäft, respektive die sie herausgebenden Gruppen und Organisationen verkaufen sie — in der Hoffnung auf eine größere Verbreitung — unter Preis. Umgekehrt wird von der potentiellen Leserschaft auch der Erwartungsdruck erzeugt, gerade politische Produkte unter Preis zu erhalten. Wir sehen dies Verhältnis nicht als vernünftig an, sondern sind der Ansicht, daß auch eine linke politische Zeitschrift sich selbst tragen können muß, d.h. daß die Produktionskosten über den Verkauf der Zeitung eingebracht werden. Bei der gegenwärtigen Auflage des AK bedeutet dies, daß ein Verkaufspreis von 5 Mark die Untergrenze ist. Rechnet mensch einmal nur die unmittelbar auf der Hand liegenden Kosten zusammen: Druck 1.-, Satz/Repro 1,50, Versand 0,50, Steuer 0,35, dann ist mensch ohne einen Pfennig für Personal zu rechnen schon bei 3,35 Mark. Von dem Rest müssen unterhalten werden: Redakteure, Räume, Rabatte für die Buchläden (für einen im Buchladen verkauften AK erhalten wir derzeit 2,80 Mark, was nicht gegen die Buchläden spricht, sondern nur zeigt, daß diese ihren Service auch nicht umsonst machen

me, Rabatte für die Buchläden (für einen im Buchladen verkauften AK erhalten wir derzeit 2,80 Mark, was nicht gegen die Buchläden spricht, sondern nur zeigt, daß diese ihren Service auch nicht umsonst machen

können).

Diese kurze Rechnung zeigt schon auf, daß es selbst mit 5 Mark beim gegenwärtigen Auflagenstand unmöglich sein wird, alle Kosten über den Verkaufspreis einzubringen. Auch wenn wir dieses Ziel anstreben, werden wir es nur über eine noch größere Steigerung des Verkaufs erreichen können.

5 Mark sind viel Geld für eine Zeitschrift wird manch einer sagen. Stimmt und stimmt nicht. Bei einmal hinsehen wird mensch nur noch wenige Zeitschriften von dem Umfang des AK (bitte die Textseiten allein zählen und die Werbung auslassen) finden, die unter 5 Mark zu haben sind. Beim noch genaueren Hinsehen wird gar keine übrig bleiben. Es bleibt dann wirklich nur die Frage, ob mensch bereit ist, für eine poltische Zeitschrift diese 5 Mark (noch) auszugeben.

Die Auflagenentwicklung in diesem Jahr stimmt uns insoweit optimistisch, als darin zum Ausdruck kommt, daß eine Zeitschrift wie der AK, die gegen die Modeströmung und den Zeitgeist quer liegt, ihren Platz hat und gebraucht wird.

Zuguterletzt noch eine weitere gute Nachricht: Für alle Abonnements, die bis zum 31.12.86 abgeschlossen werden, gilt noch der alte Preis!

Und zuallerletzt: Um auch weiterhin die Herausgabe dieser Zeitung finanziell sicherzustellen, bitten wir alle Freunde und Genossen, auch in diesem Jahr ein Teil ihrer Weihnachtsgelder der AK-Spendensammlung zukommen zu lassen.

Frieden braucht Bewegung



150.000 demonstrierten im Hunsrück

Bewegung macht Durst

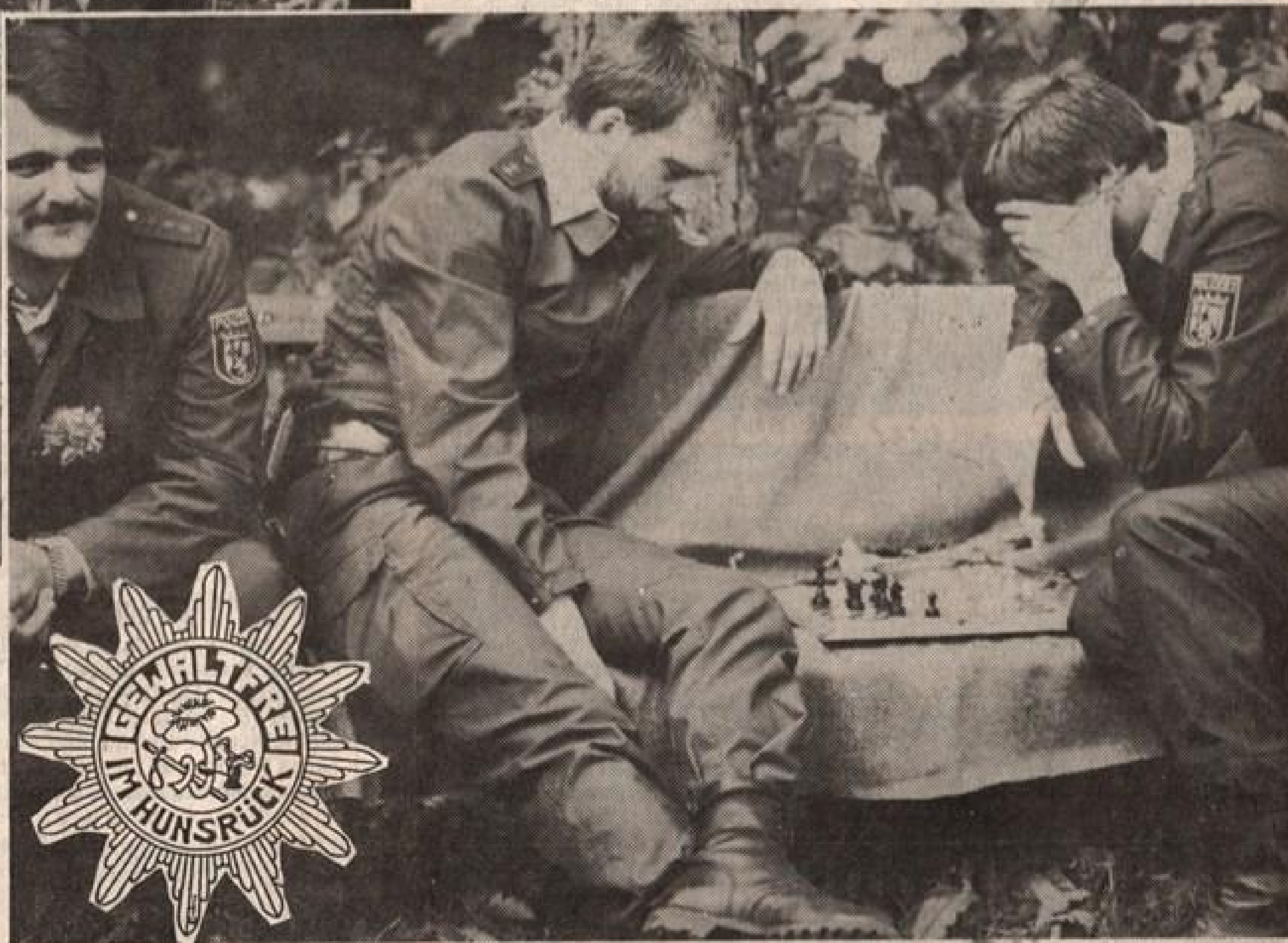


Foto: H. Wojahn

140.000 bis 180.000 Menschen im Hunsrück: wer hätte das gedacht? Der Bonner Koordinationsausschuß jedenfalls nicht — dezent war vorher eine erwartete Teilnehmerzahl von 60.000 ausgegeben worden, und mancher hatte diese Prognose noch für reichlich optimistisch gehalten, zumal in der Linken, wo das Thema Hunsrück spätestens seit jenem Zeitpunkt auf massives Desinteresse stieß, seitdem klar war, daß es an der Cruise-Missile-Basis nicht einmal ein bißchen Zivilen Ungehorsam, sondern nur eine „Latschdemo in der Pampa" geben würde.

Doch sie kamen alle, die Friedensbewegten diverser Schattierungen, die — schon in der Versenkung vermutet — die ganze ungeheure Brei-ei-eite der Friedensbewegung demonstrierten: Von den barfüßigen Klappermönchen bis zu den Knickerbocker-bewehrten Wandervögeln, von den „Millionen-Minuten-für-den-Frieden"-Meditierern bis zu Gruhls ÖDP mit ihren alternativen Jagdbombern. Sehen und gesehen werden, dabei sein ist alles, Tränen in den Augen: „Mein Gott, wir sind ja so viele...". Als lägen nicht sechs Jahre Erfahrung hinter dieser Friedensbewegung, Erfahrungen der vergeblichen Appelle, der verlorenen Illusionen in die Abrüstungswilligkeit der Herrschenden: lieb und bunt das Bild, aus-
in den Augen: „Mein Gott, wir sind ja so viele...". Als lägen nicht sechs Jahre Erfahrung hinter dieser Friedensbewegung, Erfahrungen der vergeblichen Appelle, der verlorenen Illusionen in die Abrüstungswilligkeit der Herrschenden: lieb und bunt das Bild, aus-
gewogen die Parolen, ein anachronistischer Zug wälzte sich unverdrossen durch den Hunsrück.

Natürlich: die Beteiligung an dieser Demo ist ein Erfolg, zeigt sie doch, daß, allen Unkenrufen zum Trotz, die Kriegsangst in den Köpfen zigtausender Menschen nicht eingelullt worden ist, daß der Wunsch nach Frieden, Abrüstung und einer (wie immer gearteten) friedlichen Gesellschaft nicht nur die Mode der frühen achtziger Jahre gewesen ist, sondern weiterhin ein Motiv bleibt, das tatsächliche Massen auf die Beine bringt. „Die Friedensbewegung zeigte Stärke und Zuversicht", titelte die „UZ". Eher muß wohl ein gewisses Beharrungsvermögen dieser Bewegung konstatiert werden, ein Beharrungsvermögen, nach Jahren des erfolglosen Protestes **nicht** abzuspecken, aber sich auch **nicht** zu radikalisieren, sich beharrlich nicht die Frage der eigenen Effektivität zu stellen. Die kollossale Überraschung über die ungeheure Teilnehmerzahl im Hunsrück rührte ja nicht nur daher, daß Insider der Bewegung wußten, daß diese Demo kein Selbstgänger ist, sondern dafür (v.a. vom DKP-Spektrum) hart gerödelt wurde, sondern eine Überraschung war es vor allem deshalb, weil die Friedensbewegung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit längst kein politischer Faktor mehr ist — und trotzdem mehr Leute auf die Beine bringt als ein AKW nach Tschernobyl. Das dümmliche zentrale Motto „Frieden braucht Bewegung" (im Hunsrück hieß die Fortsetzung „Bewegung macht Durst") trifft in der Tat den Charakter großer Teile dieser Bewegung: der Glaube, daß das emsige Sich-Rühren schon irgendwann den Frieden schaffen wird — die Aktion als beschwörendes Ritual. Nicht von ungefähr hat die stark christlich geprägte Ausrichtung der örtlichen Friedensarbeit der Hunsrücker für viele wohl diesen Demo-Schauplatz attraktiv gemacht.

Vor diesem Hintergrund konnte auch das Konzept der Polizei aufgehen: Das Bedürfnis nach friedlicher Übereinstimmung, nach Nicht-Konfrontation manifestiert sich in der Tat in der mittlerweile berühmten blauen Blume, die Zwille und Schlagstock umgarnt. Laut TAZ fand dieser Bullen-Aufkleber bei den Teilnehmern „breite Zustimmung und Absatz", und manche klebten ihn sich auch gleich auf die Friedensfahne. Und dieser Aufkleber ist ja auch wirklich brilliant: Daß die „blaue Blume" einmal das Symbol der Wandervogelbewegung war, mag der Polizeipsychologe vielleicht gar nicht gewußt haben, aber daß mit der Gleichsetzung von Zwille und Schlagstock die Parität der Waffen zugestanden wird statt kleinlich auf
liant: Daß die „blaue Blume" einmal das Symbol der Wandervogelbewegung war, mag der Polizeipsychologe vielleicht gar nicht gewußt haben, aber daß mit der Gleichsetzung von Zwille und Schlagstock die Parität der Waffen zugestanden wird statt kleinlich auf
dem staatichen Gewaltmonopol zu beharren, das ist doch wirklich nett und überholt Schilly glatt von links. Sachlich korrekt müßte das Blümlein eigentlich auch die Atomrakete mit umgarnen, die der Knüppel ja nun mal verteidigt, aber das hätte dann doch das Design kaputt gemacht.

Natürlich wußte die Polizei, daß von **diesen** Demonstranten keine Militanz zu erwarten war; sie wußte, daß die Autonomen und andere radikalere Kreise nicht in den Hunsrück kommen würden; sie wußte, daß die Veranstalter von sich aus alles daran setzten, absolute Friedlichkeit zu garantieren und auf diesem Altar schon den zivilen Ungehorsam geopfert hatten. Vor dieser Szenerie ließ sich gut das neue menschliche Antlitz der Polizei zelebrieren: Bullen mit Frieden-Buttons, schachspielende Wachmannschaften, penetrantes Winke-Winke, während auf der Militärbasis und im Wald versteckt 5000 Kollegen darauf warteten, für den Fall der Fälle doch ihre Alltagsvisage zu zeigen.

Die Hunsrücker Taktik ist in der Tat neu in der Variante, daß sich die Polizei **direkt** an die einzelnen Demonstrationsteilnehmer wendet, damit sich Polizei und „gute" (staatstreue) Demonstranten gegenseitig helfen, die „bösen" zu isolieren. Im massenhaft verteilten „Polizei-Info" an die „sehr geehrten Demonstrationsteilnehmer" wird zunächst Verständnis geäußert für das Anliegen, „gegen die Gewalttätigkeit der Aufrüstung zu demonstrieren"; dann wird es konkret: „*Distanzieren sie sich bitte von Anfang an von Leuten, bei denen sie den Eindruck haben, daß es ihnen nicht um ihre Sache geht, sondern schlichtweg darum, Krawall zu machen (Ein sicheres Erkennungszeichen ist nach unserer Erkenntnis z.B. das vermummte Auftreten.) Geben sie diesen Leuten keine Deckung und keinen Schutz! Wir sind für einen gewaltfreien Verlauf der Demonstration — Helfen Sie uns, dieses Ziel zu erreichen!*"

Zu diesem Konzept gehörte die Bereitschaft zumindest eines Teils der Veranstalter, mit der Polizei auf der Linie „Loccumer Gespräche" zu kooperieren. Ein Teil der Hunsrücker FIs
monstration — Helfen Sie uns, dieses Ziel zu erreichen!"
Zu diesem Konzept gehörte die Bereitschaft zumindest eines Teils der Veranstalter, mit der Polizei auf der Linie „Loccumer Gespräche" zu kooperieren. Ein Teil der Hunsrücker FIs
hatte von sich aus derartige „Deeskaltionsgespräche" gesucht; das gegenseitige Einvernehmen muß dabei sehr weitgehend gewesen sein, denn in bierseliger Stimmung wurde einem Wortführer dieser Strömung der FIs von der Polizei sogar angeboten, in der Bullen-Einsatzleitung für die Demo mitzuarbeiten! Dieses Angebot wurde aber denn doch abgelehnt.

Von Seiten der Geschäftsführung des Bonner Koordinationsausschußes hat es offiziell mit der Polizei nur organisatorische Vereinbarungen gegeben. Ob und inwieweit einzelne Personen oder Organisationen aus diesem Spektrum sich trotzdem an derartigen Deeskalationsgesprächen beteiligt haben, wird wohl ein ewiges Geheimnis bleiben. Die Polizei brüstet sich jedenfalls laut FAZ damit, man habe sich „diskret mit Sprechern etlicher Gruppen getroffen". Vorstellbar ist dies durchaus, nachdem z.B. vom KA-Vertreter der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden", Ulrich Frey, gefordert worden war, der KA müsse sich mit dem Innenministerium über die Verhinderung von Gewalt verständigen (siehe AK 273).

Nach all dem mutet es ewas schal an, daß im Koordinierungsausschuß nach der Demo selbstkritisch diskutiert wurde, man habe es nicht verhindert, daß die Polizei den friedlichen Verlauf der Demo als **ihren** Erfolg vermarktet habe. Der Boden in der Friedensbewegung ist fruchtbar dafür, die Hunsrücker Taktik als eine neue, demokratische, menschliche Linie der Polizei anzusehen, die man nun gegen die Scharfmacher in deren Reihen verteidigen müsse. Als Kundgebungsredner appellierte Robert Jungk an die rheinland-pfälzischen „Genossen Polizisten", sie sollten doch ihren Kollegen in Hamburg und Bayern beibringen, „wie man Bürger behandelt". Schon vergessen ist der Mainzer Kessel, den eben diese rheinland-pfälzischen Poli-
appellierte Robert Jungk an die rheinland-pfälzischen „Genossen Polizisten", sie sollten doch ihren Kollegen in Hamburg und Bayern beibringen, „wie man Bürger behandelt". Schon vergessen ist der Mainzer Kessel, den eben diese rheinland-pfälzischen Poli-
zisten erst vor wenigen Wochen nach Hamburger Vorbild veranstalteten. Und während im Hunsrück die blaue Blume blühte, gab es in Hamburg Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des Arbeitskreises „kritischer Polizisten". Nach der blauen Blume wird es eine blaue Periode nur für diejenigen geben, die nicht **mehr** wollen, als zahmen Protest bekunden.

Ach ja, da gab es doch noch einen Querschläger zum „Projekt Blaue Blume": Das Innenministerium veröffentlichte zwei Tage vor der Demo einen 24seitigen Bericht über den „linksextremistischen Einfluß" (sprich: vor allem DKP) auf die Hunsrücker Demo. Dpa machte daraus eine Kurzmeldung mit der Ziffer 5 auf ihrer Wichtigkeitsskala: das ist das zweitlangweiligste.

Und noch etwas: Das allerradikalste an den Hunsrück-Aufrufen war die Aufforderung, die Mauer um die Cruise-Missile-Basis mit Parolen zu verzieren. Nun wurden zu Anfang von der Polizei noch Sprühdosen einkassiert, danach nicht mehr. Blaue Blume? Viel einfacher: Der Grundanstrich für die Mauer kommt sowieso jetzt erst.

ch.



Landtagswahl in Bayern:

Rechte gestärkt und GRÜNE im Landtag

Nach einem äußerst langweiligen Wahlkampf gab es denn doch ein überraschendes Ergebnis: die Stärkung einer neuen rechten Partei und den Einbruch bei der SPD zugunsten der Grünen. Der Wahlkampf war weder geprägt von einer Polarisierung zwischen SPD und CSU noch von besonders harten Angriffen gegen die Grünen, wie etwa in Niedersachsen. Die CSU präsentierte sich wie immer als Volkspartei (Motto: ,,Bei uns in Bayern'') und die SPD betrieb eine hochgradig dumme, rechts-anbiederische Werbung, die einzig auf den Körperumfang ihres Spitzenkandidaten Hiersemann (im Volksmund ,,Hiersebrei'') beruhte. Daß dieses ,,Neue Kraftpaket im bayerischen Ring'' (SPD-Wahlslogan) in Wirklichkeit nur aus Fett und heißer Luft bestand, müssen denn wohl doch rund 750.000 Wähler/innen gemerkt haben.

Ca. 10% dieses Potentials wählten Grün, der Rest fuhr in selbiges und wählte gar nicht. Schließlich war es egal, denn an der absoluten Mehrheit der CSU war eh nicht zu rütteln und irgendein Grund, der SPD eine ,,Protest''-Stimme zu geben, war nicht ersichtlich — dann gleich lieber den Grünen, das war wenigstens mal etwas Neues.

So waren die Grünen Profiteure einmal der ,,bayerischen Verhältnisse'' und zum anderen der schlaffen SPD-Strategie, die im bundesweiten Konzept ihren Rahmen hat und für die Bayern eine Art Probelauf war — mit eindeutigem Ergebnis. Eigentlich hatten die Grünen ein ganz anderes Wählerpotential im Blick — darum war ja schließlich monatelang in der Partei

lerpotential im Blick — darum war ja schließlich monatelang in der Partei

gestritten worden — eigentlich waren nämlich der katholische Kleinbauer und seine ebenfalls gläubige Frau das umworbene Klientel. Verbunden mit den ,,christlichen Traditionen'' und dem ,,schönen Bayern'' hatten sich die Grünen gezeigt und den ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' gefordert. Aber das ist ja nun nicht mehr wichtig, ,,wir haben den richtigen Wahlkampf mit den richtigen Themen geführt'', so Pressesprecher Reichhelm am Tag nach der Wahl.

Das haben offenbar auch die reaktionär-faschistoiden ,,Republikaner'' unter ihrem Führer Franz Schönhuber geschafft. Mit ihrem Fast-Gleichstand mit der FDP sorgten sie für die eigentliche Sensation. ,,Wie ein Messer durch die Butter gefahren'' seien die Republikaner in zahlreichen Stimmbezirken, so ihr Generalsekretär Neubauer. Für diesen Erfolg war sicherlich auch bedeutsam, daß Schönhuber dem bayerischen Fernseh-Publikum allgemein bekannt ist: er war vor seinem Rausschmiß aus dem Bayerischen Rundfunk dort stellvertretender Chefredakteur und erst die allzu freimütigen Bekenntnisse zu seiner Waffen-SS-Vergangenheit hatten ihn untragbar werden lassen — und das will etwas heißen beim BR! Dennoch reicht dies als Begründung nicht aus. Offenbar gibt es wieder ein mobilisierbares Wählerpotential rechts von der CSU — und damit erst recht rechts von der CDU —, was an die Aufschwungzeiten der NPD Ende der 60er Jahre erinnert. Schönhuber will erst in zwei Wochen bekannt geben, ob er auch zum Bundestag antreten will — naheliegend wäre es, besonders als Testlauf und Auftakt für eine Formierung, die bei weiteren vier Jahren CDU/FDP-Regierung gute Chancen hätte, den unzufriedenen rechten Rand der CDU zu sammeln. Außerdem haftet den ,,Republikanern'' nicht der verstaubt-sektiererische Geruch der NPD an — obwohl sie die gleichen Themen zu besetzen suchten: Ausländer, Familie, National-Stolz usw. Die NPD hatte diesmal noch einen verbissen-aggressiven Wahlkampf gegen ihre neuen Konkurrenten geführt — aber das muß ja nicht so bleiben.

Zu einzelnen Ergebnissen

Abgesehen von einzelnen Spitzenwerten (Rosenheim-Ost 7,6%, Altötting 7,2% u.a.) sind die Stimmen für die ,,Republikaner'' fast gleichmäßig verteilt. Besonders erschreckend ist, daß die großen Städte dabei voll im Landesdurchschnitt liegen, also keineswegs von einer reaktionär-ländlichen Mobilisierung gesprochen werden kann. Gerade vor dem Hintergrund, daß diese Partei unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen gestartet ist, weil sie gleich zu Anfang eine Spaltung (,,ein Flügelchen von Winzling'', so die FAZ) hinnehmen mußte, ist dieses Ergebnis alarmierend. Die 40.000 Stimmen für die FVP (,,Freiheitliche Volkspartei'') des von den Republikanern abgespaltenen Ex-CDUlers Handlos sind zwar im Landesdurchschnitt ohne Bedeutung, müssen aber bei einer politischen Gewichtung mit den rund 60.000 der NPD dem faschistoiden Wählerpotential zugeschlagen werden. Damit kommt man auf 4%, ohne die rechtsradikalsten Teile der Bayernpartei, der Deutschen Familienpartei, der Christlichen Bayerischen Volkspartei und der ,,Unabhängigen'', die es alle zusammen auch noch einmal auf 0,9% bringen, eingerechnet zu haben. Wenn man zusätzlich bedenkt, daß über 760.000 Wähler die CSU nicht mehr gewählt haben, von denen höchstens die Hälfte zu den ,,Republikanern'' gewechselt sind, der Rest eben gar nicht gewählt hat — und zwar bestimmt nicht deshalb, weil ihnen die CSU zu rechts war, denn sonst wären diese Stimmen ja bei der SPD aufgetaucht — dann ist es sicherlich nicht übertrieben, von einer soliden Stärkung der Rechten zu sprechen. Sie sind die eigentlichen Sieger der Wahl.

Für die SPD war das Ganze ein Fiasko. Nicht nur auf Landesebene, wo in letzten Jahren die Ergebnisse von knapp über 30% (1978 und '82) als die absolute Talsohle galten, sondern auch als Auftakt für die Bundestagswahl.

Selbst ihr dicker Chef schaffte es in ,,seinem'' Bezirk Erlangen, die SPD-Stimmen um über 10% zu reduzieren und stellte damit für diese traditionelle SPD-Stadt einen neuen Rekord auf. Er hatte sich auf Wahlplakaten als Majestix (das ist der Häuptling des unbesiegbaren Dorfes von Asterix und Obelix) darstellen lassen — und genau wie dieser ist er nun vom Schild gefallen. In manchen Orten hat sich die SPD mit dieser Wahl völlig zur Sekte gemausert, z.B. liegt sie in Garmisch-Partenkirchen mit 15,3% noch gut unter den besten Ergebnissen der Grünen.

Insgesamt hat es in der Opposition deutliche Umgruppierungen gegeben. Die größten Erfolge der Grünen korrespondieren überall deutlich mit Rückschlägen der SPD. Diese Tendenz wird auch von den Wählerwanderungs-Analysen bestätigt. Es gibt allerdings eine Ausnahme: der WAA-Bezirk Schwandorf, der einzige Bezirk, in der der SPD der Einbruch in das CSU-Potential gelang. Die dort erreichten 50,9% hat die SPD aber wohl kaum ihrer ,,konsequenten'' Anti-WAA-Politik zu verdanken, sondern mehr der persönlichen Anerkennung, die sich der Landrat Schuirer in der örtlichen Bevölkerung verschafft hatte. Die kam nun dem SPD-Kandidaten Dietmar Zierer zugute, der damit der SPD zum zweiten Direktmandat (von 105!) in Bayern verhalf. Die Grünen liegen in Schwandorf (6,5%) noch unter ihrem Landesdurchschnitt und mußten wohl auch einige Stimmen an die ÖDP abgeben, deren prominentestes Mitglied in der Schwandorfer BI mitarbeitet: Die ÖDP erreichte dort 1,7%, und liegt damit 142% über ihrem Durchschnitt.

Daß der Erfolg der Grünen kein ,,Standorterfolg'' war, zeigt sich auch an den großen Städten, wo sie nicht nur die höchsten Ergebnisse erreichten (München-Schwabing: 19,5%), sondern auch im Vergleich zur Wahl '82 am meisten zulegten und damit für die 7,5% im Landesdurchschnitt entscheidend waren. Das widerlegt auch die bis zum Erbrechen wiederholte Behauptung vieler Grüner, besonders des Landesvorstands, die Wahlen müßten ,,auf dem Land'' gewonnen werden. Alle Münchener Stimmbezirke erreichten zweistellige Ergebnisse für die Grünen, dazu kamen noch einige Bezirke im Münchener Umland (Ebersberg 10,4%, Freising 13,0%, Starnberg 12,9%). Solche Super-Ergebnisse wurden sonst nur in Erlangen-Stadt (11,7%), Nürnberg-Nord (11,2%) und Nürnber-Ost (10,9%) erreicht.

Besonders erfreulich war das letztere, weil es dadurch einem Vertreter der Friedensliste gelang, in den Landtag zu kommen. Die Friedensliste hatte für ihren Kandidaten Hans-Günther Schramm einen aufwendigen Wahlkampf mit hunderttausenden von Flugblättern und Plakaten betrieben. Dadurch und sicherlich auch durch sein markantes Aussehen gehörte er zu den bekanntesten Kandidaten im Bezirk Mittelfranken. Die Friedensliste rief zwar auf ,,Diesmal grün!'', trat aber mit eigenständigem ,,Outfit'' (leuchtender Regenbogen) an die Öffentlichkeit und dokumentierte so ihre Unabhängigkeit von den Grünen. Sie verschaffte ihrem Kandidaten damit den nötigen Bekanntheitsgrad, um die Wähler zum ,,Häufeln'' zu bewegen: Durch gezieltes Ankreuzen seiner Person wurde er von Platz 3 auf Nr. 2 vorgeschoben und erreichte nur dadurch den Landtagssitz.

Die Friedensliste stellte in Nürnberg und Umgebung so viele Stellschilder auf, daß den Grünen schon etwas mulmig wurde und sie höflichst darum baten, doch auch ein paar grüne Plakate auf diese Schilder hängen zu dürfen, weil sonst der Eindruck entstehe, nur die Friedensliste würde kandidieren. Leider ist Hans-Günther Schramm tatsächlich kein Kommunist, auch wenn die FDP das im Wahlkampf behauptet hatte (was ihr die Grünen dann gerichtlich untersagten), sondern kommt aus der christlichen Friedensbewegung. Die DKP hätte eigentlich verdient, wirklich einen der ihren im Landtag sitzen zu haben, hat sie doch die Hauptarbeit im Wahlkampf für Hans-Günther Schramm geleistet. Aber man kann ja nicht alles haben.

Noch spektakulärer war das Abschneiden der 63jährigen Eleonore Romberg in München-Milbertshofen, ebenfalls Kandidatin der Friedensliste. Die Oberbayerischen Grünen hatten sie auf den aussichtslosen Platz 43 der Bezirksliste gesetzt — was nichts nützte: Die Vorsitzende der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit erhielt soviele persönliche Stimmen, daß sie auf Platz 6 katapultiert wurde, und jetzt zu der 15-köpfigen Landtagsfraktion der Grünen gehört.

M., KB/Gruppe Nürnberg

Bayerns Linke trotzt der Staatsgewalt

Erfolgreiche Anti-WAA-Demo in München

Trotz der monatelangen Diskussion über den Termin der Demonstration kurz vor den bayerischen Landtagswahlen, trotz massiver Spaltungsversuche und gezielter Gegenveranstaltungen kamen immerhin 10.000 WAA-Gegner/innen am 4.10. zur Münchener Kundgebung gegen Atomanlagen und Polizeistaat. Vor den Hintergrund dieser schwierigen Vorbereitung der Demo (s. AK 273 u. 274) übertraf dies bei weitem die Erwartungen der Veranstalter und ist wohl als ein Erfolg der linken Teile der Anti-WAA-Bewegung zu werten. Gleichwohl ist nach wie vor offen, wie diese Bewegung sich entwickeln wird.

Getreu dem festen Entschluß der bayerischen Staatsregierung, auf jeden Fall alles, was sich in irgendeiner Form gegen die WAA richtet, zu verbieten, wurden auch von der Stadt München zunächst sowohl Kundgebung als auch Demonstration verboten. Vor allen anderen machte sich für das Verbot SPD-Oberbürgermeister Kronawitter besonders stark. Die Begründung: Aufgrund des Oktoberfestes, eines Fußballspieles des FC Bayern, der Münchener Modewoche und des verkaufsoffenen Samstags müsse mit einem von der Polizei nicht mehr zu bewältigenden Verkehrschaos gerechnet werden, wenn die Demo nicht verboten werde. Zudem seien Gewaltaktionen zu erwarten, da zum einen der Unterstützerkreis kleiner geworden sei (sprich: die gewaltfreien Gruppierungen die Unterstützung aufgekündigt hatten), zum anderen ,,nun mehr als die Hälfte aus gewaltbereiten extremistischen Organisationen besteht.'' Zwar wurde in dem Demonstrationsaufruf die Demo explizit als friedliche angekündigt; dies hielt die Behörde aber nicht davon ab, auf frühere Äußerungen verschiedener Gruppierungen zurückzugreifen, in denen diese kein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit abgelegt hatten.

Das Verwaltungsgericht München fällte schließlich unter Berufung auf die von vielen so gefeierte Brokdorf-Entscheidung ein ,,ausgewogenes'' Urteil: die Kundgebung könne nicht verboten werden, die Demo hingegen schon. Bei der Kundgebung auf dem Königsplatz sei es leicht möglich, mit polizeilichen Mitteln Ausschreitungen zu verhindern: ,,Dort dürften Anreize zu Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt wie z.B. Vorbeizug an obersten Staatsbehörden, fehlen. (...) Bei der Beurteilung der Sicherheitslage mißt die Kammer dem Umstand, daß sich die Bundesversammlung der Grünen sowie die SPD und der Bund Naturschutz von einer Teilnahme an der vom Antragsteller geplanten Demonstration distanzieren (siehe SZ Ausgabe vom 29.9.86), besonderes Gewicht bei.''

Der Kundgebungsplatz war aus polizeilicher Sicht tatsächlich mehr als geeignet, die ,,öffentliche Sicherheit und Ordnung'' aufrechtzuerhalten. Fern von irgendwelchen Staatsbehörden, mit nur drei schmalen Zugängen und begrenzt von bombastischen Gebäuden des Bayernkönigs Ludwig I. wäre es ein Leichtes gewesen, die Menge hier einzuschließen und festzuhalten. Daß auf keinen Fall auch nur die geringste Chance zur Formierung eines Demonstrationszuges gegeben werden sollte, wurde an dem irrwitzigen Polizeiaufgebot deutlich. Es hieß, daß 7.000 Beamte in München im Einsatz seien; ein solches Polizeiaufgebot hat es bislang noch bei keiner Großaktion am Baugelände gegeben. Die Straßen um den Platz herum wurden schon in einiger Entfernung hermetisch abgesperrt, viele Leute auf dem Weg zum Platz kontrolliert. Parks, Vorgärten, Hinterhöfe waren grün; auf der Kundgebung wurde bekanntgegeben, daß Busse aus Augsburg und Stuttgart aufgehalten worden seien; ob sie die Kundgebung überhaupt noch erreichten, ist nicht bekannt. Gleich zu Beginn wurden am Rande der Kundgebung drei Personen festgenommen und bis Sonntagmorgen im Knast behalten. Anlaß bei einem der Festgenommenen war die bekannte Bewegung eines Fingers zur Stirn, nachdem ein Beamter ihm die Festnahme wegen Beleidigung angedroht hatte, weil der Demonstrant ihn geduzt hatte. Demnach bietet in Bayern das Vogelzeigen eine ausreichende Grundlage dafür, jemanden 24 Stunden im Knast zu behalten und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn einzuleiten.

Die Kundgebung

Die Kundgebungsteilnehmer repräsentierten unerwartet ein etwas breiteres Spektrum. Dies lag wohl hauptsächlich daran, daß viele Münchener Initiativen, die nach Tschernobyl entstanden waren, bis zum Schluß darauf bestanden, daß die Demo am 4.10. stattfinden müsse. Somit waren auch zahlreiche Elterninitiativen einschließlich ihrer Sprößlinge auf dem Platz. Auch Rainer Trampert, Thomas Ebermann und Jutta Ditfurth hatten sich unaufdringlich unter die Teilnehmer gemischt, was nach ihrer Erklärung auf der Bundesversammlung der Grünen, sie seien am 4.10. in München, aufmerksam registriert wurde. Die Bundesversammlung hatte die Unterstützung der Demo im Prinzip verweigert; zwar protestiere sie schärfstens gegen das Verbot der Demo, aufgerufen werde zur Demonstration aber nicht.

Die Redner/innen repräsentierten — außer einer Vertreterin des Kinderschutzbundes — vorwiegend das linke/autonome Spektrum. Schwerpunkt der Reden war zum einen die Diskussion im Vorfeld der Demo, die massiven Spaltungsversuche der Grünen, des Bund Naturschutz und der SPD. Diese wurden speziell von einem Redner des Vorbereitungskreises angegriffen: ,,Die Versuche von SPD und Mehrheits-Grünen, aus wahltaktischen Überlegungen heraus diese Demo zu verhindern, markieren deutlich die Bruchlinie zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem

Fortsetzung nächste Seite

Demo in München — Fotograf: Herrmann Schoyerer



Fortsetzung von vorheriger Seite

Teil der Bewegung." Auch der Physiker Jens Scheer ging auf das Verhalten der Grünen ein: ,,Ganz unmöglich ist und darf nie wieder vorkommen, daß sich die Führung der Grünen Partei zum Kronzeugen für das Verbot von außerparlamentarischen Aktionen macht."

Zum anderen richtete sich die Kundgebung gezielt gegen die Kriminalisierung des Widerstands. Hier berichtete Rechtsanwältin Claudia Schenk von den massenhaften Prozessen, die derzeit in den Oberpfälzer Gerichtssälen durchgezogen werden. Die Verfahren würden einzig dazu dienen, die Menschen vom weiteren Widerstand abzuhalten. Daher seien auch die meisten Anklagen völlig konstruiert. Es konnten zwar schon viele Freisprüche erkämpft werden, aber eine entscheidende Rolle für die Frage, ob den Leuten, die aus den Hüttendörfern geräumt wurden, durchweg Nötigung vorgeworfen werden kann, wird eine im November erwartete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts spielen. Als konkrete Beispiele für die Kriminalisierungsstrategie der Bayerischen Staatsregierung wurde über die Anklagen gegen das bayerische Anti-Atom-Magazin ,,Radi-Aktiv" berichtet sowie über das Schnellverfahren gegen einen Schweizer WAA-Gegner.

Während der Kundgebung wurde unter den Teilnehmern immer wieder darüber diskutiert, eine Demonstration doch durchzuziehen. Angesichts des immer stärker werdenden Polizeiaufgebots, beendeten die Veranstalter die Kundgebung mit dem Aufruf, nicht in eine Falle zu laufen. So löste sich die Kundgebung dann auch weitgehend auf; nur ca. 500-1.000 Autonome versuchten an einer Ecke des Platzes einen Demonstrationszug zu formieren. In kürzester Zeit waren sie von der Polizei umstellt; parallel dazu gelang es ca. 500 Autonomen, auf dem Marienplatz in der vollgestopften Münchener Fußgängerzone wieder zusammenzukommen. Daß dies möglich war, schob die Polizeiführung laut ,,tz" am 6.10.86 auf eine ,,Kommunikationspanne". Die Demonstranten wurden auch hier schnell von mehreren Seiten von Polizeikräften umringt. Ziel war eine Trennung der WAA-Gegner/innen von den

zeikräften umringt. Ziel war eine Trennung der WAA-Gegner/innen von den

,,normal einkaufenden Passanten", wie es später hieß. SEKs knüppelten auf viele ein und nahmen insgesamt 31 Personen fest. Berichtet wurde auch wieder einmal von dem Treiben polizeilicher Provokateure. Schließlich wurden sieben Personen dem Haftrichter vorgeführt, einer von ihnen sitzt heute noch im Knast.

Ein Bericht der ,,AZ" vom 6.10.86 machte deutlich, daß die Friedlichkeit der Kundgebung und der Erfolg dieser Veranstaltung der bayerischen Staatsregierung alles andere als recht war: Als die ARD für die Tagesschau am 4.10. einen Filmbeitrag über die Kundgebung auf dem Königsplatz vom Bayerischen Rundfunk anforderte, wurde ihnen dieser verweigert. Die Begründung: Die Protestveranstaltung am Samstagnachmittag sei friedlich verlaufen, deshalb werde kein Filmbeitrag gesendet oder weitergeleitet. Die Tagesschau mußte für ihren Bericht schließlich auf ZDF-Material zurückgreifen.

Die Kundgebung hat gezeigt, daß Veranstalter durch eine gute Vorbereitung durchaus bestimmen und in der Hand behalten können, wie eine Aktion verläuft. Der Verlauf der Kundgebung bedeutet auf jeden Fall für die Kräfte, die daran eine Spaltung der Bewegung durchziehen wollten, eine peinliche Niederlage. Dies gilt vor allem für die Grünen, die mit ihrer Kampagne ganz offensichtlich und besonders dreist versucht hatten, eine außerparlamentarische Bewegung ihren wahltaktischen Manövern unterzuordnen. Diesem Versuch wurde trotz aller Bedenken eine eindrucksvolle Kundgebung entgegengesetzt, was wiederum beweist, daß es möglich und politisch sinnvoll ist, parteiunabhängig Großaktionen durchzuführen.

Bedauerlich ist, daß Oberpfälzer WAA-Gegner/innen nicht doch zahlreicher gekommen sind, d.h. sich nicht auch über die Beschlüsse der BI-Vorstände hinweggesetzt haben. Die Spaltung des Anti-WAA-Widerstands ist dennoch nicht gelungen.

a., KB/Gruppe Nürnberg



Mehrere tausend WAA-Gegner nahmen am 16. und 17. Oktober an wiederholten, mehrstündigen Blockaden in der Oberpfalz teil. Straßen wurden teilweise mit brennenden Reifen und Bäumen verkehrsberuhigt, 13 Strommasten um- oder angesägt. Der Sachschaden wird auf 150.000 DM geschätzt. Ein riesiges Polizeiaufgebot mit zahlreichen SEK-Mannschaften war im Einsatz. Am Donnerstag gab es 180 und am Freitag 70 Festnahmen. Die Kundgebungen in Schwandorf waren an beiden Tagen verboten worden. Am Freitag endete sie in einem Polizeikessel. Eine halbe Stunde vor Beginn war das Verbot gerichtlich aufgehoben worden. Ein spontaner Demonstrationszug mit 1500 Menschen wurde durch ein großes Polizeiaufgebot gestoppt, mehrere hundert Demonstranten eingeschlossen. Einzelne Einheimische ließ die Polizei abziehen, ca. 100 konnten nach einem Ausbruchsversuch fliehen, bis Mitternacht dauerte der Abtransport von 300 Eingekesselten, jeder Fünfte ein Einheimischer. Am Sonnabend erfolgte als Gipfel der Polizeiaktionen die ,,Erstürmung" zweier Häuser durch BGS- und SEK-Einheiten, ohne Hausdurchsuchungsbefehl. ,,Verdacht auf Umsägen von Strommasten" und Suche nach ,,terroristischem Umfeld" waren die Begründungen. Nach Abrücken des großen Polizeiaufgebotes wollen die BI's vor Ort weitermachen, die Blockaden schätzten sie als Signal zum Weitermachen ein.





Etwa 1.500 Menschen demonstrierten in Frankfurt am 27.9. zum Jahrestag des Todes von Günter Sare. Der Mitarbeiter des Böckenheimer Jugendzentrums, Antifaschist und Linker seit APO-Zeiten, war bei einer Demonstration gegen die NPD von einem Wasserwerfer überfahren worden. Gegen zwei Polizisten ist inzwischen Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden. ,,Nichts wird vergessen", erklärten die Demonstranten. Die Polizei hielt sich im Hintergrund, war aber gleichwohl zahlenmäßig stark präsent. (Foto AK)

Anhaltender Protest gegen das AKW Brokdorf



Foto: argus



Foto: H. Wojahn

Dieser Vorgang löste auf zwei Ebenen heftige Diskussionen aus: unter den Organisatoren der Demo über Sinn und Zweck dieser Aktion (siehe dazu auch die Stellungnahme des KB unter ,,Westdeutsche Linke"). Und im Lager der Polizei und der rechten Medien über das ,,Versagen" der Polizei. Letzteres dominierte entgegen eigener Erwartungen die selbstverständlich auch einsetzenden Vorwürfe, die GAL trüge

wartungen die selbstverständlich auch einsetzenden Vorwürfe, die GAL trüge

die Schuld an diesem Vorfall (Innensenator Pawelczyk wiederholte seine Floskel — um die er von der CDU beneidet wird — ,,Wo die GAL ist, ist Gewalt und wo Gewalt ist, ist die GAL"). Eklatanter war, daß es ganz offenkundig in der Hamburger Polizei Befehlsverweigerung oder Ignoranz gegenüber Befehlen der zentralen Einsatzleitung auf mittlerer Führungsebene gegeben hat. Man darf Wahlhilfe für die CDU vermuten, denn auf einmal stand der ,,starke Alfons" (Pawelczyk) als Versager da, der die ,,Innere Sicherheit" nicht gewährleisten könne.

10-15.000 in Kiel

Nach zähen Diskussionen und Kontroversen gab es am 18. Oktober in Kiel eine landesweite Protestdemonstration gegen Brokdorf. Aufgerufen hatte das gesamte linke Spektrum, die Grünen, aber auch die Landes-SPD und Bündnispartner. Dieses in der Anti-AKW-Frage ungewöhnliche Bündnis schaffte eine ebenso ungewöhnlich große Mobilisierung von mehr als 10.000 Menschen (die Veranstalter geben 15.000 an). Zwei Hauptquerelen sorgten vorher für Zündstoff: die SPD wollte ihren Landesvorsitzenden Günter Jansen als Redner und ein klares gewaltfreies Bekenntnis. Die grünen Vertreter propagierten das Bündnis mit der SPD und der ,,neuen" Anti-AKW-Bewegung, schlugen daher auch neue Aktionsformen (öffentliche ,,Diskussions- und Informationsbörse") vor, für die eher als hinderlich betrachtete ,,alte" Anti-AKW-Bewegung und die Linke wurde eine traditionelle Demo vorgesehen. Dieser 'Trennungsvorschlag stieß auf wenig Gegenliebe. Nach heftigen Diskussionen konnten sich weder SPD noch Grüne durchsetzen: man einigte sich auf eine Demonstration mit mehreren Kundgebungen vor Symbolen der Atompolitik, explizit nicht gewollt waren Parteiredner. Es sprachen aber Vertreter/innen, von Verbänden, die SPD und Grünen angehören. Am Rande der Demo gab es Glasbruch, während der Kundgebung einzelne Polizeiübergriffe gegen Autonome und drei Festnahmen.

Die Betreiber machten in Geheimniskrämerei: Geht Brokdorf nun ans Netz? Am Abend des 6. Oktober kam es doch heraus: Die PREAG kündigte für den nächsten Tag die nukleare Kettenreaktion im Reaktor an. Damit war klar, mit Brokdorf wird seit Tschernobyl weltweit das erste Atomkraftwerk neu in Betrieb genommen (seit dem 17.

byl weltweit das erste Atomkraftwerk neu in Betrieb genommen (seit dem 17.

Oktober wird auch Strom erzeugt). In Hamburg und Umgebung wurde der Tag X ausgerufen. In mehreren schleswig-holsteinischen Orten und hamburger Stadtteilen organisierten AKW-Gegner Protestaktionen und Verkehrsblockaden. Am Abend des 7. versammelten sich auf dem Heiligengeistfeld Hamburgs — nach nur einem halben Tag Mobilisierung — mehr als 10.000 Menschen, um gegen die Inbetriebnahme zu protestieren. So erfolgreich die Mobilisierung auch war, endete die Aktion dennoch mit einem Mißklang. Nach einer Demonstration durch Altona, während der bei drei Banken Scheiben zu Bruch gingen, wurde die Abschlußkundgebung auf dem Spritzenplatz vorzeitig abgebrochen. Ein Trupp militanter AKW-Gegner hielt es für angeraten, während der Kundgebung eine Filiale der Hamburger Sparkasse zu zertrümmern. Viele AKW-Gegner verließen vorzeitig den Spritzenplatz, das Aufgebot von fast 2000 Polizisten griff zwar nicht ein, umstellte aber den Kundgebungsplatz.

28. November: Anti-AKW-Bundeskonferenz

Vom 28 bis 30. November soll in Regensburg die Anti-AKW-Bundeskonferenz stattfinden. Sie soll die Herbstaktionen und die Erfahrungen nach Tschernobyl bilanzieren und auswerten. Dazu werden Arbeitsgruppen angeboten. Am Konferenzende soll die Diskussion und möglicherweise Beschlußfassung um weitere gemeinsame Aktivitäten in der Zukunft stehen.

Zur Vorbereitung ist ein Reader geplant, für den der Redaktionsschluß der 25. Oktober ist. Informationen und Anmeldungen:
BIWAK AG Buko
Spiegelgasse 10, 8400 Regensburg
Tel. 0941/55 555 (Mo.-Fr., 16-19 Uhr).

Langer auf dem Marsch nach Bonn

Interview mit Thomas Ebermann über die GRÜNEN und linksgrüne Perspektiven

Thomas Ebermann war bis 1980 Mitglied des KB. Mit anderen Mitstreitern gründete er im selben Jahr die Gruppe Z, deren Hauptarbeitsfeld die grüne Partei war. 1981 arbeitete er als Redakteur der neugegründeten Zeitung „Moderne Zeiten" und war Mitglied der um sie gruppierten „Initiative Sozialistische Politik" (ISP), die er 1984 nach Differenzen mit dem heutigen Flügel der Grünen um Michael Stamm verließ. Von 1982 bis Ende 1984 war er für die GAL Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft. Seit Ende 1985 ist er Vorstandsmitglied der GAL, für die er voraussichtlich im nächsten Jahr in den Bundestag ziehen wird.

AK: Mit welcher Einschätzung bist du vom Nürnberger Parteitag der Grünen zurückgekommen?

Thomas: Wir haben zweimal an einer aus meiner Sicht wichtigen Frage verloren. Wir haben verloren, als der Brief an unsere Wählerinnen und Wähler verabschiedet wurde und unser eigener Antrag nur gut 40 Prozent Zustimmung erhielt. Und wir haben verloren, als die Grünen in dieser Form erstmals beschlossen haben, eine Demonstration nicht zu unterstützen, die Münchener Anti-WAA-Demonstration. Auch dort gab es zunächst ein pari pari im Saal und dann beeinflußt durch die Entscheidung der bayerischen Delegierten eine Niederlage für unsere Position. Das waren Niederlagen, in denen sich ein starker, nicht zu übersehender und nicht zu umgehender Block der Opposition so um die 40 Prozent formiert hat. Die dritte Niederlage war eher eine stille: die rasche und technokratische Verabschiedung des Umbauprogramms. Positiv ist natürlich die verabschiedete Resolution zu den Flüchtlingen.

von AKWs sehen viele Menschen. Aber ihre Kettung an Sozialpartnerschaft, an Wachstumsprozesse, an Kooperation mit der Wirtschaft, an Ausländerfeindlichkeit, an die Position, Deutschland müsse auf dem Weltmarkt gut dastehen, das verunmöglicht in den überwiegenden Fällen die Stimmabgabe für die Grünen. Solche Hoffnungen nach Tschernobyl sind nicht eingetreten. Das hat in der Umkehrung bewirkt, sich nach der Niedersachsenwahl selbst die Schuld am als mangelhaft gesehenen Ergebnis zu geben, etwa in zu radikalen Forderungen des Hannoveraner Parteitags, aber auch im bedingungslosen Aufruf, nach Brokdorf zu gehen. So daß Grüne bisweilen anfingen darüber zu spekulieren, ob der Hamburger Kessel uns geschadet und nicht Kontroversen ins gegnerische Lager getragen hat. Und in dieser Stimmung, mit solcher Angst besetzt, haben tatsächlich viele grüne Redner mit Blick auf Wahlprozente gefordert, die Münchener Demo nicht zu unterstützen, aber auch zum Beispiel die Nichtbehandlung des Abtreibungs- und Stiftungsstreits zu beschließen. Das war eine Schlagzeilen- und Konfliktvermeidungsstrategie. Mehrheitsbildend auf diesem Parteitag waren diejenigen, die Sehnsucht hatten nach einem grünen Bild von Geschlossenheit, Harmonie, Konfliktausklammerung und ein wenig Verbeugung vor dem Wähler. Das ist ein falscher Lernprozeß aus Hannover.

Mit 7,5 % haben die bayerischen Grünen einen überragenden Wahlerfolg erzielt. Einerseits sind sie als Anti-Strauß- und Anti-WAA-Opposition angetreten. Andererseits als Distanzierer von vermeintlich chaotischen Aktionen, als Lebensschützer in der Abtreibungsdiskussion, mit Heimat- und Treuebekenntnissen zu Bayern in ihren Wahlspots. Ein eher bürgernaher, spießiger rechtsgrüner Wahlkampf. Hat das Ergebnis nicht diese Tendenz bestätigt? Stärkt das nicht die „Realos"?


Foto: argus

kraften kann. Ich denke, das bayerische Wahlergebnis wird graduell den sogenannten Realpolitikern bei den Grünen Auftrieb geben. Denn es ist richtig, daß in der Grünen-Präambel das Bekenntnis zum Christentum steht, daß die bayerischen Grünen ihre Haltung zum Abtreibungsparagraphen nicht durchgehalten haben, daß sie programmatisch weitgehend marktwirtschaftlich orientiert sind. Ich persönlich halte dies für nicht so entscheidend. Für mich erklärt sich das gute Abschneiden einmal daraus, daß es etwas leichter war Stimmen zu bekommen, weil jeder wußte, wer anschließend weiterregieren wird. Es gab eher ein Proteststimmen-Feeling á la Europaratswahlen. Trotzdem ist es im schwarzen Bayern traditionell schwer, mit fortschrittlicher Politik voranzukommen. Daher glaube ich vor allem, daß mit dem Kampf gegen die WAA ein polarisierendes Thema zentral war, daß Bewegung vorhanden war, im Unterschied zu den Wahlen in NRW und im Saarland. In diesem Sinne ist das bayerische Ergebnis für die Grünen ermutigend.

Die politische Quintessenz aus dem bayerischen Ergebnis ist, daß es höchstgradig wahrscheinlich ist, daß CDU, CSU und FDP erneut die absolute Mehrheit in Bonn verteidigen werden. Daß zugleich die Grünen weniger ängstlich fürchten müssen, ob ihr Einzug in den Bundestag möglich ist.

Der Streit um die Münchener Demon-

ängstlich fürchten müssen, ob ihr Einzug in den Bundestag möglich ist.

Der Streit um die Münchener Demonstration am 4. Oktober hat in Nürnberg eine große Rolle gespielt. Nachdem das Kind in den Brunnen der Ablehnung gefallen war, hat sich die Opposition offen gegen die Mehrheitsmeinung auf diesem Parteitag gestellt. Wie bedeutungsvoll ist dieser Streit für die weitere grüne Entwicklung?

Also ehrlich gesagt, wir waren einen halben Tag lang gelähmt. Wir standen alle ziemlich unter Strom, was wohl die bündnispolitische Erklärung bringen wird. Die Münchener Demo haben wir ebenso wie die Vorbereitung auf das Umbauprogramm eher vernachlässigt. Dann kam dieser aus meiner Sicht schreckliche Beschluß, der faktisch ein Aufruf war, ihr dürft hingehen, aber wir können es euch nicht empfehlen. Am Tag drauf haben wir die Unterschriftenliste kursieren lassen, daß wir es für einen schweren Fehler halten, wenn die Grünen mit wahltaktischer Begründung Zustimmung oder Ablehnung zu Demonstrationen entscheiden. Wir haben es für einen Bruch in unserem Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen erachtet, sie fortan instrumentell zu behandeln, die gut sind, wenn sie den Grünen nützen und schlecht sind, wenn sie ihnen im wahlpolitischen Kalkül rumpfuschen. 270 Leute haben diese Kritik und den Aufruf für München unterstützt, wieviel davon Delegierte waren, weiß ich nicht genau. Ich erhoffe mir davon, daß dieser bewußte demonstrative Schritt der Kritik an einem Parteitagsbeschluß zwei Signale bewirkt: Erstens das Signal an die Bewegungsaktivisten, es gibt Grüne, die euch nicht im Regen stehen lassen wollen, sucht die Kooperation mit uns. Und zweitens nach innen, das ist die Grenze, bei der ihr auf keine Loyalität von uns rechnen könnt, wenn ihr sowas beschließt. Überlegt euch, ob ihr das noch mal wiederholen wollt.

Faszinierend war für mich der Fischer-Auftritt, der für seine Darstellung Ovationen erhielt, der Kampf des hessischen Umweltministers für den AKW-Ausstieg bewirke mehr, als alle außerparlamentarische Anti-AKW-Bewegung. Er brachte das auf die Formel, daß Ausstiege und Stillegungen „gemäß Aktenlage" möglich seien. Charakterisiert das das neue grüne Politikverständnis?

Mensch, ich kann doch nicht so tun, als könnte ich immer alles erklären. Von Hannover bis Nürnberg ist ein Prozeß gelaufen, den ich gar nicht ganz begreifen kann. In Hannover gab es einen Streit um die Beschlußlage der Grünen zur AKW-Politik nach Tschernobyl. In diesem Streit hat meine Strömung knapp verloren. Zum Beispiel mit Blick auf Hessen, daß unsere Gegner den hessischen Grünen einräumen wollten, bis zum Ende der jetzt laufenden Legislaturperiode, also bis zum Herbst 1987 aus der Atomenergie ausgestiegen zu sein und bis zum Ende dieses Jahres erste konkrete Schritte vollzogen haben zu müssen.

Zweitens legitimieren die Grünen mit ihrem Programm, daß die Industrie Umweltzerstörung bezahlen kann. Durch eine Abgabenpolitik, mit der wieder sinnvolle Sachen finanziert werden sollen, kann betriebswirtschaftlich kalkuliert werden, ob die Installation von Umweltschutztechnologie oder die Abgabe, die bei Verzicht technischer Neuerung zu tätigen ist, finanziell günstiger kommt. Das ist ein schwerwiegender Schritt gegen eine Politik der Verbote auf diesem Gebiet. Das dritte und vielleicht Bedeutendste ist jedoch, daß das Umbauprogramm von A bis Z den Geist haucht, daß die Grünen die besten Öko-Keynesianer sind. Daß sie weitestgehend Umweltschutz, Vollbeschäftigung und Privateigentum an Produktionsmitteln bei Akzeptierung staatlicher Interventionen vereinbart bekommen. Bis hin zu der Lächerlichkeit der Berechenbarkeit kapitalistischer Ökonomie über Staatsinterventionismus. Was die Grünen bisher ausgemacht hat, Machbarkeit anzuzweifeln, den Diskurs zu führen, wieviele Bereiche der Produktion gebremst oder stillgelegt werden müssen, um natürliche Lebensgrundlagen zu retten, wieviel wichtiger die Offensive an ausgesuchten Feldern der Politik gegenüber der vorgegaukelten Seriosität des Gesamtkonzepts ist, das wird hier erschlagen. Dies ist allerdings kein Prozeß, den man besonders Rechtswendung der Grünen nennen kann, weil alle möglichen Linken in der BRD sich ja dünken, diese Wunderwaffe von der Umgestaltung der Gesellschaft nach ihrem Modell zu besitzen, was ich für schwerwiegend in die falsche Richtung weisend halte.

"Ich finde es manchmal erschreckend, wie die Grünen ihre Positionen an Stimmungen ketten"

Das ist ja nicht wenig.

Wir wollten das schneller und ultimativer. Unter anderem ich wurde von Leuten umschwärmt, die behaupteten, das durchgesetzte Ergebnis sei die klügere Taktik, das sei vertretbar. Nun wissen wir daß bis zum Jahresende kaum etwas Entscheidendes passieren wird und es steht fest daß in Hessen über den Landtagswahltermin hinaus Atomanlagen betrieben werden. Verblüffend ist die Leichtigkeit, mit der Fischer und seine Truppe solche Beschlüsse negieren können, mit dem einfachen Hinweis darauf, daß das politische Umfeld die Umsetzung solcher Beschlüsse nun mal nicht erlaube, daß es sich um emotionale Aussagen in einer aktuellen Situation gehandelt habe und unverhohlen zu erkennen geben, daß sie selbst an deren Realisierung nicht geglaubt haben. Bei vorsichtiger Annäherung an dieses grüne Phänomen finde ich es manchmal erschreckend wie die Grünen die Festigkeit ihrer Positionen an Bevölkerungsstimmungen ketten ...

... oder an eigene Stimmungen?

keit ihrer Positionen an Bevölkerungsstimmungen ketten ...

... oder an eigene Stimmungen?

Richtig. Denn hätten wir mit diesen Positionen zwei, drei gute Wahlergebnisse gehabt, hätte man sich vielleicht darauf besonnen, daß die Beschlüsse gut waren. Haben wir nach Tschernobyl nicht den erhofften Wahlerfolg, gilt der Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb von vier Jahren bereits als halbwegs radikale Position. Das ist für mich tatsächlich ein beängstigendes Ergebnis.

„Die Sozialdemokratisierung der Grünen schreitet voran", das Zitat stammt nicht aus dem AK, sondern aus einer Kommentierung des „Handelsblatt" zum grünen Umbauprogramm. Die Linken bei den Grünen erweckten in Nürnberg den Eindruck, dieses Programm am liebsten in der Versenkung verschwinden zu lassen. Es ist aber verabschiedet worden, die „Realos" feiern dies als Sieg, als ihre Bibel für den Nachweis der Machbarkeit des Umbaus der kapitalistischen Gesellschaft. Praktische Handlungsanweisung sozusagen für die tagtägliche „Realpolitik" in grünen Kreisverbänden. Überbewertung dieses Programms durch die „Realos" oder Unterschätzung durch die Linken?

Es ist nicht so bedeutend wie die Initiatoren des Umbauprogramms träumen. Es ist insofern auch nicht bedeutend, als es nicht durch eine wirkliche Parteitagsdebatte gestützt, sondern in Zeitnot durchgezogen wurde. Seine Bedeutung sehe ich darin, daß eine bestimmte Grundannahme von Politik bei den Grünen an Boden gewinnt. Neben vielen starken einzelnen Passagen umreißt das Programm die Umbauvorstellungen so: Erstens ist es nicht mehr länger verpönt auch die sozial Schwachen, Rentner, Lohnabhängige, Arbeitslose mit Umweltauflagen zu belasten, um technokratisch Umweltschutz zu betreiben und daraus Finanzierung zu gewinnen. Weniger stark als bei der SPD, doch ist eine Parallele zu ihrem Programm Arbeit und Umwelt sichtbar.

Zum Hauptkonflikt eures Parteitags. Der „Flügelhengst" Otto Schily, um mal ein Bild von Antje Vollmer zu übernehmen, war zufrieden mit der verabschiedeten Nichtaussage über euer Verhältnis zur SPD. „Flügelhengst" Rainer Trampert war unzufrieden mit dem Bekennenden Brief. Antje selber sah sich erfolgreich beim Auseinanderhalten der „Flügelhengste". Welche Bedeutung wird dieser Brief in der grünen Praxis vor der Bundestagswahl haben?

sah sich erfolgreich beim Auseinanderhalten der „Flügelhengste". Welche Bedeutung wird dieser Brief in der grünen Praxis vor der Bundestagswahl haben?

Ich muß mich Rainer Tramperts Kritik anschließen. Es ist schon unheimlich, wenn man sich den Wortlaut des Briefes ansieht, wie da in der Vergangenheitsform von der SPD als Atom- und NATO-Partei gesprochen wird. Ich finde es ungeheuerlich, bereits im ersten Satz zu lesen, die einzige Kraft, der wir Grünen verpflichtet sind, seien ihre Wähler. Für mich ein schlimmer Kontrast zur guten Flüchtlings- und Immigranten-Resolution, die wir verabschiedet haben. Denn wählen dürfen die bekanntlich nicht. Vielleicht ist das ein journalistischer Fehler, das weiß ich gar nicht. Daß der aber unkorrigiert so durchgeht, das zeugt ziemlich deutlich von der Art des Blicks auf den Wähler, worüber wir vorhin schon sprachen. Der Brief ist über weite Strecken ziemlich peinlich, weil er rausarbeitet, wie großartig wir sind. Offenkundig haben wir das nötig. In seiner politischen Konsequenz sagt der Brief: Abwarten des Wahlergebnisses, Warten ob die SPD uns anspricht, dann entscheiden zu welchen Bedingungen und ob wir kooperieren wollen. Das reproduziert in gewisser Weise unseren Hagener Beschluß von 1985, der festschrieb, daß von Opposition über Tolerierung und Koalition bis hin zur Alleinregierung für die Grünen alles möglich ist. Letztere ist aus der Beschlußlage praktischerweise entfernt. Das andere Spektrum bleibt methodisch erhalten. Die Zufriedenheit Otto Schilys erklärt sich aus der Möglichkeit, diesen faktischen Nichtbeschluß zu interpretieren. Eine der häufigsten Fragen im Wahlkampf an die Grünen wird die nach der Zusammenarbeit mit der SPD sein. Die ist ja jetzt legitimerweise individuell beantwortbar. Wer die Medienstruktur kennt, der weiß, wer am meisten antworten darf und eine gute Chance hat, das öffentliche Bild der Grünen zu prägen. Schily

„Der München-Beschluß war ein Bruch in unserem Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen"

Die Wählerinnen und Wähler nicht zu verschrecken, das war in Nürnberg ei-

Ich will das Ergebnis in seiner Ambivalenz betrachten. Erstmal freue ich mich

Die Wählerinnen und Wähler nicht zu verschrecken, das war in Nürnberg eine besonders von den Bayern wiederholt betonte Formel. Mehrfach wurde der „böse Stern von Hannover" — euer Pfingstparteitag — beschworen. Ist das nur ein Problem des Wahlkampfs im tiefschwarzen Bayern gewesen?

Nein, nein, ehrlich gesagt kennzeichnet das Entwicklungen. Die Grünen sind in mehrerer Hinsicht arg gebeutelt worden. Etwa immer dann, wenn sie die Rituale der wohlanständigen Politik verletzt haben. Im Fall Schwalba-Hoth ...

... der sogenannte „Blutspritzer..."

... ging es ja auf die Grünen nieder wie ein Hagelgewitter. So was wiederholte sich in vielen ähnlichen Fällen. Sie sind gebeutelt worden, wenn sie sich für gesellschaftlich verpönte Minderheiten eingesetzt haben — ich erinnere an die Päderastie-Debatte in NRW. Sie sind gebeutelt worden, wenn sie sich in ausgegrenzte politische Bereiche begeben haben. Etwa der Brief von Antje Vollmer und Christa Nickels an inhaftierte Mitglieder der RAF. Und regelmäßig nach militanten Auseinandersetzungen mit der immerwährenden Gretchenfrage nach ihrem Verhältnis zur Gewalt. Leider ist im Ergebnis dieser vielfältigen Prügel eine Tendenz der Ängstlichkeit und des Zurückweichens über Bayern hinaus bei den Grünen festzustellen. In Hannover hatte ja auch so etwas wie eine Hoffnung auf einen Erdrutsch zugunsten der Grünen nach Tschernobyl geherrscht. Der ist ausgeblieben, war nie realistisch zu erwarten, wurde aber von recht vielen Grünen erwartet ...

Von dir nicht auch?

Nein, ich habe in vielen Interviews bewiesen, daß ich von der Ansicht ausgehe, die Grünen kommen nur voran, wenn ein Konzert von Auffassungen Anerkennung in der Bevölkerung bekommt. Es gibt nicht den Durchbruch an einem Punkt. Die Gefährlichkeit

Ich will das Ergebnis in seiner Ambivalenz betrachten. Erstmal freue ich mich darüber, daß die Kraft, die im Rahmen des angebotenen Spektrums am massivsten gegen die Ausländerhetze eingetreten ist, die die WAA garantiert verhindern, und die Raketen weghaben will, ein so gutes Landtagswahlergebnis erzielt hat. Richtig ist zugleich, daß die Verbitterung eines Teils der Anti-AKW-Bewegung gegen einen Teil der Grünen, wie ich sie in München auf der Demo erlebt habe, keine erkennbare wahlschädigende Auswirkung hatte. Das kann Grüne ermutigen, diesen aus meiner Sicht extrem wichtigen dynamischen Teil der Gesellschaft weiter zu ignorieren, gegebenfalls auch politisch zu beleidigen und ins Abseits zu stellen. Das wäre vielleicht ein Weg, den eine Wahlpartei verkraften kann, bestimmt aber kein Weg, den eine auf Aktionen orientierte, in der Gesellschaft dynamisch wirkende Partei ver-

Den einzelnen überlassen

1. Die Bundesversammlung der Grünen verurteilt aufs Schärfste das Verbot der Demonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage am 4.10.1986 in München. Mit diesem Verbot wird von SPD-Oberbürgermeister Kronawitter bis hin zur CSU versucht, vor der Landtagswahl in Bayern die Anti-WAA-Bewegung zu kriminalisieren und gewalttätige Auseinandersetzungen — wie bereits vor einem Jahr in München-Haidhausen — auszulösen.

2. Die Bundesversammlung der Grünen schließt sich der Haltung der oberpfälzischen Bürgerinitiativen an, die es der Entscheidung jeder/jedes einzelnen überlassen haben, an der Demo am 4.10.86 teilzunehmen.

(Beschluß des Nürnberger Grünen-Parteitags).

Fortsetzung nächste Seite

GRÜNE

Fortsetzung von vorheriger Seite

selbst hatte ja einen nahezu wortidentischen Antrag zum Vollmer-Brief eingebracht. Damit blieb er klar in der Minderheit, schätzungsweise 20 Prozent.

Wie erklärst du diese Differenz?

Er war von Leuten unterzeichnet, von dem der mehrheitsbildende Teil des Parteitags weiß, was die wollen. Der Vollmer-Brief bekam seine Mehrheit durch die Beteuerung, dies sei ein flügelübegreifendes Papier. Auch Wiesenthal und Kostede waren in krasser Minderheit mit ihrer wenigstens argumentativ durchdachten realpolitischen Position ohne Schmalz und ohne Sülze. Mehrheitsbildend war die Aussage, nichts zu verabschieden was einen der Flügel angreift. Dieses Harmoniebedürfnis hat die Mehrheit gebracht. Das relativiert ein wenig das Ausmaß unserer Abstimmungsniederlage auf dem Parteitag.

Warum ist dieser Brief an die Wählerinnen und Wähler bislang so wenig an die grüne und außergrüne Öffentlichkeit gelangt?

Das liegt vielleicht daran, daß er nicht nur mit ansehnlicher Ablehnung bedacht wurde, sondern auch bei seinen taktischen Befürwortern mit ironischer bis zynischer Distanz behandelt wird. Die einen sprechen vom Brief als der zweitbesten Lösung, der „Pflasterstrand" spricht vom „Hirtenbrief". Die Ambition, ihn als Wahlanzeige erscheinen zu lassen, ist nirgendwo besonders groß. „Realos", die analytischen Verstand beweisen wollen, machen aufdringliche Witze und wollen mit dem Text nicht identifiziert werden. Es wird wohl eher in der Hand grüner Kreisverbände liegen, ob und wie sie mit dem Brief arbeiten. Wie umfangreich das geschieht, kann ich nicht einschätzen. Die Bedeutung dieses Briefes im Wortlaut wird gering sein. Sein Wert liegt in der Interpretationsmöglichkeit der offengehaltenen Entscheidung.

Diese Bedeutung könnte reduziert werden, wenn sich in der nächsten Zeit klarer herausschälen würde, daß die derzeitigen Bonner Koalitionsparteien ihre Mehrheit halten könnten und die SPD massiv und alltäglich jede Kooperation mit den Grünen ausschließt. Dann ist natürlich die politische Selbstdarstellung der Grünen als notwendige Oppositionskraft dominanter gegenüber der Frage nach Bündnisoptionen.



Was 1982 in Hamburg noch Ironie war, ist heute grüne Realität

„Die Zufriedenheit Otto Schily's erklärt sich aus der Möglichkeit, diesen Nichtbeschluß zu interpretieren"

Rainer Trampert hat den verabschiedeten Brief ein „Ärgernis" und „SPD-

Rainer Trampert hat den verabschiedeten Brief ein „Ärgernis" und „SPD-anbiederisch" genannt. Tut man sowas als Parteivorsitzender?

Es ist doch völlig klar, daß Rainer nach dem Parteitag diesen Brief kritisieren mußte. Er war Mitunterzeichner eines Gegenantrags und hat für eine andere politische Position gekämpft. Da kann doch niemand erwarten, daß er nach einer Abstimmungsniederlage das konkurrierende Dokument loben würde. Es wäre doch peinlich gewesen, wenn er nach dem Streit gesagt hätte, ich schweige jetzt in Loyalität. Rainer wie alle Vorstandsmitglieder sind auch Vertreter politischer Strömungen in den Grünen. Es gab auf dem Offenburger Parteitag Abwahlanträge, Rainer hatte seine Position in einem Rechenschaftsbericht erläutert. Diese Abwahl ist eindeutig gescheitert. Und auf dieser Basis macht er heute seine Politik auch im Vorstand der Grünen.

Klaus Hartung hat in der „taz" gefordert, Tramperts Rücktritt sei fällig. „Würde" und „Verantwortung des Amtes" geböten dieses. Es gibt Gerüchte, daß Grüne an Tramperts Stuhl sägen, was wird da diskutiert?

Ja, das haben „Realo"-Kreise diskutiert. Man hört jetzt häufiger, wie die Strömung, der auch ich angehöre, geschwächt werden kann. Akut war und ist dies zu keinem Zeitpunkt. Auch grüne „Realos" kalkulieren, wieviel Nerv eine Partei sich vor dem Wahlkampf erlauben kann. Die wissen natürlich, daß ein beträchtlicher Teil grüner Mitgliedschaft unter anderem durch Rainer vertreten wird. Im Kern ging es hierbei um politische Schwächung, vielleicht um die Beschneidung öffentlicher Auftrittsmöglichkeiten, um den grünen Fernseh- und Rundfunproporz und ähnliches mehr. Das alles ist durch den Bundeshauptausschuß abgelehnt worden. Es gibt keinen Rainer kritisierenden Beschluß. Selbst Kostede ist mit dem lächerlichen Antrag gescheitert, der BHA möge feststellen, daß der Brief an die Wählerinnen und Wähler nicht SPD-anbiederisch sei.

Da muß ich nun noch mal was zur „taz" sagen. Sie steht voll im Dienste der Durchsetzung der „Realpolitik" bei den Grünen. Der Klingelschmitt inszeniert für Hessen seine monatliche Aufregung um die Gefährdung der Koalition, um schließlich den „Realos" Klugheit zu bescheinigen. Der Hartung ist außer Rand und Band, wenn ihm die Kandidatenwahl der AL Westberlin nicht gefällt. Die Vorberichterstattung zum Parteitag räumt dem Kretschmann am meisten Platz ein, der alle Inhalte grüner Politik dem Kuhhandel anheimfallen lassen will, entscheidend sei die Klärung, welche Minister und Staatsräte wir stellen. Einerseits jubelt die „taz" den Vollmer-Brief hoch und bescheinigt der grünen Partei endlich Wahlkampfführung. Dann setzt Hartung einen drauf, Trampert müsse jetzt abtreten, berichtet dann aber von der Sitzung des BHA, die anders als wunschgemäß verlief, nicht ein einziges Wort.

Das ist der Zustand bei der „taz". Klar, wir können da auch mal einen Kommentar unterbringen, andere Redakteure schreiben auch mal anderes. Doch das ist schon seit langer Zeit die Linie dieser Zeitung. Es ist schon recht herbe, das Hartung-Interview mit Willy Brandt in der „taz" zu lesen. Dagegen ist Ernst Dieter Lueg ein extrem witziger, frecher und bohrender Ge-

sprächspartner von Helmut Kohl. So etwas Devotes habe ich lange nicht ge-

sprächspartner von Helmut Kohl. So etwas Devotes habe ich lange nicht gelesen, das könnte sich am ehesten noch mit einem UZ-Interview mit Herbert Mies messen. Als relevante Minderheit bei den Grünen haben wir medienmäßig eine sehr schlechte Stellung, wir kommen ja auch im „Spiegel" nicht besser weg, als in der „taz".

Welche Bedeutung kann der Vollmer-Brief nach der Wahl bekommen? Fischer hat vor Nürnberg von einem „realpolitischen Dammbruch" gesprochen, falls es zu einer Mehrheit SPD/Grüne kommt. Von Trampert und Ditfurth werde dann sowieso nicht mehr viel zu hören sein.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder es soll ein Versprechen von Fischer an die sogenannten Wechselwähler sein, ihr könnt ruhig grün wählen. Unsere Leute, die sich mit der Rolle des Juniorpartners am Rockzipfel der SPD nicht abfinden, die erledigen wir schon. Also auch eine Kampfansage, nach der Wahl Blut sehen zu wollen, überall wo möglich den Minderheitenschutz nicht zu gewähren, was ja bei der Kandidatennominierung teilweise schon recht herbe praktiziert wurde. Oder es ist eine politische Aussage in dem Sinne, wenn CDU, CSU und FDP die Mehrheit verlieren, werden sich viele grüne Beschlüsse als papierene blamieren und die Partei wird zur Kooperation mit der SPD unter allen Umständen bereit sein. Das letzte glaube ich nicht. Vor allem, weil ich die Orientierung der SPD auf schroffe Ablehnung der Kooperation mit den Grünen auf Bundesebene politisch ernst nehme. Bei der BRD handelt es sich um ein Kernland des Imperialismus, da ist man nicht so experimentierfreudig. Für solche Experimente ist auch der amerikanische Verbündete nicht zu haben. Dafür sind die Grünen in vielen Politikbereichen zu oppositionell, als daß man sie in eine Regierungspolitik einbinden könnte. Glotz hat sehr massiv entwickelt, daß für das harte Geschäft der kapitalistischen Modernisierung, für das harte Geschäft des Kampfes um größere Weltmarktanteile und des Durchsetzens der bundesrepublikanischen Interessen im europäischen Maßstab die Grünen nicht zu gebrauchen sind. Das nehme ich durchaus ernst. Deswegen glaube ich, daß viele „Realo"-Träume von der zweiten Option im Koffer Rau's oder von Willy Brandt als Kanzler, der mit den Grünen kann — ein Gerücht, das übrigens durch kein Interview Brandts dementierbar scheint — viele dieser Träume sich real blamieren werden.

Dennoch bleibt natürlich ein wahrer Kern an Fischers Aussage. Wenn die SPD Angebote machen würde, die in die Schwachstellen grüner Politik zielten, dann stünde die Nagelprobe an, wieviele Leute, die heute unseren Anträgen zustimmen, auch noch in einer solchen Drucksituation zustimmen würden. Da hat Fischer als empirischen Beweis die hessische Verlaufsform auf seiner Seite, die ständige Verletzung selbstaufgestellter Bedingungen durch die Grünen selbst. Ich denke, darauf spekuliert er.

Du gehst also davon aus, daß die Bundesebene jede andere Konstellation, nur nicht rot-grün bringen wird. Geht der Kelch also noch einmal an euch vorüber?

Auch wenn das als demotivierend empfunden wird, ich halte eine Mehrheit für die jetzige Koalition für ziemlich wahrscheinlich, was ich nich will. Es sieht aber sehr danach aus. Bei rotgrüner Mehrheit gehe ich davon aus, daß die großen Parteien sich eher untereinander arrangieren würden, als daß es ein Arrangement mit den Grünen gäbe. Dennoch bleibt es extrem wichtig, welches Profil die Grünen in der Opposition in den nächsten vier Jahren haben werden. Die Sozialdemokraten versprechen ja etwas Verlockendes — nicht für mich Verlocken-

mokraten versprechen ja etwas Verlockendes — nicht für mich Verlocken-

des, aber für viele Grüne. Sie definieren, wo die Grünen reifen müssen, um einen Sinneswandel bei der SPD am Horizont als möglich erscheinen zu lassen. Also: das Verhältnis zur NATO, zur Marktwirtschaft, zum staatlichen Gewaltmonopol, zur Industrie muß geklärt werden, dann vielleicht bekommt ihr eure Chance. Dieser Druck wird auch in der Opposition auf den Grünen lasten. Es wird daher auch im schlechteren Falle ein Ringen darum geben, ob die Grünen der der SPD untergeordnete Oppositionspart in Bonn sind oder eine eigenständige radikale Oppositionspolitik entwickeln können. Dieser eher zähe Kampf der Domestizierung der Grünen findet bei jedem Wahlergebnis statt. Deswegen tröste ich mich nicht damit, wenn ich sage, die Nagelprobe kommt wahrscheinlich nicht, sondern sie hat wahrscheinlich eine andere Verlaufsform. Nämlich die des Kampfs um das Profil der Grünen, ihre Anbindung an bestimmte außerparlamentarische Kräfte, ihre Verweigerung gegenüber dem Konsens der Demokraten und so weiter.

Rainers und dein Antrag einer harten Tolerierungslinie erhielt ungefähr 40 Prozent Zustimmung in Nürnberg. Ist das neben den von dir schon gemachten Einschränkungen — eine Abstimmungsniederlage — ein Erfolg für euch als linke Opposition bei den Grünen?

Ja, insofern, als u.a. mir vor Nürnberg mal wieder unheimlich der Kopf von allen Seiten vollgedröhnt wurde, daß wir mit unserer radikalen Position alle Mittelkräfte bei den Grünen verschrecken würden. Mit angeblich differenzierterer, klügerer, auf die SPD mehr zugehender, die grünen Mittelkräfte gewinnender Taktik bessere Politik machen, mehr Einfluß gewinnen könnten. Uns ist Isolierung vorhergesagt worden. Da hat es zunächst mal etwas Beruhigendes, wenn man bestätigt bekommt, daß es eine radikalreformistische bis systemoppositionelle Grundsubstanz bei den Grünen gibt. Eine Festigkeit in Sachfragen, für die man kämpfen und die man auch gewinnen kann. Und daß diejenigen, die um allzuviele Ecken denken wollten, eher in der Lage sind nachzudenken, ob sie nicht die Form der Polarität, die wir für sinnvoll gehalten haben, akzeptieren müssen.

Aber ist diese Zustimmung für euch nicht auch ein wenig durch die pastorale Ansprache des Vollmer-Briefs bewirkt worden? Vor der Debatte hat die Parteilinke sich desolat dargestellt. 14 der 27 Anträge stammten von Leuten, die sich den Linken zurechnen, 11 aus deinem früheren MOZ/ISP-Spektrum. War nicht euer Antrag als der mit der meisten oppositionellen Zustimmung deshalb der Kristallisationspunkt und nicht, weil die Fürstimmer nun unbedingt politisch dahintergestanden haben?

Ich bin ja nicht blind und habe gesehen, was im Saal los ist. Die hohe Zustimmung war der Situation der Zuspitzung zum Vollmer-Brief geschuldet. Wir sind natürlich nichtauthentische Repräsentanten von 40 % der Grünen. Wir sind im Moment die am meisten Zustimmung bekommende Strömung gegen die Unterordnung der Grünen unter die SPD, nicht mehr und nicht weniger. Wir sind ein nicht zu übersehender und nicht zu übergehender Block bei den Grünen. Wenn ich Strömung sage, dann meint dies sowieso ein politisches Milieu bei den Grünen und keine Fraktion.

„Ich nehme die schroffe Ablehnung der Grünen auf Bundesebene durch die SPD ernst"

Euer Antrag ist als harte Tolerierungslinie angetreten. Aus meiner Sicht ist er die faktische Beschreibung der Oppositionsrolle für die Grünen. Warum habt ihr ihn als Tolerierungsantrag deklariert?

Ich glaube der Sache nach hat sich unsere Position nicht geändert, sondern die Interpretation und das Umfeld. Es ist natürlich richtig, wenn du sagst, du schaust dir die SPD an, du schaust dir diesen Staat an, du mißt dagegen unsere Tolerierungsforderungen und du kommst zu dem Schluß, höchstgradig wahrscheinlich löpt dor nix. Es ist schwieriger geworden diePosition einer harten Tolerierungslinie durchzuhalten, wenn du eine Masse von grünen Kronzeugen hast, die das, was wir Tolerierung oder Minimalbedingungen nennen, als utopistisch und maximalistisch bezeichnen. Also die Wirkung unterhöhlen. Und schwieriger wird so ein Projekt natürlich auch, wenn

durch verschiedene Landtagswahlen inzwischen eher klar geworden ist, auf welcher Ebene sich SPD und Grüne —

durch verschiedene Landtagswahlen inzwischen eher klar geworden ist, auf welcher Ebene sich SPD und Grüne — wenn überhaupt — treffen können.

In Hessen zum Beispiel?

Klar, Hessen ist da prägendes Beispiel. Wir haben 1982 in Hamburg relativ erfolgreich dem Druck zu reifen und unsere Forderungen zurückzuschrauben widerstanden. Es ist uns ziemlich gut gelungen darzustellen, auf vielen politischen Gebieten sind wir zu Kompromissen bereit, tolerieren sogar, daß die Scheiße so weiter läuft wie bisher, aber in ausgesuchten Feldern der Politik muß sich dramatisch was verändern. Das konnten wir mit relativ einheitlicher Stimme gegen den Vorwurf des Maximalismus tun, gegen die Sülzköpfe, die versprachen, wenn sie nur auf der Kandidatenliste der GAL rumlungern dürften, dann würde es mit der SPD funktionieren. Das ist heute schwerer geworden. Ich will also heute eine Position suchen, wo ich einerseits die Notwendigkeit der Tolerierungsforderungen immer wieder erläutere. Wo ich immer wieder darstelle, das allgemeine Gerede gegenüber den amerikanischen Freunden selbstbewußter aufzutreten, bringt euch nichts, Leute aus der Friedensbewegung. Was euch was bringt, das ist der Abtransport der Raketen. Dadrunter langweilt euch bitte. Diese Botschaft will ich auf die verschiedenen Felder der Politik anwenden. Ich will sagen, daß ich selber eher glaube, ja davon überzeugt bin, daß unter den Bedingungen, die wir stellen, eine Kooperation nicht zustande kommt, daß wir aber einen langfristigen Kampf für die Verwirklichung unserer zentralen Reformschritte ausfechten und deswegen nicht unsere Tolerierungspolitik nach Programmlage und onstigem Druck der SPD relativieren. Das ist die Idee, die wir verfechten. Der Witz ist ja: man gilt als Maximalist für etwas, was andere aus taktischen Gründen manchmal einfach einflechten. Etwa Hubert Kleinert kurz nach Tschernobyl in einem mal wieder gesponserten Essay im „Spiegel". Regierung, so Kleinert, können wir nur unterstützen, wenn sie binnen eines Jahres die Atomkraftwerke alle stillegt und die Raketen abtransportiert. Das bindet er an seinen Optimismus: ich glaube, die SPD kann sich dem nicht entziehen, sollte dem anders sein, sehe ich mich eben getäuscht und uns steht die Rolle der Opposition zu. Dazu sage ich: Diese Bedingungen sind okay, ich glaube eher, daß die SPD darauf nicht eingehen wird. Sollte ich mich da getäuscht haben, okay, dann tolerieren wir. Nur dieser Umgang, erst solche Bedingungen aufzustellen, dann mitzukriegen, mein Gott, das macht die SPD nicht, ich muß dafür sorgen, daß was ich einmal gesagt habe, in den Grünen und in der Öffentlichkeit der Vergessenheit anheimfällt, ich muß mitstimmen für eine Resolution, die alles offenläßt, das ist ein extrem taktischer Umgang mit den Formeln vom Realismus, Utopismus, Maximalismus und Fundamentalismus.

Das ist aber doch nicht ganz neu, sondern prägt schon seit Jahren grüne Parteitage und die Realität grünen Agierens. Hannover war „maximalistisch", Nürnberg „realistisch". Mit sowas machen doch alle Strömungen ihre Politik bei den Grünen. In Nürnberg hat kaum noch einer danach gefragt, was in Hannover beschlossen wurde.

Das ist richtig. Ich wollte auch nur erklären, wie willkürlich man das Etikett Utopist oder Fundamentalist angeheftet bekommt. Ich kann es auch gegen Leute anwenden, die ich kritisiere, weil ich meine, sie öffnen Türen, die wir lieber verschlossen halten sollten. Zum Beispiel der Antrag der Hamburger Paul Rieckmann und Erwin Jurtschitsch. Dem Wortlaut nach schreiben sie, daß wir eine Regierung nur tolerieren können, die in vier Jahren alle Atomanlagen stillgelegt hat. Das ist Maximalismus, Utopismus und Fundamentalismus. Ich kuck mir das dafür notwendige politische Umfeld an, die wirtschaftliche und militärische Bedeutung des Atomprogramms, die SPD-Formel vom Ausstieg-Konsens mit der Wirtschaft, die das auch so meint. Wenn ich will, sage ich, ihr seid die Roßtäuscher. Ihr tut so, als wären vier Jahre realistischer als eines. Ihr betreibt besonders getarnten Fundamentalismus. Es wäre ja schon viel gewonnen, wenn in der innergrünen Debatte aus diesen Fragen die Demagogie rauskommt.

Aber bestätigt das nicht die Einschätzung, daß heute Bündnispolitik gegen-

Aber bestätigt das nicht die Einschätzung, daß heute Bündnispolitik gegenüber der SPD mehr unter dem Gesichtspunkt innerparteilichen Dammbaus diskutiert wird, als unter dem Gesichtspunkt, wie man gesellschaftspolitisch mit den eigenen Themen in die Offensive kommen kann?

Nein, das halte ich für falsch, was du da sagst. Ich glaube ja, daß eine gute Tolerierungspolitik immer zentral den Gedanken an die gesellschaftliche Offensive beinhaltet. Sie ist nicht zur Selbstvergewisserung der Grünen da, hinter solche Positionen nicht zurückzufallen. Wenn du in die Tolerierungsbedingungen hineinschreibst, du willst das Niederlassungsrecht, also die Gleichbehandlung der länger hier lebenden Immigranten, verwirklicht sehen, dann heißt das ja auch, daß du ein politisches Versprechen abgibst: an diesem Punkt will ich monatelang powern. Diese sichtbare Ungerechtigkeit, daß Leute hier 6, 8, 10 Jahre leben, nicht wählen dürfen, keinen gleichen Zugang zu Arbeitsplätzen haben, mit ihren Familien nicht zusammenwohnen können oder nicht dort wohnen können, wo sie wollen, keine gleichen Sozialleistungen haben usw. Dieser Mißstand muß aufgehoben werden. Dann beschließe ich in der Tolerierungspolitik ja eine politische Kampagne und nicht die Beruhigung des politischen Gewissens der Grünen, auch diese Frage nicht übersehen zu haben. Deswegen denke ich ja, daß das Tolerierungspaket auch extrem viel mit dem politischen Profil der Grünen zu tun hat. Das sind die Punkte, die grüne Repräsentanten und Kandidaten erläutern müssen, während die sonstigen Programmpunkte nicht unwichtig sind, von vielen Menschen aber eher als weiter in der Ferne liegende Zielset-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zungen betrachtet werden. Gesellschaftliche Polarität entsteht immer im Kampf um einzelne Durchbrüche.

Wie siehst du die Situation der Linken bei den Grünen. Ökosozialisten nennen sich heute hauptsächlich Leute, die sich eher als neue grüne Mitte anzudienen versuchen, wie Stamm in Hamburg, Fücks in Bremen und Strathmann in NRW. Neuerdings auch die ehemaligen GIMler. Der „Pflasterstrand" sieht diese Leute aus dem Lager der „distanzierten Unterstützung einer SPD-Minderheitsregierung" im Wachsen. Was trennt dich von ihnen, euer Verhältnis war sichtbar nicht immer das allerbeste in der letzten Zeit?

Diese Position hat ja auch eine Auffächerung. Ihr Ausgangspunkt ist die brutale Position: Wahl, Stützung der SPD, egal was sie macht. Bedingungs-

„Die ‚distanzierte Unterstützung' betreibt klassische Politik der Unterordnung im Faktischen kombiniert mit kritischer Sülze im Rhetorischen"

lose Tolerierung, das war knallhart, beschrieb das Wesen dieser Politik richtig und ist dann umgefälscht worden in distanzierte Unterstützung. Durch das Wort distanziert sollte irgendwie Gewicht verliehen werden, daß man die SPD unterstützt, aber kritisch. Daß man der SPD den Haushalt absegnet, ihn aber kritisiert. Daß man die SPD-Regierungsmannschaft wählt, sie aber nicht gutfindet. Also eine klassische Politik der Unterordnung im Faktischen kombiniert mit kritischer Sülze im Rhetorischen. Diese Position ist nach wie vor extrem minoritär. Was im Wachsen begriffen ist, ist faktisch so etwas wie eine Minimalst-Tolerierung, auch wenn die Autoren das anders nennen. Sie formulieren Bedingungen, die eng an sozialdemokratische Beschlußlage angelehnt sind und zum Ausdruck bringen, wir wählen die SPD, wenn sie eigene Versprechungen realisiert. Tempo 100 einführt, den § 116 rückreformiert, die Neue Heimat saniert, den Flick-Paragraphen abschafft und ähnliches. Wobei das manchmal direkt auf Positionen übergeht, die ein wenig maximalistisch sind. Es gibt nicht wenig Grüne, die denken, die SPD hat eine Beschlußlage, daß die Raketen hier wieder wegsollen. Deswegen rutscht sowas aus Versehen schon mal darein. Diese Position halte ich für falsch. Sie zerstört sehr viel Authentizität der Grünen. Sie befördert einen Prozeß der Anpassung an die SPD und wird nach und nach auch die linke Variante ihrer Begründung abstreifen und — wie man jetzt schon sieht — auf Begründung des eigenen Realismus überwechseln und ohne Lenin-Zitat vom Strick und vom Gehenkten hinkommen. Ich glaube

befördert einen Prozeß der Anpassung an die SPD und wird nach und nach auch die linke Variante ihrer Begründung abstreifen und — wie man jetzt schon sieht — auf Begründung des eigenen Realismus überwechseln und ohne Lenin-Zitat vom Strick und vom Gehenkten hinkommen. Ich glaube

auch, daß der Kern dieser Position nach wie vor die bedingungslose Tolerierung ist. Denn der Ausgangspunkt der Bremer zum Beispiel war, daß man die SPD unterstützen muß, so lange sie sich sichtbar von der CDU unterscheidet, nicht wörtlich zitiert, sondern dem Gehalt ihrer eigenen Aussage nach. Und das wird halt immer so sein, da kann man unbesorgt sein. Das gehört zum Ritual dieses Staates und der Regierbarkeit eines Volkes in der parlamentarisch verfaßten Ordnung.

Nun behaupten die tendenziellen Nulltolerierer aber, daß sie mit ihrem Ansatz der grünen Hauptproblematik, Bereitschaft zur Koalition, entgegenwirken zu können. Könnte das nicht verbindend zwischen euch und ihnen sein?

Erstens ist nichts absurder, als auf Bundesebene Koalition zwischen SPD und Grünen zu befürchten. Insofern ist diese Kampflinie praktisch keine. Zweitens, wenn sie es wirklich wollen, werden die Vertreter dieser Position sich selbst anschmieren. Denn das Argument, ein klein wenig mehr herauszuholen, wenn man nur im Staatsapparat wichtige Funktionen bekleidet, ist dann nicht mehr dementierbar. Die Nulltolerierer könnten Opfer ihrer eigenen Argumente werden, nämlich des Arguments, daß eine verantwortungsvolle Politik niemals ignorant sein darf auch gegenüber dem kleinsten Unterschied zwischen SPD und CDU. Dann darf man auch nicht mehr ignorant sein gegenüber dem kleinsten Unterschied, daß ein grüner Minister eine Nuance mehr bewerkstelligen könnte, als ein sozialdemokratischer.

Sie sind zwar Koalitionsgegner, u.a. deswegen wird es mit ihnen in Einzelfragen immer wieder gemeinsames Abstimmen bei den Grünen geben, aber keine Einigung dieser beiden Grundströmungen, sie sind nicht vereinbar.

Rainer und du, ihr habt eure alten organisierten linken Zusammenhänge mit der Trennung von der ISP gekappt. Auf wen stützt ihr euch heute in den Grünen?

Alle Versuche von Linkentreffen bei den Grünen waren nicht fruchtbar. Dieser Satz beinhaltet nicht nur die Trennung von der ISP. Sondern in Vorbereitung des Offenburger Parteitags gab es ja Bemühungen um ein gemeinsames Positionspapier. Das ist jeweils an wechselseitigen Ausgrenzungen, Vorwürfen, unterschiedlichen taktischen Vorstellungen und inhaltlichen Differenzen gescheitert. Wir sind also in der Situation, wo es einerseits bei den Grünen sowas wie eine radikale Substanz, das Beharren auf der Notwendigkeit einschneidender Veränderungen gibt, aber strömungspolitische Zusammenarbeit der Linken gar nicht oder kaum entwickelt ist. Höchstens mal in Vorbereitung aktueller Ereignisse. Es ist häufig einfacher, das Beharren auf einschneidende Veränderungen dort konsensfähig zu machen, wo die Leute der ganzen sogenannten Kompliziertheit ökosozialistischer Problematisiererei etwas ignorant gegenüberstehen. Das heißt, wir sind oft damit konfrontiert, daß Leute, die schon lange in sozialistischen oder kommunistischen Zusammenhängen Politik gemacht haben, in ihren taktischen Überlegungen geradezu ertrinken. Ganz subjektiv ausgedrückt, mir das Gefühl vermitteln, mich runterziehen zu wollen, während ich eine Zustimmung für die Notwendigkeit einschneidender politischer Veränderungen eher dort antreffe, wo die Luft nicht ganz so ideologie- und theoriegeschwängert ist. Es ist doch ein Phänomen, daß man vor dem Nürnberger Parteitag so häufig aus dieser Ecke gewarnt wird, häng dich jetzt nicht aus dem Fenster, darauf warten die „Realos" nur. Rainer soll sich zurücknehmen, sonst ist er als Vorsitzender nicht mehr zu halten. Jutta muß geopfert werden, um Rainer zu retten. Jetzt müßten wir unsere Forderungen zurücknehmen, um in der Partei nicht nackt dazustehen. Dann sehe ich — ohne die Niederlage von Nürnberg beschönigen zu wollen — doch auch einen relativen Erfolg durch eine halbwegs mutige Interpretation radikaler Tolerierungspolitik. Ich will ja nicht das hohe Lied auf die Jugend oder die Unerfahrenen bei den Grünen anstimmen. Das Phänomen ist aber, daß im Kreis der linken Strategen kaum produktiv gesellschaftliche Offensive, Bekenntnis zu radikalen Positionen formulierbar ist. In Hamburg ist das natürlich anders. Da haben wir

ja nicht das hohe Lied auf die Jugend oder die Unerfahrenen bei den Grünen anstimmen. Das Phänomen ist aber, daß im Kreis der linken Strategen kaum produktiv gesellschaftliche Offensive, Bekenntnis zu radikalen Positionen formulierbar ist. In Hamburg ist das natürlich anders. Da haben wir

noch eine Mehrheit für unsere Politik, die auch basiert auf in der Politik langjährig erfahrenen Leuten.

„Das Beharren auf einschneidende Veränderungen", so beschreibst du eure Perspektive in der grünen Partei. Glaubst du damit mehrheitsfähig zu werden oder welche Zielsetzung verfolgst du?

Herrgottnochmal, wenn man Politik macht, muß man sogar hoffen, mit dem Beharren auf einschneidende gesellschaftliche Veränderungen in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu werden.

Ich habe von der grünen Partei gesprochen.

Wir sind natürlich über zwei drei Jahre gesehen eher in der Defensive. Das begann mit dem Hagener Beschluß: Koalition ist für die Grünen denkbar. Und auch bei den inhaltlichen Themen sind wir mehr unter Druck, als unsere innerparteilichen Opponenten. Siehe den Vorstoß von Schily zur Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols. Das ist ja keine beliebige oder geringfügige Fragestellung, sondern die hat Implikationen für die gesamte Einordnung der Grünen in das Parteienspektrum, ja, sie beantwortet die Frage fast, ob wir zum Konsens der Demokraten gehören. Konsens der Demokraten heißt ja nicht, keine Differenzen zu den anderen zu haben. Innergrün war Schily an dieser Frage fordernd offensiv, wir mußten uns mit Verteidigung, Rechtfertigung und theoretischer Untermauerung bis dahin eher als grünselbstverständlicher Auffassungen rumschlagen. Dies verdeutlicht unsere Defensive. Man kann auch nicht leugnen, daß in einigen Landesverbänden sich Mehrheiten verändert haben. Z.B. NRW ist nach der Wahlniederlage geradezu panikartig in Abstand zu radikaler Politik zugunsten von Minderheiten und auf anderen politischen Gebieten gegangen. Daß ich trotzdem hoffe, mit unserer Position wieder mehrheitsfähig zu werden, ist doch klar. Ich hoffe das einmal dadurch, daß die Realpolitik den Geruch, wirklich viel und Sinnvolles zu verändern, aus meiner Sicht verlieren muß, verlieren wird. Daß klarer gesehen wird, daß die Hoffnungen, wenn wir diesen Weg mit Ministerämtern beschreiten, dann gestalten wir viel um in unserem Sinne, dem Verschleiß unterliegt. Ich muß zunächst einmal zubilligen, daß darin für Menschen eine Faszination liegt, an den Schalthebeln etwas bewegen zu können, Repräsentanten dort zu haben. Weiter steht die Realpolitik immer noch in dem Geruch, den Wahlerfolg zu gewährleisten. Anpassung gewährleistet Wahlerfolg, ich bin fest davon überzeugt, daß diese Hoffnung Blamage erlebt.

In Bayern wurde ihr aber doch neue Nahrung gegeben.

Ja, aber wir werden ja auch Wahlen haben, wo praktizierte Realpolitik auf den Wahlprüfstand tritt. Im nächsten Jahr in Hessen wird man ermessen können, wie die Unterordnung unter sozialdemokratische Politik honoriert wird. Führt sie zum Durchbruch der Grünen oder zum Verschleiß authentischer Positionen, zu einem Rückstrom zur SPD. Schließlich bin ich überzeugt, daß die Grünen erleben werden, mit welcher Härte die Sozialdemokratie in strategischer Hinsicht auf Vernichtung und nicht auf Kooperation mit den Grünen orientiert. Auch das kann bei den Grünen Umdenken bewegen. Am wichtigsten für den weiteren Prozeß ist natürlich die Frage, wird es aus den gesellschaftlichen Kämpfen heraus einen Druck von links auf die Grünen geben. Was wir derzeit bei den Grünen bewerkstelligen, ist objektiv das Offenhalten einer radikalreformerischen Option, ist um mit Gramsci zu sprechen, eine Art Stellungskrieg, der Auswege in beide Richtungen offenläßt, mehr ist derzeit nicht zu bewerkstelligen. Auf diesem Weg werden wir noch häufiger verlieren und bisweilen gewinnen. Entscheidend ist, ob es in der Gesellschaft ein Lager gibt, das von den Grünen radikale Politik verlangt und diese radikale Politik trägt.

Stellungskrieg? Bislang galt doch die Formel, der eine Flügel kann ohne den anderen nicht und umgekehrt. Läuft die Situation nicht eher auf eine Entscheidung zwischen den Flügeln hinaus?

Aktuell ist es so, daß die beiden Flügel der Grünen nach wie vor relevante Potentiale in der Gesellschaft verkörpern, aus meiner Sicht. Und ein wesentliches, die Grünen zusammenhaltendes Element ist die Überwindung gewisser

Aktuell ist es so, daß die beiden Flügel der Grünen nach wie vor relevante Potentiale in der Gesellschaft verkörpern, aus meiner Sicht. Und ein wesentliches, die Grünen zusammenhaltendes Element ist die Überwindung gewisser



Tempo 100 als Tolerierungsbedingung. Geht's noch billiger?

sektiererischer Borniertheiten, der Lust an Spaltungsprozessen, und in der Gründungsphase mehr als heute Lust an der politischen und theoretischen Kontroverse. Das andere Moment des Zusammenhaltens ist die Fünf-Prozenthürde, das wechselseitige Wissen aufeinander angewiesen zu sein, um überhaupt das Parlament zu erreichen, um überhaupt eine bestimmte Resonanz in der Massenpolitik zu haben. So lange das besteht, gehe ich davon aus, daß das wechselseitige Angewiesensein beibehalten wird. Ich kann natürlich nicht vorhersagen, inwieweit bestimmte Kräfte bei den „Realos" meinen, radikalere Kräfte seien entbehrlich, im Sinne von kein relevantes Wählerpotential repräsentierend, nur Hemmnis im Prozeß der Anpassung und der Gewinnung des Wechselwählers zu sein. Solche Durchdreher kann ich nicht ausschließen. Kluge Realpolitiker sehen diese wechselseitige Abhängigkeit.

Nun sagen ja linke Beobachter der Grünen, z.B. auch der AK, daß in der Alltagsarbeit der grünen Partei schon seit langem die „Realo"-Linie vielfach dominant ist, was ich selbst in der Hamburger GAL beobachte. Demgegenüber sind Linke und Fundis auf Bundesversammlungen manchmal mehrheitsfähig. Stimmt da nicht der Vorwurf, den Justus Wertmüller nach seinem Parteiaustritt wegen des München-Beschlusses euch gemacht hat, daß ihr auch schon seit längerem de facto in der Juso-Position bei den Grünen seid und damit auch nicht mehr in der Lage, offensiv für eure eigenen Positionen in der Partei zu werden?

Na ja, der Justus muß sowas wohl sagen, weil er gerade ausgetreten ist. Es ist immer ein bißchen peinlich, wenn man wenige Tage nach dem Austritt die ganze Wahrheit über die Partei plötzlich entlang eines einzelnen Ereignisses erkannt zu haben vermeldet. Zum Kern deiner Frage: Ich glaube das nicht. Ich glaube dein Maßstab, was alltägliche Realpolitik ist, ist ein falscher. Zum Beispiel die kommunalpolitische Aktivität im Kreistag und im Stadtparlament, die Dinge mit denen man sich dort beschäftigen muß, um für kleinere Reformen auf umwelt- und sozialpolitischem Gebiet zu kämpfen, sind notwendiger Bestandteil jeder sich parlamentarisch formierenden

„Ich kann mich nicht in die Position begeben, Leute, tretet nicht aus, ihr schwächt nur die Linken in den Grünen"

Kraft. Um einen zurück einzuschenken, würde ich sagen, daß die KBler, die ich in den Parlamenten beobachten konnte, auch erfahren haben, daß man da ein gewisses Maß an parlamentarischer Tätigkeit abliefern muß und daß das nicht der Maßstab für realpoliti-

Kraft. Um einen zurück einzuschenken, würde ich sagen, daß die KBler, die ich in den Parlamenten beobachten konnte, auch erfahren haben, daß man da ein gewisses Maß an parlamentarischer Tätigkeit abliefern muß und daß das nicht der Maßstab für realpoliti-

sche Versumpfung ist. Insofern glaube ich, daß in den Grünen auch vorort immer wieder beides existiert. Es gibt eine manchmal bedrohliche Einbindung in die parlamentarischen Rituale, eine übermäßig starke Konzentration und auch eine Ideologisierung des Machbaren und eine Akzeptanz des bestehenden Kompetenzrahmens eines solchen Parlaments. Aber es gibt auch immer wieder den gesellschaftlichen Vorstoß. Wenn Rainer von seiner Tingeltour aus dem bayerischen Wahlkampf wiederkommt, dann bringt er ein Flugblatt aus einer bayerischen Kleinstadt mit, wie die durch Schimpf und Schande ein flüchtlings- und immigrantenpolitisches Flugblatt ganz massiv und zentral an Büchertischen, in der Stadt, gegen die Hetze der örtlichen Presse verbreitet und dazu eine Veranstaltung gemacht haben.

Gut, in einer bayerischen Kleinstadt. Aber hat das den Wahlkampf der bayerischen Grünen geprägt?

Natürlich nicht. Ich sag nur, auf dieses Moment, daß grüne Mitglieder sagen, wir müssen darüber diskutieren wie wir das Ertrinken im parlamentarischen Einerlei überwinden können, wo es immer wieder auch zu guten Aktionen kommen. Das macht die Ambivalenz dieser Partei aus. Diese Fähigkeit, immer mal wieder einen exzellenten gesellschaftlichen Vorstoß zu machen. Nicht überall, es gibt Städte, da sind die Grünen bei den Linken bloßes Gespött. Aber es gibt Orte, da sind die Grünen immer wieder gut für solche Vorstöße. Beides haben wir. Ich sage das ja auf der Basis der Kenntnis unserer defensiven Rolle und die Parteitage seit Hagen haben uns in einer wichtigen strategischen Frage in der Minderheit gesehen. Ich kann aber auch nicht übersehen, wie Rainer Trampert und Jutta Dittfurth in Offenburg von der Partei behandelt wurden, als der Versuch gelaufen ist, sie abzuservieren. Ich kann nicht übersehen wieviel auch emotionale Zustimmung mein Kumpel Rainer Trampert bekommt, wenn er eine sehr radikale Eröffnungsrede für den Parteitag hält. Der Vergleich mit den Jusos aber ist absurd, nicht nur wegen der innerparteilichen Bedeutung unserer Strömung, sondern auch, weil es um andere, linksverschobene Inhalte geht. Beispielsweise kämpfen wir in unserer Partei nicht gegen eine Pro-NATO-Strömung, sondern für eine konsequente Anti-NATO-Politik.

In Nürnberg sind fünf Münchener Grüne aufgrund des Beschlusses zur Wackersdorf-Demo ausgetreten. Hälst du ihren Schritt für ausgetickt?

Nein. Ich kann mich nicht in die bornierte Position begeben, Leute tretet nicht aus, ihr schwächt nur die Linken in den Grünen. Es ist einfach so, daß wenn man in einem bestimmten Milieu arbeitet, und die Grünen eine bestimmte gegen die Intention dieser außerparlamentarischen Arbeit gerichtete Politik machen, wenn einem das Arbeiten so erschwert wird, daß die Mitgliedschaft bei den Grünen zum Klotz am Bein für diese Arbeit wird, wenn man ständig damit konfrontiert wird, daß die Leute einem sagen, mensch, du bist ja in Ordnung, aber wieso bist du bei den Grünen, dann kommt man in die lächerliche Position des Sozialdemokraten, der erklärt, ich persönlich war nicht dafür, aber ich habe in meiner Partei keine Mehrheit. Wird das zu dominant, muß ich diesen Schritt bedauern, ich kann ihn aber nicht kritisieren. Sie haben ja recht, wenn sie sagen, um dort wo ich arbeite produktiv zu sein, will ich den dauernden Rechtfertigungsdruck bezüglich grüner Beschlüsse oder ähnlichem nicht haben. Ich fürchte natürlich, daß viele radikale und linke Menschen bei den Grünen die Partei verlassen. Ich fürchte, daß dort wo die „Realos" allzu hart ihre Mehrheit einsetzen, den anderen keine Luft mehr für ihre politische Arbeit bleibt. Und ich fürchte, daß das die politischen Möglichkeiten bei den Grünen verschlechtert. Aber ich kann nicht die Kategorie anwenden, die Grünen darf man nicht verlassen. Das hieße immer, die sinnvollste, ja geradezu die einzig sinnvolle politische Arbeit muß man im Rahmen der Grünen machen. Und das ist nicht wahr.

Du hast dich optimistisch über deine eigene linke Perspektive bei den Grünen gegeben. Nun weiß ich, daß du in der Hamburger GAL mit deinen alten linken Freunden über Kreuz liegst, daß viele deiner alten Mitstreiter andere Wege einschlagen. Hast du in der letz-

Du hast dich optimistisch über deine eigene linke Perspektive bei den Grünen gegeben. Nun weiß ich, daß du in der Hamburger GAL mit deinen alten linken Freunden über Kreuz liegst, daß viele deiner alten Mitstreiter andere Wege einschlagen. Hast du in der letz-

ten Zeit auch mal über ein Ende deiner grünen Tätigkeit, über nichtgrüne linke Perspektiven nachgedacht?

Ich finde nicht, daß ich mich optimistisch geäußert habe. Schon gar nicht, wenn Klaus Hartung mich an der Würde des Amtes eines Bundestagskandidaten mißt. Ich befürchte, daß ich mit meiner politischen Position auf mittlere Sicht zwischen zwei Mühlsteine gerate. Ein Lager in der Gesellschaft, das relativ radikal ist, außerparlamentarisch kämpft und in Ignoranz oder Ablehnung der Grünen seine Politik entwickelt. Das desinteressiert ist an den unterschiedlichen Linien, Auffassungen und Bündnismöglichgkeiten mit Grünen. Andererseits fürchte ich eine dominante grüne Realpolitik, die die Abgrenzung von eben diesem Lager geradezu will und den weiteren Weg der Anpassung beschreitet. Dann hätte meine Strömung kaum Raum für politische Arbeit. Im Kleinformat sehe ich diesen Konflikt bisweilen. Ich sehe ihn auf der Münchener Demo am 4. Oktober, aber auch andernorts.

Meine Hoffnung ist ein anderer Verlauf. Daß es möglich sein wird, einen ambivalenten Zustand bei den Grünen aufrechtzuerhalten, wahrscheinlich aus der Position einer starken Minderheitsströmung. Und daß diese Minderheitsströmung auch Bezugspunkt von außerparlamentarischen Kräften ist, die besorgt und kritisierend der Entwicklung der Mehrheitsströmung bei den Grünen gegenüberstehen, ohne dieser Partei insgesamt ignorant gegenüberzutreten, sie also nicht als abgehakt oder „vergeßt die Grünen" behandeln. Ich hoffe, daß dieses Lager die Nützlichkeit unserer Strömung für seine Politik erkennt und uns — meinetwegen auch instrumentuell — benutzt.

Na dann viel Spaß im nächsten Bundestag.

Entscheidung für keine Entscheidung auf dem grünen Parteitag in Nürnberg

Vom 26. bis 28. September hielten die Grünen ihre Bundesversammlung in Nürnberg ab. wichtigster Punkt sollte die Bündnisdebatte zum Verhalten gegenüber der SPD nach der Bundestagswahl sein. 27 Anträge lagen zum Thema vor, deren Bandbreite von der Position keine Aussage zu machen über die bedingungslose Unterstützung einer SPD-Minderheitsregierung, einer in den Bedingungen harten Tolerierungslinie bis zum eindeutigen Bekenntnis der Grünen Oppositionsrolle reichten. In der Abstimmung erhielt ein „Brief an die Wählerinnen und Wähler'' (nach der Hauptantragstellerin „Vollmer-Brief'' tituliert) eine knappe Mehrheit von 230 zu 188 Stimmen. Alle anderen Anträge fielen durch. Dabei erhielten die „Realos'' nur ungefähr 20 Prozent Zustimmung. Die meisten oppositionellen Stimmen konnte ein Hamburger Antrag (u.a. von Ebermann/Trampert) mit 40 Prozent Zustimmung auf sich ziehen. Im Ergebnis wurde schlußendlich der „Vollmer-Brief'' mit zwei Drittel Delegiertenstimmen angenommen, der die Frage des Ob und Wie einer Zusammenarbeit offenläßt und in den als Zusatz eine Passage hineingestimmt wurde, daß die Forderung nach AKW-Ausstieg und Raketenabzug für die Grünen unverzichtbar war (siehe nebenstehendes Dokument).

Durchaus charakteristisch für den Parteitag war die Kontroverse um die Münchener Wackersdorf-Demonstration am 4. Oktober. Bereits im Vorfeld hatten bayerische Grüne mit Rücksicht auf die Landtagswahl gegen diese Demonstration gearbeitet. Besondere Brisanz bekam diese Debatte durch zwei Vorgänge: eine Mehrheit des Bundesvorstandes hatte zur Teilnahme aufgerufen; am Vormittag des Parteitagbeginns war die Demonstration verboten worden. Dies erschwerte den Demo-Gegnern die Argumentation. Ein Antrag auf Nichtbefassung des Punktes endete im Patt. Den Ausschlag dafür, daß schließlich mit ca. 65 Prozent ein Demo-Aufruf abgelehnt wurde, gab das Sondervotum der bayerischen Delegierten, die mit 80 gegen 20 Delegiertenstimmen vorschlugen: Die Grünen protestieren schärfstens gegen das Demoverbot, die Partei ruft nicht auf, eine Teilnahme ist jedem Individuum freigestellt. Dies wurde von der Minderheit als provokative Empfehlung nicht teilzunehmen verstanden. Heftige Reaktionen waren die Folge. Fünf Mitglieder aus München-Nord traten sofort aus der Partei aus. Linke und fundamentalistische Grüne formulierten einen eigenen Demo-Aufruf (darunter auch die Vorstandsmitglieder Ditfurth, Trampert, Merkel und Michalik), in dem der Parteitagsbeschluß kritisiert wird: Es vollziehe sich *„unter der Hand ein neues Verhältnis unserer Partei zu Teilen der außerparlamentarischen Bewegungen''*, die sich zukünftig *„unseren vermeintlichen ‚wahlpolitischen Notwendigkeiten' unterzuordnen hätten''*. Insgesamt 270 Delegierte und Mitglieder schlossen sich dem Aufruf an.

Wie die Löwen kämpften vor allem „Realos'', aber auch der Ökosozialist Eckart Strathmann im Eilverfahren das Programm „Umbau der Industriegesellschaft'' durch. Es ist im Kern der Versuch des Nachweises, mit ökokeynesianischen und staatsinterventionistischen Mitteln die ökonomische und ökologische Krise beheben zu können, wenn nur die Grünen rangelassen werden. Seitens der Parteilinken wurde die Debatte darum verschlafen, das Programm wurde mit fast 80 Prozent Zustimmung angenommen. „Realos'' feiern es als Sieg und propagieren dieses Programm als Alternative zum linkeren, in Hannover verabschiedeten Bundestagswahlprogramm.

Verabschiedet wurde ein grünes Frauenstatut mit konsequenter Quotierung von Ämtern und Mandaten sowie einem „Vetorecht mit aufschiebender Wirkung'' in allen Fragen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen berühren. Mit großer Mehrheit und ohne nennenswerte Debatte verabschiedet wurde eine Resolution zur Flüchtlingspolitik, die vom am Vortag beendeten Flüchtlingskongreß in Westberlin übernommen wurde (siehe Dokumentation an anderer Stelle in diesem AK).

Symptomatisch für den Versuch der Harmonisierung der Widersprüche in der Partei (spöttisches Motto: „Versöhnen statt Spalten'') war die mehrheitliche Zustimmung auf Nichtbefassung von Anträgen auf Diskussion der grünen Stiftung und des § 218, Themen die in den Wochen vor dem Parteitag heftig umstritten und diskutiert waren. Nichtsdestotrotz war gerade diese Mehrheitsharmonie von Nürnberg durch beträchtliche Opposition gerade in den umstrittenen Parteitagsthemen gestört. (Näheres zu diesem Parteitag ist auch dem nebenstehenden Interview mit Thomas Ebermann zu entnehmen).

hr.

Dokument

„Brief an unsere Wählerinnen und Wähler''

Viel ist darüber geschrieben worden, kaum einer kennt ihn, auch viele Grüne nicht: Der Brief, der anstelle eines Beschlusses zum Verhältnis Grüne/SPD vom Grünen-Parteitag in Nürnberg mit zunächst knapper Mehrheit von 230 gegen 188 Stimmen befürwortet wurde und schließlich in der Endfassung eine knappe Zweidrittelmehrheit erhielt. Außer von Antje Vollmer wurde er von Mitgliedern der Landesvorstände NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sowie von Bundestagskandidaten/innen aus NRW und Niedersachsen eingebracht.

Wir haben den Passus, der als Änderungsantrag eingebracht und angenommen wurde, fett gedruckt.

★★★

Wir schreiben diesen Brief an die einzige gesellschaftliche Macht, von der wir abhängig sind: An unsere Wählerinnen und Wähler.

Wir sind abhängig von der Bereitschaft der Menschen, gründlich nachzudenken über unsere Gesellschaft, was sie uns kostet, was sie unsere Kinder und andere Völker kostet. Abhängig sind die GRÜNEN von der Neugier auf emanzipatorische Prozesse und von der Bereitschaft, Alternativen in der Politik mitzutragen. Wir sind abhängig davon, daß in der Bundesrepublik über die Zukunft gestritten wird.

Denn die GRÜNEN sind immer noch ein Zukunftsprojekt.

Immer wieder gab es in der Geschichte der Bundesrepublik, in der Anti-Atom-Bewegung der fünfziger Jahre, in der Studentenbewegung der sechziger Jahre, in den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, diesen Willen nach einer grundlegenden Demokratisierung der bundesrepublikanischen Verhältnisse. Dagegen fanden sich immer genug, die aus Mißtrauen gegen die Bevölkerung die Macht lieber in den Händen der Eliten des Parteienstaats lassen wollten.

Für die geschlossene Gesellschaft der Machtverwalter war das Erscheinen der GRÜNEN auf der parlamentarischen Ebene ein Schock. Sie erfuhren die Ohnmacht, den demokratischen Willen der sozialen Bewegungen nicht länger auf sicherem außerparlamentarischen Abstand halten zu können. Die Arithmetik der Machterhaltung war gestört. Ausschlaggebend dafür war die nicht mehr wegzuleugnende ökologische Krise und die offensichtliche Unfähigkeit ihrer Bewältigung durch die traditionellen Parteiapparate. Von daher waren die GRÜNEN die erfolgreichste kleine Partei — erfolgreicher als wir selbst wahrhaben wollten: Seit wir im Parlament sind — grüneln alle anderen Parteien.

Die GRÜNEN sind die erste pazifistische Partei in der Nachkriegsgeschichte. Wir wollen eine gründliche und ehrliche Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Wir nehmen die „Gnade der späten Geburt'' für uns nicht in Anspruch; wir nehmen unsere Verletztheit mit in unsere Politik. Deswegen treten wir, gerade in diesem Land, das solche Orgien an Gewalt erlebt hat, für Gewaltfreiheit ein. Gewalttätigkeit in den innenpolitischen Auseinandersetzungen und Gewaltfreiheit als Mittel, die zerstörerische Konfrontation der Militärblöcke aufzulösen und zu überwinden. Wir wollen den ersten Schritt tun durch einseitige Abrüstungsschritte. Die anderen nennen das illusionär, wir aber stellen die Politikfähigkeit der herrschenden Abschreckungslogik in Frage, die aus Angst immer mehr Waffen braucht.

Die GRÜNEN sind die erste emanzipatorische Partei. Eine Partei, in der die Männer lernen müssen und in der Frauen Mut kriegen, ihr eigene Sprache, ihre Erfahrungen und ihre Utopien einer nicht-patriarchalischen Gesellschaft in die Politik miteinzubringen. Wir sind die Partei, in der die Frauen nicht nur die Hälfte der Mandate inne haben, sondern in der die Frauen auch nicht mehr verfügbar sind, weder für die Gewalt von Männern noch für die Urteilssprüche von Kardinälen. Wir wissen, daß von unserer Kraft, unserer Frechheit und Lustigkeit auch die Frauen der anderen Parteien und in anderen gesellschaflichen Organisationen profitieren — und das ist uns gerade recht.

Die GRÜNEN verstehen sich als Anwälte des Lebens. Abgesehen von den Gefahren der Atomkraft, vom Waldsterben abgesehen, vom Gift in Boden, Wasser, Luft abgesehen, von der Trauer und den Warnungen vor den Untergängen also abgesehen, haben wir tausend Vorschläge, Umbaupläne, sanfte Technologien, Auswege aufzuzeigen. Wir sind nicht die Partei der berechtigten Ängste, sondern der berechtigten Rechte und Hoffnungen auf eine andere gesunde Umwelt, die unseren Kindern Lebenschancen offenhält. Gerade nach Tschernobyl hat sich gezeigt, daß die staatlichen Instanzen und Bürokratien für die Bevölkerung unbenutzbar waren. Was wir immer ahnten ist wahr: Denen da oben ist nicht zu trauen. Die wirklichen Überlebenskompetenzen liegen bei den Menschen selbst. Deswegen müssen Ökologen auch immer demokratische Rebellen sein, die die Entscheidungen, was, wie und für wen produziert wird, in die eigene Hand nehmen. Deswegen trifft uns die versammelte Aggression der jetzt Regierenden. Mit ihren Kampagnen gegen die GRÜNEN versuchen sie die Wut gegen die Warner und gegen neue Feindbilder zu lenken. Es darf ihnen nicht gelingen.

Die GRÜNEN sind die Partei, die den sozialen Bewegungen gehört, was die heftigste Kritik an uns und den leidenschaftlichen Streit miteinschließt. Wir fordern die vielen Bürgerinitiativen, die Friedens-, Frauen-, „Dritte Welt''- und Ökologiebewegung, die oppositionellen Bauern und Gewerkschaften, die alten Menschen, die gegen ein unwürdiges Verwaltet-Werden in sozialen Ghettos protestieren, auf, sich einzumischen, um gemeinsam die Strategien für unsere Zukunft zu erarbeiten und durchzusetzen.

Die GRÜNEN waren immer mehr als die real-existierenden GRÜNEN. Sie sind ein Instrument für diejenigen, die in diesem Staat immer außerparlamentarisch machtlos und ohnmächtig gehalten werden sollten. Politik darf nicht den Politikern überlassen werden. Sie muß verständlich sein, damit sie jede Frau und jeder Mann durchschauen kann. Wir wollen dazu beitragen, daß aus den vielen Bewegungen auch die soziale Bewegung wächst, die die Frage der sozialen Gerechtigkeit neu thematisiert und neue Formen der Solidarität entwickelt, zum Beispiel durch die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Mindestsicherung für alle.

Die GRÜNEN sind die Partei der Menschenrechte und die der Minderheitenrechte. In ihr melden sich die zu Wort, die zu wenig Gehör finden und die ihre Freiheitsrechte einfordern. Im Zusammenleben mit Minderheiten entfaltet sich die demokratische und freiheitliche Kultur einer Gesellschaft. Wir wollen uns keine verlorene Generation, keine abgeschriebene Gruppe, keine isolierte und tabuisierte Ghetto-Existenz leisten. Dafür einzutreten erfordert immer noch Mut, gegen den Strom zu schwimmen. Das macht uns angreifbar. Aber die Unangreifbaren sind es, die immer am schnellsten zu Übergriffen bereit sind.

Wir werden ihre Ratschläge nicht befolgen.

Wir melden uns in einer Zeit des politischen Umbruchs in der deutschen Politik zu Wort. Das macht unser Risiko und unsere Chance aus. Es geht entweder rückwärts in eine autoritäre Gesellschaft oder es geht vorwärts zu einer friedlicheren, ökologischen demokratischeren Republik. Es ist klar: Wir wollen diese andere Republik. Deswegen wollen wir den Machtwechsel in Bonn. Die expansive Militär- und Wirtschaftspolitik der derzeitigen Regierung, ihr stures Festhalten am Atomkurs, ihre Eingriffe in die soziale Absicherung der meisten Menschen und der Abbau schwer errungener demokratischer Rechte versperren diesen Weg.

Wie die Dinge liegen, geht unser Weg nur mit einem Bündnis von Menschen, die noch nie zusammen gemeinsam die Politik bestimmt haben: Mit Arbeitenden und Arbeitslosen, mit Frauen, Männern und Jugendlichen, mit Bauern, Alten, ausländischen Mitbürgern und Asylsuchenden. Wir kennen die Sprengkraft dieses Bündnisses. Wir sehen auch seine Chancen: Da kämpfen Menschen gemeinsam, die bisher immer in verschiedenen gesellschaftlichen Lagern und in den Rechts/Links-Blöcken säuberlich voneinander getrennt waren. Das zwingt uns zu neuartigen Kompromissen, zum Aushalten von Widersprüchen, zu lang anhaltenden Debatten. Das bringt uns auch Erfahrungen und Kenntnisse, die für die Strategien des Überlebens unverzichtbar sind.

Ein Machtwechsel in Bonn ist in der jetzigen Situation nur bei einer Zusammenarbeit zwischen GRÜNEN und SPD möglich. Die SPD stand für eine Politik der Raketenstationierung und der NATO-Abhängigkeit, des Ausbaus der Atomenergie, des ungebrochenen industriellen Fortschrittglaubens, der Benachteiligung der ländlichen Regionen. Sie erwies sich als die effektivste innergesellschaftliche Ordnungsmacht, und wir bekamen das zu spüren. Trotzdem meinen wir: Wenn die SPD heute ernsthaft aus dieser Politik einen Ausstieg sucht, wird es an unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht fehlen — weil sie notwendig ist.

Die SPD verfolgt eine verhängnisvolle Wahlkampfstrategie. Langfristigen Machtinteressen opfert sie die jetzigen historischen Möglichkeiten. Gelegentliche (absichtliche) Äußerungen über eine Neuauflage der Sozialliberalen oder gar der Großen Koalition und der erschreckende Mangel an innerparteilichen Debatten über andere politische Perspektiven legen die Vermutung nahe: Die SPD will 1987 gar keinen wirklichen Machtwechsel in Bonn. Wir sagen deshalb nicht nur: Die SPD kann und wird die absolute Mehrheit 1987 nicht kriegen, sondern: Sie darf die absolute Mehrheit auch nicht kriegen.

Wir aber können unsere Wählerinnen und Wähler nur aus eigener Kraft für unsere programmatischen Ziele gewinnen. Die SPD bewegt sich nur durch die Macht des Faktischen, das heißt durch eine eigenständige GRÜNE Partei, die keine noch so kluge Wahlkampfstrategie mehr beseitigen kann.

„Wir werden, wenn das Wahlergebnis das zuläßt, der SPD Verhandlungen anbieten. Wenn mit ihr in zentralen Bereichen der Politik keine tiefgreifenden Veränderungen gegenüber der Schmidt- und Kohl-Ära vereinbart werden können, werden wir die Verantwortung für GRÜNE Politik aus der Opposition heraus wahrnehmen.

Die Forderungen nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Abzug der Cruise Missiles und Pershing II, die für die Grünen zentral sind, werden dabei unverzichtbar sein.''

Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit wird dabei abhängig sein von der Zahl unserer Wählerinnen und Wähler, von der nachprüfbaren Bereitschaft der SPD, mit uns zusammenzuarbeiten, was inner- und außerparteilichen Druck erfordert, und schließlich von unserer Verhandlungsfähigkeit und von Ergebnissen, die wir vor unseren Wählern verantworten können.



Nicht abhängig dagegen ist sie von uns rer grundsätzlichen Bereitschaft, die Polit in der Bundesrepublik mitzubestimme. Darüber haben wir längst entschieden. D für sind wir sogar eine Partei geworde Mit uns und unserer inner- und außerparl. mentarischen Existenz muß also gerechn werden. Und alle Versuche, uns von d parlamentarischen Ebene zu vertreibe werden scheitern.

GRÜN wächst — trotz alledem.

„Die Stimmenfänger von Nürnberg'

Erklärung noch der Absage der GRÜNEN an die Anti-WAA-Demo

(Erklärung von Mitgliedern des KV München-Nord zum Beschluß der Nürnberger Bundesdelegiertenkonferenz zur 4. Oktober-Demo in München)

München, 29.9.1986

Je mehr die immer vernünftiger werdenden Grünen Linke in ihren eigenen Reihen ideologisch ausbooten oder hinausdrängen, desto mehr beweisen sie damit praktisch eine Feststellung von Marx, nämlich daß sich Geschichte nicht wiederhole, es sei denn als Farce. Wozu die deutsche Spezialdemokratie in gemächlichem Gang fast 100 Jahre benötigt hat, sich frei nach dem Motto „Vorwärts, und schnell vergessen'' an kapitalistische Verhältnisse anzupassen, schaffen die Grünen in nicht einmal 10 Jahren im Schweinsgalopp, allerdings nach dem Spruch „Nicht links, nicht rechts, sondern immer weiter vom Schuß''. Immer weiter weg von jenen „sozialen Bewegungen'', in denen sie angeblich ihr „Standbein'' hätten, und deren „parlamentarischer Arm'' die Grünen zugleich seien. Dieses Verhältnis hat sich aber längst umgekehrt.

Noch immer nicht sind alle Linke aus der Partei rausgeflogen, noch immer wird mit den Bewegungen heftig geflirtet — weil man sie als Aushängeschilder bzw. als Stimmvieh braucht. Im Zweifelsfall sind die Grünen jedoch ohne weiteres bereit, als parlamentarischer Liebesbremser aufzutreten u radikale Profile zugunsten wahltak scher Erwägungen wie ein zu en Hemd abzustreifen.

Die Entscheidung vom Wochen de, nicht zu der von ca. 150 Initiativ darunter auch grünen KV's, LA etc. Anti-WAA-Demo am 4.10. München offiziell aufzurufen, Demo-Verbot aber „aufs Schärfs (!wie mutig!) zu verurteilen, stellt au innerhalb des Anpassungsprozesses Grünen eine neue Qualität dar. Die radezu panische Angst, mit der ar mentiert wurde, eventuelle Kraw könnten die Grünen in Verruf brin und Wählerstimmen kosten, kann mehr als staatsfrommer, vorauseil der Gehorsam bezeichnet werden, feine Art, den Versuchen von SPD CSU, den Widerstand zu spalten, rekt in die Hände zu arbeiten. Für steht aufgrund dieser Vorgänge Parteiaustritt nun nicht mehr au Frage, und wählen werden wir die C nen im Oktober sicher nicht. Wic ist für uns, daß der außerparlament sche WAA-Widerstand jetzt und Zukunft auf eigenen Füßen steh weiterkämpft.

Unterzeichner:
Clemens Nachtm
Ranjana Sarkar
Justus Wertmüll
Peter Moldan



Ran an die Wähler/innen

Der Brief, den Antje Vollmer nicht geschrieben hat

Der folgende Text wurde in Nürnberg als parodistische Antwort auf den „Brief an die Wählerinnen und Wähler" von 26 grünen Delegierten verfaßt und verlesen.

Wir schreiben diesen Brief an die einzige gesellschaftliche Macht, von der wir abhängig sind: an unsere Wählerinnen und Wähler. Mit den Ausländerinnen und Ausländern haben wir auch so unsere Probleme, wir machen ja schließlich deutsche Politik.

Wir haben's nicht mehr so mit den sozialen Bewegungen. Wen interessieren schon Kritiker/innen?

Wir brachen in eine geschlossene Gesellschaft ein und waren erfolgreich. Das war der Schock und sie fielen in Ohnmacht. Denn: die Arithmetik war gestört.

Sie konnten die ökologische Krise nicht bewältigen, denn ihre Parteiapparate waren zu traditionell.

Unsere aber nicht.

Daher waren wir erfolgreich, obwohl wir klein waren. Das erstaunte selbst uns.

Wir sind die besten Pazifist/inn/en. Wir wollen zeigen, daß wir verletzlich sind.

Wir wollen keine Orgien, sondern Gewaltfreiheit.

Bei uns müssen die Männer lernen und die Frauen Mut kriegen. Dabei sind wir Frauen kräftig, frech und listig. Und das ist unsere Frauenpolitik und das reicht uns auch.

Wir sind die Anwälte des Lebens, aber es gibt böse Gefahren: die Atomkraft, das Waldsterben, das Gift in Boden, Wasser und Luft, Trauer und Untergänge. Aber wir haben tausend Vorschläge, Pläne und Auswege.

Wir haben keine Angst. Aber wir haben Rechte und Hoffnungen.

Wäre Tschernobyl nicht passiert, wüßten wir es heute noch nicht: denen da oben ist nicht zu trauen.

Überleben können nur die Menschen selber.

Und deshalb müssen wir Rebellen sein.

Sie machen Kampagnen gegen uns. Das darf nicht gelingen. Und deshalb sind wir schlau und gehen ihnen nicht in die Falle und zur Demo nach München gehen wir deshalb auch gar nicht hin.

Wir befinden uns im Umbruch und das ist ein Risiko. Entweder es geht vorwärts oder es geht rückwärts. Auf jeden Fall geht es nur mit — allen zusammen. Arbeitenden und Arbeitslosen, Frauen und Männern, Jungen und Alten, Kleinen und Großen, Dicken und Dünnen.

Die Macht kriegen wir nur mit der SPD. Die war aber bis jetzt böse. Aber wenn sie sagt, sie will es nicht mehr tun, dann gehen wir doch mit ihr zusammen. Das Verhängnisvolle an ihr ist aber, daß sie die Macht gar nicht will. Sie will sie nicht, sie kann sie nicht und sie darf sie gar nicht haben.

Aber wir.

Deshalb bewegen wir die SPD, und das kann keine noch so kluge Wahlkampfstrategie noch beseitigen.

Alles hängt nur davon ab, ob ihr, liebe Wählerinnen und Wähler, auch mit uns zusammenarbeitet.

Wir sind abhängig von euch. Wir wollen mit der SPD zusammenarbeiten. Deshalb müßt ihr uns wählen — und zwar massenhaft.

Und dann werden wir mal sehen, ob diese SPD nicht doch bereit ist.

Macht euch keine Sorgen, den Druck in der Partei kriegen wir schon hin, verhandeln können wir auch, und die Ergebnisse werden wir schon vor euch rechtfertigen — wie sie auch immer aussehen mögen.

Darüber haben wir längst entschieden.

Dafür sind wir eine Partei geworden.

GRÜN wächst — trotz alledem.

Initiative
Nur Ran an die Wähler/innen

Zwei Diskusionsbeiträge zur Bundestagswahl 1986

Stimmzettel oder Denkzettel?

1. Es gibt in der BRD zwar ein allgemeines Wahl*recht*, aber keine allgemeine Wahl*pflicht*. Und so hat unsereins alle paar Jahre wieder die Qual der Wahl, zu wählen oder es bleiben zu lassen. Die anstehende Wahl wird sicherlich keine historische Bedeutung haben, und nach aller Wahrscheinlichkeit wird das Kabinett der organisierten Peinlichkeiten siegreich aus der anstehenden Wahl hervorgehen. So gesehen könnte man als Sozialist am Wahltag also einfach im Bett bleiben und nach der Wahl, wie jedesmal, über die Dummheit eines Volkes maulen, das den ‚etablierten' Parteien die Stange hält. Das Dumme an einem solchen Verhalten ist nur, daß dieses entweder den prozentualen Anteil der ‚etablierten' Stimmen noch erhöht oder aber, mangels Masse an Beteiligten, politisch ohne jede Relevanz bleibt. Politisch betrachtet ist die bloße Verweigerung also bestenfalls sinnlos, und der organisierte „Wahlboykott" liegt sicherlich jenseits aller diskutierbaren Alternativen.

2. Die radikale Linke wird daher mit mehr oder weniger großen Bauch- und Kopfschmerzen die Grüne Partei wählen. Ein eher kleiner Teil nur deshalb, weil es für ihn keine Alternative gibt, ein ebenfalls eher kleiner Teil, weil er die Grünen wirklich liebt, und ein ziemlich großer Teil, weil ohne die Grünen die SPD nicht an die Regierung kommen kann. Tatsächlich wünsche ich mir auch nichts inniger, als eine Mehrheit der Mandate für SPD und Grüne. Nicht etwa, weil mir die Grünen politisch sympathisch wären. Sondern einfach deshalb, weil in unserem Lande nach aller Erfahrung politische Dummheiten erst in der Praxis bis zur Neige ausgekostet werden müssen, um als solche erkannt zu werden. (Obwohl nicht einmal dies eine Gewähr dafür ist, daß sie verschwinden). Wenn jemand meint, er könne über Wasser laufen, ist es einfacher, man bringt ihn zu einem Teich, als ihm Vorlesungen über Naturgesetze zu halten. Leider ist es zwar nicht wahrscheinlich, daß Grüne und SPD die Mehrheit der Mandate bekommen. *Ausgeschlossen* ist es jedoch nicht. Dies ist der erste Grund, warum ich meine, man sollte die Grünen wählen.

3. Unterstellt, es sei absolut sicher, daß die regierende Koalition siegreich aus den Wahlen hervorgeht. Wäre dies ein Grund, nicht zu wählen? Ich denke, es wäre kein Grund. Erstens verhält es sich so, daß ein abnehmender Stimmenanteil der Grünen in diesem Lande zu recht nicht als Ausdruck eines *linken* Protestes gegen die Grünen interpretiert würde, sondern als eine weitere Konsolidierung der SPD. Daran habe ich kein Interesse. Zweitens ist es so, daß die parlamentarische Existenz der Grünen es der SPD erheblich erschwert, auf Länder- oder Bundesebene erneut mit der FDP ins Geschäft zu kommen, denn schließlich sind die Grünen gerade wegen ihrer Reduzierung auf einen bloßen Wahlverein zunehmend eine echte Alternative. Es würde die Legitimationsprobleme der SPD nicht eben mindern, sollte sie mit der neoliberalistischen FDP statt mit einem sog. Reformbündnis anbändeln. Die bloße Existenz der Grünen Partei im Parlament erschwert die Mechanismen des relativ einfachen Regierungswechsels, wie sie zu Zeiten des Drei-Parteien-Systems vorherrschten. Dies ist der zweite Grund, warum ich grün wähle, solange es keine linke Alternative gibt. Wie sagt: nur solange.

Es wäre ausgesprochen peinlich, wenn die Grünen aufgrund linker Verweigerung an der 5%-Hürde scheitern sollten (was zwar nicht eben wahrscheinlich ist, aber doch im Bereich des Möglichen liegt). Denn ein Abtreten der Grünen von der parlamentarischen Bühne *in dieser Form*, also nicht aufgrund der Herausbildung einer linken Alternative, sondern aufgrund einer unpolitischen Verweigerung, würde weder die Grünen nach links schieben noch der radikalen Linken Anlaß zum Feiern bieten. Übrig bliebe von dem Projekt ‚Grüne Partei' bloß ein Haufen Resignation. Daran können wir kaum Interesse haben.

4. Abgesehen von den Bauchschmerzen, die unsereiner immer hat und immer haben wird, wenn man solche Halbheiten wie die Grünen wählen soll, gibt es, scheint mir, keinen Grund, die Grünen nicht zu wählen. Interessanter scheint mir da die Diskussion, wie es eigentlich dazu kommt, daß sich die westdeutsche Linke immer wieder ‚kleinere Übel' aufbaut, mit denen sie dann bei jeder Wahl ihre Bauchschmerzen bekommt. Oder, dieselbe Frage positiv formuliert, wie wir es endlich erreichen können, uns einen Verein zu schaffen, den man außer dem radikalen Herzen auch seine Kreuze guten Gewissens vermachen kann. Da sind wir also wieder bei dem alten, neuen, ewig jungen Thema.

Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Das ist in der Linken ein bekanntes Bonmot. Nur, man sollte hinzufügen: und jede Linke hat die Partei, die sie verdient. Es besteht ja eigentlich gar keine Veranlassung, sich über die Grünen aufzuregen und ihnen statt dem Stimm- einen Denkzettel verpassen zu wollen. Die Grünen sind genau das, was der Zustand der westdeutschen Linken als Endprodukt zuläßt. Den Grünen einen Denkzettel per Stimmenthaltung verpassen zu wollen, ergibt zudem nur dann einen Sinn, wenn man unterstellt, es ließe sich damit etwas erreichen. Ich glaube nicht daran.

5. In einem positiven, einem radikalen Sinne werden sich die Grünen weder durch mehr noch durch weniger Stimmen verändern (lassen). Das Thema ist nun wirklich gegessen. Man muß die Grünen nehmen, wie sie sind, und das heißt für mich ein leidenschaftsloses, nüchternes Verhältnis zu diesem Verein. Die Grünen sind *nicht* der Knotenpunkt, an dem sich der Zustand der radikalen Linken verändern läßt. Eine neue Formierung der radikalen Linken wird sich außerhalb der Grünen und in vielen wichtigen Fragen in Konfrontation mit den Grünen abspielen müssen. Für diesen Prozeß ist es aber nicht nützlich, wenn die Grünen in die Auflösung geraten, *bevor* sich eine sozialistische Alternative herausbildet. Solange die radikale Linke nur jammert und klagt, aber selbst außerstande ist, eine Alternative aufzubauen, solange haben die Grünen eine politische Existenzberechtigung, solange sind sie eben die beste konkret möglichelinke Partei. Und solange gibt es auch keinen politisch vertretbaren Grund, die Grünen auf der Wahlebene zu schwächen. Das Wahlrecht hat den unbestreitbaren Vorteil, den wirklichen Zustand der gesellschaftlichen Opposition in aller Deutlichkeit zu dokumentieren. Wird die Grüne Partei bei dieser Bundestagswahl schwächer, so dokumentiert dies nicht einen Zuwachs an sozialistischer Systemkritik oder dergleichen, sondern umgekehrt würde es dokumentieren, daß die hiesige Linke nicht einmal den Level halten kann, den die Grünen präsentieren. Darum kann man gar nicht anders als — mit lauten Flüchen und Verwünschungen — grün wählen.

jb

Diesmal die Rote Karte für die GRÜNEN!

Die Grüne Partei hatte vor ihrem Nürnberger Parteitag eine ganz große Chance: Sie hätte lediglich die SPD-Kampfansage an jedes bundespolitische Bündnis als Herausforderung annehmen müssen. Die Grünen hätten schlüssig erklären können, warum die SPD auf dieser prinzipiellen Verweigerung besteht, nämlich wegen der von der SPD gewollten Unversöhnlichkeit zwischen zentralen sozialdemokratischen und grünen Positionen. Die Grünen hätten konkret darstellen können, um welche gegensätzlichen Positionen in welchen Fragen es sich dabei handelt. Sie hätten erklären können, warum sie im Gegensatz zur SPD für ein Reformbündnis offen sind. Sie hätten Kriterien eines solchen Reformbündnisses benennen können und sie hätten dabei auch kräftig Bezug auf Parteitagsbeschlüsse der SPD nehmen können. Die SPD wäre dann in die Verlegenheit geraten, konkret Stellung nehmen zu müssen, warum sie ein Reformbündnis nicht will: weil die Mittelstreckenraketen im Lande bleiben sollen, weil die Einbindung in aggressive NATO-Strategien nicht in Frage gestellt werden soll, weil es zumindest mittelfristig keinen qualitativen Ausstieg aus dem Atomprogramm geben soll, weil man noch nicht einmal aus dem SDI-Unternehmen wirklich konsequent raus will, usw.

Zuviel verlangt an reformerischer Substanz bei den Grünen. Stattdessen eine Resolution, die zu 95% aus Geschwätz besteht und die sich in den entscheidenden zwei Absätzen in klassischer FDP-Manier die „Koalitionsfrage" bis nach der Wahl offenhält. Die aber zwischen den Zeilen auch schon freundlich hinüberblinzelt, daß man als Stimmenbeschaffer für einen Kanzler Rau im Eventualfall zum Nulltarif zur Verfügung stehen würde. Diese Positionsfestschreibung wurde gegen eine Minderheit von immerhin 40% der Delegierten vorgenommen. Sie stellt einen klaren Sieg des Realo-Flügels über den Fundi-Flügel dar.

Zum Opportunismus dieser Erklärung gesellen sich die Dummheit und die Unverschämtheit, mit der diese eigentlich unmißverständliche Flügelresolution als Schlag gegen die „Flügelhengste" und gar als „Ausstieg aus den Flügelkämpfen" umgedeutet wird. Da macht sich ein Defizit an politischer Kultur breit, das auch denjenigen immer wieder aufs Neue verblüfft, der sowieso schon eine skeptische Grundeinstellung zu dieser Partei hat.

Jetzt trotzdem noch einmal die Grünen zu wählen, um eine Restchance für eine reformerische Wende in Bonn offenzuhalten, scheint mir eine sachlich nicht mehr begründbare Hypothese. Dies umso mehr, weil die Prognosen ohnehin eine rechnerische „rot-grüne Mehrheit" als unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Nichts spräche also aus linksradikaler Sicht gegen einen Denkzettel bei der Bundestagswahl. Die Abstimmung in Nürnberg gegen Unterstützung der Münchner Wackersdorf-Demo hat gezeigt, daß in dieser Partei, sogar mehr als in jeder anderen, die praktische Politik der Wahlarithmetik oder richtiger der Wahlastrologie folgt. Der schlichte Satz „Das könnte uns aber Stimmen kosten", wiegt zehn gute Argumente auf. Sollte darin nicht eine Chance für die radikale Linke liegen? Die Grünen kalkulieren vor der Wahl doch heute genauso wie früher die SPD: Die Stimmen von Links sind uns sowieso sicher von wegen „kleineres Übel", kämpfen müssen wir aber um die Stimmen aus der „Mitte". Also kann man nach Links ruhig Fußtritte austeilen, während man die „Mitte" umschmeicheln und auch mal Verständnis für ihre reaktionären Macken äußern muß. Joschka Fischer schmiert sich bei denjenigen an, deren Gefühle durch die Forderung nach Streichung des § 218 verletzt worden seien, und denkt offenbar gar nicht darüber nach, wen er wiederum durch solche Äußerungen verletzt.

Diese Kalkulation ist unproblematisch, solange die Grünen sich darauf verlassen können, daß ihnen, wie immer sie agieren, Links keine Stimmen in nennenswertem Umfang verlorengehen werden. Unter den gegebenen Umständen muß sich die radikale Linke aber klarmachen, daß, gerade so wie das Niedersachsen-Ergebnis den Fundis angelastet wurde, ein gutes Abschneiden der Grünen bei den Bundestagswahlen den Realos zugute kommen wird. **Jedes Ergebnis, bei dem die Grünen nicht am Wahlsonntag bis Mitternacht zittern müssen, ob sie überhaupt noch im Bundestag vertreten sein werden, wird die Dominanz der Realos und Möchtegern-Koalos in der Partei weiter verfestigen. Nur von einem heilsamen Schock wäre, falls überhaupt noch, ein Denkprozeß bei den Grünen zu erhoffen.** 5,001 % für Grün wäre mein Traumergebnis. Aber selbst ein Verschwinden der Grünen aus dem Hohen Haus böte m.E. immer noch mehr Perspektive als dieser elende Prozeß des unendlich langsamen Verfaulens, des Herumtretens auf der Stelle, der Lähmung so vieler Fähigkeiten und Arbeitsstunden für ein Unternehmen, das bei seinem derzeitigen Entwicklungstrend doch gar nichts anderes mehr dastellt als eine spezielle Form des Herankommens an die SPD und des Hineinkommens in die SPD. Ein Kreis scheint sich zu schließen: die SPD holt sich die verlorenen Kinder zurück, die ihr in zwei Schüben Ende der 60er und Ende der 70er Jahre entglitten waren. Es scheint wieder einmal so zu sein, wie Goethe seinen Mephisto zum „jüngeren Parterre, das nicht applaudiert", sagen ließ: „Wenn sich der Most auch ganz absurd gebärdet, es gibt zuletzt doch noch e' Wein". Prosit, wem's schmeckt.

Kt., Hamburg

Bürgerschaftswahlen in Hamburg: „Hamburger Verhältnisse" müssen her!


Ein Novum: Die GAL tritt als erste Partei überhaupt mit einer Frauenliste an — ein Schritt, mit dem sie wohl auch noch lange alleinstehen wird

Foto: H. Wojahn

Juni 1982: Die SPD hatte bei den Bürgerschaftswahlen einen drastischen Einbruch erlitten, verlor mit rund 9% der Stimmen ihre absolute Mehrheit und war nur noch zweitstärkste Partei. Erstmals seit vielen Jahren zog aber mit der GAL eine linke Opposition ins Hamburger Landesparlament: 7,7%. Eine Zählmehrheit von SPD und GAL begründete die später sprichwörtlichen „Hamburger Verhältnisse" — eine SPD-Minderheitsregierung, die keinen Koalitionspartner FDP zur Verfügung hatte (sie war mit 4,9% erneut gescheitert), keine Große Koalition eingehen konnte (in Bonn kündigte sich gerade die „Wende" an) und zunächst ratlos einer neuen, unkonventionellen Parlamentsliste gegenüberstand, der GAL. Die GAL hatte vor der Wahl angekündigt, daß sie instabile Verhältnisse wollte. Für diesen Fall hatte sie einen Forderungskatalog aufgestellt, den sie der SPD als Bedingung für die Tolerierung einer Minderheitsregierung vorlegte. Nach der ersten Verblüffung bot die SPD der GAL Gespräche — ausdrücklich nicht Verhandlungen — an. Über vier Monate lang beherrschte das ungewohnte parlamentarische Geschehen die politische Diskussion in der Stadt. „Hamburger Verhältnisse", das bedeutete Bewegung in der politischen Auseinandersetzung. Die völlig verkrustete, rechtssozialdemokratisch beherrschte SPD, die gerade erst ihren zu „links" gewordenen Bürgermeister Klose abgeschossen hatte, stand vor der ungewöhnlichen Situation, öffentlich ihre Umwelt-, Energie-, Arbeitsplatz-, Demokratieabbau-, Frauen- und Minderheitenpolitik einer kritischen Diskussion unterziehen zu lassen.

Vier Monate nach der Wahl brach sie diese Gespräche ab. Die GAL hatte sich bei diesen Gesprächen im Kern ihrer Forderungen nicht über den sozialdemokratischen grünen Tisch ziehen lassen und war hart geblieben. Doch der Zeitpunkt des Gesprächsabbruchs war gut gewählt: Er wurde während des Bonner Regierungswechsels vollzogen. Das zahlte sich für die SPD aus. Die Neuwahlen im Dezember 1982 beendeten diese bewegten Verhältnisse.

der Zeitpunkt des Gesprächsabbruchs war gut gewählt: Er wurde während des Bonner Regierungswechsels vollzogen. Das zahlte sich für die SPD aus. Die Neuwahlen im Dezember 1982 beendeten diese bewegten Verhältnisse.

Die SPD erreichte fast wieder ihr altes Ergebnis: 51,3%, die absolute Mehrheit. Die CDU rutschte wieder unter 40%, die GAL erreichte nur 6,8%, blieb in der absoluten Stimmenzahl dennoch stabil (sie erhielt etwas über 70.000 Stimmen, verlor knapp 3.000 gegenüber der Juni-Wahl). Zwei Gründe dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein: Der „Schmidtleids"effekt nach dem Wechsel in Bonn und die Angst vieler Wähler vor der „Unregierbarkeit" ihrer Stadt. Die Neuwahl mobilisierte 84% der Wähler, die höchste Wahlbeteiligung in der Hamburger Nachkriegsgeschichte.

Hamburg wieder „dohnanyierbar" kalauerte die GAL süffisant in ihrer ersten Wahlstellungnahme. In der Tat, die Regierbarkeit der Stadt hatte für „rechte" Wähler einen Eigenwert bekommen. Die vorübergehend verunsicherte Hamburger SPD brauchte allerdings nicht lange, das Gewand des „nachdenklichen" Gesprächspartners der Grünen und Alternativen abzulegen und in den ihr passenden Anzug zu schlüpfen. Vier weitere Jahre absolute Mehrheit brachten in Hamburg vier Jahre gesteigerter rechter, sozialdemokratischer Politik.

Mit der Hamburger Standortpolitik des Bürgermeisters von Dohnanyi, dem Konzept „Unternehmen Hamburg", wurde die Abkehr von der „Nachdenklichkeit" eingeleitet. In wenigen Monaten wurde die Landespolitik in allen politischen Bereichen auf das einzige Ziel umgestellt, Hamburg für die Unternehmen und die technische Modernisierung attraktiv zu machen, in Konkurrenz zum modernen High-Tech-Kapital Süddeutschlands das bundesdeutsche Süd-Nord-Gefälle aufzuheben. Die Schaffung eines „wirtschaftsfreundlichen Klimas", wie der Bürgermeister sich auszudrücken pflegt, hatte konkret zur Folge, daß in der Umweltpolitik immer weniger die Rede von Auflagen für die schlimmsten Dreckerzeuger ist, die Diskussion um die Elbverschmutzung, den Boehringer-Dioxin-Skandal und die Arsen-Belastungen durch die Norddeutsche Affinerie vergessen gemacht werden sollen; daß Forschung und Wissenschaft immer stärker auf Unternehmensinteressen ausgerichtet werden, wobei selbstverständlich auch mehr Rüstungsaufträge gewünscht sind; daß nach anfänglicher Skepsis gegen Privatfunk und -fernsehen jetzt auch der Medienstandort Hamburg propagiert wird; daß Kulturpolitik in der Stadt immer stärker unter dem Gesichtspunkt der Werbung und Imagepflege für das „Unternehmen Hamburg" betrieben wird. Schließlich: wenn Hamburgs SPD trendbewußt vom „Ausstieg" aus der Kernenergie redet, dann redet sie bislang nur darüber; und das vor dem Hintergrund, daß als Folge ihrer Politik mit dem Einschalten des AKW Brokdorf die Atomstromabhängigkeit der Stadt ebenfalls Spitze in der BRD ist: über 80 Prozent.

redet sie bislang nur darüber; und das vor dem Hintergrund, daß als Folge ihrer Politik mit dem Einschalten des AKW Brokdorf die Atomstromabhängigkeit der Stadt ebenfalls Spitze in der BRD ist: über 80 Prozent.

Die Kehrseite der Medaille: Sparpolitik und Sozialbbau unverdrossen, Hamburg hat über 100.000 Arbeitslose, 300.000 Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld gibt es in der Stadt. Hamburg rühmt sich selbst seiner Spitzenposition bei der Abschreckung und Abschiebung von Flüchtlingen, die brutale polizeiliche Verschleppung der Familie Alviola aus einer Kirche ist über die Landesgrenzen bekanntes Symbol für diese Politik. Jedes Unternehmen, so schreibt die GAL in ihrem Wahlaufruf, braucht seinen „Werkschutz". So bemüht sich Hamburg auch um die Spitzenposition beim Ausbau des polizeilichen Repressionsapparats. Der berüchtigte „Kessel" vom Heiligengeistfeld war kein Ausrutscher, sondern immanenter Bestandteil sozialdemokratischer Innenpolitik, folglich wurden auch nur die Mängel seiner Ausführung „selbstkritisch" zugegeben. Ein Unternehmen kann keine wirtschaftsunfreundliche Begleitmusik vertragen: Deshalb lehnt Hamburgs SPD inklusive ihrer Spitzengewerkschafter Aussperrungsverbot und Berufsbildungsabgabe für die Unternehmen ebenso als störend für das Investitionsklima ab, wie alternative Wohnprojekte Zielscheibe ständiger Provokationen und Repressionen sind, bis hin zur gezielten Kriminalisierung, die gegenüber den Bewohnern in der Hafenstraße betrieben wird.

Rechte Politik in Hamburg ist sozialdemokratische Politik von einer Qualität, die es auch der CDU schwer macht, erfolgreich zu konkurrieren. Die SPD hofft trotz der bayerischen Wahlschlappe noch, die absolute Mehrheit ihrer Bürgerschaftssitze halten zu können. Umfragen der letzten Zeit nähren diese Hoffnung. Nichtsdestotrotz zeigen sie auch, daß allein die GAL diese Hoffnung durchkreuzen könnte (sie lag in der infas-Umfrage bei 8,5%, die FDP, die sich der SPD als Koalo-Partner anbietet, weit unter 5%). Nichts kann diese Stadt besser vertragen, als erneute Instabilität und Unregierbarkeit, als neue „Hamburger Verhältnisse", um Bewegung in die alten zu bringen.

Die GAL hat für die Bürgerschaftswahlen die sozialdemokratische Politik gemessen und im Ergebnis festgestellt, daß für sie eine andere Rolle, als die der Opposition nach der Wahl wenig wahrscheinlich ist. Dennoch hat sie für den Fall sozialdemokratischer Bereitschaft zu einschneidenden politischen Veränderungen zwölf zentrale Forderungen aufgestellt, bei deren Realisierung sie einen SPD-Minderheitssenat tolerieren würde.

Dieses Angebot war in der GAL nicht unumstritten, weil in diesem grünen Landesverband der Flügel im Anwachsen ist, der parallel zur bundesweiten Diskussion bei den Grünen bereit ist, die eigenen Forderungen auf das „Machbare" zurechtzustutzen, einzelne sogar auszulassen, wenn es denn der Annäherung an ein Bündnis mit der SPD nutzt.

wachsen ist, der parallel zur bundesweiten Diskussion bei den Grünen bereit ist, die eigenen Forderungen auf das „Machbare" zurechtzustutzen, einzelne sogar auszulassen, wenn es denn der Annäherung an ein Bündnis mit der SPD nutzt.

Dieser Flügel konnte sich nicht durchsetzen.

Vielmehr waren es auf dem Nürnberger Grünen-Parteitag GAL-Vertreter und Delegierte, die klare Opposition zum grünen Anpassungskurs vertraten. Umgekehrt hoffen nicht wenige in der grünen Partei, der innerparteilichen Opposition mit einem schlechten Wahlergebnis der GAL demonstrieren zu können, daß linksgrüne Politik nichts bringt, SPD-Anpassung angesagt ist.

Sowohl in den Beschlüssen der GAL auf Landes-, als auch für die Bundesebene sehen wir einen sinnvollen Ansatz für parlamentarische Oppositionspolitik. Ein Wahlaufruf für die GAL am 9. November ist für uns auch eine Empfehlung gegen den Mehrheitstrend der Bundes-Grünen zu stimmen. Vor allem aber kommt es in Hamburg darauf an, der rechten SPD Stimmen auf der Linken zu nehmen, die effektiv werden können bei der Schaffung neuer „Hamburger Verhältnisse".

Das muß man gelesen haben

aus: taz, 8.10.86

Basiskarrieristen

Die Berliner AL wählte ihre Bundestagsabgeordneten

Die Berliner AL zeichnet sich seit langem dadurch aus, daß sie ihre heiligen linken Inhalte eher als geistige Scheuklappen begreift denn als Positionen zur Auseinandersetzung. Bei der Wahl der Berliner Abgeordneten für den Bundestag blieb sie sich selbst treu. Dabei ging es um mehr als nur um die Kandidatenkür. Auch nach der Überzeugung der AL sollte die Arbeit von Christian Ströbele im Innenausschuß und in Sachen Wiedergutmachung fortgeführt werden, eine Arbeit, die Engelszungen und Ellbogen, die den politischen Redner fordert. Mit der Wahl wurde dieser Anspruch verhöhnt.

Reden können alle vier Kandidaten/innen nicht, nicht aus Mangel an Begabung, sondern weil sie es für ausreichend halten, den Jargon ihres Vereins abzusondern. Linientreue, Gesinnungsmuff und Berechenbarkeit wurden honoriert. Peter Sellin wurde gewählt, weil er mit blassem Fleiß eben zum alternativen Milieu gehört. Ellen Olms wurde gewählt, weil sie sich erfolgreich nach oben gesessen hat. Der Peruaner German Meneses wurde gewählt, weil er Ausländer war und ansonsten die richtige Gesinnung hatte.

Ein richtiger Skandal war die Wahl von Siggi Fries. Eine Karrieristin, die sich in Berlin damit qualifizierte, daß sie in Bayern wegen Petra Kelly keinen Listenplatz erhalten hatte. Es reichte, sich als linkes Opfer rechter Tendenzen darzustellen. Und: wiewohl ich Udo Knapp, Mitarbeiter von Ströbele, schätze, bin ich dennoch der Meinung, daß er der einzige Knadidat war, der politisch, provozierend und selbständig argumentierte. Das sah eine bedeutende Minderheit der AL auch so. Er wurde immerhin nur mit wenigen Stimmen geschlagen.

Der Skandal begann aber vorher: AL-Politiker hatten längst schon die negative Kandidaten-Auslese beklagt. Sie haben es jedoch hingenommen. Diese Metropolen-Partei verkriecht sich immer mehr in ihrem eigenen Milieu. Sie ist ausgerechnet die provinziellste Partei in der grünen Szenerie, ein Fall für Szene-Ethnologen. Die linke Intelligenz in Berlin hat sie aufgegeben und wird dafür sicherlich bei der nächsten Wahl bezahlen müssen. Mit der AL stirbt immerhin eine politische Möglichkeit. Nichts wäre nötiger als ein Signal, daß die Partei offen ist für Widerspruchsgeist, Debattenlust und individuellen Mut. Diese Wahl aber ist ein Signal für Sklerose und Basiskarrierismus. Die AL mag glauben, korrekt links gewählt zu haben, faktisch hat sie Parasiten der öffentlichen Hand gewählt. Bestenfalls wird man von diesen Abgeordneten nichts hören. Nicht auszudenken wäre die Situation, daß die Grünen aus dem Bundestag verschwinden. Dann wäre diese Berliner Delegation die grüne Stimme, der Bote der „anderen Republik" — ein bundesweiter Lacherfolg.

Klaus Hartung

Hartung schrill, weil die AL seinen Schützling schnöde durchfallen ließ. Aber wie immer, wenn jemand seiner Empörung brusttönend Luft macht, lohnt es sich, auf den Bauch zu schauen, wie er mißbilligend mit den Falten runzelt.

Wenn der Knapp-Udo vor blitzgescheitem Widerspruchsgeist nur so sprudelt und zwar auf das intellektualistischste, was zieht ihn dann so unwiderstehlich in die toten Bonner Hosen? Gesetzt den Fall, der Hartung hätte recht — dann rühmet die Weitsicht der AL, daß dieser Kelch am Udo vorübergeht. Es reicht doch wirklich, wenn die Perle Schily vor die parlamentarischen Säue geworfen wird, in einem mit Realo-Diamanten so spärlich gesegneten Land.

Und dann die unqualifizierten Ausfälle gegen die schweigende Mehrheit dieser unserer Volksvertretung. Was ist so bös an einem Hinterbänkler? Abgeordnete, die sitzen, muffeln, nichts von sich hören lassen, sich nicht ständig in den Vordergrund spielen, die also nicht mit ihrem blöden Getue der Sportschau die Zeit stehlen, aber kassieren — ich bin dafür. Besser kann man ein Mandat gar nicht ausüben als alles zu unterlassen, was Schaden anrichten kann. Allen schweigenden Abgeordneten müßte eine Extra-Diät gezahlt werden, und überhaupt sollten die Leute ständig die Hand aufhalten, weil jede Mark, die sie bekommen, im Rüstungsetat oder bei anderen üblen Zwecken fehlt.

— ich bin dafür. Besser kann man ein Mandat gar nicht ausüben als alles zu unterlassen, was Schaden anrichten kann. Allen schweigenden Abgeordneten müßte eine Extra-Diät gezahlt werden, und überhaupt sollten die Leute ständig die Hand aufhalten, weil jede Mark, die sie bekommen, im Rüstungsetat oder bei anderen üblen Zwecken fehlt.

Ernsthaft: Den (relativ) braven Hinterbänkler, der diese Gesellschaft noch am originalsten abbildet, folglich das Volk am getreulichsten vertritt und der die wirkliche Rolle des Parlaments im staatlichen Gewaltmonopol ja auch nicht gerade krass verfälscht, als parasitär anzumachen, ist eine NS-Argumentation. Die übrigens auch schon anklang, als der große Fischer dazumal gegen den Suff der kleinen MdBs zu Felde zog.

War aber bestimmt nicht so gemeint. Ist ja auch nicht Hartungs Stil, auf primitiven Antiparlamentarismus zu machen. Ich seh' das so, daß hier einfach geheime Sehnsüchte mitmischen. Der alte Effekt, daß manchmal grad das Bekämpfte ganz nett gefunden wird. Der Knapp-Udo will gar nicht Schriftsteller oder Wissenschaftler werden, obwohl er das Zeug dazu hat. Er wäre vielleicht mit dem zufrieden, wogegen so heftig anpolemisiert wird: ein nicht allzu stressiges Büro und eine geregelte Arbeitszeit. Und Hartung graust vermutlich auch bei dem Gedanken, bei Deutschlands einziger überregionaler Schülerzeitung pensioniert zu werden.

Ungerecht ist nur, daß die Geschichte darauf hinausläuft, daß Ellen, Peter, Siggi und German (Oberparasit, weil Ausländer? Sozialhilfe und nun auch noch Diäten?) unter tierischem Leistungsdruck stehen und vermutlich glauben, täglich und stündlich beweisen zu müssen, daß sie Bäume ausreißen können. D.h. die Linken machen sich wieder mal kaputt, während sich für den Knapp-Udo sicher eine Assistentenstelle, ein Vereins-/Stiftungsvorstand oder ein gewerkschaftliches Unternehmen finden läßt, wo er brillieren kann. Und irgendjemand wird sich doch früher oder später auch des Hartung-Klaus annehmen. Der nun nach der Schreibkunst schon die höchste Weihe erreicht: Stallgeruch.

de.

Der „heimliche Dreifrontenkrieg" des J.F.

taz-Redakteur KPK feiert Hessen-GRÜNE

Erbarmen, zu spät, KPKs Metaphern kommen: massenhaft, gnadenlos und weder durch die deutsche Grammatik, noch durch die taz-Zentralredaktion zu bändigen, durchziehen sie die Berichterstattung der einstmals linksradikalen tageszeitung, den ersten grünen Minister zu loben und zu feiern. Der Anlaß, der ihn dazu trieb, am 14. Oktober mal wieder so richtig in die Tasten zu hauen, war bescheiden, wenn auch nicht beliebig: „*Ein Jahr rot-grüne Koalition in der hessischen Landespolitik*" und schon, hastenichgesehn, ist „*Minister Joschka Fischer zum ‚Machtfaktor' avanciert*". Daß KPK ihn nur zu einem „*Machtfaktor*" erklärt, zu einem sogenannten also, hat wohl nicht nur mit des Autors exorbitanter Vorliebe für Anführungszeichen zu tun, sondern auch damit, daß selbst einem ausgesprochenen Realo-Liebhaber wie Herrn Klingelschmitt nicht verborgen geblieben ist, „*daß die großen Erfolge* (ohne Anführungszeichen, Anm. AK) *bisher ausblieben*" — was aber nicht etwa an den herrschenden Verhältnissen, der knallharten SPD-Politik oder schlimmer noch, einer falsch orientierten grünen Politik liegt, sondern „*auf das Konto einer langfristig angelegten ‚Strategie'(geht), in der das Wort ‚Glaubwürdigkeit' die entscheidende Rolle spielt.*" Das also ist das Neue an der grünen Politik: statt Erfolgen erreicht sie „*Glaubwürdigkeit*". Denn nur wo Fischer draufsteht, ist auch Nukem/Alkem drin...

Apropos Nukem/Alkem: „*Noch heute ‚knabbert' Wirtschaftsminister Steger, der wie ein Rohr im Wind (...) hin und herschwankt an der harten Nuß Geulen-Gutachten*" Und weil das Rohr aus Stahl ist, die Nuß aber keine Schale hat müssen Fischer und KPK ertragen, daß „*die Koalitionsgegner in den eigenen Reihen mit dem schlimmen Finger auf den ‚Verräter' deuten.*" Fingerzeige, die in Wirklichkeit, zwei dutzend Zeilen weiter unten wird's gegeißelt, als „*Nackenschläge*" „*Fischer und Co. aus den eigenen Reihen trafen, und die (...) das Image der grünen Partei insgesamt negativ tangierten.*" So daß eigentlich ein ordentliches „Noli me tangere" (Rühr mich nicht an) zu erwarten wäre, tatsächlich aber nur „*ein prominenter bayerischer Sozialdemokrat den Grünen Fischer und Schily das rote Parteibuch an(bot)*" — „*nicht umsonst*", wie KPK versichert, ohne uns allerdings zu verraten für wieviel: Zehntausend Bequerel in bar oder doch nur ganz banal einen Bundesministerposten nach der Wahl 1991?

Das grüne Band der Sympathie ver-

Fortsetzung nächste Seite

Was die RAF uns zum Mord an Braunmühl zu sagen hat



Auf sechs Schreibmaschinenseiten kommentiert das „Kommando Ingrid Schubert" der RAF die Ermordung des FDP-Außenpolitikers Braunmühl. In Braunmühl habe man **„eine der zentralen figuren in der formierung westeuropäischer politik im imperialistischen gesamtsystem"** getroffen. Der Anschlag soll im Rahmen eines Konzepts gesehen werden, das in der RAF-Erklärung so beschrieben wird: *„die revolutionäre bewegung in westeuropa"* müsse *„den strategischen plan der imperialistischen bourgeoisie, mit dem sie die weltherrschaft erreichen will und dessen politische und materielle basis die metropolen sind, in seinen konkreten aktuellen projekten angreifen"* und *„brechen"*.

Das *„konkrete aktuelle projekt"*, um das es in diesem Fall geht, ist die sogen. Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) im Allgemeinen und deren „Arbeitsgruppe Nahost" im Besonderen. Braunmühl sei Vertreter der Bundesregierung im zentralen Gremium der EPZ gewesen. Ob er darüber hinaus auch in der Nahost-AG eine Rolle spielte, geht aus der Erklärung nicht hervor, obwohl gerade der Nahost-Aspekt der EPZ im Mittelpunkt der RAF-Erklärung steht.

Die EPZ werde aktuell *„zum politisch-operativen zentrum für die koordinierung der gesamtimperialistischen strategie in westeuropa gegen den internationalen revolutionären kampf"*. Ein zentraler Aspekt sei dabei der *„europäisch-arabische dialog"*, der als arbeitsteiliger europäischer Beitrag zur *„globalen kriegsstrategie der bourgeoisie"* interpretiert wird. *„Militärische aktion und europäisch-arabischer dialog sind instrumente, funktion einer strategie — ausdruck der zwar widersprüchlichen, aber im kern vereinheitlichten politik des gesamtsystems, es ist der krieg der metropole gegen den internationalen revolutionären kampf. das ist die funktion der ‚arbeitsgruppe nahost' in der epz, die auf betreiben der brd installiert wurde, um das weitere vorgehen der eg gegen die arabische, revolutionäre bewegung festzulegen, das sind die reisen genschers und seiner geheimdiplomaten nach marokko, tunesien, ägypten, in die golfstaaten ... seine grossen auftritte als ‚europäischer partner' und ‚zivile alternative' ... bei denen u.a. mit ökonomischem druck die politisch geschlossene front vor allem gegen die palästinensischen revolutionäre und die staaten, die sie unterstützen, erreicht werden soll; das ist zimmermann, der dann sofort mit bka, gsg 9 und geheimdiensten da ist und die neuorganisierung der polizei- und militärapparate in der region nach brd-vorbild und ihre kooperation forciert; das sind warnke und bangemann, die dann mit den mitteln und dem know-how der brd-konzerne und dem geld der deutschen großbanken die politisch-ökonomische stabilisierung durchsetzen sollen."*

Die Funktion Westeuropas im „imperialistischen Gesamtsystem" definiert die RAF folgendermaßen: *„Die imperialistische bourgeoisie kann die ursachen der sich verschärfenden sozialen und politischen widersprüche nicht mehr beseitigen. (...) Aus dieser entwicklung — krise der us-hegemonie, destabilisierung der imperialistischen macht in allen kontinenten, tiefe ökonomische krise und scheitern des mehrfrontenkrieg-konzepts — ist der sprung in der funktion und bedeutung westeuropas im globalen konterrevolutionären projekt zu begreifen: es ist die anhebung und einbindung der politisch-militärischen macht westeuropas in der gesamtimperialistischen herrschaftsstruktur in der krise des systems und der zusammenballung seiner macht zur aggression. (...) ein prozess, in dem es entscheidend vom revolutionären kampf in westeuropa abhängt, ob die bourgeoisie das kräfteverhältnis und so ihre herrschaft international festpressen kann (...) — oder sich dagegen der bruch im zentrum zur revolutionären front und die vereinheitlichung des internationalen revolutionären kampfes in einer politisch-militärischen strategie für die proletarische befreiung entwickelt."*

Die RAF erhebt den Anspruch, mit den Attentat gegen Braunmühl wie vorher auch schon mit der Ermordung von Beckurts politisch-strategisch bedeutsame Schläge gegen die **„europäische säule"** der NATO, der *„imperialistischen kriegsstrategie"* und des *„imperialistischen gesamtsystems"* geführt zu haben. Der Hinweis auf den Nahost-Aspekt, der in der letzten Erklärung genau besehen in keinen konkreten Zusammenhang zur Person Braunmühls gebracht wird, ist als „internationalistische" Verbeugung gegenüber den Regimes von Libyen und Syrien zu werten. Beide Staaten sind Hinterland von Terror-Gruppen, die vorwiegend provokatorisch agieren. Die Stellung der RAF zu diesen Gruppen, von denen die bekannteste unter dem Namen Abu Nidal seit Anfang der 70er Jahre ihr Unwesen treibt, harrt bis heute noch einer offiziellen Erklärung. Aber politisch-theoretische Klarstellungen und Auseinandersetzungen sind ohnehin nicht „das Ding" der RAF. Ihr liegen vordergründig-technische Statements, bei denen die Ermordung einiger mehr oder weniger überzeugend ausgewählter Funktionsträger zu schweren Schlägen gegen die „strategie des imperialistischen gesamtsystems" aufgeblasen wird. Das ist, selbst wenn man von der Sinnhaftigkeit gezielten Terrors prinzipiell überzeugt wäre, eine maßlose Selbstüberschätzung und eine Verabsolutierung des sogenannten bewaffneten Kampfes gegenüber der Politik, die zwangsläufig nicht von isolierten terroristischen Gruppen, sondern nur von öffentlich arbeitenden Organisationen betrieben werden kann. Das unterscheidet die RAF prinzipiell von IRA und ETA, aber auch von den linksradikalen palästinensischen Gruppen. Die RAF agiert als ein „bewaffneter Arm", zu dem es weder einen Körper noch einen Kopf gibt. Ihr Gerede von einer „politisch-militärischen Strategie für die proletarische Befreiung" ist ohne Kontaktpunkt zur Realität. Im Mordfall Braunmühl setzt sie sich zudem dem Verdacht aus, daß das Opfer allzu beliebig ausgewählt wurde, nicht nach dem Kriterium, vermittelbar einen besonderen „Bösewicht" zu treffen, sondern einfach nur einen besonders schlecht geschützten Politiker. Anders als das Attentat gegen Beckurts wird die Erschießung Braunmühls vermutlich außer in den allerengsten pro-RAF-Kreisen nirgends einen Hauch von „klammheimlicher Freude" hervorgerufen haben.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

bindet Fischer aber nicht nur mit den Roten; auch *„Frauen über 50"*, Mütter vor allem haben dem *„Medientiger"*, der KPK zufolge seit Amtsantritt eine *„Samtpfotenpolitik (...) der kleinen Schritte (...) ‚fährt'"* den *„‚schiefen Mund' beim ‚breiten Grinsen'"* verziehen. Und KPK hat auch keinen Freund oder Bekannten in ganz Hessen, der nicht *„mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit"* von sich gibt: *„Also meine Mutter, die findet den ganz toll."*

Doch trotz der Begeisterung, die Fischer bei den alten Müttern entfacht hat hat ihm *„die rauhe Regierungswirklichkeit die Nerven arg strapaziert. ‚Dünnhäutig' ist er geworden, der Fischer"* — nicht nur weil *„Der Minister Fischer auf dem Bolzplatz im Frankfurter Ostpark härter ‚gefoult' wird als der Taxifahrer, auch wenn der in einem drittklassigen B-Film Wiederauferstehung feiern durfte"* (um am dritten Tag niederzufahren zur Hölle und dort Minister zu werden bis in alle Ewigkeit?), sondern auch weil er *„einen heimlichen ‚Dreifrontenkrieg' führen muß"*. Nein, nicht wie andere zur ewigen Verdammnis Verurteilte gegen Vater, Sohn und Heiligen Geist, sondern geradezu entwürdigend (um)weltlich nur gegen Fundis, Sozis und den eigenen Staatssekretär Kerschgens. Als Trost wenigstens bleibt: ein Heiliger Krieg ist es dennoch und wenn er einst gewonnen ist (und daß er gewonnen werden wird, daran hat Chronist Klingelschmitt keinen Zweifel) *„dann (...) ja dann könnte das ‚Modell Hessen' vielleicht doch noch ein ‚Modell Deutschland' werden."* Und was wollte man sich schöneres wünschen? Vorwärts. Es geht zurück in die Zukunft (...)

Fassanbass

Kommentar

Scheißjob

Reden wir nicht von menschlichen, moralischen oder in letzter Instanz zivilisatorischen Aspekten des RAF-Anschlags. Kommunismus hat ja mit Humanismus rein gar nichts zu tun, außer dessen letzte Hoffnung zu sein. Reden wir also über die im engeren Sinne politischen Implikationen dieser Praxis — sei es auch noch so klar, daß rationale Überlegungen in diesem Kontext weniger wiegen als Stimmungen.

Die RAF klärt uns über einen „einzigen Seiltanz" der Imperialisten auf: Einerseits militärisch intervenieren zu müssen, weil die ökonomische Krise weltweit nicht mehr beherrschbar sei — andererseits zu wissen, daß mit jeder militärischen Intervention die Widersprüche nur verschärft werden.

Die feindliche Akrobatik färbt anscheinend auf die Guerilla ab. Ein einziger Seiltanz sind die Erläuterungen des Bekennerschreibens über den sogenannten „Angriff auf die zentralen Achsen und treibenden Kräfte der imperialistischen Macht". Seiltanz zwischen dem selbstgesetzten Zwang, „politisch-militärisch" handeln zu müssen und der offenkundigen Tatsache, daß das System auf diesem Terrain unschlagbar ist.

Da mögen noch so viele Worte auf das politische Raffinement, auf die strategische Funktion, also hundsgemeine Gefährlichkeit des AA-Beamten verschwendet werden — die Tat selbst straft die RAF Lügen. Entweder gehörte Braunmühl — Taxi-Kunde, obwohl gepanzerte Limousinen in Untertürkheim serienmäßig produziert werden — nicht zu den „Achsen und Triebkräften" des Systems, sondern nur zur unüberschaubaren Vielfalt des Räderwerks. Dann war der Angriff nicht geeignet, „strategische Weltherrschaftspläne der Bourgeoisie, zu blockieren". Dann war der Angriff, gemessen an der Absicht, ein Schlag ins Wasser.

Oder das Opfer war tatsächlich, wie die RAF suggeriert, eine Säule der europäischen Säule der NATO, Repräsentant des „Gesamtsystems" schlechthin an seinen allerintimsten Kommandostellen. Wenn das wirklich richtig wäre, dann würde das System mit lässigem Verzicht auf Sicherungsmaßnahmen für seine Elite nicht Angreifbarkeit, sondern im Gegenteil Unverwundbarkeit demonstrieren. Dann müßte man ihm bei aller Feindschaft heimlich Respekt zollen für seine Souveränität, und nichts wäre wahr an den Behauptungen eines Atom- und Polizeistaats, der sich systematisch gegen das Volk abschottet. Dann müßten wir uns eingestehen, daß ein Staat, der sich das leistet, auf den stabilen Konsens mit der großen Mehrheit seiner Bürger bauen kann. Und barer Unfug wäre, was die RAF über den „Bruch in der Metropole" zusammenstammelt oder gar über den „qualitativen Sprung des proletarischen Kampfes hier", den solche Attentate bewirken sollen.

Die RAF offenbart ihr Dilemma selbst. Sie hat unrecht, wenn sie recht hat. Ihre eigenen Taten sind der beste Beweis für die Unmöglichkeit, die Idee der Metropolen-Guerilla zu realisieren. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß jede solche Aktion die Isolierung der RAF verschärft und die Ausweglosigkeit ihrer Lage potenziert, anstatt der Lösung auch nur eines einzigen Problems näher zu kommen. Ein Seiltanz, den man nur noch mit verbundenen Augen durchhalten kann.

Braunmühls hauptsächliches Verbrechen soll also darin bestanden haben, mit französischen, englischen, italienischen und US-amerikanischen Ministerialbeamten in den dafür vorgesehenen Gremien zusammengetroffen zu sein und das auch noch regelmäßig. Offenbar sieht auch die RAF, daß diese aufregende Tätigkeit nicht unbedingt von außergewöhnlicher konterrevolutionärer Umtriebigkeit zeugt. Deshalb verweist sie auf seine (schwer überprüfbare) Rolle im „europäisch-arabischen Dialog". Dieses Projekt sei noch bedeutsamer als die offene Kriegspolitik, mit der die USA nur den Zerfall ihrer eigenen Hegemonie beschleunigen. Womit die RAF Karsten Voigts Behauptung bestätigt, Braunmühl komme aus der Tradition sozialliberaler Entspannungspolitik.

So lernen wir denn: Wenn wieder einmal ein Bombengeschwader libysche Küstenstädte heimsucht, darf man sich nicht durch Reagan oder Weinberger irritieren lassen. Die Hauptgefahr sitzt nämlich voraussichtlich im Flugzeug von Bonn nach Washington, wo sie für Genscher Presseerklärungen entwirft, um das zivile Gesicht des Imperialismus zu retten.

Mit ihrem Attentat glaubt die RAF, „die revolutionäre Front in Westeuropa als Abschnitt im internationalen Befreiungskrieg" zu organisieren. Sie glaubt, zur Vereinheitlichung des revolutionären Kampfes beizutragen — zumal im Nahen Osten, wo die Einheit der Antiimperialisten einen sprichwörtlichen Ruf genießt. Und sie glaubt, den Imperialismus bei dessen angeblichem Bemühen zu stören, soziale Explosionen und unkalkulierbare Esklationen in jener Region einzudämmen. Ein Glück, daß die Lunte, an der die RAF größenwahnsinnig zündeln möchte, wohl wirklich nicht im Bonner Außenministerium endet.

de.

Broschüre:

Geheime Kriegsspiele der NATO

Obwohl die NATO-Kriegsspiele WINTEX/CIMEX schon seit vielen Jahren durchgeführt werden, wurde aufgrund ihres geheimen Charakters lange Zeit nur sehr wenig darüber in der Öffentlichkeit bekannt. Dies änderte sich, als die niederländische antimilitaristische Aktionsgruppe „Onkruit" im April 1983 einen Kommandobunker für Zivilverteidigung in Noordwijk knackte. Dabei wurden unter anderem Szenarien zu WINTEX '81 erbeutet (unsere deutschsprachige Erstveröffentlichung im AK 243 wurde von der einschlägigen Presse mehrfach übernommen). Seitdem kam auch in der BRD Stück für Stück mehr über diese umfassendsten NATO-Stabsübungen ans Tageslicht. Es gab parlamentarische Anfragen, Protestaktionen und Veröffentlichungen in der Presse.

Die *„Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion"* in Stuttgart und die *„Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen Graswurzelwerkstatt"* in Göttingen griffen das Thema im Sommer 1984 auf. Sie organisierten unter anderem Aktionen zur Ausspähung der Übungen, die auch das Interesse des Verfassungsschutzes auf sich zogen (vgl. „Verfassungsschutzbericht 1985"). Voriges Jahr entstand dann die Idee, aus der Fülle der Informationen und Materialien, die die beiden Büros inzwischen gesammelt hatten, eine Broschüre zusammenzustellen. Diese ist, unter dem Titel *„WINTEX/CIMEX — Die geheimen Kriegsspiele der NATO"* soeben erschienen.

Außer den WINTEX '81-Dokumenten enthält die Broschüre: eine Einführung in die Problematik; einen Beitrag zur Organisation und Durchführung der zivil-militärischen Übungen; Informationen über die Szenarien anderer WINTEX-Übungen; eine Darstellung des Konzepts der Gesamtverteidigung und der Notstandsorganisation der BRD und der NATO; einen Aufsatz zur Rolle der Kommunen in der Zivilverteidigung; Berichte über bisher gelaufene Gegenaktionen; eine Literaturliste.

Niederlande-Kommission

P.S.: Die nächste WINTEX/CIMEX-Übung steht im Februar und März 1987 an.

Wintex-Cimex. Die geheimen Kriegsspiele der NATO. Erschienen im Oktober 1986. A 4-Broschüre, 60 S. Einzelverkaufspreis DM 6,– plus DM 1,– Versandkosten, ab 10 Ex. 30% Rabatt plus Versandkosten. Bestellungen (nur gegen Vorauskasse) unter dem Stichwort „W/C" an: Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion, Sonderkonto R.A. Hoogvliet, PGA Stuttgart, Nr. 246062-706 (BLZ 600 100 70). Oder: Graswurzelwerkstatt, Sonderkonto St. Uebelacker, PGA Frankfurt/M., Nr. 389887-606 (BLZ 500 100 70)

WINTEX
CIMEX
VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Warum es in Reykjavik keine Einigung geben konnte

Dieser Artikel tritt den Hoffnungen entgegen, daß ein Abkommen zum Abbau der Mittelstreckenwaffen von USA und Sowjetunion unmittelbar vor dem Abschluß stünde. Eine kürzere Version hatte die taz drucken wollen.

Der Text ist *vor dem Gipfel* zwischen Gorbatschow und Reagan geschrieben worden. Gerade weil er nun durch die Ereignisse in Reykjavik überholt ist, ist er spannend. Die Einschätzungen lassen sich daran überprüfen.

Oder doch nicht? Denn der Gipfel ist zwar bekanntlich geplatzt, aber bei den Mittelstreckenwaffen bot Gorbatschow Anlaß zu neuen noch größeren Hoffnungen für ein Abkommen. Sein Angebot: Abbau sämtlicher (landgestützter) Mittelstreckenraketen von USA und SU, während Frankreich und Großbritannien weiterrüsten können:

1.500 Atomsprengköpfe allein für die NATO hieße das. Red.

Folgt der Aufrüstung nun die Abrüstung? Sollte die vorgebliche Logik der NATO, die seinerzeit bei der Verkündung des „Doppelbeschlusses" Pate stand — Aufrüsten, um abzurüsten — tatsächlich aufgehen? Minister Wörner gegenüber der FAZ: „*Die Bundesregierung hat von Anfang an gesagt, daß eine seriöse Verhandlungschance nur dann besteht, wenn wir keinen Zweifel an unserem Willen zur Nachrüstung lassen. Das heißt, wir kassieren jetzt den Lohn unserer Entschlossenheit. Das ist eine triumphale Rechtfertigung der Politik dieser Bundesregierung. Die SPD und die Grünen haben den Beginn einer neuen Eiszeit prophezeit, als die Bundesregierung den Nachrüstungsbeschluß faßte. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Sowjetunion sieht sich nun veranlaßt, anders als in den*

gegenüber der FAZ: „*Die Bundesregierung hat von Anfang an gesagt, daß eine seriöse Verhandlungschance nur dann besteht, wenn wir keinen Zweifel an unserem Willen zur Nachrüstung lassen. Das heißt, wir kassieren jetzt den Lohn unserer Entschlossenheit. Das ist eine triumphale Rechtfertigung der Politik dieser Bundesregierung. Die SPD und die Grünen haben den Beginn einer neuen Eiszeit prophezeit, als die Bundesregierung den Nachrüstungsbeschluß faßte. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Sowjetunion sieht sich nun veranlaßt, anders als in den*

Verhandlungen, die sie bis 1982 geführt hat, drastische Reduzierungen ihres eigenen Potentials anzubieten". (FAZ, 3.10.). Und der Helmut Schmidt-Intimus Theo Sommer fühlt sich dazu bemüßigt, daran zu erinnern, daß „*der Zweck des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 ja nie (war), die eigene Mittelstrecken-Rüstung zu ermöglichen, vielmehr sollten die Sowjets ihre Mittelstrecken-Rüstung wieder abbauen*". (Zeit, 26.9.)

Tatsächlich wäre es in der Geschichte des Rüstungswettlaufs nach dem Zweiten Weltkrieg (wahrscheinlich aber sogar in der RÜstungsgeschichte überhaupt) ein einmaliger Vorgang, ein absolutes Novum, wenn die NATO tatsächlich ernsthaft erwöge, soeben dislozierte und hochmoderne Waffensysteme zugunsten einer abrüstungspolitischen Vereinbarung mit dem Kontrahenten wieder abzubauen. Bislang standen lediglich veraltete Waffensysteme oder noch nicht wahrnehmbare Rüstungsoptionen bei Verhandlungen der beiden nuklearen Großmächte zur Disposition. Doch die Stockholmer KVAE-Vereinbarung, die „neue sowjetische Beweglichkeit", die diplomatische Beilegung des „Fall Daniloff" und das kurzfristig anberaumte Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow haben die Hoffnung genährt, daß es bereits in absehbarer Zeit zu einem Abkommen über die beiderseitige Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenraketen (INF = Intermediate Nuclear Forces) kommen könnte.

Bevor wir uns der Frage widmen, inwieweit diese bisweilen an Euphorie grenzende und auch Teile der Friedensbewegung erfassende Hoffnung berechtigt ist, einige Anmerkungen zur Ausgangslage der Gespräche über eine INF-Vereinbarung.

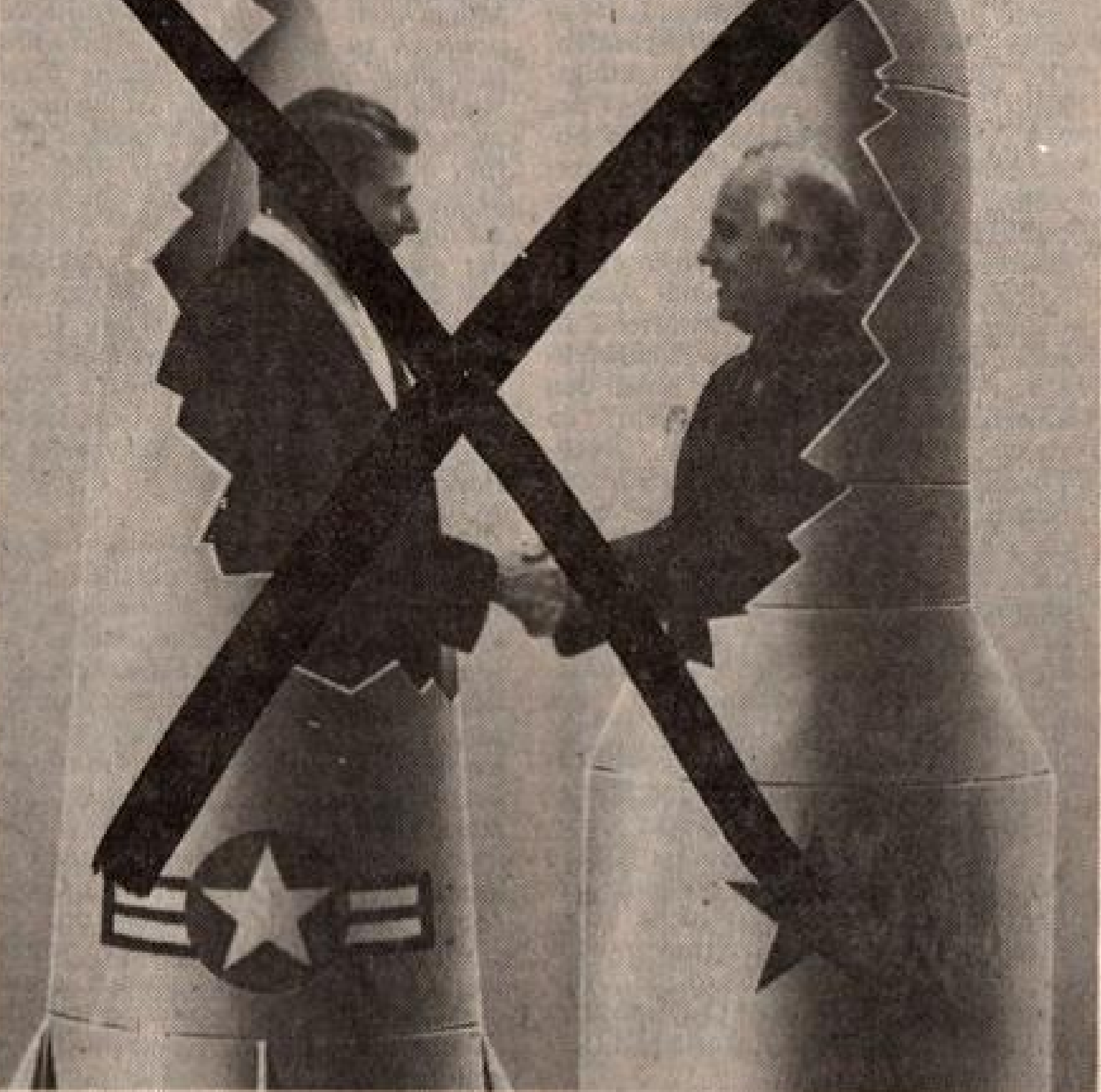
Das eurostrategische Arsenal wächst und wächst ...

Nach westlichen Angaben hat die UdSSR zur Zeit 270 SS-20-Trägersysteme mit 810 Sprengköpfen auf Westeuropa gerichtet. Weitere 171 SS-20 mit 513 Sprengköpfen sind im asiatischen Teil der UdSSR, also östlich des Ural, disloziert, als „Gegengewicht" zur nuklearen Bedrohung, mit der sich die UdSSR aus dem asiatischen und pazifischen Raum konfrontiert sieht. Aufgrund ihrer Mobilität ließen sich diese asiatischen Systeme allerdings im Bedarfsfall auch in den europäischen Teil der UdSSR bewegen. Hierauf pflegt die NATO stets hinzuweisen, wenn es um die Einbeziehung dieses SS-20-Kontingents in eine Europa betreffende INF-Vereinbarung geht. Dabei wird allerdings unterschlagen, daß die USA mehr Pershing-II-Raketen produzieren, als in Westeuropa nach offiziellen Angaben stationiert werden sollen und daß es im Bedarfsfall den USA nicht schwer fallen würde, weitere nukleare Systeme zum europäischen Kontinent zu transportieren. Auf westlicher Seite stehen dem sowjetischen SS-20-Arsenal gegenüber: Ca. 6 dem NATO-Oberbefehlshaber für Europa (SACEUR) unterstellte Poseidon-U-Boote mit ca. 800 Sprengköpfen, 4 britische Polaris-U-Boote mit ca. 192 Sprengköpfen, und 6 französische U-Boote mit 172 Sprengköpfen. (Angaben nach SIPRI-Rüstungsjahrbuch Nr. 6 und Arkin/Fieldhouse, „Nuclear Battlefield" — Der Atomwaffenreport, Frankfurt 1986). Die nuklearen Streitkräfte Großbritanniens und Frankreichs werden z.Zt. einem umfassenden Modernisierungs- und Ausbauprozess unterzogen, an dessen Ende Anfang der 90er Jahre ca. 640 seegestützte britische und ca. 798 see- und landgestützte französische Nuklearsprengköpfe stehen sollen, die allesamt Ziele in der UdSSR treffen können.

Dazu kommen noch Pershing-II und Cruise Missile, von denen bis Ende 1985 ca. 236 (mit je einem Sprengkopf) bereits disloziert waren (Angaben nach SIPRI-Rüstungsjahrbuch Nr. 6). Aller Abrüstungseuphorie zum Trotze, begann in diesen Tagen auch die Dislozierung von Marschflugkörpern in den Niederlanden, zweifelsohne ausschließlich zu dem Zweck, die amerikanische Verhandlungsposition für Reykjavik zu stärken, um so eine INF-Abrüstungsvereinbarung wahrscheinlicher zu machen. (FR, 3.10.)

Eine erste Zwischenhochrechnung ergibt, daß den 810 sowjetischen „eurostrategischen" Sprengköpfen ca. 1.400 „eurostrategische" Sprengköpfe der NATO gegenüberstehen. Ausge-

SIPRI-Rüstungsjahrbuch Nr. 6). Aller Abrüstungseuphorie zum Trotze, begann in diesen Tagen auch die Dislozierung von Marschflugkörpern in den Niederlanden, zweifelsohne ausschließlich zu dem Zweck, die amerikanische Verhandlungsposition für Reykjavik zu stärken, um so eine INF-Abrüstungsvereinbarung wahrscheinlicher zu machen. (FR, 3.10.)
Eine erste Zwischenhochrechnung ergibt, daß den 810 sowjetischen „eurostrategischen" Sprengköpfen ca. 1.400 „eurostrategische" Sprengköpfe der NATO gegenüberstehen. Ausge-



nommen aus dieser Rechnung bleiben die „Forward Based Systems", nuklearfähige Flugzeuge, die in Westeuropa, aber auch auf Flugzeugträgern im Nordatlantik und im Mittelmeer stationiert sind und die von ihren „vorgeschobenen Posten" aus sowjetisches Territorium erreichen können. Desweiteren die französischen Bomber und landgestützten Raketen. (Nach Arkin/Fieldhouse können von den insgesamt ca. 514 französischen Nuklearsprengköpfen nicht weniger als 270 das „Sanktuarium" der UdSSR erreichen). Auf Seiten der UdSSR bleiben Bomber („Backfire") unberücksichtigt, die Ziele in der Tiefe des westeuropäischen Raumes nuklear abdecken können. Zur Beruhigung des westeuropäischen Sicherheitsbedürfnisses sei jedoch angemerkt, daß auch in diesem Bereich eine deutliche Überlegenheit zugunsten der NATO besteht.

Die „neue sowjetische Beweglichkeit"

Im Gegensatz zu früher verlangt die UdSSR nicht mehr nach einer direkten Kompensation für die französischen und britischen Nuklearwaffen, die sowjetisches Territorium erreichen können. London und Paris weigern sich nach wie vor, daß ihre Waffen direkt oder indirekt zum Gegenstand von INF- oder START-(strategische Waffen) Verhandlungen der beiden Großmächte werden. Das Problem ist hier, daß Großbritannien und Frankreich neben dem NATO-Nuklearwaffenarsenal in Europa noch eine eigene „eurostrategische" Abschreckungsoption beanspruchen, als Versicherung gegenüber einem Ausfall der US-„Nukleargarantie" bzw. als Instrumentarium der „Ankoppelung" des nuklearstrategischen Arsenals der USA. Die französischen strategischen Nuklearstreitkräfte, die zum Großteil seegestützt sind und daher aufgrund ihrer schwierigeren Ortung auch für eine quantitativ klar überlegene Nuklearmacht nicht so leicht präventiv auszuschalten sind, sollen schon heute und allein dazu imstande sein, mit einem Schlag 120 bis 150 städtische Ballungsgebiete in der UdSSR zu zerstören und somit der UdSSR einen Schaden zuzufügen, der in keinem akzeptablen Verhältnis zum Nutzen einer Kriegsführung gegen Frankreich stünde (nach Klaus-Peter Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1981). Hingegen muß die UdSSR davon ausgehen, daß sie sich im Falle einer nuklearen Krise mit den westlichen Nuklearwaffen in ihrer Gesamtheit konfrontiert sehen würde u.a. aufgrund

Schlag 120 bis 150 städtische Ballungsgebiete in der UdSSR zu zerstören und somit der UdSSR einen Schaden zuzufügen, der in keinem akzeptablen Verhältnis zum Nutzen einer Kriegsführung gegen Frankreich stünde (nach Klaus-Peter Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1981). Hingegen muß die UdSSR davon ausgehen, daß sie sich im Falle einer nuklearen Krise mit den westlichen Nuklearwaffen in ihrer Gesamtheit konfrontiert sehen würde u.a. aufgrund

des von den nuklearen „Drittstaaten" bewußt intendierten Koppelungseffektes.

Zudem: Laut NATO-Vertrag ist Paris an eine gemeinsame Verteidigung gebunden, und die französischen seegestützten Raketen sind bezüglich Zielplanung und Zielanvisierung auf den NATO-Leitfunk angewiesen. Die britischen Systeme sind dem NATO-Oberbefehl unterstellt. London besitzt ein Veto-Recht und das Recht, seine Waffen auch zur Wahrung nationaler (britischer) Belange einzusetzen. Ein Großteil der britischen Daten für Zielbestimmung hängt ebenfalls von den USA und der NATO ab. Was die UdSSR allerdings anstatt einer direkten Kompensation verlangt, ist, daß London und Paris ihre Modernisierungs- und Ausbauvorhaben einfrieren. London und Paris haben jedoch in Übereinstimmung mit den USA und der NATO erklärt, daß sie dazu nicht bereit wären. Frankreich hat gar zusätzliche Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen angekündigt, als Antwort auf einen ABM-Wettlauf der nuklearen Großmächte, der die Abschreckungsfähigkeit der kleineren französischen Nuklearstreitmacht relativieren könnte.

Als möglicher Inhalt eines INF-„Zwischenabkommens" wird gehandelt: 100 SS-20-Sprengköpfe gegen 100 Pershing-II-/Cruise Missile-Sprengköpfe. Desweiteren soll die UdSSR 100 ihrer asiatischen Sprengköpfe behalten können, während den USA erlaubt sein würde, als Gegengewicht 100 Mittelstreckenwaffen auf ihrem Territorium zu postieren. Im Falle eines Nichteinfrierens der „Drittstaaten-Arsenale", wovon im Vorschlag nicht die Rede ist, würde dies bedeuten, daß aktuell 100 SS-20-Sprengköpfe 1.264 und in den 90er Jahren über 2.200 britischen, französischen und US-/NATO-Sprengköpfen im „eurostrategischen" Bereich gegenüberstehen würden. Wie unschwer zu erkennen ist, handelt es sich bei dem Inhalt des „Interimabkommens" um einen Vorschlag, der den NATO-Interessen geradezu auf den Leib geschneidert ist. Von daher läßt sich auch getrost behaupten, daß ein Abkommen derartigen Inhalts nicht zustande kommen kann.

Zwar läßt sich bereits aus dem Gorbatschow-Plan schließen, daß die UdSSR zur Hinnahme einer meßbaren Unterlegenheit gegenüber der NATO bereit ist. Die „Schmerzgrenze" dürfte allerdings dort gezogen sein, wo dies der NATO neue Kriegsführungsoptionen bzw. der NATO-Strategie der Abschreckung neue Glaubwürdigkeit hinsichtlich einer politisch offensiven Instrumentarisierbarkeit eröffnen würde. Theoretisch bliebe der UdSSR die Möglichkeit, diese enorme Unterlegenheit durch verstärkte Rüstung in jenen Bereichen, die die NATO ausgespart wissen will, zu kompensieren: Bomber und seegestützte Raketen für „eurostrategische Zwecke". Doch sind Bomber erheblich verletzbarer als Raketen, und was die seegestützte Komponente anbelangt, so steht zu bezweifeln, daß die UdSSR über derart umfangreiche finanzielle Ressourcen verfügt, um mal eben — um der bloßen Unterzeichnung

Fortsetzung nächste Seite

Reykjavik:
Außer Spesen nichts gewesen?
„Solange verhandelt wird, wird jedenfalls nicht geschossen." - Wer aus dieser Bauernweisheit Trost zieht, kann mit dem Ergebnis des Elefantentreffens von Reykjavik hochzufrieden sein. Verhandelt wurde ja, und ein Atomkrieg brach während der Konferenz auch nicht aus. „Was wäre, wenn es in Reykjavik einen Erfolg gegeben hätte?", fragt sich die DKP-UZ zum Schein selbst (17.10.) und belegt damit
rung dieser Bestände sollte unterbleiben. In Reykjavik nun ging Gorbatschow noch einen Riesenschritt weiter: die britischen und französischen Raketen dürften auch ruhig „verstärkt und vervollkommnet" werden, das stünde einem sowjetisch-amerikanischen Abkommen nicht im Wege.
Gorbatschows neue Variante schlägt all denen ins Gesicht, die hierzulande bemüht zu erklären versuchten, warum

Reykjavik:

Außer Spesen nichts gewesen?

„Solange verhandelt wird, wird jedenfalls nicht geschossen." - Wer aus dieser Bauernweisheit Trost zieht, kann mit dem Ergebnis des Elefantentreffens von Reykjavik hochzufrieden sein. Verhandelt wurde ja, und ein Atomkrieg brach während der Konferenz auch nicht aus. „Was wäre, wenn es in Reykjavik einen Erfolg gegeben hätte?", fragt sich die DKP-UZ zum Schein selbst (17.10.) und belegt damit wieder einmal die Blödheit von Sätzen oder gar politischen Konzepten, die mit „Was wäre wenn..." beginnen.

Es gab in Reykjavik keinen Fortschritt zur Abrüstung, und es war von vornherein auch gar nichts anderes zu erwarten. Gipfeltreffen sind Shows für den unaufgeklärteren Teil des Publikums. Sie sind exakt vorbereitet und berechenbar. Sie sind kein Platz für unerwartete Durchbrüche in festbetonierten Fragen. Ihre Ergebnisse stehen lange vorher fest und haben nichts zu tun mit der speziellen Vernunft oder dem speziellen Starrsinn des einen oder anderen älteren oder jüngeren Politikers.

Richtig, Gorbatschow hat in Reykjavik Vorschläge auf den Konferenztisch gelegt, die in einigen wichtigen Punkten neu waren. Insgesamt handelt es sich um ein hübsches Paket, das nach der „Was wäre wenn"-Logik als Einstieg zum Ausstieg aus der Atomrüstung mehr als tauglich wäre. Die Hauptpunkte sind: 1.Abschaffung aller strategischen Atomwaffen der USA und der Sowjetunion in zwei Stufen: Reduzierung um 50% in den ersten fünf Jahren, Beseitigung der anderen Hälfte in den folgenden fünf Jahren. 2.Vollständige Liquidierung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa. Lediglich 100 Mittelstreckenraketen sollen auf dem Gebiet der USA bzw. im asiatischen Teil der UdSSR zunächst noch bleiben. 3.Raketen mit einer Reichweite bis zu 1000 km sollen auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren und zum Verhandlungsgegenstand gemacht werden. 4. Das ohnehin unbefristete ABM-Abkommen soll für weitere zehn Jahre bestätigt werden. Praktisch heißt das, daß die „Entwicklung und Erprobung" zusätzlicher Anti-Raketen-Systeme unzulässig ist. Das richtet sich gegen das SDI-Programm. Lediglich Laborversuche würde die UdSSR akzeptieren, wobei unklar bleibt, wie überhaupt SDI-Versuche kontrolliert werden könnten.

Im Punkt Mittelstreckenraketen enthält das Gorbatschow-Paket ein Eingehen auf Reagans alten Null-Lösungs-Vorschlag. Die UdSSR hatte damals nicht unlogisch argumentiert, daß die recht großen Bestände der NATO-Mitglieder Frankreich und Großbritannien an Mittelstreckenraketen in ein Abkommen einbezogen werden müßten. Andernfalls wäre das „strategische Gleichgewicht" emfindlich gestört. Diese plausible Hypothese hatte Gorbatschow schon vor Reykjavik fallengelassen: Die Raketen der beiden europäischen Atommächte könnten aus einem Abkommen herausgehalten werden. Lediglich die geplante umfangreiche Verstärkung und Modernisierung dieser Bestände sollte unterbleiben. In Reykjavik nun ging Gorbatschow noch einen Riesenschritt weiter: die britischen und französischen Raketen dürften auch ruhig „verstärkt und vervollkommnet" werden, das stünde einem sowjetisch-amerikanischen Abkommen nicht im Wege.

Gorbatschows neue Variante schlägt all denen ins Gesicht, die hierzulande bemüht zu erklären versuchten, warum Reagans „Null-Lösung" eine für die UdSSR nicht annehmbare Provokation sei. Wie kann man eine Entwicklung, von der man eben noch behauptete, sie stelle eine „gefährliche Verschiebung des strategischen Gleichgewichts" dar, plötzlich im Rahmen eines Abrüstungsvorschlags für tolerierbar halten?

Die geohrfeigten Freunde der sowjetischen Friedenspolitik mögen darin nur einen weiteren Beweis sehen, daß Gorbatschow zu allergrößten Opfern bereit ist, um der Abrüstung Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Man könnte diesen Punkt aber auch weniger freundschaftlich als Mangel an innerer Glaubwürdigkeit des neuen Gorbatschow-Pakets interpretieren. Denkt man seine Vorschläge nämlich zuende, so würden im Jahre 2000 nur noch Großbritannien und Frankreich über hunderte von atomaren Mittelstreckenraketen verfügen. Also eine ungeheure Verschiebung der Gewichte zugunsten der NATO, falls man nicht von der Hypothese ausgeht, daß bis dahin beide Länder dem Warschauer Pakt angehören.

Bei aller unterstellten Kühnheit Gorbatschows, aber als ernstgemeinter Vorschlag geht das doch sehr viel weiter, als das Militär erlaubt. Sollte die sowjetische Furcht vor SDI, dessen Zukunftsaussichten man doch offiziell gelassen als höchst ungewiß herunterzuspielen versucht, derart groß sein? Oder hat man sich im Politbüro lediglich auf folgender Grundlage geeinigt: Die USA werden kein Abrüstungspaket unterschreiben, das ihr strategisches und mittleres Atomwaffenpotential auf nahezu Null reduziert. Und zweitens werden die USA ihr SDI-Projekt bestimmt nicht fallen lassen. Jedenfalls nicht, solange Reagan Präsident ist und solange der „militärisch-industrielle Komplex" die US-Politik dominiert. Also kann man ohne Risiko Abrüstungsschritte vorschlagen, die in der Praxis zwar äußerst unvorteilhaft für die militärische und weltpolitische Position der UdSSR wären, aber die mit Sicherheit am harten „No" der USA scheitern werden. Der propagandistische Effekt ist das Entscheidende. Die USA haben den Schwarzen Peter. Die Bundesregierung hat sich gleich mit in den Regen gestellt. Politisch hat die UdSSR Pluspunkte gemacht. Das braucht uns nicht unangenehm zu sein. Nur ist überhaupt nicht zu erkennen, wie dadurch die Vernichtung aller Atomwaffen und die allgemeine Abrüstung näherkommen könnten. Das Gorbatschow-Motto, wonach die Welt im Jahr 2000 frei von Atomwaffen sein soll, könnte auch auf eine äußerst fatale Weise seine Erfüllung finden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

einer INF-Vereinbarung mit den USA Willen — eine kostspielige Umrüstung im „eurostrategischen" Bereich zu vollziehen. Da liegt es doch erheblich näher, an dem festzuhalten, was man bereits hat.

Wenn Theo Sommer das Gras wachsen hört...

In der „Zeit" fabuliert nun Theo Sommer, daß die UdSSR Bereitschaft signalisiert habe, auf jegliche Berücksichtigung der „Drittstaaten-Arsenale" — d.h. auch auf die Forderung nach Einfrieren derselben — zu verzichten. Begründet wird diese Vermutung nicht, die Benennung von Quellen bleibt aus.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß es ebenfalls die „Zeit" war, die im Herbst 1983, als die Auseinandersetzung um die „Nachrüstung" und die Genfer Verhandlungen in die Zielgerade einbogen, die angebliche „Waldspaziergangs"-Lösung protegierte. Dieses Vereinbarungsmodell, das 75 Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen gegenüber 75 SS-20-Systemen vorsah, hat mit dem aktuell gehandelten „Zwischenabkommen" eines gemeinsam: Beiden Modellen wird unterstellt, sie seien extrem realitätstüchtig, das heißt für die UdSSR akzeptabel. Damals wie heute hat die UdSSR bereits angeblich ihre Zustimmung signalisiert. Damit ist auch schon vorab gesagt, an wem eine Vereinbarung gegebenenfalls scheitern muß: an der UdSSR, die zunächst Konzessionsbereitschaft bekundet, um dann einen Rückzieher zu machen. Der Rest ist bekannt: Gorbatschow wollte, aber die Falken in der sowjetischen Führung, die Militärs, die sich von ihren Raketen nicht trennen können, haben mal wieder „Njet" gesagt. Unterschlagen wird dabei, daß sich bezüglich der westlichen Verhandlungsposition seit der Verkündung der „Null-Lösung" nichts, aber auch gar nichts bewegt hat.

Jedem, der sich auch nur ein wenig mit der Materie befaßt hatte, mußte damals klar sein, daß das „Waldspaziergangs"-Modell für die UdSSR nicht akzeptabel war. Nachher sollte es die sowjetische Führung, und hier insbesondere die „Hardliner" und die Generalität gewesen sein, die ihren Genfer Unterhändler zurückgepfiffen und somit eine Vereinbarung vor der Stationierung torpediert hatte. Wahr-

besondere die „Hardliner" und die Generalität gewesen sein, die ihren Genfer Unterhändler zurückgepfiffen und somit eine Vereinbarung vor der Stationierung torpediert hatte. Wahr-

scheinlicher ist jedoch, daß der sowjetische Unterhändler seinem amerikanischen Gegenüber niemals ein Placet für die 75:75 Lösung (Trägersysteme) erteilt hatte, und daß vielleicht nicht der Spaziergang, aber auf jeden Fall die halbe Vereinbarung im Wald frei erfunden war.

Immerhin fiel dieses angebliche Vereinbarungsmodell für die UdSSR aber günstiger aus — da nicht Sprengköpfe, sondern Trägersysteme gegeneinander aufgerechnet wurden, als das, was nun angeblich auf dem Tisch liegt.

Bei aller ernstzunehmender Bereitschaft der UdSSR, einen Prozeß der Abrüstung einzuleiten, ist doch kaum anzunehmen, daß sie sich auf eine „Zwischenlösung" einlassen würde, die die Kluft im „eurostrategischen" Kräfteverhältnis mittelfristig auf das Verhältnis 1:22 bringen würde und darauf hinausliefe, der UdSSR die Option auf „eurostrategische Kriegsführung" zu bestreiten, bei gleichzeitiger Inanspruchnahme und Optimierung einer derartigen Option durch die NATO.

Desweiteren ist aber auch noch gänzlich ungeklärt, ob die UdSSR den NATO-Vorstellungen bezüglich der hinter dem Ural dislozierten SS-20-Systeme folgt. Bislang war die UdSSR nicht dazu bereit, diese Waffen, die für einen anderen Kriegsschauplatz vorgesehen sind, ohne weiteres gegen die „eurostrategischen" Systeme der NATO aufzurechnen. Die UdSSR hat lediglich die Möglichkeit signalisiert, die 171 SS-20- jenseits des Urals auf ihren heutigen Stand einzufrieren. Was also für die kommenden Monate bestenfalls zu erwarten steht, ist eine gemeinsame unverbindliche Absichtserklärung von Moskau und Washington, mehr nicht. Für die Auszeichnung von Reagan und Gorbatschow mit dem Friedensnobelpreis mag das sogar ausreichen.

Ein Gipfel und seine Hintergründe

Was sich aktuell abspielt, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Kampf um die „Hirne und Herzen" der Weltöffentlichkeit. Gorbatschow hat es verstanden, in der Weltöffentlichkeit in einer Weise zu beeindrucken, wie es zuvor noch keinem sowjetischen Führer nach Stalin gelungen ist. Der Westen konterkariert dies, indem er auf Gorbatschows „Offenheit" und „Beweglichkeit" noch draufsattelt und diese zum Resultat seiner Strategie der Unerbittlichkeit gegenüber dem Osten erklärt. Das Draufsatteln erfolgt immer nach demselben Muster: Gorbatschow hat signalisiert ..., die sowjetische Führung kann akzeptieren..., es liegt auch im Interesse der Sowjetunion... etc. Das Draufsatteln intendiert, die UdSSR ihrerseits unter Zugzwang zu setzen. Gorbatschow hat zu beweisen, wie weit seine „Offenheit" und „Beweglichkeit" tatsächlich geht. Sind die Hoffnungen, die die westliche Öffentlichkeit in den sowjetischen Führungswechsel investiert, tatsächlich berechtigt? Die Kriterien für die Beantwortung dieser Frage formuliert die NATO.

Im Gegensatz zur Stimmungsmache in den Medien sind die Voraussetzungen für ein Abrüstungsabkommen — das dieses Etikett verdient — nicht besser als vor einigen Jahren. Die oben skizzierte Ausgangslage für ein INF-Abkommen macht deutlich, daß es hierfür auch westlicher Beweglichkeit bedarf. Diese stellt sich jedoch bei Betrachtung des vorgelegten Abrüstungsvorschlags als pure Propaganda heraus. Wie schlecht es um ein Abkommen bestellt ist, verdeutlicht die Kontroverse, die Reagan z.Zt. mit dem amerikanischen Repräsentantenhaus auskämpft.

Das Repäsentantenhaus hatte seine Zustimmung zum neuen Etat des Pentagon mit den folgenden 5 Einschränkungen verknüpft: Einfrieren der SDI-Mittel; Atomteststopp für ein Jahr, solange die UdSSR ihr bislang einseitiges Moratorium einhält; Verbot von Anti-Satelliten-Tests im Einklang mit einem sowjetischen Erprobungsstopp; Einhaltung des nichtratifizierten SALT-II-Vertrags und Verbot der Herstellung neuer chemischer Waffen. Obgleich dies alles kurz- bis mittelfristig die USA nicht viel kosten würde, entgegnete Reagan scharf, das Parlament dürfe nicht durch einseitige Beschlüsse der UdSSR einen Vorteil verschaffen und die Verhandlungsposition des Präsidenten schwächen („FAZ", 8.10). Mittlerweile hat die Reagan-Administration erklärt, daß ihr besonderes Interesse auf dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel der „Menschenrechtsfrage" gelte, weniger konkreten Abrüstungsvereinbarungen. („FR", 9.10.) Ganz bewußt schraubt die US-Regierung die Erwartungen hinsichtlich einer konkreten Abrüstungsverein-

Abrüstungsvereinbarungen. („FR", 9.10.) Ganz bewußt schraubt die US-Regierung die Erwartungen hinsichtlich einer konkreten Abrüstungsverein-

barung zurück. Die UdSSR hatte dies bereits vor einigen Monaten zum Kriterium des Erfolgs eines Gipfels erklärt. Bei dem voraussichtlichen Ausbleiben einer konkreteren Vereinbarung könnte nun der Eindruck entstehen, dies sei einer mangelnden Bereitschaft der USA geschuldet. Durch die Einführung eines zweiten Themenkomplexes in die Gespräche, über den die UdSSR a.) bekanntlich „sehr gern" redet und bei dem sich b.) die USA propagandistisch überlegen wähnt, soll dies verhindert werden.

Kommt es erwartungsgemäß nicht zu einer konkreteren Abrüstungsvereinbarung, bleibt der NATO noch die Behauptung, man sei noch nie so nah an einer für den Westen günstigen Vereinbarung über die Abrüstung von Mittelstreckenraketen gewesen. Es bedürfe doch wohl erst der Aufstellung aller „Nachrüstungs"waffen, bis die UdSSR zu ausreichenden Konzessionen bereit sei.

Die bundesrepublikanischen Sonderintessen

Spätestens die Beschäftigung mit den bundesrepublikanischen Sonderinteressen macht deutlich, warum eine für beide Seiten gleichermaßen akzeptable Vereinbarung über den Abbau von Mittelstreckenwaffen außerhalb des Bereichs des Möglichen liegt. Bei den INF-Verhandlungen stehen sich nicht primär miteinander vergleichbare, „duellfähige" Waffensysteme gegenüber. Es geht vielmehr um konkurrierende strategische Vorstellungen. In der Interpretation der BRD werden die „Nachrüstungs"-waffen lediglich propagandistisch unter dem Aspekt eines Gegengewichts zur SS-20-Rüstung betrachtet, zumal die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen älter ist als das SS-20-System, nämlich bereits über 20 Jahre alt. Für die BRD sind Pershing-II und Cruise Missile vor allem Instrumente der „glaubwürdigen Ankoppelung" Westeuropas an das nuklearstrategische Arsenal der USA. Die Bedeutung der Waffen ist demnach darin zu sehen, daß sie von westeuropäischem Boden aus sowjetisches Gebiet erreichen könnten, ihr Einsatz somit nicht nur eine sowjetische Antwort gegenüber Westeuropa, sondern auch gegenüber den USA provozieren müßte. Westeuropa und die USA würden sich somit im Falle einer nuklearen Krise in einer „Risikogemeinschaft" befinden. Die BRD würde ihre Abschreckungskraft durch die Ankoppelung des NATO- und US-Nukleararsenals potenzieren, der UdSSR wäre es verwehrt, zwischen spezifisch bundesrepublikanischen und atlantischen Interessenslagen zu differenzieren und ihre Kriegsführung entsprechend auszurichten. Den Mittelstreckenwaffen fällt somit die Aufgabe zu, die westeuropäischen Verbündeten stärker unter den amerikanischen „Nuklearschirm" zu ziehen. Deshalb wird eine „Null-Lösung" von den meisten westeuropäischen NATO-Staaten — allen voran die BRD — mit Skepsis betrachtet, da diese zu „Zonen unterschiedlicher Sicherheit" und so zur Relativierung einer mehr oder weniger erzwungenen US-Nukleargarantie führen würde. Schon bei Verkündung des Reagan'schen „Null-Lösungs"- Modells war von Seiten bundesrepublikanischer Sicherheitspolitiker und Strategieforscher kritisch angemerkt weorden, daß selbst der vollständige Abbau der sowjetischen SS-20 die nukleare Bedrohung Westeuropas nicht in einem solchen Umfang verringern würde, daß es den Verzicht auf die „Modernisierung" des NATO-Dispositivs an Nuklearwaffen in Europa rechtfertigen würde.

In den letzten Wochen war es insbesondere die „FAZ", die sich als Mahnerin vor den Folgen einer „Null-Lösung" profilierte. Unter der Überschrift „Gefährliche Null-Lösung" schrieb etwa Karl Feldmeyer u.a.: *„Die weitreichenden Mittelstreckenraketen haben (...) deshalb besondere Bedeutung, weil sie von England, Belgien oder der Bundesrepublik aus die Sowjetunion erreichen können. Ein Angriff des Warschauer Pakts auf diese Länder wäre daher zugleich ein Angriff auf Waffensysteme, deren Einsatz den Einsatz der interkontinentalen strategischen Atomwaffen Amerikas nach sich ziehen könnte. Die Mittelstreckenwaffen ziehen die westeuropäischen Verbündeten so tief unter den Schutz der strategischen Atomwaffen Amerikas, wie es seit der Abkehr von der Strategie der ‚Massiven Vergeltung' nicht mehr der Fall war. Das nimmt der Sowjetunion gegenüber Westeuropa den Spielraum für eine militärische Drohung und schränkt ihre Möglichkeit ein, ihr Militärpotential politisch zu nutzen. (...) Was würde sich also mit der Beseitigung dieser Waffen ändern? Für die Sowjetunion würde das mit einem regionalen Konflikt in Europa verbundene Risiko erheblich verringert und der Spielraum zumindest für die politische Nutzung der eigenen Militärmacht vergrößert. Für die westeuropäischen Staaten aber nähme die schützende Wirkung Amerikas ab. Zonen unterschiedlicher Sicherheit wären um so mehr die Folge, als dann die in Europa vorhandenen Atomwaffen geringerer Reichweite an Bedeutung gewönnern".* („FAZ", 26.9.)

Etwas weniger agitatorisch bringt Minister Wörner das Problem auf den Punkt: *„Wir sind für die Reduzierung aller Atomwaffen auf ein niedriges Niveau. Maßstab unserer Sicherheitspolitik muß aber der Erhalt der NATO-Strategie der ‚Flexiblen Antwort' sein. Sie hat den Verbund der konventionellen Waffen, der taktisch-operativen Atomwaffen und der interkontinentalen strategischen Atomwaffen zur Voraussetzung".* („FAZ", 3.10.) Genau dies war seitens der BRD mit der „Nachrüstung" beabsichtigt. Militärisch begründeten Einspruch erhebt auch der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellershoff. Gegenüber der „FAZ" erklärte er, daß das gesamte Spektrum der nuklearen Abschreckung erhalten bleiben müsse „und nicht wesentliche Teile herausgenommen werden" dürften. Auf die Frage, ob er also eine „Null-Lösung" bei den Mittelstreckenwaffen für problematisch halte, antwortete Wellershoff: *„Aus militärischen Gründen bin ich dagegen. Ich bin bereit, mich höherer politischer Einsicht zu beugen".* („FAZ", 1.10.)

Die Struktur der NATO, die Anatomie der amerikanischen Beistandsgarantie, das Insistieren auf eine politisch offensiv instrumentarisierbare (d.h. „glaubwürdige") Abschreckungsoption wie vor allem die „sicherheitspolitische Logik" der BRD werden somit zu weiteren Hinternissen für eine abrüstungspolitische Vereinbarung im INF-Bereich. Die Zahl „100" dürfte bereits einen bündnisinternen Kompromiß darstellen.

Desweiteren besteht die BRD darauf, daß ein INF-Zwischenabkommen einen verpflichtenden Annex zur Frage der nuklearen Kurzstreckenraketen enthält. In einer Erklärung der Bundesregierung heißt es dazu: *„Die Bundesregierung hält es für unverzichtbar, für diesen Bereich die INF-Verhandlungen nach Abschluß eines Zwischenabkommens unverzüglich fortzuführen: deshalb muß bereits in das Zwischenabkommen eine solche konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung aufgenommen werden".* („FAZ", 3.10) Dregger und andere Unionspolitiker waren zuvor noch weitergegangen, als sie an die Adresse der USA gerichtet forderten, *„die Mittelstreckensysteme der Reichweiten von 150 bis 500 km von Anfang an in die Verhandlungen um eine Zwischenlösung für die Mittelstreckenwaffen einzubeziehen".* („FAZ", 30.9.)

Im etwas aufgeklärter und realpolitischer denkenden Außenministerium hielt man es jedoch nicht für sonderlich opportun, ein amerikanisches Vereinbarungsmodell zu torpedieren, das für die UdSSR ohnehin nicht akzeptabel ist. Die UdSSR wäre so nur aus der Verantwortung entlassen worden, Flagge zu zeigen, und die BRD hätte in der Weltöffentlichkeit als Entspannungsfeind dagestanden. Ohnehin deuten sich in diesem Bereich bereits weitere Probleme an, die auf einen untrennbaren Zusammenhang von konventioneller und nuklearer Rüstung verweisen. Im Fall eines Abkommens will die BRD eine angebliche konventionelle Übermacht der östlichen Seite berücksichtigt wissen, die nuklear kompensiert werden müßte. Aber umgekehrt betrachtet die UdSSR jene Waffen, die die BRD problematisiert (SS-21 ff., Waffen mit Reichweiten zwischen 500 und 1.000 km sowie die älteren „Scud-B"-Raketen, deren Reichweite unter 500 km liegt), als Antwort auf die „Konventionalisierungs"-Strategie der NATO und auf strategische Modifikationen (auch im Zusammenhang mit dem NATO-„Doppelbeschluß", der das Schwergewicht des nuklearen Dispositivs der NATO in Europa auf weitreichende Mittelstreckenwaffen verlagert), die suggerieren, die „nukleare Schwelle" würde erst hinter Polen überschritten werden.

Dietrich Schulze-Marmeling

Herbstmanöver der NATO und Gegenaktionen

In diesem Jahr nehmen an den 20 Übungen der NATO-Serie mehr als 200.000 Soldaten teil. Der Übungsraum reicht von Narvik in Norwegen bis zum östlichen Mittelmeer, wo die Marineübung „Display Determination" stattfindet.

Immer gigantischer werden die Manöver, mit denen die NATO den Dritten Weltkrieg probt. An dem Kernmanöver in der BRD, „Bold Guard", das seit 1974 alle vier Jahre Schleswig-Holstein überrollt, haben in diesem Herbst rund 65.000 Soldaten aus der Bundesrepublik, den USA, Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark teilgenommen — mehr als jemals zuvor. 1.500 Panzer und 9.000 andere Fahrzeuge wurden ins Feld geführt. Umfangreiches Militärmaterial wurde eingeflogen, auch über den zivilen Großflughafen Hamburg.

„Bold Guard 86" war selbst nur Teil einer gewaltigen Manöverserie im NATO-Nordabschnitt, die bereits am 14. August mit dem Manöver „Northern Engagement" vor der Ostküste der USA begann, ab dem 29. August mit dem Seemanöver „Northern Wedding" und ab dem 9. September mit dem Landungsmanöver „Blue Fox" in Norwegen fortgesetzt wurden. „Blue Fox" erinnerte einen Frontreporter aufgrund der „Blitzkriegsphilosophie an den Überraschungsangriff der deutschen Wehrmacht vom 9. April 1940." („Die Welt", 12.9.86) „Bold Guard '86" dauerte vom 22.—26. September 86. Schon am 1. Oktober begann das nächste Manöver: „Baltops 86" in der Ostsee.

In engem Zusammenhang mit dem Marinemanöver „Northern Wedding" des NATO-Oberkommandos Atlantik waren an der Küste von Jütland Soldaten der amerikanischen 4. Marineinfanterie-Brigade gelandet. An Wasserübergängen wurde auch erstmalig gemischt britisch-niederländische Marineinfanterie eingesetzt sowie britische Infanterie der „United Kingdom Mobile Force", eine Art britischer „Schneller Eingreiftruppe", insgesamt etwa 15.000 britische Soldaten. „Wir üben das Miteinander, damit keine Einbrüche an Nahtstellen der Alliierten passieren." (KN, 16.9.86) Die britisch-niederländische und die amerikanische Marineinfanterie — beide Brigaden sind dem NATO-Kommando Nordeuropa zugeordnet — waren vor „Bold Guard" im Rahmen von „Northern Wedding" auch schon in Norwegen.

Wie 1982 nahm an „Bold Guard" auch Marineinfanterie aus den USA, die wegen ihrer Härte und ihres Vorwärtsdrangs berüchtigten „Ledernacken", teil. Für die Soldaten der 9. US-Infanterie-Division mußten Bundeswehrsoldaten ihre Kasernen räumen.

Gelenkt wurden die Manöverbewegungen zwischen Schleswig, Husum, Bad Bramstedt und Plön vom regionalen NATO-Hauptquartier in Rendsburg; dort befindet sich das Kommando der NATO-Landstreitkräfte in Schleswig-Holstein, Jütland und Fünen (LANDJUT).

Public relations

Das Manöver „Bold Guard '86" soll Schäden in Hohe von zwölf bis fünfzehn Millionen DM hinterlassen haben. Dies teilte die Wehrbereichsverwaltung I in Kiel mit. (FR, 3.10.86) Doch die Manöverschäden sind nicht das einzige, was der Bevölkerung in Erinnerung bleiben wird und soll. Besonders auffällig war das Bemühen der Bundeswehr, die Sympathie der Menschen zu gewinnen.

In der Nähe von Schleswig war ein internationales Pressezentrum eingerichtet worden, von dem aus auch Redakteure von Schülerzeitungen zu einem Manöverbesuch eingeladen wurden. Zahlreiche Bundeswehrveranstaltungen haben im Vorweg vor allem auf dem Land stattgefunden. Bundeswehrkapellen spielten in ca. einem Dutzend Städten auf. Vier Info-Mobile bereisten mit geschulten Jugendoffizieren die Gegend. Es wurden Flugblätter und Aufkleber an die Bevölkerung verteilt.

Den Draht zur Öffentlichkeit stellten nicht nur willige Journalisten, sondern auch zahlreiche Informationspapiere und ein „Bürgertelefon" her. Zudem fuhren in diesen Tage Lautsprecherwagen der Bundeswehr übers Land und kündigten den Einmarsch und die zuweilen „unorthodoxe" Fahrweise von Soldaten an. (KR, 25.9.86)

In diesem Jahr blieb es noch bei freundlichen Hinweisen an die Bevölkerung. Aber in den nächsten Jahren wird sich zeigen, daß die Bevölkerung direkt in die Manöver mit eingespannt wird. Zivile Firmen sollen zur Reparatur von schadhaftem Material herangezogen werden.

Protest

Verantwortlich für das Manöver ist die NATO-Befehlszentrale LANDJUT in Rendsburg. Zu einer Demonstration vor der Befehlszentrale hatten verschiedene Gruppen aus Schleswig-Holstein am 20.9. aufgerufen: autonome Gruppen, ein Teil des Friedensplenums Lübeck, die Grünen Schleswig-Holstein, die Grünen Kiel, die KPD Volksfront, BWK, Anti-NATO-Gruppen, KB. Die Forderungen reichten über die Beendigung der Manöver und die Forderung nach einseitiger Abrüstung bis zum Austritt der BRD aus der NATO.

Nachdem ein Verbot, die Abschlußkundgebung vor der NATO-Befehlszentrale direkt abzuhalten, ergangen war, veröffentlichten die Jusos Rendsburg in den Rendsburger Nachrichten am Tag vor der Demonstration eine Stellungnahme, in der sie sich von der Demonstration distanzierten, weil Gewalt nicht auszuschließen sei und eine Demonstration gegen die an den Manövern beteiligten Soldaten die Falschen treffe. Außerdem habe die NATO seit 30 Jahren den Frieden gesichert!

An der Demonstration beteiligten sich ca. 150—200 Menschen, vornehmlich aus dem unabhängigen und autonomen Spektrum. Die Demonstration wurde von fast ebensovielen Polizisten begleitet. Ein Beobachtungshubschrauber der Bundeswehr drehte mehrere Runden über den Köpfen der Teilnehmer. Die Abschlußkundgebung konnte nicht, wie geplant, vor der Eider-Kaserne (NATO-Befehlszentrale) stattfinden, die Zufahrtswege waren abgeriegelt.

An., Hamburg

„Schneller Eingreiftruppe", insgesamt etwa 15.000 britische Soldaten. „Wir üben das Miteinander, damit keine

auch zahlreiche Informationspapiere und ein „Bürgertelefon" her. Zudem fuhren in diesen Tage Lautsprecherwa-

abgeriegelt.

An., Hamburg

Wolfgang Roth (SPD) belegt:

Union besteht auf Option für deutsche Atomwaffen

Union will Option für deutsche Kernwaffen offenhalten

Unter diesem Titel gab am 7.10.86 Wolfgang Roth, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Vorstandes, folgende Erklärung ab:

1. Im Gegensatz zu Äußerungen aus den Koalitionsparteien, die in den vergangenen Wochen davon sprachen, auch die Bundesregierung betrachte die Kernenergie als eine Übergangsenergie, hat der Energiebericht der Bundesregierung vom 26. September dieses Jahres unmißverständlich deutlich gemacht: Die Bundesregierung setzt auf die langfristige Nutzung der Kernenergie. Dies wird besonders deutlich am Festhalten der Bundesregierung am Schnellen Brüter und an der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Wer die Kernenergie als Übergangsenergie betrachtet, wird jetzt — in dieser kritischen Situation — nicht eine vollkommen neue technische Version der Atomenergie beginnen.

2. Experten der Energiewirschaft bestreiten heute nicht mehr, daß die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente aus Kernkraftwerken weder betriebswirtschaftlich noch volkswirtschaftlich vernünftig ist. Der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf muß deshalb eindeutig als Fehlinvestition bezeichnet werden. Dies bestätigt auch das Deutsche Atomforum.

Das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln hat einen umfassenden Systemvergleich der beiden konkurrierenden Entsorgungswege, Wiederaufarbeitung und Entsorgung durch direkte Endlagerung analysiert. Das Ergebnis: Die direkte Endlagerung ist eindeutig kostengünstiger als eine Wiederaufarbeitungsstrategie.

3. Der Schnelle Brüter SNR 300 in Kalkar rechnet sich betriebswirtschaftlich überhaupt nicht. Darüber hinaus stellt er sicherheitstechnisch ein großes Risiko dar.

4. Auch die anderen Gründe für eine Wiederaufarbeitungsstrategie entfallen heute weitgehend: Wir sehen keine Abhängigkeit von Uranimporten, wir sehen keine Abhängigkeit von Wiederaufarbeitungspreisen in Frankreich.

5. Es drängt sich deshalb die Vermu-
tung auf, daß nicht-zivile Gründe für
aufarbeitungspreisen in Frankreich.

5. Es drängt sich deshalb die Vermutung auf, daß nicht-zivile Gründe für die Wiederaufarbeitungsstrategie in der Bundesrepublik eine Rolle spielen. Die Bundesregierung weicht einer politischen Auseinandersetzung um den militärischen Aspekt eines integrierten Entsorgungskonzeptes aus.

6. Das Festhalten an der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf entgegen jeder ökonomischen und energiepolitischen Vernunft nährt heute mehr denn je den Verdacht, man wolle eine deutsche Option auf den Bau von Kernwaffen offenhalten.

7. Es ist bekannt, daß Franz-Josef Strauß der Auffassung ist, daß zur Souveränität eines Landes die Verfügungsgewalt über Atomwaffen gehört. Es ist ebenso bekannt, daß starke Teile der CDU/ CSU eine Atombewaffnung im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft heute nach wie vor befürworten.

8. Die Hauptgründe für die ablehnende Haltung von großen Teilen der CDU/CSU-Fraktion zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen liegen in der Option einer atomaren europäischen Streitkraft. CDU/CSU befürchteten damals, daß mit dem Nichtverbreitungsvertrag der Bundesrepublik der Zugang zu einer europäischen atomaren Streitmacht für immer verwehrt bliebe. Die Unionsabgeordneten, die an der Schlußabstimmung vom 20. Februar 1974 mit Nein stimmten, sind diejenigen, die die Politik der Union heute im wesentlichen in Regierung und Fraktion bestimmen: Biehle, Carstens (Emstek), Dollinger, Dregger, Erhard, Dr. Häfele, Dr. Jahn, Dr. Jobst, Kiechle, Dr. Kreile, Niegel, Dr. Probst, Dr. Riedl, Dr. Schneider, Spranger, Strauß, Stücklen, Dr. Wallmann, Dr. Warnke, Windelen, Dr. Wittmann, Dr. Wörner, Dr. Zimmermann.

9. Der Nichtverbreitungsvertrag von Kernwaffen läuft 1995 aus. Zu diesem Zeitpunkt wird — nach den heutigen Planungen — die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf in Betrieb gehen. Heute ist ungewiß, ob die Gegner von damals bereit sein werden, Mitte der neunziger Jahre einer Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages zuzustimmen.

10. Die technische Option, Kernwaffen zu produzieren, wird spätestens mit der Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage und den bis dahin großtechnisch erprobten Produktionsanlagen für die Laser-Isotopentrennung in der Bundesrepublik zweifelsfrei gegeben sein.

Strauß: „Zur Souveränität gehört die Atomwaffe

Der Erklärung von Wolfgang Roth, die wir hier vollständig dokumentiert haben, ist ein längeres Argumentationspapier in der Anlage beigefügt, das wir hier zusammengefaßt wiedergeben wollen. Dem Titel ***„Die Wiederaufarbeitung für zivile Zwecke rechnet sich nicht: Gibt es eine militärische Option?"*** folgt die Äußerung von Franz-Josef Strauß: *„Zur Souveränität gehört die Atomwaffe, unverändert"* aus einem Gespräch mit der „WELT" (5.9.1975) und ein Auszug aus dem Beitrag von Frank Barnaby, dem ehemaligen Direktor des SIPRI-Instituts aus Stockholm, den er auf dem Gorleben-Hearing 1979 hielt: *„Der Zugang zu einer Wiederaufarbeitungsanlage wird wahrscheinlich die Zeit verkürzen, um Nuklearwaffen für eine nationale Atommacht herzustellen. (...) Der Bau einer Aufbereitungsanlage im Besitz der Bundesrepublik Deutschland würde dann unvermeidlich den Verdacht erzeugen, daß zumindest ein Ziel der Anlage darin bestehen könnte, der Bundesrepublik die Möglichkeit in die Hand zu geben, Kernwaffen für eine nationale Atommacht herzustellen."*

In ihrem Energiebericht vom 26. September 1986 halte die Bundesregierung am Schnellen Brüter als „Möglichkeit der Erschließung einer praktisch unerschöpflichen Energiequelle" fest ebenso wie an einem integrierten Entsorgungskonzept mit WAA. Für die Anlage in Wackersdorf halte sie die *„frühestmögliche Fertigstellung der Anlage für dringend geboten."* Dazu

Entsorgungskonzept mit WAA. Für
die Anlage in Wackersdorf halte sie die
„frühestmögliche Fertigstellung der
Anlage für dringend geboten." Dazu

stellt Roth fest: *„Nach unserer Auffassung gibt es weder für die Brütertechnologie noch für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus Atomkraftwerken einen wirtschaftlichen Grund. Für zivile Zwecke rechnen sich beide Techniklinien heute nicht mehr."* Volkswirtschaftlich handele es sich hier um eine **Fehlinvestition.** Diese Erkenntnis werde von keinem Experten bestritten. Das „Deutsche Atomforum" stelle fest, daß eine WAA mit 350 Tonnen Jahresdurchsatz den Strompreis um 1,5 Pf pro Kilowattstunde belaste (im August 1985). Das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln (EWI) rechne, daß eine direkte Endlagerung 43% billiger als der Weg der Wiederaufarbeitung sei. Dabei habe das Institut für die direkte Endlagerung besonders pessimistisch im Vergleich zur Entsorgung durch Wiederaufarbeitung gerechnet. Die Kosten der Wackersdorfanlage seien als Demonstrationsanlage nicht gerechnet, stattdessen rechne man mit einer fiktiven 700 Tonnen-Anlage für das Jahr 2000, deren Investitionskosten erheblich unter den Wackersdorfkosten gerechnet würden. In Wackersdorf seien die geschätzten Kosten von 4 Mrd. DM (1980) auf inzwischen 10 bis 11 Mrd. DM (1985) sprunghaft angestiegen. Man rechne mit einer Verfügbarkeit von 75%, die bisher weltweit nirgends erreicht wurde. Für Mischoxid-Brennelemente (die neben Uran auch Plutonium aus der Wiederaufarbeitung mitverwenden) rechne man 60% niedrigere Kosten als derzeit tatsächlich anfielen. Diese für die WAA im Ergebnis trotzdem ungünstige Rechnung erstrecke sich außerdem nicht nur auf einen kurzfristigen sondern mittelfristigen Zeitraum. Die jährlichen Mehrkosten von 1,5 Mrd. DM für die Wiederaufarbeitung müßten also andere Gründe haben. *„Es drängt sich die Vermutung auf, daß nicht-zivile Gründe für die Wiederaufarbeitungsstrategie in der Bundesrepublik eine Rolle spielen."* Die Bundesregierung leugne die Möglichkeit einer militärischen Nutzung; so erklärte Minister Riesenhuber am 1. August 1986 in der „BILD": *„Das in Wackersdorf anfallende Uran und Plutonium kann aus physikalischen Gründen überhaupt nicht zur Herstellung von Atombomben verwendet werden. Und zwar deshalb, weil das Isotopen-Gemisch des Urans und des Plutoniums aus Wackersdorf dies nicht zuläßt. Das spaltbare Material von Wackersdorf verhindert geradezu dessen Einsatz für Bomben."* Das sei nicht nur falsch, sondern widerspreche auch dem Kenntnisstand seines Ministeriums. Der zuständige Ministerialrat Dr. Hagen habe bei einer Anhörung am 15. Juni 1984 im hessischen Landtag ausgeführt: *„Grundsätzlich gilt natürlich, daß Material, das als Kernbrennstoff spaltbar ist, in der einen oder anderen Weise auch explosiv verwandt werden kann. Dies gilt nach der allgemeinen öffentlichen Kenntnis mit Sicherheit für hochangereichertes Uran."* Diese Auffassung habe dort auch Prof. Dr. Kummerer vom Kernforschungszentrum Karlsruhe unterstrichen. Diese Stoffe seien *„im Prinzip waffenfähig"*, nur **leicht** sei es nicht, daraus Kernsprengsätze herzustellen. Das bestätigten auch Analysen der Fraunhofer-Gesellschaft im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums bereits Mitte der 70er Jahre: *„Es ist somit festzuhalten, daß auch Reaktorplutonium als Nuklearsprengstoff verwendet werden kann. Gegenteilige Äußerungen (z.B. seitens der Nuklearindustrie) sind entweder in Unkenntnis des naturwissenschaftlichen Sachverhalts oder wider besseres Wissen gemacht worden."* Die Aussage der Bundesregierung: *„Es gab und gibt in der*

des naturwissenschaftlichen Sachver-
halts oder wider besseres Wissen ge-
macht worden." Die Aussage der Bun-
desregierung: „Es gab und gibt in der

Bundesrepublik Deutschland keine Nuklearwaffenforschung" entspreche nicht der Wahrheit. Dazu habe Dr. Hagen ausgeführt (s.o.): *„Ich habe vorhin gesagt — für das Bundesministerium für Forschung und Technologie —, wir interessieren uns nicht für die Waffenfähigkeit in dem Sinne, daß wir keine Kenntnisse erwerben wollen, wie man spaltbares Material zu effizienten und effektiven Waffen umbaut."* Aber, so Roth, das Bundesverteidigungsministerium verfüge über solche Kenntnisse und gebe dafür im kommenden Jahr fast 50 Millionen Mark aus. An fünf Instituten werde daran geforscht, dazu gehörten das Institut für angewandte Festkörperphysik, das Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut), beide aus Freiburg, das Institut für Treib- und Explosivstoffe in Pfinztal-Berghausen, das Institut für angewandte Materialforschung in Bremen-Lesum, das Institut für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen in Euskirchen und die Forschungsgruppe für Hydroakustik in Ottobrunn. 1982 habe das Fraunhofer-Institut einen Bericht über die Funktionsweise von Kernspaltungswaffen vorgelegt und darauf hingewiesen, daß diese Arbeit den US-Kenntnisstand der 40er Jahre widerspiegele: *„Seitdem stattgefundene Entwicklungen in Richtung auf eine Miniaturisierung und größere Effizienz von Kernspaltungswaffen sind demzufolge hier nicht behandelt und bleiben einer zukünftigen umfassenderen Arbeit (!) vorbehalten."* In dem Vorwort heiße es: *„Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland kann an der Existenz nuklearer Waffen und damit auch an der Möglichkeit ihres Einsatzes nicht vorbeigehen. Aus diesem Grunde ist eine eigene Urteilsfähigkeit über die naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen auf dem A-Gebiet unerläßlich (...) Die wehrtechnische Forschung schafft hierfür die Grundlagen. Das Institut für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen (...) hat in den vergangenen Jahren im Auftrag des BMVg, Referat Rü fo 2, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen des Verteidigungsbereiches und unterstützt durch Einzelforschungsaufträge des BMVg mit Hochschulen und Industrieunternehmen dazu Daten ermittelt und Methoden ausgearbeitet."*

In der Schlußfolgerung von Wolfgang Roth heißt es, daß das Festhalten an Wackersdorf mehr denn je den Verdacht einer deutschen Option auf den Bau von Kernwaffen nähre. Ohne Brüterperspektive verliere die Wiederaufarbeitung ihren Sinn und man wisse heute, daß die Brutreaktortechnologie für die nächsten Jahrzehnte ohne jede wirtschaftliche Bedeutung bleiben werde. Dazu wird Albrechts Regierungserklärung von 1979 bei seinem Abschied von der WAA in Gorleben zitiert: *„Es läßt sich feststellen, daß die Wiederaufarbeitung ihren eigentlichen Vorteil erst in dem Verbund mit dem Schnellen Brüter erreiche. Es ist aber eine Entscheidung, die ohnehin erst in Jahren und nach der Erprobung des Brüters in Kalkar getroffen werden kann. Solange die Entscheidung über die Schnellen Brüter offen ist, besteht keine Notwendigkeit, schon jetzt mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu beginnen."* Mit Auszügen aus dem Atombericht der Ford-Foundation in den USA, die dort für eine Verschiebung der Entwicklung der Wiederaufarbeitungstechnik sorgte, endet der Bericht: *„Es gibt kein zwingendes nationales Interesse, sich der Wiederaufarbeitung zu bedienen. (...) Es ist unwahrscheinlich, daß Wiederaufarbeitung und Rezyklierung ohne Subventionen sich weiterentwickeln werden. (...) Der Brennstoffvorrat für Leicht-*

wahrscheinlich, daß Wiederaufarbei-
tung und Rezyklierung ohne Subven-
tionen sich weiterentwickeln werden.
(...) Der Brennstoffvorrat für Leicht-

wasserreaktoren würde nur unwesentlich gesteigert; heutige Erfahrungen mit Wiederaufarbeitung oder der I -gerung von Plutonium hat geringen genwärtigen Wert, da die Einführu.. der Brüter weit in der Zukunft liegt und ungewiß ist; gegenwärtige Abfallhandhabungsrisiken bei der Wiederaufarbeitung sind wahrscheinlich größer als mögliche Verminderung der Langzeitgefahren durch Endlagerung.

Gesundheitsgefahren und Risiken bei neuen Unfällen sprechen gegen Wiederaufarbeitung. Aber die wichtigsten Risiken der Wiederaufarbeitung und Rezyklierung liegen in der erhöhten Möglichkeit der Verbreitung der nationalen Waffenfähigkeit und der Terroristengefahr mit dem Vorhandensein des Plutoniums im Brennstoffkreislauf verbunden ist. Unter diesen Umständen glauben wir, daß die Wiederaufarbeitung von den Vereinigten Staaten auf unbestimmte Zeit verschoben werden sollte und keine Anstrengungen unternommen werden sollten, die Fertigstellung oder den Betrieb existierender Anlagen zu subventionieren. Die USA sollten daran arbeiten, die Möglichkeiten von Alternativen zur weltweiten Wiederaufarbeitung zu verbessern und deren Kosten zu senken sowie versuchen, die Trennung und den Gebrauch von Plutonium zu verhindern."

Mechtersheimer: „Ein kurzer Schritt von der WAA zur eigenen Atombewaffnung"

Drei Tage nach der Veröffentlichung der Roth-Stellungnahme und eine Woche vor der Bayernwahl, am 10.10., waren *„Franz Josef Strauß und die Gelüste auf eine Atombombe"* der taz ein Aufmacher auf Seite 1 oben wert. Bernd Siegler zitiert in der taz zwar aus dem Roth-Bericht, erwähnt ihn aber nicht. Damit wurde auch eine Geschichte auf die Vorderseite geholt, die in der taz vom 27.9. zu lesen war. Danach erzählt der damalige internationale Verantwortliche des französischen Kommissariats für Atomwaffen („Commissariat á l'Energie Atomique (CEA)), Bertrand Goldschmidt, er habe Strauß 1957 ins französische Atomzentrum in Sarclay bei Paris eingeladen. Im Winter sei ein Treffen auf dem Testgelände in Colom-Bechar in der algerischen Sahara mit dem damaligen französischen Amtskollegen Chaban-Delmas gefolgt. Ergebnis sei ein Geheimabkommen (unter späterer Beteiligung Italiens) für ein Kooperationsprogramm „für die Entwicklung und Produktion von modernen Waffen" und den Bau einer Urananreicherungsanlage gewesen. Erst DeGaulle habe das geplante „Rüstungsdreieck" 14 Tage nach seinem Amtsantritt 1958 platzen lassen. Strauß habe daraufhin verärgert die Starfighter für die Bundeswehr beschafft statt der ursprünglich vorgesehenen französischen Mirage-Flugzeuge.

In der taz äußert sich der Friedensforscher und inzwischen auch zum grünen Bundestagsabgeordneten gewählte **Mechtersheimer** zur Option einer westdeutschen Atomrüstung: *„Es gibt in der Bundesrepublik eine politische Logik, die in Richtung einer Option für eine deutsche oder westeuropäische Nuklearrüstung unter Einschluß der BRD hindeutet. Es gibt eine Veränderung im Bewußtsein der politischen Eliten dieses Landes, die auf eine größere Eigenständigkeit abzielt — eine Renaissance des Denkens, das bei Strauß und Adenauer schon 1957 eine große Rolle für ihr eindeutiges Interesse an Atomwaffen spielte. (...) In den*

Renaissance des Denkens, das bei
Strauß und Adenauer schon 1957 eine
große Rolle für ihr eindeutiges Interes-
se an Atomwaffen spielte. (...) In den

Köpfen der Politiker bis tief in die SPD hinein reift nun eine Vorstellung heran, daß man eigentlich nur dann von den USA loskommt, wenn man eine eigenständige Nukearrüstung hat. Auch Strauß kommt aus seiner widersprüchlichen Lage, sich in den letzten 15 Jahren vom europäischen Gaullisten zum größten Vasallen amerikanischer Wünsche entwickelt zu haben, nur wieder heraus, wenn sich die Bundesrepublik eine eigene Nuklearfähigkeit verschafft. (...)

Der militärische Stellenwert der WAA wächst schneller, als die Baufortschritte in Wackersdorf vorangehen. Wenn dort im Augenblick Wiederaufbereitungsarbeiten stattfinden würden, wäre das dabei gewonnene ‚unreine' Plutonium nicht sehr wichtig. Außerdem lagern ohnehin erhebliche Mengen davon bereits in Hanau. Forschungsminister Riesenhuber hat sicher recht, wenn er sagt, das Plutonium aus der WAA sei für Atomwaffen zu schmutzig. Aber in 10 Jahren oder noch früher ist das technische Verfahren zur Verfeinerung von Plutonium gelöst. Dann ist die Gefahr akut." Mechtersheimer meint die Laser-Isotopentrennanlage, die nach Angaben der RWE dann zur industriellen Verfügung stehen soll. Es könnten damit aus der WAA in Wackersdorf jährlich bis zu 2,5 Tonnen Waffenplutonium gewonnen werden. Mechtersheimer führt weiter aus: *„Wenn der politische Wille in der BRD da ist, den Schritt zur Nuklearmacht zu tun, wird man sich von (...) völkerrechtlichen Normen nicht aufhalten lassen."* Mittels der WAA sei es *„lediglich ein kurzer Schritt (...), den politischen Willen zur eigenen Nuklearbewaffnung auch umzusetzen. Angesichts des Macht- und Konfrontationsdenkens ist es eigentlich ein Wunder, daß man sich bisher solange zurückgehalten hat."*

Der Schnelle Brüter in Kalkar — ein Projekt der CSU?

Flotter Empfang für Flottenbesuch

US-Schlachtschiff ,,Iowa" in Bremerhaven

Seit 1945 ist Bremerhaven Nachschubstützpunkt der US-Army und damit prädestiniert für Manifestationen altantischer Bündnistreue aller Art. Insofern lag ein größerer Flottenbesuch nach den vielfältigen Protesten gegen die US-Präsens in Bremerhaven einfach in der Luft. Nach Beendigung des NATO-Seemanövers ,,Northern Wedding" wurden das Schlachtschiff ,,Iowa" und das Landungsschiff ,,Inchon" zum Zwecke des Flagge-Zeigens für Ende September nach Bremerhaven beordert. Anders aber als noch ein Jahr zuvor in Kiel, als 50.000 Schaulustige in ungetrübter Volksfestatmosphäre der Welt stärkstes Schlachtschiff feierten, geriet der Flottenbesuch in Bremerhaven nicht ganz nach den Plänen der Verantwortlichen, sondern wurde von heftigen Protesten und erheblichen politischen Erschütterungen begleitet.

Nun ist die ,,Iowa" ja auch nicht irgendein beliebiges Kriegsschiff. Sie gehört vielmehr zu den größten jemals gebauten Schlachtschiffen und war im 2. Weltkrieg zusammen mit drei Schwesterschiffen im pazifischen Kriegsgebiet eingesetzt. Während des Korea- und Vietnam-Krieges wurden sie bzw. ihre Schwesterschiffe reaktiviert. Ab 1981 wurden alle vier vollständig modernisiert und u.a. mit 32 Cruise missiles des Typs ,,Tomahawk" ausgerüstet. Die ,,New Jersey" beschoß im Herbst 1983 Beirut und nahm danach an den Seemanövern vor der nicaraguanischen Küste teil.

Es ist deutlich, welche herausragende Rolle diese Schiffe als eine Art ,,halber" Flugzeugträger im Rahmen der US-Marinestrategie weltweit spielen. Die an Bord befindlichen Cruise missiles sind in der Regel mit atomaren Sprengköpfen des Typs TLAM-N ausgerüstet — der Kommandant der ,,Iowa" wollte auf entsprechende Nachfrage dies ,,weder dementieren noch bestätigen".

Aktion ein voller Erfolg

Aktion ein voller Erfolg

Bei dieser Ausgangslage waren eigentlich für alle Strömungen der Friedensbewegung Anknüpfungspunkte für ihr Engagement gegeben: von der mehr pazifistisch argumentierenden Kritik an der Zurschaustellung von Kriegsgerät über die Internationalismusgruppen und deren Kampf gegen die US-Interventionspolitik bis hin zu den Anti-NATO-Kämpfern der autonomen Szene. Zudem standen dem Flottenbesuch gleich mehrere lokale und landesweite SPD-Beschlüsse entgegen. So vor allem der Beschluß der bremischen Bürgerschaft vom März '83 zur Atomwaffenfreien Zone, in dem die Verpflichtung ausgesprochen wurde, alles rechtlich und politisch Mögliche zu unternehmen, um auch den nur zeitweiligen Verbleib von Massenvernichtungswaffen im Lande Bremen zu verhindern. Die Bremerhavener SPD hatte sich bei anderer Gelegenheit verpflichtet, der Zurschaustellung von Waffen und damit verbundener Kriegsverherrlichung entgegenzutreten.

Auch angesichts der in jüngster Zeit im Zusammenhang mit einem angeblich drohenden Abzug eines Teils des US-Nachschubs nach Rotterdam von führenden SPD-Mandatsträgern ausgesprochenen Warnungen vor antiamerikanischen Tendenzen barg der ,,Iowa"-Besuch erhebliche Mengen an politischem Zündstoff. Wenn es gelang, diesen in Form einer öffentlichen Auseinandersetzung über den Besuch zu aktivieren, konnte die Aktion gegen den Besuch eigentlich nicht mehr schief gehen, zumal auch die Frage der Aktionsform kaum Schwierigkeiten bereitete. Seit der Herbstaktion 1983 sind Aktionen vor Ort, auch im Hafen, im Prinzip für niemanden mehr ein Tabu.

Der von der BIFA (Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung — ein Jusos, Grüne, DKP, KB, Kirchen und andere umfassendes Bündnis) initiierte Aufruferkreis umfaßte schließlich alle in Frage kommenden Gruppen in Bremerhaven. Zu guter Letzt rief sogar der DGB-Kreisvorstand, in dem nach einer Neuwahl eine gewisse Absetzbewegung von der Politik der Seestadt-SPD zu verzeichnen ist, zur Teilnahme an der Protestkundgebung, die offiziell von der folgenden Demonstration zum Schiff getrennt war, auf: das Schlachtschiff könne nicht auf die Freundschaft der Gewerkschaften rechnen, erklärte der neue Kreisvorsitzende Lüdemann.

Über 1.000 Menschen nahmen an der Protestkundgebung und der anschließenden Demonstration zum Liegeplatz des Schiffes teil. Dort sollte nach dem vereinbarten Aktionsziel der Zugang für Schlachtschiff-Touristen für einen längeren Zeitraum unterbunden werden, was tatsächlich für zwei Stunden gelang. Erst als der Kommandant der ,,Iowa" beim Einsatzleiter der Bereitschaftspolizei intervenierte, griff diese ein und versuchte, den Zugang gewaltsam frei zu machen, was ihr aber auch nach überfallartigen Knüppeleien und Festnahmen nicht vollständig gelang. Kurz vor Ende der vorgesehenen Besuchszeit wurde ein gemeinsamer Rückzug der Demonstration organisiert, da nicht auszuschließen war, daß die immer noch zahlreich anwesenden Schaulustigen, die aufgrund des Kräfteverhältnisses bis dahin ihrem Ärger über den vermasselten Besuch nur verbal Luft gemacht hatten, bei zunehmendem Druck der Polizei und abnehmender Demonstrantenzahl nicht doch noch handgreiflich werden würden.

Die Aktion kann von der Bremerhavener Friedensbewegung als voller Erfolg verbucht werden — sowohl was das Ziel der Behinderung als auch was Maß und Breite der Mobilisierung angeht. Kritisch bliebe allenfalls zu bemerken, daß aus Bremen nur Teile der in Frage kommenden Gruppen sich ihren Möglichkeiten entsprechend beteiligt haben. Per Flugblatt hatten Friedensforum (Kofaz-Gruppen und Grüne) und BBA aufgerufen. In den verbliebenen autonomen Zirkeln, die 1983 noch größeres Gewicht hatten, wurde dagegen die Aktion zum Teil als ,,SPD/DKP-Kiste" eingeschätzt und entsprechend behandelt.

Gefördert wurde eine derartige — zumindest oberflächliche — Einschätzung durch die Berichterstattung der Bremer taz, die — bis auf einen kleinen Artikel zwei Tage vor der Aktion — sich nicht dazu durchringen konnte, über die SPD-internen Querelen hinaus auch über die geplanten Proteste zu berichten.

Eiertanz der SPD

Eiertanz der SPD

Auch in anderer Beziehung lief der ,,Iowa"-Besuch nicht nach Plan. Schon die Ankunft des Schiffes wurde vom Sonnabend nachmittag auf den frühen Sonntag morgen verlegt, nachdem Proteste für die Ankunft angekündigt worden waren. Damit war der geplante große Bahnhof mit Salut-Schüssen usw. ins Wasser gefallen. Der Empfang der Offiziere durch den Bremerhavener Magistrat fand sodann ohne den Oberbürgermeister statt — auch nicht gerade übliche Praxis. Und auch Landesvater Wedemeier mochte weder den Kommandanten empfangen noch das schmucke Kriegsschiff selbst besichtigen, dafür wurden die Senatoren Grobecker und Brinkmann abgeordnet. Behandelt man so seine Freunde?

Die Widersprüche im Bremer Landesverband der SPD, in dem es eine starke US- und NATO-kritische Minderheit gibt, wurden durch den Schlachtschiffbesuch und die entsprechenden Proteste effektiv zum Tanzen gebracht. Nachdem die Grünen es noch Anfang September verschusselt hatten, durch Aktivitäten in der Bremischen Bürgerschaft den Auftakt für die öffentliche Auseinandersetzung zu setzen, indem sie in einer Anfrage lediglich auf die rechtlichen Möglichkeiten des Senats zur Verhinderung des Besuches und die Häufigkeit abstellten, kam dann die Debatte, zunächst durch die Intervention der Bremerhavener Jusos dann doch noch in Gang. Diese stellten auf der Bremerhavener Unterbezirks-Delegiertenkonferenz am 11.9. unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der BIFA den Antrag, den Besuch der ,,Iowa" abzulehnen und ernteten dafür massive Empörung. Die Vertreter der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) reklamierten die Sicherheit von angeblich 800 vom US-Nachschub abhängigen Arbeitsplätzen für ihre Ablehnung der Proteste. Bürgermeister Brandt wandte sich vehement gegen ,,Angriffe auf unseren Bündnispartner". Der Juso-Antrag wurde abgeschmettert, stattdessen kam ein ,Kompromißantrag" zum Zuge, der einige Passagen aus den Nürnberger Beschlüssen der SPD mit der witzigen Aufforderung an die Mandatsträger verband, anlässlich des Besuches ,,unsere friedens- und sicherheitspolitischen Vorstellungen deutlich zu machen und kriegsverherrlichenden Tendenzen entgegenzutreten." Aber was sollte an einem Freundschaftsbesuch eines technisch hochinteressanten Schiffes eines verbündeten Staates schon kriegsverherrlichend sein?

Auf dem wenig später stattfindenden SPD-Landesparteitag diente dieser Beschluß, ergänzt um die Aufforderung, sich an friedlichen Protesten gegen den Kriegsschiffbesuch zu beteiligen, dazu, einen weitergehenden Antrag des Unterbezirks Bremen-Ost abzublocken. Dieser forderte unter Bezug auf die Beschlüsse zur Atomwaffenfreien Zone die Ablehnung des Besuches.

Das Abblocken des Antrags des Unterbezirks Bremen-Ost war allerdings erst möglich geworden, nachdem sowohl der ehemalige Senatschef Koschnick als auch sein Nachfolger Wedemeier sich vehement gegen eine derartige Brüskierung des NATO-Partners verwahrt und darauf verwiesen hatten, daß Senator Scherf just aus den USA zurückgekehrt sei, wo er versucht habe, die USA von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihren militärischen Nachschub weiter über Bremerhaven laufen zu lassen.

Die Lage war infolgedessen für ein einfaches SPD-Mitglied nicht ganz einfach: Einerseits sollte es sich nicht gegen den Besuch eines waffenstarrenden Atom-Schlachtschiffes wenden, um die NATO, die Arbeitsplätze im Hafen usw. nicht zu gefährden, andererseits sollte es Kriegsverherrlichung entgegentreten und sich entsprechenden Protesten anschließen. Falls es sich zu letzterem entschloß, lief es allerdings Gefahr, von der von der eigenen Partei befehligten Polizei einen Knüppel über den Schädel zu bekommen.

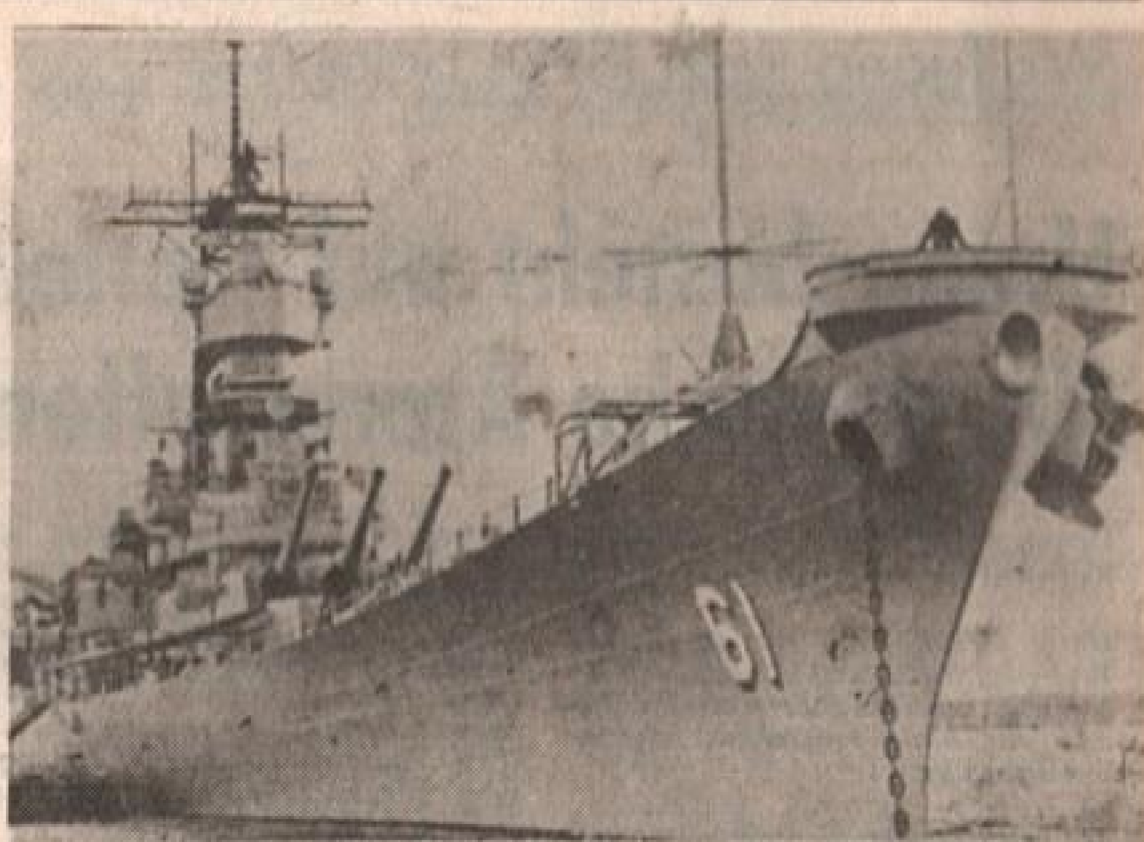
Die Übergriffe der Bremer Bereitschaftspolizei werden noch ein kleines Nachspiel dergestalt haben, daß sich die Innendeputation der Bürgerschaft mit den Vorwürfen der Demonstranten beschäftigen will.

Sofern eine Bilanz noch nötig ist: Insgesamt noch keine neuseeländischen Verhältnisse, aber immerhin ...

a., Bremerhaven

* * *

* * *



USS Moinester FF 1097
„The Fleet's Finest Frigate"

Der 143 Meter lange Rambo der US-NAVI besuchte vom 25. bis zum 29.9. den Hamburger Hafen. Gemessen am martialischen Erscheinen anderer Kriegsschiffe macht die Moinester einen eher bescheidenen Eindruck. Ein Blick auf die Bewaffnung belehrt aber schnell: Am Bug des Schiffes befindet sich eine 5-Zoll-Kanone, mit der bevorzugt auf feindliche Stellungen an Land geschossen werden soll. Gleich dahinter befinden sich die Startanlage für Raketen oder Cruise missiles (ASROC). Von ihr werden zum einen (auch atomare) Torpedes und zum anderen konventionell wie atomar bestückte Cruise Missiles gestartet. Die Steuerung erfolgt über das Radarsystem TACTAS, womit zum einen der Bereich um das Schiff aufgeklärt, zum anderen aber im Verbund mit Satellitenaufklärung die Steuerung der Raketen und Cruise Missiles, die bis zu einer Entfernung von 2500 km eingesetzt werden, bewerkstelligt wird. Unter der Wasserlinie befinden sich zu beiden Seiten Torpedos, die mit konventionellen oder atomaren Sprengsätzen gegen Unterseeboote eingesetzt werden können. Der an Bord befindliche Helikopter, ausgerüstet mit einem eigenen Sonar und eigenen Aufklärungsraketen, trägt darüber hinaus auch Torpedos. Er kann damit selbständig operieren, wenn die Fregatte gerade anderweitig eingesetzt ist. Am Heck des Schiffes befindet sich eine Maschinenkanone, die über Radar selbständig gesteuert bis zu dreitausend Schuß pro Minute abgibt. Die Hauptaufgabe der 27 Knoten schnellen Fregatte (über 40 Stundenkilometer) liegt in der Begleitung von Konvois, die weit entfernt von den Heimatbasen operieren, wobei ein Flugzeugträger oder ein Schlachtschiff in der Regel das Hauptschiff darstellen. Hauptfunktion einer solchen Fregatte ist die Zerstörung feindlicher Unterseeboote. Die in mehrere Entfernungsbereiche gestaffelte Sonar- und Radarkapazität in Verbindung mit Satellitenaufklärung erlaubt den Einsatz des Schiffes an jedem Punkt der Welt.

Die Klassifizierung KNOX, zu der insgesamt 46 Fregatten der US-Marine gehören, weist auf ihre atomaren Einsatzfähigkeiten hin. Gemäß der Airland-Battle-Doktrin darf davon ausgegangen werden, daß die Atomsprengköpfe auch bei jedem Einsatz des Schiffes mitgeführt werden müssen. Auf Fragen nach solchen Sprengköpfen wiegelte der zuständige Offizier in Hamburg jedoch ab, daß man diesmal keine dabei hätte: ,,For the people don't like the nukes here in Germany". Namensgeber der Fregatte ist der nicht mehr unter den Lebenden weilende Leutnant Robert W. Moinester, der am 31.1.1968 in Hue, in Vietnam, bei dem Versuch einer frontalen Erstürmung eines Vietcong-Stützpunktes den Heldentod starb. Die an Bord verteilte Werbebroschüre enthält eine Aufforderung, es seinen Anstrengungen nachzutun.

rhe

Anmerkung:
Alle Angaben sind der Broschüre ,,Welcome Aboard" entnommen, die den Besuchern dieses Schiffes ausgehändigt wird.

Amsterdam
NATO-Flotte nicht willkommen

Die NATO-Kapitäne und -Admirale hatten sich den Empfang wohl anders vorgestellt, als sie zum Abschluß ihres Manövers ,,Northern Wedding" am 20./21. September in Amsterdam einliefen. Jubelnde Fans gab es gar keine. Das Interesse an der Besichtigung der hypermodernen Armada war relativ gering. Proteste hingegen gab es umso mehr. Die Manöver-

Auswertung und Siegesfeiern konnten nur unter enormen Si-

Auswertung und Siegesfeiern konnten nur unter enormen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden.

Das (bisher vierjährliche und ab jetzt zweijährige) NATO-Seemanöver hatte vom 29. August bis zum 19. September im Nordatlantik stattgefunden. Als ,,Gaststadt" für die Nachbereitung war diesmal Amsterdam auserkoren worden. 22 der 150 beteiligten Schiffe — darunter vier Zerstörer, zwei Fregatten und ein Minensucher der Bundesmarine — mit 6.500 Soldaten legten für eine Woche im Amsterdamer IJ-Haven an.

Auf Initiative von Bewohner/inne/n der Hafengegend und Antimilitarist/-inn/en hatte sich Anfang August das Komitee ,,Ist es Krieg auf dem IJ?" gebildet. Mensch fürchtete nicht nur die Belästigung durch die Soldaten und die erwarteten Polizeikräfte, sondern war auch alles andere als angetan davon, daß Amsterdam auf diese Art in die NATO-Kriegsvorbereitungen einbezogen wurde.

Als besondere Provokation wurde empfunden, daß die Flotte ausgerechnet in der von IKV u.a. veranstalteten Friedenswoche kommen würde und daß einige Schiffe aller Wahrscheinlichkeit nach Atomwaffen an Bord haben würden, obwohl Amsterdam offiziell eine ,,atomwaffenfreie Gemeinde" ist.

In einer tumultösen Gemeinderatssitzung, am 3. September, erklärte der sozialdemokratische Bürgermeister Van Thijn, er könne nicht garantieren, daß die Schiffe keine Atomwaffen an Bord haben würden, da die NATO-Kommandanten sich weigern würden, darüber Auskunft zu geben. Dennoch liege es nicht in seiner Kompetenz, den Schiffen die Einfahrt in den Hafen zu verbieten. Nicht nur die Abgeordneten der Parteien links von den Sozialdemokraten zeigten sich enttäuscht über diese NATO-loyale Haltung. Auch Van Thijns Parteigenossin, die Gemeinderätin Grewel, ließ wissen, etwas mehr Courage vom Bürgermeister erwartet zu haben. Die auf der Tribüne sitzenden Jungsozialisten skandierten die Parole ,Amsterdam raus aus der NATO, NATO raus aus Amsterdam!" Als die ersten Kriegsschiffe am 20. September bei Ijmuiden in den Nordseekanal einfuhren, wurden sie von 200 mit Farbbeuteln und Rauchbomben ausgerüsteten Demonstrant/inn/en begrüßt. Auch an anderen Stellen am oder auf dem Kanal, der Amsterdam mit der Nordsee verbindet, gab es Protestaktionen.

Am 21. September zog eine Demonstration mit 4.000 Menschen durch das Amsterdamer Hafengebiet. Gleichzeitig umzingelte eine aus 50 Schiffen und Booten bestehende Gegenflotte die NATO-Schiffe. Bei Versuchen, in die von der Polizei abgesteckte 50-Meter-Zone einzudringen, kam es zu kleineren Wasserschlachten. Auch an Land kam es zu Scharmützeln zwischen Antimilitarist/inn/en und Ordnungshütern.

Zone einzudringen, kam es zu kleineren Wasserschlachten. Auch an Land kam es zu Scharmützeln zwischen

Nach der Abschlußkundgebung wurde im Hafen ein Zeltlager errichtet, von dem aus in den folgenden Tagen immer wieder Aktionen unternommen und in dem Diskussionsveranstaltungen durchgeführt wurden. Überall waren Parolen gesprüht wie: ,,They are all Nazis in their head", ,,NATO fuck off!", ,Yankee melt down!", ,,Remember Pearl Harbour" (dies wohl reichlich daneben!) oder ,,Rommel raus!" (der Zerstörer der Bundesmarine mit diesem geschmackvollen Namen war auch dabei).

Am 23. September dinierten die NATO-Offiziere im Schiffahrtsmuseum, das die Türen den ganzen Tag für andere Besucher geschlossen hielt. Draußen schlugen ein paar Hundert NATO-Gegner Krach. Drinnen gab es, den zuhauf anwesenden Sicherheitsbeamten zum Trotz, eine kleine Rebellion. Beim Museum angestellte Kriegsdienstverweigerer machten den Militärs mit Flugblättern und Aufklebern klar, daß sie nicht willkommen waren. Zuvor hatte ein Teil des Personals in einer öffentlichen Erklärung bereits gegen den ,,Mißbrauch des Museums" protestiert.

An der Organisation der Proteste gegen den Flottenbesuch waren u.a. beteiligt: die antimilitaristischen Gruppen Onkruit, AMOK und BONK; Basisgruppen; Stadtteil-Komitees; die Amsterdamer Abteilungen der Friedensorganisationen IKV, Stop de N-bom und Frauen für Frieden; die politischen Parteien PSP, CPN, SAP und Grüne sowie die Jugendorganisation der PvdA.

Für die NATO waren die Proteste offenbar Anlaß einer weiteren Übung: Am 24. September legten drei weitere US-Kriegsschiffe im Amsterdamer Hafen an. Augenzeugen zufolge übten Marineinfanteristen dieser Schiffe in einem abgelegenen Teil des Hafens unter anderem das Einnehmen einer Brücke. Anscheinend wollten die Militärs für den Fall aller Fälle sicherstellen, daß Amsterdam ihnen als Durchfuhrhafen für Kriegsmaterial erhalten bleibt.

Niederlande-Kommission

Dokument

Andreas Zumach verläßt die SPD

„Asylabkommen mit der DDR politisch und moralisch nicht vertretbar"

Betrifft: Meinen Austritt aus der SPD wegen des Verhaltens der Partei und ihres Kanzlerkandidaten in der Asylfrage

Sehr geehrter Willy Brandt, Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel!

Mit Rücksicht auf meine Rolle als Vertreter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Friedensbewegung und als einer der Sprecher dieser Bewegung bzw. ihres Bonner Koordinationsausschusses bei verschiedenen Anlässen habe ich in den vergangenen fünf Jahren seit Juli 1981 keine Funktion und kein Mandat in der SPD innegehabt oder angestrebt. Aber ich habe meine seit Anfang 1977 bestehende Mitgliedschaft in der SPD entgegen dem Rat mancher politischer Freunde aufrechterhalten und mich an der sicherheits- und friedenspolitischen Diskussion der Partei aktiv beteiligt. In den letzten beiden Jahren als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand, die den Leitantrag für den Nürnberger Parteitag erarbeitet hat. Dies alles trotz starker Bedenken gegenüber vor allem der sozialdemokratischen Sicherheits-, Südafrika- und Energiepolitik. Und trotz z.T. erheblichen Mißtrauens bei Freunden in der Friedensbewegung, die die — allen Parteien gegenüber notwendige — Unabhängigkeit der Friedensbewegung in Gefahr sahen. Ich habe dies getan in der Überzeugung, daß notwendige Voraussetzung für eine andere Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland eine Veränderung zumindest der SPD-Positionen auf diesem Gebiet ist, und daß dies wiederum nicht nur durch die Entwicklung außerparlamentarischen Drucks auf die Partei durch die Friedensbewegung erreicht werden kann,

wicklung außerparlamentarischen Drucks auf die Partei durch die Friedensbewegung erreicht werden kann,

sondern auch des Hineintragens friedensbewegter Positionen durch die kontinuierliche Beteiligung an der innerparteilichen Meinungsbildung bedarf. Daß dies zwar sehr mühselig, aber nicht ganz erfolglos ist, zeigen zumindest einige der sicherheitspolitischen Beschlüsse des Nürnberger SPD-Parteitages.

Nach den Ereignissen der letzten Tage und dem Verhalten sozialdemokratischer Spitzenpolitiker in der Asylfrage ist mir jedoch eine weitere Mitgliedschaft in der SPD nicht mehr möglich.

Schon während der Asyldebatte der letzten Monate hat sich ja die SPD nicht etwa grundsätzlich von den Positionen der CDU/CSU unterschieden. Die Behauptung, hier läge ein immer drängenderes Problem vor, dem nur noch mit administrativen Mitteln zu begegnen sei, wurde ja unhinterfragt — von einigen wenigen SPD-Vertretern abgesehen — übernommen. Man unterschied sich lediglich in der Wahl der beabsichtigten Gegenmaßnahmen und lehnte eine Änderung oder gar Abschaffung des entsprechenden Grundrecht-Artikels ab.

Auch die Anfang September veröffentlichte Schrift „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land" des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) oder die sehr ähnlichen — von Ilse Brusis vorgetragenen — Positionen des DGB haben an dieser falschen und defensiven Haltung der SPD offensichtlich nichts ändern können. Diese Schrift der EKD, die von vielen gegenüber dem Rat der EKD kritisch eingestellten Christen als Lichtblick in der Asyldebatte empfunden wird, hat nüchtern belegt, daß das Problem in der behaupteten Weise nicht besteht, daß die Bundesrepublik Deutschland als eines der reichsten und wirtschaftsstärksten Länder dieser Erde noch lange nicht „an die Grenze ihre Aufnahmekapazität" gelangt ist, daß sie verglichen mit anderen westlichen, aber auch sehr viel ärmeren Staaten Afrikas sehr viel weniger Flüchtlinge aufgenommen hat und daß bundesdeutsche Politiker, Staatsorgane und Behörden durch Schaffung restriktiver Rahmenbedingungen die Probleme der Flüchtlinge zu einem wesentlichen Teil mitverursachen. Die EKD-Schrift spricht von der „Bereicherung", die Menschen aus anderen Regionen dieser Erde für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland bedeuten und bedeuten könnten, und weist darauf hin, daß wir als Bewohner des reichen Teiles unserer Erde eine große Mitschuld und -verantwortung tragen für Ungerechtigkeit, soziales Elend und politische Verfolgung in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt. Ein Hinweis, der die gängige Unterscheidung zwischen politisch verfolgten Asylbewerbern und „Wirtschaftsflüchtlingen" z.T. sehr fragwürdig erscheinen läßt.

Anstatt mit solchen Fakten und Positionen offensiv die innenpolitische Debatte zu bestreiten und aufklärend zu wirken, hat die SPD sich völlig defensiv tatsächlichen oder vermeintlichen fremdenfeindlichen Tendenzen und Instinkten in der Bevölkerung angepaßt und diese damit eher verstärkt als abgebaut. Ein defensives Verhalten, das im übrigen wenig Anlaß zu der Hoffnung gibt, daß die richtigen sicherheitspolitischen Beschlüsse des Nürnberger Parteitages (Mittelstreckenwaffen-Abzug, SDI-Abkommen Kündigung etc.) im Falle einer Regierungsübernahme der SPD auch mit der notwendigen innen- wie außenpolitischen Konfliktbereitschaft in die Tat umgesetzt werden.

Völlig unerträglich ist für mich das — offensichtlich von Parteivorstand und Präsidium gedeckte — Verhalten des Kanzlerkadidaten Johannes Rau und leider auch Egon Bahrs. Beiden ist im Verein mit Honecker, Schäuble und Kohl eine deutsch-deutsche Versöhnung mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gelungen, zugleich eine Vertiefung der Spaltung zwischen den Menschen in der Ersten/Zweiten und der Dritten Welt. Es ist bekannt, und ich brauche nicht extra zu betonen, daß ich natürlich für eine Entspannungspolitik den Abschluß möglichst vieler vertraglicher Beziehungen mit der DDR und anderen Staaten des Warschauer Paktes bin. Aber nicht für diesen Preis! Hier sind zum Zwecke eines zwischenstaatlichen Abkommens Tausende von Menschen verkauft worden. Das Asylrecht wurde erfolgreich geschützt — gegen diejenigen, die es eines Tages in Anspruch nehmen wollen. Und wenn Johannes Rau jetzt behauptet, die alles habe „keinen Pfennig gekostet", ist dies zumindest grob irreführend. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Zusage der DDR-Regierung mit der bundesdeutschen Unterschrift unter das Umweltabkommen erkauft wurde und daß ein zentraler Punkt dieses Abkommens eine erhebliche Finanzhilfe der Bundesrepublik für Umweltschutzmaßnahmen in der DDR ist.

Daß ein Pressesprecher der SPD auf den Einwand, daß die SPD mit ihren Verhandlungen dazu beigetragen hat, daß Asylsuchenden in Zukunft der Fluchtweg über Ost-Berlin abgeschnitten sei und das Grundrecht auf Asyl damit faktisch außer Kraft gesetzt ist, antwortet: auch Willy Brandt habe, als er vor den Nazis ins Exil flüchtete, nicht einfach an einem Flugschalter ein Ticket kaufen können (taz, 19.9.85), empfinde ich als zynisch. Und als nur noch taktischen Umgang mit der Geschichte der Verfolgungen von Sozialdemokraten, den ich als Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die in der Gründungstradition im Dritten Reich Verfolgter steht, unglaublich finde.

Vollends zum erbärmlichen Skandal wird der ganze Vorgang durch das peinliche Wahlkampfgerangel um Urheberschaft für die „Erfolgsmeldung" aus Ost-Berlin. Allen bisherigen Beteuerungen und Nürnberger Parteitagsbeschlüssen zum Trotz macht die SPD das Asylthema jetzt doch zum Gegenstand der Wahlkampfauseinandersetzung — allerdings nicht auf der Ebene durchaus wünschenswerter Aufklärung (siehe oben), sondern billiger Effekthascherei. Johannes Rau hat sich in der Diktion seiner Erklärung vom vergangenen Donnerstag dabei bereits ein gutes Stück der CDU/CSU angenähert, wenn er jetzt auch von „Eindämmung" des Asylantenstroms spricht. „SPD macht's möglich. DDR stoppt Asylanten-Transit" steht auf einem SPD-Flugblatt, das bundesweit verteilt werden soll und von dem ich nur hoffen kann, daß möglichst viele Parteimitglieder es an die Bonner Baracke zurückschicken. Und wenn das Flugblatt den Anteil der SPD am Zustandekommen der Übereinkunft mit der DDR lobt mit dem Satz: „Die Erfahrungen sozialdemokratischer Friedens- und Entspannungspolitik haben sich ausgezahlt", dann werden hier Entspannung, Frieden und Abrüstung im Norden unserer Erde ausgespielt gegen Gerechtigkeit und Menschenrechte im Süden.

Dieses widerspricht der — nicht nur unter Christen in der Friedensbewegung — gewachsenen Erkenntnis, daß Frieden erst aus Gerechtigkeit wächst, daß wir Abrüstung und Entspannung zwischen West und Ost nicht wirklich und dauerhaft haben werden ohne Gerechtigkeit im Weltmaßstab — und genau dieses wird in der Asylfrage konkret.

Heute vor genau fünf Jahren verbreiteten der „Spiegel" und Nachrichtenagenturen die Meldung, der damalige Kanzler Helmut Schmidt wolle Erhard Eppler und all die sozialdemokratischen Genossen aus der Partei werfen, die bei der ersten großen Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn mitmarschieren würden. Diese Meldung war so etwas wie der Startschuß für die Teilnahme vieler Sozialdemokraten an der Friedensbewegung und an der innerparteilichen Diskussion, die schließlich zur Revision einiger sicherheitspolitischer Positionen der SPD geführt hat. Möglicherweise lösen die Ereignisse der letzten Tage ja eine ähnlichen Prozeß bezüglich der Frage von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus, so daß in nicht allzu ferner Zukunft ein derartiges Verhalten sozialdemokratischer Spitzenpolitiker und Kanzlerkandidaten wie in den letzten Tagen nicht mehr möglich ist. Ich will meinen Beitrag zur Förderung dieses Prozesses leisten — allerdings von außerhalb der Partei.

Ich kündige hiermit meine Mitgliedschaft in der SPD.

Mit freundlichem Gruß
Andreas Zumach

P.S.: Ich erlaube mir, diesen Brief wegen der Bedeutung des Themas auch öffentlich zu verwenden.

Dokument

Bleiberecht für Flüchtlinge

Abschlußerklärung des Westberliner Flüchtlingskongresses vom 25/26.9.86

Dieser Text wurde im Wortlaut vom Parteitag der Grünen in Nürnberg am 27.9 als Beschluß übernommen.

Vor dem Hintergrund, daß
— die Politik der Industriestaaten heute weltweit Millionen Menschen zur Flucht zwingt,
— die Entwicklungspolitik der Industriestaaten in vielen Ländern der Welt nicht nur zu Armut und ständiger Abhängigkeit von den Industriestaaten, sondern auch zu ökologischen Krisen und Katastrophen führt,
— die Bundesrepublik Deutschland für die Folgen einer Kolonialpolitik der vergangenen Jahrhunderte mitverantwortlich ist, die den Ländern der Dritten Welt politische und wirtschaftliche Strukturen, Kulturen und Grenzen aufgezwungen hat,
— die Bundesrepublik Deutschland Kriegsmaterial in Krisengebiete liefert, kaum ein Bürgerkrieg ohne Material aus der Bundesrepublik stattfindet und mit der sogenannten Entwicklungshilfe bundesdeutsche Konzerne im wahrsten Sinne des Wortes „Mordgeschäfte" machen
und schließlich
— die Bundesrepublik heute eines der reichsten Länder der Erde ist,
muß zur gegenwärtig in der Bundesrepublik geführten Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und zu allen Regierungsmaßnahmen, die den Gebrauch des Rechts auf Asyl verhindern wollen, festgestellt werden:

Es gibt kein die Bundesrepublik Deutschland überforderndes Flüchtlingsproblem. Selbst wenn die hochmanipulierten Zahlen der Bundesregierung zugrunde gelegt werden, erreichen sie noch nicht die Zahl der Flüchtlinge, die bei uns 1980 Zuflucht nehmen mußten.

In 37 Jahren gewährte die Bundesrepublik 124.000 Flüchtlingen Asyl. Hunderttausende mußten in den zwölf Jahren der Naziherrschaft aus Deutschland fliehen und fanden in vielen Ländern der Welt Aufnahme und Zuflucht.

Angesichts der Politik, die die Bundesregierung gegenüber den Ländern der Dritten Welt betreibt, sind die Klagen über Kosten, die für Flüchtlinge in der Bundesrepublik aufgebracht werden müssen, zynisch. Es sind Folgekosten dieser bundesrepublikanischen Politik.

Nicht Flüchtlinge, die vor Verfolgung und Bedrohung in der Bundesrepublik Zuflucht suchen, mißbrauchen das Asylrecht. Die Politiker, die durch Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes, Visumzwang, Arbeitsverbot und Freizügigkeitsbeschränkungen den Gebrauch des Asylrechts verhindern, zerstören eines der wesentlichsten Grundrechte.

Im Interesse einer Polarisierung in der Bevölkerung wird den Menschen eingeredet, Millionen Flüchtlinge seien auf dem Weg in die Bundesrepublik, um den in den letzten 40 Jahren erarbeiteten Reichtum wegzustehlen. Es wird dabei nicht davor zurückgeschreckt, die Menschen gegen die schwächste Gruppe der Ausländer — die Flüchtlinge — aufzuhetzen und eine Stimmung zu schaffen, die Übergriffe und Gewalttaten gegen Flüchtlinge provoziert.

Zwischen der gezielten Mobilisierung von Fremdenfeindlichkeit — einer zentralen Wurzel des Rassismus — und dem gleichzeitigen ständigen Bemühen, durch die „Gnade der späten Geburt" die historische Verantwortung für den deutschen Faschismus zu leugnen, besteht ein enger Zusammenhang.

Unter dem Stichwort „Harmonisierung der Asylpolitik der europäischen Staaten" betreibt die Bundesrepublik gemeinsam mit west- und osteuropäischen Ländern die Abschottung Europas von Flüchtlingen aus der „Dritten Welt". Die Verweigerung des Transit für Flüchtlinge, die über die DDR in die Bundesrepublik und Westberlin fliehen wollen, die jetzt die Bundesregierung unter tatkräftiger Mithilfe der SPD und der DDR-Führung erkauft hat, ist Teil dieser europaweiten Abschottungspolitik. Wir sind darüber entsetzt, daß sich die DDR bereitgefunden hat, gemeinsam mit den Regierungsparteien und der SPD das Grundrecht auf Asyl auszuhebeln.

Unsere an historischer Verantwortung, Menschenrecht, Menschenwürde und Solidarität orientierte Flüchtlingspolitik wird gegen Hetzkampagnen und alle Abschottungsmaßnahmen Widerstand leisten und sich für die Verwirklichung folgender Flüchtlingspolitik einsetzen:

1. Das Recht auf Asyl betrachten wir als ein weltweites, überstaatliches Menschenrecht, das keine Grenzen kennt. Das Recht auf Asyl ist für Flüchtlinge das Recht auf Leben.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat dieses Menschenrecht im Art. 16, Abs. 2 — „Politisch Verfolgte genießen Asyl" — als ein bewußtes Bekenntnis zur historischen Verantwortung und als Absage an jede Form von rassistischer und nationalistischer Politik konkret Gestalt angenommen. Dieses Angebot des Grundgesetzes, politisch Verfolgte aufzunehmen, bestärkt aber auch die Hoffnungen vieler dieser Verfolgten, daß auch in ihren Ländern, aus denen sie wegen Unterdrückung fliehen mußten, eine demokratische Zukunft erkämpft werden kann.

Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte darf aus historischer Verantwortung und demokratischer Hoffnung heraus nicht angetastet werden.

2. Seit der Gründung der BRD wurde — mit Unterstützung der Verwaltungsgerichte — dieses Grundrecht entwertet und in der Substanz angetastet. Durch die letzten Vereinbarungen mit der DDR und andere Maßnahmen (wie Strafandrohungen gegen Flug-



kapitäne) wird das Grundrecht faktisch aufgehoben. Ein „Nein" zu einer Grundrechtsänderung ist deshalb nicht genug. Das Grundrecht auf Asyl muß seinen ursprünglichen Sinn und Inhalt wiederbekommen.

Dazu gehört:
— Auch Völkermord, Bürgerkrieg, Krieg, Verfolgung ethnischer und religiöser Gruppen oder Verfolgung auf sexueller und geschlechtsspezifischer Grundlage können den Asylanspruch genauso wie die Bedrohung durch Menschenrechtsverletzungen oder Folter begründen.
— Flüchtlinge, ob mit oder ohne Visa und Papiere, müssen freien Zugang zu den bundesdeutschen Grenzen haben, um das Asylrecht in Anspruch nehmen zu können.
— Alle Flüchtlinge, die einen asylbegründenden Sachverhalt vortragen, sollen eine vorläufige „Anerkennung" mit allen Rechten, z.B. Freizügigkeit, Arbeitserlaubnis, freie Wohnungswahl und Sozialhilfeberechtigung erhalten. Nur wenn im Anerkennungsverfahren bewiesen wird, daß keine politische Verfolgung vorliegt, kann die Anerkennung zurückgenommen werden.
— Im Anerkennungsverfahren sind Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, den Kirchen, dem UN-Flüchtlingskomissar u.a. mit Bindungswirkung zugrundezulegen und am Verfahren unter Einräumung klarer Verfahrensrechte zu beteiligen.

3. Alle Flüchtlinge, die nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden können, aber aus Krisen- und Notgebieten aus Angst um Leben und Gesundheit geflohen sind, sollen ein Bleiberecht erhalten.

Auch heute leben Flüchtlinge — diskriminierend als „Geduldete" bezeichnet und durch die Gnade der Landesregierungen ständig von Abschiebungen bedroht — in großer Zahl in der Bundesrepublik. Flüchtlinge, die aufgrund solcher Verfolgungen für ihr Leben bei uns Zuflucht suchen, dürfen nicht länger in Unsicherheit gehalten werden.

Das Bleiberecht muß deshalb mit einem gesicherten Rechsstatus ausgefüllt werden. Im Laufe der bisherigen Diskussionen hat sich gezeigt, daß Inhalt und Verfahren des Bleiberechts genauer entwickelt und ausgestaltet werden müssen. In jedem Fall soll das Bleiberecht Freizügigkeit, Arbeitserlaubnis und Sozialhilfeberechtigung verschaffen.

Die Festlegung von Krisenregionen und -gebieten, in denen Menschen verfolgt und bedroht sind, soll nicht nur durch staatliche Institutionen allein erfolgen. Denkbar wäre z.B., daß das Amt des UN-Flüchtlingskommissars in Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsorganisationen oder etwa ein Flüchtlingsrat der BRD an dieser Festlegung beteiligt werden.

4. An die Stelle der Politik, Europa vor Füchtlingen abzuschotten und eine Harmonisierung der Asylpolitik der europäischen Länder auf niedrigstem Niveau erreichen zu wollen, ist es Aufgabe der Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die europäischen Staaten Einreisebeschränkungen für Flüchtlige aufheben und mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Die Nachbarländer der Hauptfluchtländer, wo heute Millionen von Flüchtlingen unter unvorstellbar elenden, menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, sind von den europäischen Staaten durch direkte Hilfsmaßnahmen für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, durch finanzielle und Nahrungsmittelhilfe zu unterstützen.

5. Unsere Ziele einer anderen an Menschenrecht und Menschenwürde orientierten Flüchtlingspolitik verlangen, daß wir den Flüchtlingen in der Bundesrepublik direkt helfen. Wir werden sie im Kampf gegen die alltägliche Diskriminierung z.B. gegen Lagerleben, gekürzte Sozialhilfe und Freizügigkeitsbeschränkung unterstützen.

Unsere Antwort auf die flüchtlingsfeindliche Politik ist, daß wir Flüchtlinge vor Abschiebung schützen, sie verstecken und Verfolgten helfen, bei uns Zuflucht zu finden. Initiativen wie z.B. „Die Freie Flüchtlingsstadt Bremen" und die Bildung eines überregionalen Flüchtlingsrates werden von uns begrüßt und unterstützt.

Weg mit dem § 218

Alice Schwarzer will Verfassungsklage



Die bevorstehende Bundestagswahl nutzen für die Sache der Frauen! Das hat sich Alice Schwarzer vorgenommen und ein Manifest verfaßt, mit dem sie und die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner SPD, FDP und Grüne auffordern, eine Verfassungsklage gegen den § 218 einzureichen. Wenn nicht, werden sie nicht gewählt!

Mit diesem Artikel sollen die Initiative Alice Schwarzers und die bisherigen Reaktionen darauf vorgestellt werden. Eines aber soll vorweg gesagt werden: Die zunehmenden Diskussionen um den § 218 werden hauptsächlich von Reaktionären geführt (katholische Kirche und CDU/CSU) oder sind durch reaktionäre Argumente geprägt (Grüne und auch Frauenbewegung). Mit ihrer Initiative bricht Alice Schwarzer aus dieser sich ständig wiederholenden Debatte um den „Schutz des werdenden Lebens" aus und geht in die Offensive. Das ist allemal erfreulich, auch wenn noch längst nicht ausgemacht ist, daß sie Erfolg damit haben wird.

Warum eine Verfassungsklage?

In der Oktober-EMMA kam Alice Schwarzer, nach zwei vorangegangenen Ankündigungen, mit einer umfangreichen Begründung für ihren Vorschlag heraus. Knapp 14 Tage später, geschickt die Öffentlichkeit der Frankfurter Buchmesse nutzend, erschien dieser Artikel bereits mit Stellungnahmen einiger Prominenz, etlichem Hintergrundmaterial und dem Manifest als Buch *„Weg mit dem § 218. Wir fordern eine Verfassungsklage! Gehen SPD/FDP/Grüne nach Karlsruhe?"*

Das Buch soll eine Antwort sein *„auf die nicht enden wollende Hetze und Propaganda der Reaktionäre und Frauenfeinde, für die abtreibende Frauen ‚Mörderinnen' sind ... Wir Frauen müssen endlich wieder raus aus*

Frauen ‚Mörderinnen' sind ... Wir Frauen müssen endlich wieder raus aus

der Defensive ... Die selbstbestimmte Mutterschaft (oder auch Nicht-Mutterschaft) ist eine zentrale Frage im Leben jeder Frau. Und eine Frage der Menschenwürde. Wer uns nicht zumindest das zugesteht, gesteht uns in Wahrheit nichts zu." (aus dem Vorwort)

Zur Begründung der Verfassungsklage stellt Alice Schwarzer fest, daß die BRD eines der reaktionärsten Abtreibungsgesetze der Welt hat, das, wenn es angewendet würde, hunderttausende Frauen vor den Kadi bringen müßte. Dieses Gesetz sei in Wahrheit nicht dazu da, angewandt zu werden, sondern dazu, Frauen zu entmündigen und einzuschüchtern. Außerdem haben alle Erfahrungen gezeigt, daß Abtreibungsgesetze keinen Einfluß auf die Abtreibungszahlen haben, also nicht bestimmen *ob*, sondern nur *wie* Frauen abtreiben.

Die Indikationsregelung ist nach 10 Jahren Erfahrung als gescheitert anzusehen, sie hat die Hoffnungen der Richter nicht erfüllt. *„Wir haben weniger Geburten als vorher. Und Frauen treiben nach wie vor ab, erlaubt und unerlaubt."* (S. 13)

Erst recht entspricht die Indikationsregelung nicht den Frauen. Die hatten mit ihrem Kampf Anfang der 70er Jahre ohnehin ein anderes Ziel. Daß sie die Indikationsregelung überhaupt hingenommen hatten, lag laut Alice Schwarzer zum einen daran, daß sie es leid waren, ihre ganze Kraft in den Kampf gegen den § 218 zu stecken, sie wollten sich endlich auch einmal um andere Dinge kümmern. *„Zum anderen war das allgemeine Klima in der Mitte der 70er Jahre dank der Stärke der Frauen und der Verunsicherung der Männer so günstig für Frauen, daß sie glaubten, sie würden es, trotz dieser formaljuristischen Einschränkung, in der Praxis schon hinkriegen. Und in der Tat wurde die Indikationslösung in weiten Teilen der Bundesrepublik de facto zu einer ‚heimlichen Fristenlösung.'"* (S. 12)

Die Situation hat sich inzwischen verändert und könnte sich weiter verschärfen für uns Frauen, „schneller, als wir ahnen".

„Hätte mir vor zehn Jahren jemand gesagt, daß ich 1986 erneut antreten muß, um dieses elementarste Menschenrecht für Frauen nicht etwa zu verteidigen, sondern überhaupt erst zu erkämpfen — ich hätte ihn ausgelacht. Hätte mir vor zehn Jahren jemand gesagt, daß Linke in diesem Zusammenhang vom ‚Schutz des Lebens' faseln, die ‚Zeit' seitenweise Rührstücke über Embryos veröffentlicht, und Kardinal Höffner oder Journalist Alt abtreibende Frauen ungestraft öffentlich ‚Mörderinnen' nennen können (Warum verklagen wir die eigentlich nicht wegen Beleidigung?!) — ich hätte es nicht für möglich gehalten. ... Das alles ahnten wir 1976 nicht. Sonst hätten wir uns gleich ganz anders gegen die Zumutung der Indikationslösung gewehrt!" (S. 13) Das klingt stark, ist aber falsch.

Als hätte die Frauenbewegung es in der Hand gehabt, die Indikationsregelung wieder zu kippen, und als wäre es nur daran gescheitert, daß sie sich damals ihrer Macht zu sicher war, und das roll back nicht für möglich gehalten hätte. Das Durchsetzen der Indikationslösung hatte sehr viel mit Resignation in der Frauenbewegung zu tun, und es fanden durchaus heftige Kontroversen statt über zukünftige Strategien. Weiterhin Kampf gegen den § 218 oder Kümmern um andere Dinge (z.B. Frauenhäuser) wurden alternativ diskutiert. Eine Minderheit entschied sich damals für ersteres und bekämpfte auch die „Reform".

Nun soll gerade Alice Schwarzer hier nicht der Vorwurf gemacht werden, sie hätte diesen Kampf aufgegeben. Immerhin ist sie eine der wenigen Frauen von „damals", die auch heute noch ihre Stimme gegen den § 218 erheben. Aber sie neigt zu euphorischen Überschätzungen der Kräfteverhältnisse, was für die Diskussion über die Verfassungsklage nicht unerheblich sein könnte.

Sie stellt z.B. dem BRD-Abtreibungsgesetz, als einem der entmündigendsten und repressivsten vergleichbarer Demokratien, eine BRD-Bevölkerung gegenüber, die in dieser Frage die fortschrittlichste von allen sein soll. *„Ein internationaler Vergleich zeigt, daß zwei Drittel der BRD-Bevölkerung der Meinung sind, Frauen sollten selbst entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen wollen oder nicht."* (S. 11)

Was diese Umfragen wert sind, haben wir in der Friedens- und Anti-AKW-Diskussion gesehen. Da können locker zwei Drittel und mehr gegen Stationierung von Raketen sein oder gegen AKWs und morgen machen sie ihr Kreuz bei den Stationierungsbefürwortern und Atomparteien.

Zurück zur Begründung für die Verfassungsklage: weil das Abtreibungsgesetz ohnehin nicht angewendet wird und die Abtreibungszahlen nicht senkt, und weil die Indikationsregelung gescheitert ist, müsse dieses Gesetz nach zehn Jahren erneut vor dem Verfassungsgericht überprüft werden. Hier zitiert Alice Schwarzer die FDP, die 1978 angekündigt hatte, daß nach angemessenem Erfahrungszeitraum mit der Indikationsregelung erneut die Fristenregelung angestrebt werden sollte. *„Sie könnte dann anhand der Erfahrungen im In- und Ausland ein weiteres Mal verfassungsrechtlich geprüft werden."* (S. 16)

Alice Schwarzer fragt die „fortschrittlichen" Parteien, worauf sie eigentlich warten, erneut Verfassungsklage einzureichen. *„Diesmal für die Fristenlösung (oder, was konsequenter wäre, die gänzliche Abschaffung des § 218)?!"* (S. 16)

Illusionen über die Parteien macht sie sich in puncto § 218 allerdings nicht. Sie rechnet erstmal ab. Mit den Grünen und ihrer Halbherzigkeit im Umgang mit ihrer Forderung nach ersatzloser Streichung. Mit der SPD, die gerade eine Hochglanzbroschüre zur Feier der Indikationsregelung herausgegeben hat, in der die Fristenregelung (bislang immerhin noch als Forderung im Programm der SPD) nicht einmal vorkommt. Herta Däubler-Gmelin bekommt als „erste Dame der Partei" noch extra eins drauf wegen ihrer Äußerung: *„Der § 218 muß aus dem Wahlkampf rausgehalten werden, dieser Teil der zwischenmenschlichen Beziehungen eignet sich nicht für Demagogie."* (S. 18)

Die FDP fordert sie auf, zu diesem Thema mal wieder aufzuwachen, und die CDU differenziert sie in Scharfmacher und Taktiker, wobei die Taktiker angesichts der Bundestagswahlen lieber schweigen werden zum § 218, weil auch sie die Stimmen der Frauen wollen.

Und da ganz offensichtlich keine der Parteien freiwillig den § 218 zum Wahlkampfthema machen, geschweige denn eine Verfassungsklage einreichen wird, müssen sie von den Wählerinnen gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

„Von einer Partei, die nur halbwegs glaubwürdig sein will in Frauenfragen erwarten wir darum, daß sie handelt." (S. 19)

Bei durchaus vorhandener Skepsis gegenüber einer Verfassungsklage (dazu später), eines ist jetzt schon festzustellen: Alice muß eine empfindliche Stelle angepiekst haben. SPD und Grüne reagierten prompt und ausgesprochen heftig.

SPD appelliert an Frauensolidarität

Am schnellsten reagierte die SPD. Schon 14 Tage vor Erscheinen der Oktober-EMMA (der Schwarzer-Artikel kursierte bereits mit Sperrfrist), schickte Herta Däubler-Gmelin ihre Antwort an alle Rundfunk-, Fernseh-, Tages- und Frauenzeitungsjournalistinnen und Journalisten und an alle im Frauenrat zusammengeschlossenen Verbände.

Mit scharfer Demagogie warnt sie vor Alice Schwarzer, die eine Kontroverse angezettelt habe, mit dem „Ziel,

Fortsetzung nächste Seite

MANIFEST

(Dieses Manifest bitte fotokopieren und verbreiten und so rasch wie möglich an EMMA, Kolpingplatz 1a, 5000 Köln 1 schicken. Alle Unterschriften, die uns bis spätestens 6. Oktober '86 vorliegen, erscheinen noch in der Novemberausgabe von EMMA. Aber auch später bitte unbedingt weiterschicken, da wir in EMMA laufend über die Kampagne berichten, die mindestens bis zu den Bundestagswahlen geht).

Wir fordern eine Verfassungsklage gegen den § 218!

Wir fordern die erneute Überprüfung des § 218, der heute abtreibende Frauen mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht. Auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung. Aber wir sind auch Gegner/innen des § 218, der Frauen durch Strafandrohung zwingen will, auszutragen. Die Senkung der Abtreibung ist nicht durch Gesetze, sondern nur durch Aufklärung, durch Entlastung der Mütter und verstärkter Mitverantwortung von Vätern und Staat zu erreichen. Außerdem halten wir die grundgesetzlich garantierte „Würde des Menschen" und das „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit" für mindestens ebenso schützenswert wie „werdendes Leben".

Abtreiben zu können ist heute in der Bundesrepublik kein Recht, sondern eine Gnade.

Das Bundesverfassungsgericht wies 1975 die „Fristenlösung" (das Recht der Frauen, in den ersten drei Monaten selbst zu entscheiden) zurück und forderte ein Gesetz, das Abtreibung verstärkt verhindert. Die Folge war die sogenannte „Indikationslösung", nach der Frauen ein Abbruch aus medizinischen, eugenischen, kriminologischen (Vergewaltigung) Gründen und in „anderen nicht abwendbaren schweren Notlagen" gewährt werden kann — oder auch nicht.

Diese Indikationsregelung ist gescheitert. Auch im Sinne des Verfassungsgerichts. Denn der § 218 kann nicht (und konnte noch nie) regeln, OB abgetrieben wird, sondern nur WIE abgetrieben wird. Dies bewies jüngst auch die noch von der SPD-Familienministerin Huber in Auftrag gegebene, 1985 erschienene Studie von Ketting und van Praag über die internationale Abtreibungspraxis. Sie zeigt, daß nicht das Gesetz die Frage „Austragen oder nicht" entscheidet, sondern einzig und allein der Umstand, ob eine Frau gewollt oder ungewollt schwanger ist. Ungewollt schwangere Frauen treiben ab — egal was sie glauben und denken. Die Studie zeigt auch, daß der § 218 eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas ist. Länder wie z.B. Österreich, Frankreich, Holland, ja sogar Italien haben seit langem die Fristen- oder weitergehende Indikationsregelungen.

Das Bundesverfassungsgericht selbst war sich bei seiner Entscheidung zum § 218 nicht einig. Von acht Richtern widersprachen zwei: Frau Rupp-von-Brünneck und Dr. Simon. Sie erklärten in einem „Minderheitenvotum", daß für sie die Fristenlösung durchaus verfassungskonform sei, ja sogar mehr im Sinne des Grundgesetzes als die „Strafandrohung und Zwangsberatung". Auch machten sie auf die Gefahr der weiteren Aushöhlung des „Rechtsbewußtseins" der Bevölkerung aufmerksam bei einem Gesetz, gegen das Millionen ungestraft verstoßen.

Drei der vier großen Parteien waren oder sind ebenfalls dieser Auffassung. Die SPD stimmte 1975 für die Fristenlösung. Die FDP erwog bereits 1978 eine Verfassungsklage gegen die Indikationslösung. Und die Grünen führen die Forderung nach der Streichung des § 218 in ihrem Wahlprogramm 1987.

Wir appellieren an diese drei Parteien, den „Mörderinnen"-Parolen endlich Einhalt zu gebieten und gegen den unwürdigen Zustand der Bevormundung und Demütigung von Frauen anzugehen. Wir appellieren an diese drei Parteien, die Möglichkeit einer Verfassungsklage („Normenkontrollklage") gegen den geltenden § 218 wahrzunehmen. Sowohl die Bundesregierung wie auch ein Drittel des Bundestages oder eine der Länderregierungen könnten eine solche Normenkontrollklage einreichen. Wir erwarten, daß sie das tun.

Erstunterzeichner/innen: Melitta Walter, Pro Familia-Vorsitzende; Prof. Ulrich Klug, Ex-Justizsenator in Hamburg und HU; Gerlinde Strehl, Personalrätin, ÖTV-Delegierte und SPD-Mitglied; Vera Slupik, Juristin; Margarete Fabricius-Brand, Rechtsanwältin; Lisa Degener, Medizinstudentin, § 218-Koordination; Sabine zur Nieden, Ärztin; und die Grünen Marita Haibach, Hess. Staatssekretärin, und Regina Michalik, Mitglied des Bundesvorstands; und Alice Schwarzer.

Unterschrift: ....

Beruf/politisches Engagement/Amt: ....

Adresse: ....

Fortsetzung von vorheriger Seite

Frauen gegen Frauen aufzubringen."

Da Alice Schwarzer wisse, daß diese Verfassungsklage rechtlich nicht möglich sei, diene ihre Kampagne nur dazu, z.B. Gewerkschafterinnen gegen die SPD zu mobilisieren. „Frauengruppen sollen gegeneinander ausgespielt werden". Seit wann ist denn die SPD eine Frauengruppe??

Alice Schwarzer täusche nur juristisch nicht bewanderte Frauen, und spiele jenen in die Hände, die eine Verschärfung des § 218 wollen.

Statt einer Beschränkung der Diskussion über Strafrechtsparagraphen, schlägt Däubler-Gmelin vor, sich mehr den Themen Sexualkunde, Verhütung und kinderfreundliche Gesellschaft zuzuwenden.

„Diesen Weg müssen wir fortsetzen. Auch wenn die CDU/CSU und Alice Schwarzer ihn entweder nicht sehen oder nicht sehen wollen." (Zitate aus dem Rundbrief)

Der Brief ist entlarvend genug, um die Aussagen ohne Kommentar stehen zu lassen. Zeigt diese Reaktion doch, daß die SPD zu allem bereit ist, um den § 218 nicht in den Wahlkampf hineinzubekommen.

Und die Grünen: ganz rrradikal!

Die Grünen — und die TAZ darf hier wohl in einem Atemzug miterwähnt werden — reagierten nicht ganz so schnell, aber ähnlich heftig wie die SPD.

Als erster meldete sich Christian Ströbele zu Wort. In einem offenen Brief forderte er EMMA auf, von der Verfassungsklage Abstand zu nehmen, um schlimmeres zu verhindern. Stattdessen sollte sie lieber Gesetzesinitiativen unterstützen, wie das Anti-Diskriminierungsgesetz der Grünen zur

um schlimmeres zu verhindern. Stattdessen sollte sie lieber Gesetzesinitiativen unterstützen, wie das Anti-Diskriminierungsgesetz der Grünen zur

Streichung des § 218. Aber doch bitte nicht so irrige Hoffnungen auf eine Verfassungsklage. Er greift das Vertrauen der EMMA in staatliche Institutionen an, findet es *„unfaßbar, daß ihr Euch danach* (nach dem Urteil des BVG 1975 gegen die Fristenregelung, d. Verfin.) *noch vetrauensvoll an dieses Gericht wenden wollt."* (Zitate aus dem Brief).

Einige Tage später veröffentlichten auch grüne Frauen eine Stellungnahme zum EMMA-Manifest. Sie finden diese Initiative zum „jetzigen Zeitpunkt falsch", *„zu defensiv, da es die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 nicht explizit enthält."*

Sie wollen ihre *„politische Aufmerksamkeit zunächst in die Gesellschaft richten ... dort für einen breiten Konsens werben ..., der die Streichung beinhaltet."* Es braucht erst den *„politischen Druck einer starken Bewegung, die sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Parlamente artikuliert. Laßt uns die jetzt in Gang gekommene Diskussion im gesellschaftlichen Raum mit den Kirchen, um die Frage der Gen- und Reproduktionstechniken etc. nutzen und vorantreiben. Der Gang zum Bundesverfassungsgericht könnte zu diesem Zeitpunkt nur mit einer Niederlage enden."*

Sie werfen Alice Schwarzer vor, mit einer „Nacht-und-Nebel-Aktion", ohne sich vorher mit den Gruppen der Frauenbewegung (wer immer die sein mögen) zu beraten, ihren Vorschlag öffentlich zur Diskussion gestellt zu haben. Das wird als erpresserisch empfunden. (Zitate aus der Stellungnahme) Ähnlich der Tenor des TAZ-Kommentars von Helga Lukoschat vom 4.10.86: *„Praktisch im Alleingang versucht Frau Schwarzer in letzter Sekunde Wahlkampfpolitik ... Dabei weiß Alice Schwarzer genau, daß ihr ‚Manifest' nicht auf Gegenliebe stoßen kann. Die SPD will sich am § 218 nicht die Finger verbrennen und ebensowenig die Grünen."* Diese hätten kein Interesse, so kurz vor der Wahl die Fronten zwischen Lebensschützern und Feministinnen nochmals aufeinanderprallen zu lassen. Und dann kommt es ganz dick: *„Die Kräfte der engagierten Frauen werden eher gebraucht, um die konkreten Kämpfe gegen die Aushöhlung der Indikationslösung zu führen. Darüber hinaus behindert eine solche Kampagne die am Anfang stehende Diskussion unter Feministinnen um die moralische Dimension von Abtreibungen. Die Entwicklungen bei den Gen- und Reproduktionstechnologien stellen die Frage nach dem ‚Schutz des ungeborenen Lebens' neu, eben auch für Feministinnen neu."*

Da sträuben sich die Nackenhaare. Nicht nur, daß wir jetzt wie die SPD das Indikationsgesetz verteidigen sollen, da sollen wir uns auch noch „aus den eigenen Reihen" die „Lebensschutzdebatte" aufdrücken lassen. Defensiver gehts nimmer!

Wer kämpft mit gegen den § 218?

SPD, Grüne und TAZ wohl kaum, zeigen deren Reaktionen doch nur zu deutlich, daß hier in puncto Offensive gegen den § 218 nichts, aber auch gar nichts zu holen ist. Die Gegenargumente ähneln sich mächtig. Die einen wollen stattdessen lieber über Sexualität und Verhütung, die anderen über Gen- und Reproduktionstechniken diskutieren, und alle finden den Zeitpunkt für eine Kampagne falsch. Aber bitte schön, ihr grünen Frauen, welchen besseren Zeitpunkt als Wahlen gibt es denn noch, um endlich aus den Ducklöchern zu kommen? Aber wenn ihr euer Problem mit den Kirchen erst klären müßt ... Die einen werfen Alice Schwarzer vor, daß sie die Frauengruppen gegeneinander ausspielt, die anderen, daß sie die Frauengruppen nicht gefragt hat.

Nun ist der Vorwurf des Alleingangs berechtigt und auch in der Vergangenheit häufig ein Problem für die Zusammenarbeit mit Alice Schwarzer gewesen. Frauen wie Helga Lukoschat mit ihren hanebüchenen Positionen könnten allerdings ein gewisses Verständnis für Alices Vorgehen bewirken, denn ob je eine Initiative zustande käme, wenn sie die vorher gefragt hätte?

Ist es nicht längst an der Zeit, gegen die Diskriminierung von abtreibenden Frauen als „Mörderinnen" offensiv zu reagieren? Wenn die Frauen- und „fortschrittliche" Bewegung von sich aus dazu nicht bereit ist, muß sie vielleicht mal provoziert werden.

Denoch kann der Alleingang problematisch sein, weil nicht abzusehen ist, ob Unterstützung mobilisierbar sein wird. Und daß zwei Drittel der Bevölkerung für das Selbstbestimmungsrecht der Frau sein sollen, wie Alice in ihrem Artikel darstellt, wird sich schwer positiv nutzbar machen lassen für ihre Initiative. Kurios ist es, wenn ausgerechnet die grünen Frauen Alice Schwarzer vorwerfen, ihr Manifest sei defensiv, weil es nicht die Forderung nach ersatzloser Streichung explizit enthalte. Nun haben sie mal gerade nach vielem Gezeter im Programm diese Forderung durchsetzen können, aber es gab bereits öffentliche Distanzierungen zu hauf, und der Beschluß scheint auf sehr schwachen Füßen zu stehen. Die Programmpassage dokumentiert diesen Eiertanz, indem der „Schutz des ungeborenen Leben" einen ganzen Abschnitt unter der Forderung nach Streichung ausmacht.

Die grünen Frauen sind doch bisher sehr defensiv gewesen in dieser § 218-Auseinandersetzung in den eigenen Reihen. Sie hätten gern Unterstützung von außen. Verständlich. Aber da paßt ihnen die Initiative von Alice Schwarzer gar nicht, weil sie damit gezwungen werden, wieder selbst Position zu beziehen, den Streit in den eigenen Reihen fortzuführen.

Begeistert bin ich allerdings von dem Manifest auch nicht. Es legt nahe, und auch der Artikel läßt die Tendenz erkennen, daß Alice Schwarzer sich mit der Fristenregelung abfinden würde. Und die Erklärung, daß auch *wir* „Gegner/innen der Abtreibung" seien, hat in einem Manifest, mit dem frau in die Offensive gehen will, nichts zu suchen. Assoziationen zu „Abtreibungsgegnern" liegen nahe.

Die Frage, ob es überhaupt richtig ist, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, hängt sehr eng mit der Frage zusammen, wie sich eine solche Initiative für eine neue Diskussion und Mobilisierung gegen den § 218 nutzen lassen könnte. Diesen Aspekt berücksichtigt Christian Ströbele überhaupt nicht in seiner Kritik an der Verfassungsklage.

Sein Vorschlag, stattdessen lieber das Antidiskriminierungsgesetz der Grünen zu unterstützen, ist natürlich keine überzeugende Alternative. Es ist doch wohl ein Unterschied, ob Parteien aufgefordert werden, sich ganz konkret und verbindlich zu verhalten, oder ob ein Gesetzesvorschlag unterstützt wird, in dem die Streichung des § 218 nur eine Forderung eines umfangreichen Katalogs ist — zumal diese unter großen Bauchschmerzen für viele Grüne nur ganz knapp reingestimmt wurde.

Und ob die Unterstützung für ein Antidiskriminierungsgesetz weniger Illusionen in staatliche Institutionen bedeutet als eine Verfassungsklage, mag dahingestellt bleiben.

Alice Schwarzer selbst legt aber den Schwerpunkt auf den politischen, nicht den juristischen Aspekt der Initiative. Es geht ihr darum, offensiv zu werden, um einer zu befürchtenden Verschärfung des § 218 entgegenzuwirken. Dafür will sie die „fortschrittlichen" Parteien provozieren. Und das geht am besten, wenn diese um Wähler/innen fürchten müssen. Fatal wäre es, wenn sie die Auseinandersetzung letztlich nur vor dem Verfassungsgericht abspielen sollte.

Soweit so gut, dennoch bleibt die Frage, warum ausgerechnet eine Verfassungsklage? Auch wenn ich, ehrlich gestanden, keinen besseren Vorschlag habe. Aber es zeigt sich schon jetzt, daß die Diskussionen vorwiegend um Sinn oder Unsinn der Klage geführt werden, die Abschaffung des § 218 nicht im Vordergrund steht. Die Parteien kommen zu billig davon, wenn sie sich lediglich von dem Instrument distanzieren können und auf den Inhalt gar nicht mehr eingehen brauchen.

Und was kommt danach? Wenn Alice Schwarzer in der Dezember-EMMA feststellt: Keine der Parteien war bereit, eine Verfassungsklage einzureichen. Also Frauen, keiner der Parteien unsere Stimme!

War's das dann? Oder hat die Offensive gegen den § 218 eine längerfristige Perspektive?

Diese Fragen hätten wir gern von Alice beantwortet.

b. KB/Gruppe Bremen

Alle Zitate, die nicht besonders gekennzeichnet sind, entstammen dem Buch: Alice Schwarzer: Weg mit dem § 218. Wir fordern eine Verfassungsklage! Gehen SPD/FDP/Grüne nach Karlsruhe? Köln 1986; Preis: 5,80 DM.

Selbstbestimmungsrecht der Frau oder „Schutz des ungeborenen Lebens"?

Eine Bilanz der §218-Debatte bei den Grünen

Der Streit bei den Grünen um den § 218 wurde nach einjährigem Tauziehen zwischen den Befürworter/inne/n des Selbstbestimmungsrechts der Frau und den Lebensschützern auf dem Nürnberger Parteitag vorläufig ad acta gelegt. Damit bleibt es bei dem Beschluß der Bundesversammlung in Hannover vom Mai dieses Jahres, in dem die Position der ersatzlosen Streichung des § 218 neben der Position der Lebensschützer auftaucht. Ein weiterer Streit um den § 218 könnte den Wahlkampf stören — so scheint es. Ob dieses Stillhalteabkommen aber von Nutzen ist, ist fraglich, denn trotz der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 im Wahlprogramm kann nicht übersehen werden, daß sich die Lebensschützer-„Argumente" bei den Grünen ein ganzes Stück weit durchsetzen konnten. Der Wahlkampf vor Ort wird denn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten zum § 218 geführt. Die bayerischen Grünen beispielsweise stellten den „Schutz des ungeborenen Lebens" in den Vordergrund ihres Landtagswahlkampfes, und erst an zweiter Stelle wurde erwähnt, daß man gegen eine Bestrafung durch den § 218 sei. Dabei sah es vor einem Jahr in der § 218-Debatte bei den Grünen noch anders aus.

Erster Bundesfrauenkongreß der Grünen — Sieg für eine radikale § 218-Forderung

Auf dem ersten Bundesfrauenkongreß der Grünen im Oktober letzten Jahres trugen die radikalen Frauen in Sachen § 218 einen Sieg davon. Zwar kam es auch hier zu harten Auseinandersetzungen mit Frauen aus dem ökolibertären Spektrum um den „Schutz des ungeborenen Lebens", aber diese blieben mit ihrer Position eindeutig in der Minderheit.

Eine von der § 218-Arbeitsgruppe eingebrachte Resolution, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wurde, erreichte — gegen den Widerstand einiger Frauen aus der Organisationsgruppe, die das Thema § 218 am liebsten gar nicht öffentlich diskutieren wollten — eine überraschend große Mehrheit. Darüberhinaus wurde sogar beschlossen, den § 218 zu einem Schwerpunkt der kommenden Bundestagswahlen zu machen. (Siehe AK 264, Nov. 1985). Damit war eine Entscheidung getroffen worden, an der die gesamte Partei nicht mehr ohne weiteres vorbeigehen konnte, zumal die Medien diese Entscheidung aufgriffen. Dennoch bedeutete dies für die Befürworterinnen der freien Abtreibung und des Selbstbestimmungsrechts der Frau noch keinen endgültigen Sieg, wie sich bald herausstellen sollte.

Bayerische Grüne für Fristenregelung

Im November 1985 verabschiedeten Bayerns Grüne, wohl noch unter dem Eindruck des Bundesfrauenkongresses, für das Landeswahlprogramm die ersatzlose Streichung des § 218. Aber auch hier kam es im Vorwege zu Kontroversen. Hannelore Seibold aus der Bundestagsgruppe forderte den „Schutz des Lebens" vor dem Selbstbestimmungrecht der Frau und behauptete, daß bei einer Streichung des § 218 die Frauen von ihren Männern verstärkt zur Abtreibung gezwungen und die Abtreibungszahlen in die Höhe schnellen würden. (Siehe „taz" vom 22.11.85).

Im Januar dieses Jahres spitzte sich der Konflikt bei den bayerischen Grünen zu. Nach kurzer Debatte wurde die alte Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 gekippt und stattdessen die Fristenregelung verabschiedet. Man dürfe, so die Regensburger Ärztin Nelly Waldmann, die Kampagne der militanten Abtreibungsgegner nicht indirekt unterstützen, indem man diesen ermögliche, von Abtreibungen im sechsten oder siebten Monat zu phantasieren. (Siehe „taz" vom 13.1.86). Gegen den Bayern-Beschluß hagelte es Proteste vor allem von den grünen Frauenverbänden, wie der Bundesfrauen-AG, der Landesarbeitsgemeinschaft grüner Frauen in Nordrhein-Westfalen, der Landesarbeitsgemeinschaft und dem Landesvorstand Schleswig-Holstein sowie dem Frauenbereich und dem Geschäftsführenden Ausschuß der Alternativen Liste Westberlin. Der Landesarbeitskreis Frauen aus Bayern erklärte, daß er von der Initiative der Frauen aus Regensburg für eine Fristenregelung völlig überrascht worden sei, und kündigte an, die Entscheidung der Landesversammlung so nicht hinzunehmen.

Hannelore Seibold veröffentlichte einen offenen Brief, in dem sie mit puritanisch verbrämter Lebensschützerphilosophie die Frauen angriff, die ungewollt schwanger werden. *„Warum — so frage ich mich immer wieder — wird das Selbstbestimmungsrecht der Frau nicht massiv vor der Schwangerschaft verlangt? (...) Sicher ist es schwerer, sich gegen männliche Gewalt und patriarchalische Strukturen zu wehren als gegen ein Embryo, das einer ‚gehört'. Meiner Meinung nach hat das Selbstbestimmungsrecht der Frau*

‚gehört'. Meiner Meinung nach hat das Selbstbestimmungsrecht der Frau

Grenzen! (...) Treten wir ein für eine weiblichere Form der Sexualität und prangern die Penetrationsfixiertheit des männlich bestimmten Sex an. Fordern wir Liebe statt nur Sex!" Es ist schon dreist, wie hier für die Probleme in der Sexualität und mit der Verhütung wieder mal nur die Frauen verantwortlich gemacht werden. Darüberhinaus liegt die Dame völlig falsch, wenn sie der Meinung ist, daß Frauen am Sex nicht auch Spaß haben können und wollen, und das in den unterschiedlichsten Formen. Daß Frauen immer wieder ungewollt schwanger werden, aus den verschiedensten Gründen, ist eine Tatsache, an der auch der moralische Zeigefinger nichts ändert!

Aus der Logik ihrer Argumentation ist die Entscheidung für eine Fristenregelung auch nur halbherzig, daraus macht Hannelore Seibold kein Geheimnis. Viele Menschen hätten der „Fristenregelung zugestimmt, um wenigstens die Formulierung **ersatzlose** Streichung herauszubekommen".

Wenn die bayerischen Grünen jetzt vor der Landtagswahl erklärten, doch für eine ersatzlose Streichung des



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

§ 218 zu sein, dann deshalb, weil die Bundesdelegiertenkonferenz im Mai dieses Jahres gegen die Stimmen aus Bayern eine ersatzlose Streichung beschloß.

Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen — Teilerfolg für die Lebensschützer

Bei der Konferenz, die im Mai dieses Jahres in Hannover stattfand und die ein Programm für die Bundestagswahlen verabschieden sollte, gab es eine neue Kontroverse um die § 218-Forderung. Die bayerischen Grünen verlangten erwartungsgemäß die Fristenregelung. Wohl in der Erwartung, daß dieser Antrag keine Mehrheit finden könnte, zogen die bayerischen Grünen einen weiteren Antrag aus der Tasche. Dorothea Kallabresi bezeichnete den Schwangerschaftsabbruch als Gewalt gegen menschliches Leben und schlug vor: ersatzlose Streichung des § 218 ja, aber mit einem anderen Begründungszusammenhang. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem werdenden Leben ein Widerspruch bestehe, in den sich der Staat jedoch nicht einmischen solle.

Eine überwältigende Mehrheit der Grünen erteilte diesen Anträgen anfangs eine klare Absage. Bei der Verabschiedung des Kurzwahlprogramms am nächsten Tag konnten sich die bayerischen Grünen dann allerdings doch durchsetzen. Es wird nunmehr die ersatzlose Streichung gefordert — allerdings mit dem Zusatz, daß ,,mit jeder Abtreibung ungeborenes Leben beendet'' werde. Es bestehe ein ,,Konflikt zwischen dem Leben der Frau und dem in ihr wachsenden Leben, ,,ungeborenes Leben'' müsse als ,,schützenswert'' anerkannt werden. (Siehe Kasten). Bei einer getrennten Abstimmung votierten die grünen Frauen mehrheitlich gegen diesen Zusatz, aber mit Hilfe der männlichen Stimmen wurde die genannte Formulierung mit knapper Mehrheit verabschiedet. (Siehe AK 271, Jun 1986).

Gegen diese Abstimmung in Hannover protestierten der Frauenbereich und der Geschäftsführende Ausschuß der AL Westberlin. In einem Brief an die Bundesfrauen-AG, die Landesarbeitsgruppen Frauen und den Bundeshauptausschuß der Grünen wurde die Entscheidung von Hannover scharf kritisiert. Der Bundeshauptausschuß wurde aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um die Durchsetzung der Forderung nach Streichung des Zusatzes in die Wege zu leiten. Insgesamt aber blieben die Proteste gegen den Beschluß von Hannover spärlich und bewegten sich ausschließlich im Innersten der Partei. Und wenn frau gehofft hatte, daß an dem Beschluß vor den Bundestagswahlen noch etwas zu ändern sei, sah sie sich getäuscht. Stattdessen melden sich die Abtreibungsgegner und Lebensschützer bei den Grünen mit ihren Positionen immer frecher in der Öffentlichkeit zu Wort.

Auszug aus dem Wahlprogramm der Grünen „Weg mit dem § 218"

,,Erst wenn der § 218 ersatzlos gestrichen ist, können Frauen sich freier für oder gegen ein Kind entscheiden, ist ihr Selbstbestimmungsrecht in der Frage einer zunächst ungewollten Schwangerschaft gewährleistet.''

Als zusätzlicher Programmteil wurde von der Bundesversammlung der Grünen in Hannover aufgenommen:

,,Wir können nicht umhin, uns der Tatsache zu stellen, daß mit jeder Abtreibung werdendes Leben beendet wird. Aber dieses Leben bedarf zu seiner Entstehung eines anderen Lebens, nämlich des Lebens der Frau. Es bedarf einer lebendigen und lebenswerten Umwelt. Hinter jeder Abtreibung steht der Konflikt zwischen dem Leben der Frau und dem in ihr wachsenden Leben. Dieser Konflikt darf nicht unter dem Druck des Strafrechts gelöst werden.

Deshalb fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218. Wir erkennen an, daß ungeborenes Leben schützenswert ist. Aber dieser Schutz wird nicht durch das Strafrecht, sondern nur durch Mitverantwortung der Männer, Aufklärung über Verhütung, eine kinderfreundliche Umwelt und durch die soziale Absicherung von Personen, die Kinder bekommen und betreuen, gewährleistet.''

Gießener Grüne gegen Pro Familia

In Gießen z.B. machten Marburger Grüne in Eintracht mit den rechten Abtreibungsgegnern Sturm gegen ein geplantes Pro Familia-Zentrum, in dem auch Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden sollen. Fünf Gründungsmitglieder der Marburger Grünen forderten den hessischen Sozialminister im August dieses Jahres auf, die versprochenen 93.000 DM für Umbau und medizinische Einrichtungen für das Zentrum ,,unter keinen Umständen freizugeben und das Projekt ganz fallen zu lassen''. Denn, so die fünf Grünen, durch die Einrichtung eines ,,Abtreibungsambulatoriums'' werde ,,den Frauen der Eindruck vermittelt, als könne ein Schwangerschaftsabbruch im Vorbeigehen und gleichsam zwischendurch durchgeführt werden''.

Dieses unglaubliche Vorgehen einzelner Grüner löste in der eigenen Partei vergleichsweise wenig Empörung aus. Lediglich zehn Frauen aus der hessischen Landtagsgruppe der Grünen forderten die fünf Marburger mit ärgerlichen Grüßen auf, ihre Position zu ,,überdenken''. (Siehe ,,taz'' vom 30.8.86). Was es da noch zu ,,überdenken'' gibt, ist schleierhaft. Über die Möglichkeit, daß solche Leute bei den Grünen fehl am Platz sind, wird offenbar noch nicht einmal nachgedacht.

Die Grünen und der Katholikentag

Höhepunkt der Hetze gegen die freie Abtreibung in diesem Jahr war der Katholikentag in Aachen, wo vor den kommenden Bundestagswahlen noch zusätzlich einige Weichen gestellt wurden. Die Grünen wurden von den Obermoralisten unseres Landes wegen ihrer § 218-Forderung unter Beschuß genommen. In dieser Situation hatte Minister Joschka Fischer, der betonte, daß er selbst katholisch sei, nichts besseres zu tun, als sich öffentlich von dem § 218-Beschluß seiner Partei zu distanzieren. Der Beschluß für die Straffreiheit der Abtreibung, so Fischer, habe ,,Gefühle verletzt''. Daß er für diese Äußerung aus den eigenen Reihen kaum öffentliche Kritik erntete, wirft ein Licht auf das Stillhalteabkommen bei den Grünen in Sachen § 218 und Bundestagswahlen, wie sich auch noch auf dem Nürnberger Parteitag zeigen sollte.

Die Aachener Grünen hatten sich ohnehin geweigert, eine Demonstration von Frauengruppen gegen die Hetze gegen abtreibende Frauen zu unterstützen. Und obwohl der Demo-Aufruf immerhin von zwei bekannten grünen Frauen unterschrieben worden war (Regina Michalik und Christa Merkel), ließen sich die Grünen auf der Demo nicht blicken. (Siehe AK 274, September 1986).

Christen bei den Grünen

Zu den Angriffen gegen Grün auf dem Katholikentag meldeten sich die ,,Christen bei den Grünen'' zu Wort. Eine sich so nennende Gruppe jammerte, daß sie doch den § 218-Beschluß von Hannover auch nicht richtig fänden. Andere versuchten, den rechten Lebensschützerparolen mit ihrer grünen Lebennschützerphilosophie beizukommen. Die grüne Theologin Sigrid Regler beispielsweise forderte Kardinal Höffner in einem offenen Brief auf, seine Behauptung zu widerrufen, daß die Grünen den staatlichen Schutz es ungeborenen Lebens preisgeben wollten. Sie stellten Höffner u.a. die Frage, warum er keine ,,konstruktiven Vorschläge'' mache, etwa ,,das Kind auszutragen und dann zur Adoption freizugeben''. (,,FR'', 4.9.86).

Auf ihrem ersten Kongreß, eine Woche nach dem Katholikentag, gab es um den § 218-Beschluß von Hannover heftigen Streit. Man einigte sich dann zwar, an dem Beschluß festhalten zu wollen, denn der Konflikt bei jeder Abtreibung dürfe nicht mit dem Strafrecht ausgetragen werden. Andererseits wollte man aber, daß nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Frau, sondern auch der ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' ausreichend berücksichtigt werde. Die Theologin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer kündigte an, daß die Diskussion um den § 218 in der Partei noch nicht abgeschlossen sei. Sie forderte dazu auf, ,,die falsche Behauptung nicht länger zu wiederholen, die Grünen seien für Abtreibung''. Falsch sei auch der Vorwurf, jeder staatliche Schutz des werdenden Lebens werde von den Grünen abgelehnt. (,,FAZ'', 23.9.86). Sie stellte dann vor, wie ihrer Meinung nach das neue ,,Lebensverständnis'' der Grünen aussieht, das den Frauen den Entscheid für eine Abtreibung ,,viel schwieriger'' und andererseits ,,viel unnötiger'' mache. (Siehe Kasten).

In einem gemeinsamen Aufruf der ,,Christen bei den Grünen'' für die Landtagswahlen in Bayern wird denn auch neben dem Bundesprogramm das Bayern-Programm zur Erklärung dieses grünen ,,Lebensverständnisses'' zur § 218-Position mit herangezogen: *,,Wir sind für den Schutz des ungeborenen Lebens (d.h. gegen Abtreibung), aber wir sind nicht der Meinung, daß die § 218 und 219 StGB diesem Schutz dienen''.*

Nürnberger Parteitag — Streit vorläufig beigelegt

Hatte frau noch gehofft, daß der Nürnberger Parteitag eine Gelegenheit bieten würde, die in Hannover beschlossene Zusatzformulierung zum § 218 aus dem Programm der Grünen zu streichen, sah sie sich getäuscht. Eine inhaltliche Diskussion um die § 218-Forderung fand nicht mehr statt. Es lagen zwar mehrere Anträge vor — alle aus dem konservativen Lager —, die allerdings nicht weiter diskutiert wurden, da sämtliche Rückholanträge zum Hannoveraner Parteiprogramm pauschal unter Nichtbefassung mit großer Mehrheit weggestimmt wurden.

Dennoch ist interessant zu nennen, daß es mehrere Anträge gab, die die Fristenregelung statt der ersatzlosen Streichung forderten und den moralischen Zeigefinger gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau und für den ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' hoben. Ein besonders dreister Antrag lag aus dem Kreisverband Schwarzwald Baar vor, der von der CDU hätte abgeschrieben sein können: Als Grüne sei man für das Leben und gegen Zerstörung von Leben, d.h. auch gegen Abtreibung. Ziel grüner Politik müsse es sein, ,,die Möglichkeiten für eine Entscheidung zum Kind zu verbessern, so daß Abtreibung als eine Ausnahme anzusehen ist, die schwerwiegende Gründe haben muß''. Gefordert wurde u.a. ,,ausreichende finanzielle Unterstützung der Frauen, die sich gegen Abtreibung entscheiden'', und eine ,,psychische Betreuung von Frauen, die ihr Kind zur Adoption freigeben''.

Angesichts solcher Strömungen bei den Grünen und angesichts der Tatsache, daß sich die Lebensschützermentalität bei den Grünen immer mehr durchzusetzen scheint, trotz der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218, ist die Feststellung der grünen Frauen Schleswig-Holstein berechtigt: *,,Viele Feministinnen sind in die Grünen und nicht in die SPD eingetreten, in dem Glauben, sie könnten dort Forderungen aus der Frauenbewegung auf parteipolitischer Ebene umsetzen. Dies scheint sich immer mehr als ein Trugschluß herauszustellen.''* Sie kündigen an, daß sie ,,diese frauenfeindliche Entwicklung nicht kampflos hinnehmen'' wollen. (Aus einem offenen Brief der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen bei den Grünen Schleswig-Holstein).

Nur leider haben sich auch die grünen Feministinnen mit dem Programmbeschluß aus Hannover vorläufig abgefunden. Außer einer Erklärung der Frauen der AL Westberlin und dem offenen Brief der Frauen aus Schleswig-Holstein lagen von den grünen Frauen keine Anträge für den Parteitag vor, die die Streichung der Zusatzformulierung verlangten. Wie sie wahrscheinlich richtig eingeschätzt hatten, hätten sie damit ohnehin keinen Erfolg gehabt, zumal sich die grünen Frauen da untereinander offenbar auch nicht ganz einig waren. Marieluise Beck-Oberdorf z.B. hält den Kompromiß von Hannover durchaus für tragbar; die ethische Spannung zwischen Freigabe der Abtreibung und Schutz des Lebens müsse man eben aushalten, auch wenn ,,Zweifel und Bauchschmerzen'' die Partei beim Thema § 218 befielen. (,,FR'', 25.9.86).

Daß aber der Streit mit der Lebensschützerposition von den meisten grünen Feministinnen überhaupt nicht mehr gesucht wurde, finde ich problematisch. Auch das jetzt von den Grünen verabschiedete Antidiskriminierungsgesetz, in dem die ersatzlose Streichung gefordert wird, kann über den Konflikt in der Grünen Partei in Sachen § 218 nicht hinwegtäuschen. Die Frage bleibt unbeantwortet, wie und ob überhaupt die eingeschlagene Lebensschützerrichtung bei den Grünen gestoppt werden kann, nachdem in Hannover und Nürnberg § 218-Formulierungen wie ,,Konflikt zwischen dem Leben der Frau und dem in ihr wachsenden Leben'' festgeklopft werden konnten.

S. (Hamburg)

,,Moralischer Knüppel als Fortsetzung des Strafrechts mit anderen Mitteln''

Interview mit Verena Krieger, Sprecherin der BAG Frauen der GRÜNEN

War noch vor wenigen Jahren das Selbstbestimmungsrecht der Frau zumindest in der Linken akzeptiert, wird dem heute zunehmend die Debatte über den Schutz des werdenden Lebens entgegengesetzt. Welche Rolle übernehmen in diesem Prozeß die grünen Frauen?

Darüber — aber auch über die neue Mütterlichkeit nach Tschernobyl, über den im November von den Grünen Frauen geplanten Mütterkongreß, über allgemeine Tendenzen in der Grünen Frauenpolitik sprachen wir mit der Sprecherin der Bundesarbeitsgruppe Frauen der Grünen Verena Krieger. Sie ist jetzt Kandidatin auf Platz 7 der Bundestagsliste von Nordrhein-Westfalen, wird damit also sicher in den Bundestag einziehen. Sie zählt sich zum Ökosozialisten-Flügel und steht in vielen Fragen in Opposition zu den neuen Trends in der Frauenbewegung — und auch bei den Grünen.

Aus aktuellem Anlaß — dem Vorschlag einer Verfassungsklage von Alice Schwarzer (s. Artikel auf den vorhergehenden Seiten) — bringen wir hier den Teil des Gesprächs, der die Auseinandersetzungen zum § 218 bei den Grünen zum Inhalt hat sowie Verenas Stellungnahme zu Alice Schwarzers Initiative. (Der 2. Teil des Gesprächs folgt im nächsten Arbeiterkampf.)
G., Hamburg

G.: Seitdem es die Grünen gibt, führen sie die Debatte um den § 218, und ich muß sagen, ich finde es zunehmend unerfreulicher.

Für mich hat sich auf eurem Programmkongreß in Hannover eine Art Kompromiß herausgeschält, zwar ist man noch für die Streichung des § 218, verbindet das aber mit einer Lebensschutzargumentation (siehe Kasten).

Wobei dann einige der Grünen Promis noch eins draufsetzen, etwa wie Joschka Fischer auf dem Katholikentag in Aachen, der gesagt hat, der Streichungsbeschluß von Hannover verletze die Gefühle der Menschen und müsse neu diskutiert werden. Oder wie Christa Nickels, die im Rahmen eurer Debatte um den Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes gedroht hat, wenn die Lebensschutzargumentation als Festlegung zur Forderung nach Streichung des § 218 wegfalle, sei ihr Platz nicht mehr länger bei den Grünen.

Antje Vollmer schließlich nutzt als Herausgeberin des Buches ,,Frauenutopien'' das Vorwort, um quasi nebenbei unter dem Stichwort ,,Selbstverstümmelung und Selbstzerstörung'' von Frauen von ,,einer Uminterpretation von Abtreibung als Ausdruck der Selbstbestimmung von Frauen, die Trauer kaum noch zuläßt'' zu sprechen.

Für mich ist das unerträglich!

Verena: Also das sehe ich auch so! Aber zunächst mal möchte ich festhalten, daß sich auf dem Programmparteitag in Hannover immerhin drei Viertel der anwesenden Delegierten für die Streichung des § 218 und nur ein knappes Viertel für die Fristenlösung eingesetzt haben. Das sollte man nicht zu niedrig bewerten, das war ein unwahrscheinlich großer Erfolg, daß wir das durchgesetzt haben, das war der Erfolg der Frauengruppen, die jahrelang in den Grünen gearbeitet und diskutiert haben.

In Hannover ist doch aber gleichzeitig die Lebensschutzargumentation beschlossen worden.

Ja, es ist tatsächlich so, daß sich in Hannover eine neue Koalition gebildet hat. Sie reicht bis zu Frauen, die sich durchaus als Feministinnen bezeichnen und die jetzt die Lebensschutzargumentation mit übernommen haben. Die Argumente laufen in etwa so: Es gibt einen Widerspruch zwischen dem Interesse des werdenden Lebens und dem Selbstbestimmungrecht der Frauen. Das wird dann zwar zugunsten der Frauen entschieden, aber der Widerspruch bleibt bestehen und wird gleichzeitig als ethische Position festgeschrieben. Dagegen setzen wir uns zur Wehr.

Das war dann der Kompromiß.

Das war kein Kompromiß, das ist gegen unseren Widerstand so durchgesetzt worden.

Es gibt zwei verschiedene Tendenzen von Gegnern unserer Position: zum einen die (männlichen) Pragmatiker wie z.B. Hendrik Auhagen, die sagen: Wir müssen eine Regelung finden, die keinem weh tut, machen wir doch eine Fristenregelung — kann ja drei Monate sein oder vier, aber dann müßt ihr auch Ruhe geben. Das sind die Pragmatiker, die sich aber nicht durchsetzen, weil sie nicht nur mit uns, sondern auch mit den Moralisten Ärger bekommen.

Die Moralisten, die sagen, jawohl, eure Streichung könnt ihr haben, aber dann schwingen sie den moralischen Knüppel. Das wird z.B. massiv vertreten von Antje Vollmer und Christa Nickels. Dies halte ich für die gefährlichere Tendenz. Ich denke, wir müssen uns vor allem damit offensiv auseinandersetzen. Die große Gefahr besteht darin, daß derzeit versucht wird festzuklopfen, daß die Streichung mit dem Lebensschutz erkauft wird.

Gegen diese Tendenz gab es einen Brief der AL-Berlin-Frauen. Auch die BAG Frauen hat es unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß dieser Passus für uns nicht tragbar ist und daß wir daran arbeiten werden, daß er wieder gestrichen wird.

Meiner Ansicht nach sind diese Versuche durch eine ethische Normierung im Programm, den Frauen die Abbruch schwerer zu machen, nichts anderes als die Fortsetzung des Strafrechts mit anderen Mitteln, dadurch wird der § 218 ersetzt.

Habt ihr das in der Schärfe auch öffentlich gemacht?

Parteiöffentlich. Ich glaube, daß die Tendenz sehr stark ist, genau diese Widersprüche unter den Teppich zu kehren und den jetzigen Programmbeschluß als vorläufigen Endpunkt unter die Debatte zu setzen. Dagegen werden wir kämpfen müssen, und ich glaube, daß das schwer sein wird, denn die neue Mehrheit ist sehr breit.

Ja, aber auf der anderen Seite wird doch mit dem Lebensschutzgedanken eine ziemlich massive Offensive in Richtung ,,neue feministische Nachdenklichkeit'' über das Problem des Selbstbestimmungsrechts gemacht. Von ,,Ruhen lassen'' kann doch von dieser Seite her keine Rede sein.

Der angebliche Kompromiß ist für Frauen wie Antje und Christa mit dieser neuen Lebensschutzformel gut tragbar. Ich glaube, daß sie kein Interesse daran haben, diese Diskussion weiter zu führen, weil sie offenbar nicht wollen, daß sich die Position, die sich gegen diese normative Ethik wehrt, überhaupt artikuliert.

Sie haben aber auch kein Interesse daran, daß die ganz Rechten sich noch weiter äußern, weil sie auch nicht mit diesen Leuten in eine Reihe geraten

Fortsetzung nächste Seite



Verena Krieger

Fortsetzung von vorheriger Seite

wollen.

Für Frauen wie Antje ist das natürlich auch ein Vehikel, um das neue Lebensverständnis der Grünen Partei auf den Punkt zu bringen. Ein Lebensverständnis, das dann u.a. darin besteht, daß die Frauen bei den Grünen ein noch schlechteres Gewissen bei einem Abbruch haben müssen als anderswo, weil die Arbeitsbedingungen bei den Grünen „so lebensbejahend" sind. (Verena spielt auf ein Zitat von Antje Vollmer in der FR an. Siehe Kasten.) Aber im Großen und Ganzen denke ich, daß es eher ein Interesse gibt, das Thema ruhig zu halten. Das muß von uns durchkreuzt werden.

Wie sehen denn eure weiteren Überlegungen aus, wie wollt ihr damit umgehen?

Es geht jetzt nicht mehr um die strafrechtliche Diskussion, das haben wir in den letzten Jahren geschafft, daß das keine Mehrheit mehr findet. Es muß jetzt um die moralische Diskussion gehen, und das ist auch für uns eine neue Ebene, um die wir uns vielleicht bislang zu wenig gekümmert haben.

Ich finde die Argumente der Moralisten so neu überhaupt nicht, diese Auseinandersetzung wurde schon vor Jahren geführt. Neu ist höchstens, daß diese Argumente jetzt so massiv bei den Grünen vorgetragen werden.

Dieser Aspekt kommt jetzt stärker in den Vordergrund nach dem sich die Diskussion in den letzten Jahren mehr um die rechtliche und die praktische Seite gedreht hat. Wir müssen jetzt das

Diskussion in den letzten Jahren mehr um die rechtliche und die praktische Seite gedreht hat. Wir müssen jetzt das

Recht auf Abtreibung fordern, das ist ein weiterer Schritt.

Aber dieses Recht wirde schon vor zehn Jahren gefordert, und jetzt müßt ihr Rücksicht nehmen auf die Moralargumentation bei ausgerechnet den Grünen? Habt ihr mit der Hannover-Formulierung nicht Terrain verloren?

Nein, das sehe ich ganz anders. Es ist ein großer Erfolg gewesen und hat eine große gesellschaftliche Diskussion in Gang gesetzt.

Es ist das erste Mal in der Nachkriegszeit, daß eine im Bundestag vertretene Partei die Streichung des § 218 fordert. Und das in einer Zeit, wo über den § 218 nur als Mißbrauch gesprochen wird, wo die Frauenbewegung gar nich oder nur sehr defensiv für den Erhalt des Bestehenden eintritt.

Daß in solcher Situation eine Partei wie die Grünen — noch dazu kurz vor der Wahl — einen so brisanten Punkt aufgreift und in solch brisanter Weise beantwortet, das halte ich für einen massiven Erfolg, und ich glaube, daß das die Frauenbewegung voranbringen kann, weil das Thema wieder in die gesellschaftliche Diskussion gekommen ist und zwar offensiv.

Aber in der Gründungsphase der Grünen war doch die Forderung nach ersatzloser Streichung zu erheben z.B. viel weniger ein Problem als heute.

Den großen Erfolg, von dem du sprichst, sehe ich da nicht.

Die ersatzlose Streichung des § 218 hatte in der Bundespartei in der Gründungsphase nie eine Mehrheit. Nur in einigen eher linken Parteigliederungen und den kommunalen Listen war das unproblematisch. Was jetzt die moralische Dimension angeht, wo jetzt plötzlich entdeckt wird, daß es auch Widersprüche gibt, daran zeigt sich doch nur im Nachherein, wie wenig wert es vor fünf Jahren war, als die Abschaffung des § 218 scheinbar kein Problem war. Die haben aus Opportunismus den Arm gehoben, weil die Frauen es so wollten. Aus dem selben Opportunismus heraus wird heute alles als ethisches Problem gesehen und darüber nachgedacht. Das zeigt mir, wie wenig wert diese einfachen Siege — zumindest in den fortschrittlichen Gliederungen vor fünf Jahren bei den Grünen — noch gewesen sind. Selbst bei Bewegungsfrauen, die gegen den § 218 gekämpft haben, schlägt sich die neue Moral heute in den Köpfen nieder.

Antje Vollmer zum „neuen Lebensverständnis" der Grünen Partei:

„Und den Zuhörern malte Frau Vollmer dann das neue ‚Lebensverständnis' der Grünen aus, das Frauen den Entscheid für eine Abtreibung ‚viel schwieriger', ihn andererseits aber auch ‚viel unnötiger' mache. Die bei den Grünen wachsende Einsicht, daß die ‚Kinder sich selbst gehören', im christlichen Terminus also ‚Kinder Gottes, nicht der Besitz der Eltern' seien und ‚Selbstbestimmungsrecht' hätten, garantieren mehr Schutz für das werdende Leben als jedes moralische Unterdrucksetzen. ‚In unseren Kreisen', so Vollmer, falle es einer werdenden Mutter viel leichter zu sagen: ‚Ich schaffe es doch mit dem Kind' als in anderen, denn: ‚Unsere Arbeit ist sehr viel lebensbejahender als die der Bischöfe.' " (aus: Frankfurter Rundschau, 22.9.86)

Moral heute in den Köpfen nieder.

Wie wollt ihr im Wahlkampf mit der 218-Frage auftreten?

Das wird eine große Rolle spielen. Wir haben eine ganze Reihe Veranstaltungen dazu laufen, entweder innerhalb der Diskussion um das Antidiskriminierungsgesetz oder als eigenes Wahlkampfthema. Von uns aus ist klar, daß wir damit Wahlkampf machen werden. **Wir** heißt die Frauen, die in den Grünen Frauenpolitik machen.

Dazu hat Alice Schwarzer ja auch einen Vorschlag gemacht.

Ja, Alice Schwarzer hat im Alleingang vorgeschlagen, eine Verfassungklage anzustrengen und das zudem auch noch zu einem Wahlprüfstein an die Parteien, die zur Bundestagswahl kandidieren, erhoben.

Ich will zunächst mal etwas zu der juristischen Argumentation sagen. Eine Normenkontrollklage muß einen Anlaß haben. Alice stellt sich dazu die Argumentation so vor: Sie will auf der Grundlage des damaligen Mehrheitsbeschlusses im Bundesverfassungsgericht — dieses wirklich reaktionären Beschlusses, in dem die Zwangsmutterschaft festgeschrieben wurde — argumentieren. Also mit der Tatsache arbeiten, daß die Zahl der Abbrüche seit der Indikationslösung nicht zurückgegangen ist und daß damit das Gesetz seinen eigenen Ansprüchen nicht genügt hat. Das bedeutet für mich, Alice argumentiert damit, weil sie ja eine Wiederaufnahme will, die Frauenbewegung sei effektiver in der Lage als die Rechten, die Zahl der Abtreibungen zu senken.

So jedenfalls geht es aus einer Expertise von Alices Rechtsanwältinnen hervor. Natürlich ist die Klageformulierung für Alice nur eine taktische Angelegenheit, und natürlich will sie nicht das, sondern insgesamt gegen den § 218 arbeiten — aber das ist etwa das Dilemma, in dem die Verfassungsklage schon vom Ansatz her steckt.

Für Alice Schwarzer ist die Klage ein Vehikel, um eine Kampagne ins Leben zu rufen. Die Idee, eine Kampagne gegen den § 218 zu starten, die finde ich unheimlich gut. Ich bin auch der Meinung, daß das notwendig ist, um inhaltlich wieder in die Offensive zu kommen. Nur — diese Klage ist dafür ungeeignet. Sie wendet sich an ein Verfassungsgericht, das es schon vor zehn Jahren geschafft hat, der Frauenbewegung eine Niederlage zuzufügen, und es gibt keinen Grund, jetzt ausgerechnet von diesem Gericht etwas anderes zu erwarten.

Ein weiterer Punkt ist, daß eine solche Klage ja nicht nur abstrakt zum Gegenstand einer Kampagne gemacht werden kann, sondern es müßte dann auch — zumindest von den Grünen her — versucht werden, die Klage praktisch umzusetzen. Marita Haibach hat angekündigt, das z.B. zum Koalitionsgegenstand in Hessen zu machen.

Was will sie zum Koalitionsgegenstand machen?

Sie will zum Knackpunkt machen, daß bei den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl in Hessen im Herbst nächsten Jahres die Landesregierung Hessen diese Normenkontrollklage selbst einreicht. Da stellt sich für mich die Frage, was ist eigentlich mit den Frauen, die gegen eine Koalition mit der SPD sind? Zum anderen finde ich, daß mit dem Durchführen dieser Klage eine Niederlage vorprogrammiert ist, denn wie dieses Verfassungsgericht entscheidet, ist doch klar. Da kann möglicherweise sogar eine Verschlechterung herauskommen, zumindest aber wird der Status quo festgeklopft und

entscheidet, ist doch klar. Da kann möglicherweise sogar eine Verschlechterung herauskommen, zumindest aber wird der Status quo festgeklopft, und

der ist mies genug. Welchen Wert hat das dann noch? Ich vermute, es würde die Frauenbewegung noch mehr schwächen, als sie es ohnehin schon ist.

Du sagst aber auch, daß du für das Initiieren einer Kampagne bist.

Selbstverständlich haben wir daran ein Interesse, daß eine Kampagne jetzt kommt. Die Frage ist nur, mit welchem Ansatz. Einen Gesetzentwurf zum § 218 haben wir praktisch auch gemacht mit unserem Antidiskriminierungsgesetz. Wir bringen jetzt im Herbst einen Antrag in den Bundestag ein, die §§ 218 und 219 zu streichen.

Das ist aber nicht das Gleiche, denn das Antidiskriminierungsgesetz enthält auch eine Reihe anderer Punkte.

Ja nun, aber den Gesetzentwurf gibt es, und es wäre ja auch möglich gewesen, daß Alice sich darauf konzentriert und eine Unterstützung organisiert.

Ihr werft Alice Schwarzer in eurer Stellungnahme (s. Kasten) u.a. vor, daß sie in dem Manifest zu defensiv argumentiert, daß es die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 nicht explizit enthalte. Damit haben ja auch die Grünen so ihre Probleme.

Das sehe ich überhaupt nicht so — im Gegenteil. Wir haben die Forderung nach der Streichung des § 218 durchgesetzt, nicht um als erstes bei unserer ersten Kampagne wieder darauf zu verzichten. Der Manifestentwurf von Alice Schwarzer ist ja offensichtlich auf ein breites Bündnis angelegt. Auch SPD-Frauen sollen ihn unterschreiben, deshalb ist er so vage gehalten. Ich finde es ein Unding, daß das Manifest anfängt mit den Worten: „Wir sind gegen Abtreibung". Das halte ich für eine defensive Herangehensweise. Dazu kommt, man kann so ein Bündnis ja machen, und man kann auch eine Bündnisformulierung machen, aber dann muß das Bündnis überhaupt erst einmal existieren. Es ist von vorne herein klar gewesen, daß sozialdemokratische Frauen sich daran nicht beteiligen werden. Das bedeutet, praktisch läuft es darauf hinaus, daß Alice Schwarzer versucht, die Frauenbewegung jetzt zu verpflichten, eine sehr vage Formulierung zu unterstützen, und das halte ich für entpolitisierend.

In eurer Stellungnahme heißt es, der Klage müsse die „Organisation einer Kampagne und der politische Druck einer starken Bewegung" vorausgehen. Könntet ihr euch denn vorstellen, das im Bündnis zu unterstützen oder zu initiieren. Gibt es da schon Ansätze?

Das finde ich selbstverständlich. Wobei wir als Grüne Frauen nicht allein eine Kampagne hochziehen wollen. Wir fänden es wichtig, dazu ein Bündnis hinzubekommen. Wobei ich gleich sagen muß, daß die Sozialdemokratinnen unter der Knute von Herta (gemeint ist: Herta Däubler-Gmelin, MdB und SPD-Vorstandsfrau, Anm. AK) das Thema — ohne daß Widerstand aufkommt — totschweigen werden. Es gibt Überlegungen in die Richtung, daß es in der heißen Wahlkampfphase eine große Veranstaltung geben soll zum Thema 218, an der wir Grünen uns auch gern maßgeblich beteiligen wollen, die aber eine breitere Trägerschaft haben soll. Das ist aber noch nicht konkret. Auf der Veranstaltung wollen wir diskutieren, wie wir politisch in die Offensive kommen. Angeregt durch diese Klageidee von Alice Schwarzer wollen wir versuchen, etwas demokratischer auf einer breiteren Basis eine Strategiediskussion zu führen.

Schwarzer wollen wir versuchen, etwas demokratischer auf einer breiteren Basis eine Strategiediskussion zu führen.

Denn aus der Ablehnung dieses einen Instruments der Verfassungsklage darf auf keinen Fall geschlossen werden, daß wir gegen eine solche Kampagne wären. Im Gegenteil — uns hat das sicher auch angeregt und auf die Füße getreten.

Noch einmal einen Satz zu dem Vorstoß von Alice Schwarzer, der für mich auch politisch einen üblen Beigeschmack hat. Sie hat die Unterstützung ihrer Klage ja zum Wahlprüfstein für alle Parteien erhoben. Hieran scheitern alle Parteien gleichermaßen. Das Ergebnis wird sein, daß SPD, CDU, Grüne und FDP gleich schlecht dastehen werden.

Die realen Differenzen über die Frauenpolitik aber z.B. zwischen SPD und Grünen werden auf diese Weise wieder einmal kleingebügelt. Das halte ich für eine nicht zufällige Vorgehensweise von Alice Schwarzer — jetzt vor der Wahl.

Weshalb macht Alice Schwarzer das? Will sie eine Wahlempfehlung umgehen?

Ja, alle Parteien sind dann gleich frauenfeindlich. Ihr Kalkül ist dabei, daß sie auf diese Weise mal wieder drum herum kommt, klar Farbe zu bekennen, wo feministische Positionen noch am ehesten aufgehoben sind.

In eurer Erklärung formuliert ihr eine Alternative zur Initiative vom Alice Schwarzer, die ich problematisch finde. „Laßt uns die jetzt in Gang gekommene Diskussion im gesellschaftlichen Raum, mit den Kirchen, um die Frage der Gen- und Reproduktionstechniken etc. nutzen und vorantreiben." Du hast selbst ja eben auch schon andere Schwerpunkte gelegt.

Das zeigt den Kompromißcharakter dieses Papiers. Ich bin damit auch nicht voll zufrieden. Für mich heißt das nur, die Debatte auch mit Kirchenfrauen (nicht mit Höffner), die durch den Streichungsbeschluß begonnen hat, weiterzuführen.

Es mag aber sein, daß die Frauen, die das unterschrieben haben, da unterschiedliche Zielsetzungen mit verbinden. Frauen wie Marie-Luise Beck-Oberdorf z.B. tendiert dahin, durch die Einbeziehung der Problematik von Gen- und Reproduktionstechniken in die Diskussion auch die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Frau und die moralischen Aspekte des § 218 erneut in die Diskussion zu bringen.

GRÜNE Frauen gegen eine Verfassungsklage gegen das Abtreibungsverbot zum momentanen Zeitpunkt

In einem Manifest ruft Alice Schwarzer zu einer Verfassungsklage gegen das Abtreibungsverbot auf. In einer Stellungnahme wenden sich Marie-Luise Beck-Oberdorf, Verena Krieger, Christa Merkel, Tamara Tschikowani, Waltraud Schoppe, Marie-Theres Knaepper, Barbara Bussfeld, Dagmar Kampf, Rita Werkmeister und Andrea Müller gegen das Emma-Manifest und erklären:

Die von Alice Schwarzer zum Wahlprüfstein erhobene Forderung an die Parteien, gegen den bestehenden § 218 vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, finden wir zum jetzigen Zeitpunkt falsch. Darüberhinaus empfinden wir die politische Stoßrichtung des Manifests als zu defensiv, da es die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 nicht explizit enthält.

Wir gehen davon aus, daß sich unsere politische Aufmerksamkeit zunächst in die Gesellschaft richten muß, und daß wir dort für einen breiten Konsens werben müssen, der die Streichung beinhaltet. Bevor wir mit einer Revision der Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung rechnen können, brauchen wir die Organisation einer Kampagne und den politischen Druck einer starken Bewegung, die sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Parlamente artikuliert. Laßt uns die jetzt in Gang gekommene Diskussion im gesellschaftlichen Raum, mit den Kirchen, um die Frage der Gen- und Reproduktionstechniken etc. nutzen und vorantreiben.

Der Gang zum Bundesverfassungsgericht könnte zu diesem Zeitpunkt nur mit einer Niederlage enden. Dieser Gang würde implizieren, daß wir die Rechtsprechung des Gerichts auch als oberste Instanz anerkennen. Es ist zu befürchten, daß die Rechte diese

chung des Gerichts auch als oberste Instanz anerkennen. Es ist zu befürchten, daß die Rechte diese

Klage zum Anlaß nehmen könnte, die bestehende Indikationslösung weiter zuungunsten der Frauen zu verschieben.

Alice Schwarzers Versuch, mit einer Nacht- und Nebel-Aktion ihren Vorschlag ohne breite Beratung mit Gruppen der Frauenbewegung in die öffentliche Debatte zu werfen, empfinden wir als erpresserisch. Wir wehren uns gegen die von ihr aufgebaute Koppelung, daß nur diejenigen Frauen ernsthafte Streichungsbefürworterinnen seien, die nun ihren Vorschlag folgen und zum BVG gehen.

Wir Frauen in den GRÜNEN haben nach einer langen und mühevollen Diskussion die Forderung nach der Streichung des § 218 in der grünen Partei verankert und damit auch die gesellschaftliche Debatte neu entfacht. Deshalb ziehen wir uns den Schuh nicht an, wir seien von Alice Schwarzer als Zauderinnen entlarvt.

(Pressedienst der Grünen Nr. 141/86, 5.10.86)

Erklär das mal genauer.

Durch die Gen- und Reproduktionstechnik, durch die Experimente mit Embryos wird die Frage aufgeworfen, wie schützenswert ist dieser Embryo, ist das Leben überhaupt. Selbstbestimmungsrecht der Frau und Schutz des Lebens werden miteinander konfrontiert, und es wird gefragt, hat die Frau auch im Falle der Gen- und Reproduktionstechniken das Recht, mit ihrem Körper zu machen, was sie will, ihren Körper z.B. auch diesen Experimenten auszuliefern. Diese Problematik aber in Zusammenhang mit dem § 218 zu bringen, das halte ich für vollkommen verkehrt.

Ich auch. Vielen Dank für das Gespräch.

Aus: "Bavaria Grün" (4/86); Wahlkampfzeitung der Grünen/Bayern

DIE CSU LÜGT...

...wenn sie verbreitet, wir seien für Abtreibung

1.
Wir treten ein für den Schutz des geborenen und ungeborenen Lebens.

2.
Der Strafrechtsparagraph 218 hat noch niemals Leben geschützt. Wo er liberalisiert wurde, wie z.B. in Norwegen, sanken die Abtreibungszahlen.

3.
Der Paragraph 218 straft und schikaniert in Not geratene Frauen. Das wollen wir nicht.

4.
Wir wollen mehr Aufklärung, bessere soziale Absicherung von Müttern und Vätern, bedarfsgerechtes Kindergeld und eine kinderfreundliche Gesellschaft. Das hilft.

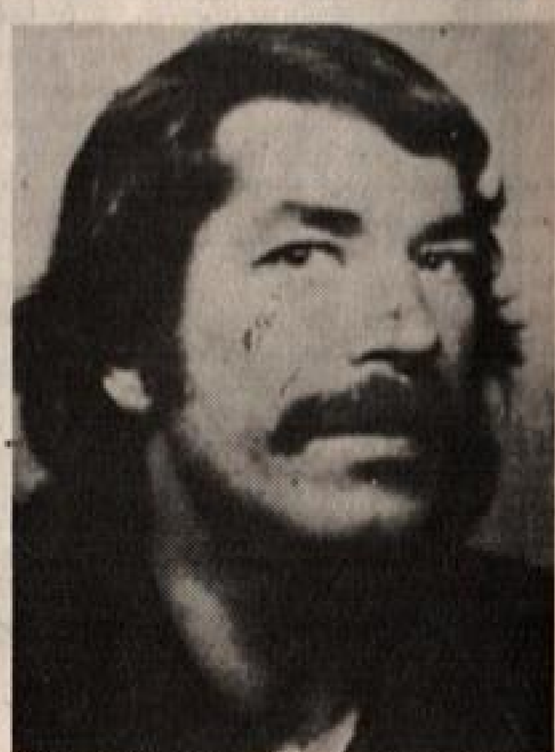
5.
Die CäSIUm-Politiker, die unsere Kinder im radioaktiven Regen stehenließen, wollen weiter ungestört Atompolitik betreiben. Deshalb die Verleumdung, die inzwischen vom Landgericht Regensburg untersagt wurde.

6.
Die Wählerinnen und Wähler wollen Information und Diskussion – keine schwarzen Angstkampagnen, kein Dreinreden von oben. Es geht nicht um die Macht, es geht ums Leben.

Neuer Geheimdienstskandal im Mordfall Schmücker

Was drei Gerichten in den vergangenen 12 Jahren nicht gelungen ist, will der „Spiegel" nun endlich geschafft haben: die Aufklärung des Mordes an Ulrich Schmücker und des mehr als undurchsichtigen geheimdienstlichen Hintergrundes dieses Falles. In der Ausgabe vom 29.9. wußte der „Spiegel" zu berichten: Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz hätte einen V-Mann auf die „Wolfsburger Gruppe" angesetzt, die später wegen dieses Mordes angeklagt worden ist. Der Name des V-Mannes: Volker Weingraber — ein Mann, der nach bisheriger Sicht eine Nebenrolle gespielt hat, noch während der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft untergetaucht war und seitdem unauffindbar ist. Weingraber soll noch in der Tatnacht im Juni 1974 die Tatwaffe von dem Todesschützen aus der Wolfsburger Gruppe bekommen haben und ... die Waffe *„etwa 20 Minuten nach Mitternacht"* an den Berliner Verfassungsschutzmann Grünhagen übergeben haben. *„Makabre Szene"*, findet der „Spiegel", *„ein Verfassungsschützer übernahm die Mordwaffe, als das Opfer im Grunewald noch atmete"*. Schmücker starb kurz vor 1 Uhr. Bis heute — so der „Spiegel" weiter — verwahre der Verfassungsschutz die Waffe in einem Panzerschrank. Um die Kripo auf die richtige Spur zu setzen, habe der Verfassungsschutz dann die Ermittlungen aus dem Hintergrund gesteuert.

Können damit die Akten im Fall Schmücker endgültig geschlossen werden? Wir berichten über das Urteil im dritten Durchgang des Schmückerprozesses, über das Tauziehen um weitere Haftverschonung für Ilse Schwipper, über eine Schlappe des Verfassungsschutzes vor dem Verwaltungsgericht, über die merkwürdigen Ansichten eines Staatsanwaltes zum Schmückerprozeß und wir versuchen, Bedeutung und Auswirkung des durch die „Spiegel"-Veröffentlichung ausgelösten Skandals einzuschätzen.



Volker Weingraber — V-Mann des Verfassungsschutzes?

Ein Ende mit Schrecken ...

Am 3. Juli dieses Jahres — es war der 391. Verhandlungstag im dritten Durchgang des Prozesses — sprach das Gericht völlig überraschend das Urteil: Ilse Schwipper erhielt wieder eine lebenslange Freiheitsstrafe, die anderen vier Angeklagten Jugendstrafen zwischen vier und acht Jahren. Das Urteil wurde in Abwesenheit aller Angeklagten verkündet.

Bei der Verurteilung ging das Gericht von derselben Version aus, die bereits in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 1975 ausgebreitet wird und sich hauptsächlich auf die Angaben des ehemaligen Mitgliedes der Wolfsburger Gruppe, Jürgen Bodeux, stützt. Sie lautet — zur Erinnerung kurz zusammengefaßt — wie folgt: Schmücker, der nach seiner Verhaftung Anfang der 70er Jahre gegenüber dem Verfassungsschützer Grünhagen belastende Angaben über Miglieder der „Bewegung 2. Juni" gemacht hatte, habe nach seiner Entlassung wieder Anschluß an die „linke Szene" in Berlin gesucht. Unter dem Vorwand, ihm dabei behilflich zu sein, habe die Wolfsburger Gruppe — deren

Szene" in Berlin gesucht. Unter dem Vorwand, ihm dabei behilflich zu sein, habe die Wolfsburger Gruppe — deren

Mitglied Ilse Schwipper Kontakt zu Leuten aus der „Bewegung 2. Juni" gehabt haben soll — mit Schmücker eine Art Tribunal veranstaltet, bei dem er Fragen zu seiner Aussagebereitschaft gegenüber Verfassungsschutzämtern zu beantworten gehabt hätte. Tatsächlich habe man geplant, Schmücker als „Verräter" hinzurichten. Ilse Schwipper und Jürgen Bodeux sollen einen Tatort im Berliner Grunewald ausgesucht und Schmücker dort zu einem Treffen hinbestellt haben. Als Schmücker am späten Abend des 4. Juni 1974 dann tatsächlich aufgetaucht sei, sei er von einem anderen Mitglied der Wolfsburger Gruppe erschossen worden. Der Täter sei mit dem Wagen von Volker Weingraber zum Bahnhof Zoo gefahren, habe die Tatwaffe im Wagen liegen lassen und sei in den Zug Richtung Wolfsburg eingestiegen.

Beweise hatte man nicht: die Tatwaffe war verschwunden, Volker Weingraber auch, die Angeklagten schwiegen, Tatzeugen gab es nicht, es war noch nicht einmal festzustellen, ob der angebliche Todesschütze überhaupt in Berlin gewesen ist. Alles kam also auf die Glaubwürdigkeit von Bodeux an.

Bereits während des ersten Schmückerprozesses kamen bei den Verteidigern Zweifel daran auf, ob Bodeux seine Aussagen wirklich so aus freien Stücken gemacht hatte, wie er behauptete. Nach und nach verdichtete sich der Verdacht, daß Bodeux bereits vor seiner Verhaftung, ja bereits vor der Tat für den Verfassungsschutz gearbeitet und auf die Wolfsburger Gruppe „angesetzt" worden ist. Ein agent provcateur also, der — nach seinen eigenen Angaben — an einem Mord mitgewirkt hat? Diese Frage stand fortan im Mittelpunkt aller drei Prozesse. Stück für Stück kam heraus, daß bei verschiedenen Staats- und Verfassungsschutzbehörden geheime Akten über Bodeux geführt wurden. Doch die Behörden mauerten: Zum „Wohle des Landes bzw. des Bundes" dürften die Akten nicht dem Gericht vorgelegt werden. Auch Berliner Verfassungsschutzbeamte mußten mehr über die Hintergründe des Schmückermordes wissen. Immerhin war inzwischen nämlich nicht mehr zu bestreiten, daß Schmücker seinerseits noch bis zu seinem Tode Kontakt zu diesem Geheimdienst gehabt und dort auch gemeldet hat, er fühle sich bedroht. Aus Dokumenten, die dem Journalisten Stefan Aust im Jahr 1980 zugespielt worden sind (und deren Echtheit bis heute zweifelhaft ist), geht sogar hervor, daß das Treffen in der Nacht des 4. Juni, bei dem Schmücker erschossen wurde, vom Verfassungsschutz observiert worden ist. Geheimakten und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die hierüber hätten Aufschluß geben können, wurden ebenfalls „zum Wohle des Landes" nicht als Beweismittel zur Verfügung gestellt.

In etwa 20 Fällen erhoben die Verteidiger Klagen vor den Verwaltungsgerichten, um die Erteilung von Aussagegenehmigungen bzw. die Herausgabe von Akten zu erzwingen. Meistens jedoch ohne Erfolg.

Sowohl die 7. als auch die 9. Strafkammer des Landgerichts Berlin, bei denen der erste bzw. zweite Durchgang des Strafverfahrens verhandelt wurde, gaben sich schließlich mit der von Bodeux gelieferten Version zufrieden und zeigten kein Interesse, die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall weiter aufzuklären. Man war sich über das Dilemma im klaren, in das man geraten würde, sollte sich Bodeux als geheimer Mitarbeiter des Geheimdienstes erweisen: Entweder müßte man dann, Bodeux' Aussage folgend, den Verfassungsschutz der unmittelbaren Beteiligung an dem Mord beschuldigen oder aber man müßte die ganze Anklage fallenlassen und Bodeux für unglaubwürdig erklären.

Doch der Bundesgerichtshof fand sich beide Male nicht bereit, die Gerichte aus diesem Dilemma zu erlösen und hob die Urteile mit der Begründung auf, die Vergangenheit von Bodeux, insbesondere seine Beziehungen zu Staats- und Verfassungsschutzbehörden seien nicht genügend aufgeklärt worden.

Die im dritten Durchgang zuständige 13. Strafkammer schien es zunächst ernster mit ihrer Aufklärungspflicht zu nehmen. Doch das Verfahren geriet immer mehr zu einem Faß ohne Boden. Immer wieder gelang es den Verteidigern, neue Hinweise auf bisher geheimgehaltene Akten, auf bislang unbekannte Zeugen oder Ungereimtheiten und Widersprüche in den Aussagen bereits vernommener Zeugen aufzudecken. Nach etwa vierjähriger Verhandlungsdauer verstärkte sich zunehmend der Eindruck, das Gericht wolle das Verfahren nur noch so schnell wie möglich zu Ende bringen. Beweisanträge der Verteidigung wurden immer häufiger und mit immer absurderen Begründungen abgelehnt. Der Text einer schriftlichen Ablehnungsbegründung stammte nachweislich aus einem bereits vorgefertigten Urteilsentwurf, was nur notdürftig mit Hilfe von „Tipp-Ex" kaschiert werden konnte. Ein Befangenheitsantrag gegen das Gericht blieb allerdings ohne Erfolg.

Die Vermutung der Verteidigung, daß das Urteil längst feststand, bestätigte sich am Tag der Urteilsverkündung. Nachdem die Verteidiger ihre Plädoyers unterbrochen hatten, um weitere Beweisanträge vorzubereiten, zog sich das Gericht für zwanzig Minuten „zur Beratung" zurück, um dann, für alle Prozeßbeteiligten völlig überraschend, das Urteil zu verkünden. Die mündliche Urteilsbegründung dauerte eineinhalb Stunden. Die Angeklagten haben wieder Revision eingelegt.

Bundesverwaltungsgericht: Sperrerklärung für Verfassungsschutzakten war rechtswidrig

Die Urteilsbegründung kam auch deswegen so unvorhergesehen, weil für den 8. Juli, also fünf Tage später, ein Termin beim Bundesverwaltungsgericht anberaumt war, bei dem es in letzter Instanz darum ging, ob das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz bestimmte Akten über den Fall Schmücker zu Recht „gesperrt" hatte. Die Strafkammer war von diesem Termin unterrichtet und hatte den Verteidigern zugesagt, diese Entscheidung abzuwarten. Hing die plötzliche Eile etwa mit einer „bösen Vorahnung" zusammen, das Bundesverwaltungsgericht könnte diesmal vielleicht der Klage stattgeben und damit dem Strafverfahren womöglich eine neue Wendung geben?

Tatsächlich verkündete das Bundesverwaltungsgericht dann am 2. September — also zwei Monate nach der Verurteilung — eine sensationelle Entscheidung: Die jahrelange Geheimhaltung der Schmücker-Akten durch das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz war rechtswidrig. Aus diesen Akten soll hervorgehen, so vermuten die Verteidiger, mit wem aus dem Landesamt Schmücker kurz vor seinem Tod Kontakt hatte und ob, bis wann und von wem er observiert worden ist. Das Landesamt verweigerte die Herausgabe dieser Akten mit dem Argument, durch die Offenlegung würden „nicht wiedergutzumachende Nachteile" entstehen, weil dadurch die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes bekannt würde. Durch zwei Instanzen ist diese Haltung bestätigt worden. Erst das Bundesverwaltungsgericht ließ diese Argumente nicht gelten. Ob die Akten allerdings aus anderen Gründen — etwa weil die Offenlegung noch lebende Informanten gefährden würde — „gesperrt" werden dürften, ließ das Bundesverwaltungsgericht offen. Somit kommt dem Urteil zwar insofern eine prinzipielle Bedeutung zu, weil nunmehr höchstrichterlich auch für Geheimdienste eine konkrete Begründungspflicht für ihre Geheimhaltungsinteressen gefordert wird. Das Argument, man wolle sich nicht in die Kar-

dungspflicht für ihre Geheimhaltungsinteressen gefordert wird. Das Argument, man wolle sich nicht in die Kar-

ten gucken lassen, reicht nicht aus. Inwieweit das Urteil aber für die Revisionsinstanz im Schmückerprozeß bzw. für einen eventuellen vierten Durchgang positive Auswirkungen hat, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Den Behörden stehen noch Argumentationsspielräume offen und erfindungsreich ist man im „Fall Schmücker" schon immer gewesen ...

„Spiegel"-Veröffentlichung — vom Geheimdienst lanciert?

Nach der Veröffentlichung des „Spiegel" läßt sich bereits erkennen, daß nun eine neue Argumentationslinie die weitere Geheimhaltung des geheimdienstlichen Wissens rechtfertigen soll. Die AL Berlin hatte eine Große Anfrage im Abgeordnetenhaus eingereicht, um den Innensenator zur Stellungsnahme zu der „Spiegel"-Veröffentlichung zu bewegen. Aber Kewenig wich aus. Wie zuvor schon auf einer geheimen Sitzung des Innenausschusses lehnte er auch gegenüber dem Parlament jede inhaltliche Stellungnahme ab. Stattdessen zählte er die von 1974 bis heute begangenen „terroristischen Gewalttaten" auf und bescheinigte dem Verfassungsschutz *„nach bestem Wissen und Gewissen"* gearbeitet und auch im Fall Schmücker *„die Aufklärung des Verbrechens mit seinen Möglichkeiten unterstützt"* zu haben. Und siehe da: Zur *„Abschottung des Gesamtkomplexes Schmücker"* taucht jetzt das Argument auf, es gehe *„um Leib und Leben bestimmter Mitarbeiter des Verfassungsschutzes"*. So kann man aus einem Skandal auch noch seinen Nutzen ziehen ...

Überhaupt stellt sich die Frage, ob die Veröffentlichung des „Spiegel" nicht in erster Linie den Nutzen hat, den Abschluß des „Gesamtkomplexes Schmücker" mit einem für den Verfassungsschutz vergleichsweise glimpflichen, für die Angeklagten dafür umso verheerenderen Schaden vorzubereiten.

Es fällt nämlich auf, daß die jetzt veröffentlichte Version sich nahtlos in Bodeux' Darstellung einfügt, sich damit also auch zwanglos in die dem Urteilsspruch zugrundeliegenden „Feststellungen über den Tathergang" integrieren ließe. Und vor allem: Diese Version erlöst die Gerichte endlich aus dem oben beschriebenen Dilemma. Man könnte jetzt mit erheblich weniger Skrupel zugeben, daß der Verfassungsschutz tatsächlich durch einen V-Mann an der Wolfsburger Gruppe „dran" war, nur daß dieser V-Mann nicht Bodeux, sondern Weingraber heißt. Weingraber hat nämlich gegenüber Bodeux den „Vorteil", daß er —

Staatsanwalt Kalf zum Prozeßverlauf:

Staatsanwalt Kalf zum Prozeßverlauf:

„Merkwürdig, unschön, aber rechtsstaatlich"

Wenige Tage nach der Urteilsverkündung gab es eine Live-Diskussion im Südwestfunk. Dort hat ein Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft — der in den letzten fünf Jahren so schweigsame Staatsanwalt Kalf — das Prozeßende aus seiner Sicht kommentiert. Der Ausgewogenheit halber hier einige Zitate:

„Dieser Prozeß enthält für den Außenstehenden viele Merkwürdigkeiten... Ich gehe davon aus, daß... bisher immer gesagt worden ist als dienstliche Erklärung des Landesamtes für Verfassungsschutz und des zuständigen Innensenators, es gibt keine Unterlagen mehr, die geeignet sind, die Angeklagten zu entlasten. Das kann man glauben oder nicht glauben, das Problem ist auch für die Staatsanwaltschaft ... Was ein Minister sagt, das glauben wir erstmal, es sei denn, wir wissen das Gegenteil... Selbstverständlich ist es für die Justiz schlecht, wenn die Innenbehörde — sei es Polizei, sei es Geheimdienst — bestimmte Unterlagen zurückhält. Aber da gibt es Notwendigkeiten, die im Augenblick hier noch nicht angesprochen werden können... Was ist ein Geheimdienst wert, wenn er seine Unterlagen herausgeben muß?"

Auf die Frage des Moderators, wer hier eigentlich „Herr des Verfahrens" war und ist, erklärte Staatsanwalt Kalf dem naiven Laien: *„Das grundsätzliche Problem ist, daß das Gericht tatsächlich von der exekutiven Seite sehr massiv behindert wird... Ich bin auch (!) hilflos, ich hänge in der Luft, bin von anderen abhängig."*

Daß Beweismittel verschwanden und ebenso eine Ermittlungsakte zum Meineidsverfahren gegen einen VS-Zeugen, findet Kalf weniger dramatisch: *„Es gibt zahllose Merkwürdigkeiten, die man aber aufgrund des Umfanges des Verfahrens zum großen Teil zumindest mit — ja, sagen wir: Schlampigkeiten, Fehlern Einzelner erklären kann... In einem großen Verfahren kann einiges schief gehen. Warum soll nicht auch einmal eine Akte verloren gehen?"*

Auf die Frage, ob das Gericht auf einen wichtigen Zeugen zu Bodeux''s Rolle im Raubmord Porz aus dem Jahr 1973 — diese Rolle ist nie aufgeklärt worden, was den Verdacht nahelegt, die Ermittlungsbehörden hätten hier ein Auge zugedrückt, um dadurch Bodeux zur Zusammenarbeit mit dem VS zu motivieren — verzichten durfte, indem es diesem Zeugen von vornherein einen Irrtum **unterstellte**, antwortete Kalf: *„Das ist eine der Merkwürdigkeiten des Prozesses, gebe ich zu, aber ich glaube, wir kommen jetzt langsam an eine grundsätzliche Frage: Wir sprechen jetzt über einen unaufgeklärten Raubmord in Porz. Nur, nach einer Weile, nach — sagen wir etwa — drei Jahren oder vier Jahren des Prozesses ist die Frage gewesen: Was ist hier noch aufzuklären, in wie weit verästelt man sich und kommt jetzt vom eigentlichen Thema Schmücker-Mord ganz woanders hin. Irgendwo geht es nicht weiter... irgendwann muß mal Schluß sein, es sei denn, man prozessiert ad infinitum, und dann kommt die Frage, ob das Verfahren überhaupt noch justiziabel ist, wenn man zwanzig Jahre verhandeln würde und dann sagt: nun geht''s nicht mehr, nun ist die Aufnahmefähigkeit der Richter erschöpft, nun werden die Richter krank und die Angeklagten sterben, keiner weiß mehr worum es geht, das Verfahren wird eingestellt."*

Zur „Tipp-Ex-Affäre" erklärte er: *„Natürlich ist das auch eine Sache, die mir nicht gefällt. Ich als Staatsanwalt sage genauso: sowas Unschöres, möglicherweise Fehlerhaftes, möglicherweise Rechtswidriges... Aber es kommt nun mal vor."*

Trotz alledem: *„Wir sind immer noch davon überzeugt, daß die Angeklagten die Tat begangen haben und daß dieses Verfahren zwar mit Merkwürdigkeiten, mit Fehlern und zum Teil mit für die Justiz nicht ganz ausreichenden oder vollständigen Unterlagen durchgeführt worden ist, daß das Verfahren insgesamt aber rechtsstaatlich war und daß das Verfahren ausreicht, um die Angeklagten des gemeinschaftlichen Mordes zu überführen."*

Fassen wir also zusammen:
— Das Urteil beruht auf „Merkwürdigkeiten", „Fehlern", „Schlampigkeiten", „Unschönheiten".
— Das „grundsätzliche Problem": Das Gericht war bei der Beweisaufnahme „ohnmächtig" und vom Diktat des Verfassungsschutzes „abhängig".
— Noch ein „grundsätzliches Problem": Einmal muß Schluß sein mit dem Skeptizismus, auch wenn noch so viel im Dunkeln liegt.
— Ob die verstrickten Behörden und also auch der Kronzeuge glaubwürdig sind, ist dem Wahrheitsbeweis entzogen und eben nur eine Glaubensfrage, deren Antwort vom allgemeinen (blinden) Vertrauen in diesen unseren Staat abhängt.
— somit ist die Sache für den Staatsanwalt klar: Das Verfahren war unschön, aber rechtsstaatlich und jedenfalls im (vorläufigen?) Ergebnis richtig.

Doch der treue Staatsdiener Kalf ahnt Böses: *„Das Verfahren ist noch nicht zu Ende. Wir sitzen heute vielleicht nicht zum letzten Mal hier. Angenommen, der Bundesgerichtshof hebt vielleicht im nächsten Jahr das Urteil auf, ...angenommen, es wird vielleicht im Jahre 1987 oder 88 ein vierter Durchgang beginnen, der sich vielleicht dann auf fünf- oder sechshundert Verhandlungstage bis zum Jahre 1995 hinzieht, dann ist wirklich die Frage, ob die Menschenrechtskonvention wegen der überlangen Dauer des Verfahrens hier eine Einstellung fordert."*

Fortsetzung nächste Seite

Ilse Schwipper droht erneute Inhaftierung

Auch wenn das Verfahren vielleicht nicht mehr ,,justiziabel'' ist, wie StA Kalf meint (siehe Kasten), jedenfalls soll Ilse Schwipper weiter ,,büßen''. Wegen angeblicher, allein mit der Verurteilung begründeter ,,Fluchtgefahr'' will die Staatsanwaltschaft Ilse Schwippers Haftfähigkeit feststellen lassen.

Ilse Schwipper ist im Frühjahr 1982, während des dritten Schmücker-Prozesses, nach fast 8jähriger Untersuchungshaft entlassen worden. Allerdings blieb der Haftbefehl bestehen, nur der Vollzug mußte nach langem Ringen schließlich wegen Ilse Schwippers akut lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes ausgesetzt werden. Sie erhielt strenge Auflagen — zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, jede Reise aus Berlin heraus bei Gericht genehmigen lassen — die sie nun seit über vier Jahren einhält. Dennoch beantragte die Staatsanwaltschaft unmittelbar nach der Urteilsverkündung, Ilse Schwipper durch einen Gutachter auf ihre Haftfähigkeit untersuchen zu lassen, damit der Haftbefehl wieder vollzogen werden kann. Dies, obwohl die Staatsanwaltschaft damit rechnet, daß das Urteil möglicherweise wieder vom Bundesgerichtshof aufgehoben wird und eine neue Verhandlung wiederum viele Jahre dauern würde, und obwohl Ilse Schwipper ohnehin schon die längste Untersuchungshaft hinter sich hat, die je in der Bundesrepublik vollzogen wurde.

Als der gerichtlich bestellte Gutachter, der renommierte Professor für forensische Psychiatrie Dr. Cabanis, nicht zum von der Staatsanwaltschaft gewünschten Ergebnis kam, nahm die Staatsanwaltschaft noch einen weiteren Anlauf. Das Gutachten sei ungenügend, deshalb müsse ein zweites Gutachten her. Doch die 13. Strafkammer bescheinigte dem Gutachter die ,,denkbar beste Sachkunde'' und lehnte den Antrag der Staatsanwaltschaft ab. Diese verfolgte jedoch hartnäckig ihr Ziel weiter und legte Beschwerde beim Kammergericht ein. Hier konnte sie sich gute Chancen ausrechnen, denn das Kammergericht hatte in den Jahren 1981/82 alles getan, um Ilse Schwippers Haftentlassung zu verhindern.

Aber auch das Kammergericht ließ die Staatsanwaltschaft abblitzen. Der Beschluß könnte sich allerdings für Ilse Schwipper als ein Pyrrhussieg erweisen. Das Kammergericht argumentiert nämlich, die Beschwerde der StA sei deswegen unbegründet, ,,*weil entgegen der von dem Sachverständigen Prof. Dr. Cabanis in seinem Gutachten vom 23. Juli 1986 gestellten Diagnose keine Zweifel an der Haftfähigkeit der Angeklagten bestehen*''. Mit anderen Worten: Das Gutachten soll die Staatsanwaltschaft bei dem Ziel, Ilse Schwipper wieder zu inhaftieren, gar nicht stören. Demnach könnte die StA jetzt direkt beantragen, den Haftbefehl wieder in Vollzug zu setzen. Die Frage würde dann lauten, ,,*ob sich die Fluchtgefahr aufgrund der erneuten Verurteilung der Angeklagten trotz ihres bisherigen Verhaltens während der vierjährigen Haftverschonung und der angeblich günstigen Aussichten ihrer Revision so erhöht hat, daß der Haftbefehl wieder in Vollzug zu setzen ist*'', belehrt das Kammergericht die Staatsanwaltschaft.

Bislang hat die Staatsanwaltschaft keinen entsprechenden Antrag gestellt. Ob dies bereits ein Erfolg der Bemühungen ist, die politischen Instanzen unter Druck zu setzen, damit diese die Staatsanwaltschaft anweisen, keine weiteren Anträge zu stellen, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls sind weitere Anstrengungen in diese Richtung dringend erwünscht, zumal Justizsenator Scholz auf eine kleine Anfrage der AL erklärt hat, die Verfahrensweise der Staatsanwaltschaft gebe ,,*keinerlei Anlaß für Beanstandungen*''. Oberster Dienstherr der Staatsanwaltschaft und Adressat entsprecheder Aufforderungen ist:

Senator für Justiz
Prof. Dr. Rupert Scholz
Salzburger Str. 21
1000 Berlin 62

Stammheim — zum Zweiten

Ein niederländischer Anwalt korrigiert die herrschende Meinung

Daß Stefan Austs ,,Baader-Meinhof-Gruppe'' nicht alles gewesen sein konnte — wer hatte das nicht gehofft. Prompt nach Erscheinen des Aust-Titels suchte das Westdeutsche Irland-solidaritätskomitee (WISK) denn auch in der taz nach finanziellen Unterstützern für ein Buchprojekt ,,Das andere Stammheim''. Der Titel ist, unpünktlich zur Buchmesse, jetzt erschienen: im kleinen aber ambitionierten Neuen Malik Verlag. Schon ein erster Blick ins Buch macht den Unterschied zum anderen deutlich. Die 530 Seiten Text werden durch 130 Seiten eng bedruckte Anmerkungen und Literaturverzeichnis ergänzt. Piet Bakker Schut, der in Holland Knut Folkerts, Christoph Wackernagel und Gerd Schneider vertreten hat, derzeit Anwalt auch von Adelheid Schulz ist, hat ein wissenschaftliches Buch geschrieben, ohne allerdings suggerieren zu wollen, er sei ein an den Verfahren Unbeteiligter. ,,Teilnehmende Beobachtung'' nennt er sein Schreibverfahren. Das größte Kapital seines Buches ist dabei, daß ihm die kompletten 14.000 Seiten Protokoll des Verfahrens gegen ,,Baader u.a.'' zur Auswertung zur Verfügung standen, die öffentlich kaum zugänglich sind und von ihm daher an einigen Stellen ausführlich zitiert werden.

Bakker Schuts Buch konzentriert sich auf das Prozeßgeschehen — die Entstehung der RAF, das politische Vorfeld wird nur am Rande thematisiert. Das ist schade, gerade weil an diesen Passagen von Austs Buch erhebliche Kritik geübt wurde. Die Behandlung der Gefangenen durch die Justiz, der Druck, der auf ihre Anwälte ausgeübt wurde, wird dagegen minutiös nachgezeichnet und bewertet. Bakker Schut orientiert sich dabei an den Kategorien von Otto Kirchheimers Standardwerk ,,Politische Justiz'': Politische Justiz habe nicht nur zum Ziel ,,*die Bejahung und Bekräftigung des gesellschaftlichen Ordnungssystems vermittels der öffentlichen Gerichtsverhandlung*'', sondern sie beabsichtige mehr noch ,,*die wie auch immer geartete Beeinflussung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse*''. Damit ist Bakker Schut bei seinem eigentlichen Thema: nachzuweisen, daß die Justiz in Stammheim als ,,*Instrument der präventiven Konterrevolution*'' eingesetzt wurde. Ein wichtiger Baustein, der diese These stützen soll, ist dabei die Behauptung, daß ,,*die RAF als kleine, aber militante Guerillaorganisation u.a. aufgrund von Meinungsumfragen als ernstzunehmende potentielle Bedrohung der bestehenden Machtverhältnisse gesehen wurde*'' (S.181) und deshalb Ziel der Aburteilung der inhaftierten RAF-Mitglieder die ,,*Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse*'' sein sollte. Obwohl die RAF zumindest in ihrer Anfangsphase tatsächlich über mehr Sympathisanten verfügte als heute — Bakker Schut zitiert eine Emnid-Umfrage von 1971, nach der sich 10 Prozent der Befragten als Sympathisanten einstuften — erscheint Bakker Schuts Einschätzung des von der RAF ausgehenden Bedrohungspotentials durchaus euphemistisch. Überhaupt fällt auf, daß zwischen der gründlichen und spannenden Analyse der Maßnahmen des Herrschaftsapparats gegen die RAF und der eher oberflächlichen Auseinandersetzung mit den RAF-Strategien (z.B. dem Einsatz des Hungerstreiks) eine deutliche Diskrepanz besteht. Das schmälert den Wert des materialreichen Buches als Analyse des politischen Prozesses, der in Stammheim geführt wurde, aber nur wenig. Weitaus wichtiger scheint mir, daß Bakker Schut eben nicht bei einer moralischen Kritik des Verfahrens oder bei einer Ablehnung eines Bündels von Einzelmaßnahmen stehen bleibt, sondern daß es ihm gelingt, den systematischen Zusammenhang der zahlreichen während des Verfahrens beschlossenen ad-hoc-Gesetze herauszuarbeiten und die Schwierigkeiten der Verteidiger in diesem Prozeß zu beschreiben. Ausführlich beschäftigt er sich dabei mit dem ,,Info-System'', das in der Anfangsphase des Prozesses von den Anwälten benutzt wurde, um den Gefangenen eine Kommunikation untereinander trotz der Isolationshaft zu ermöglichen und Verteidigungsstrategien zu entwickeln.

Etwas enttäuschend fällt im Vergleich zu den Analysen des rechtspolitischen Geschehens die Beschäftigung mit der Frage ,,Mord oder Selbstmord'' aus: anders als Aust geht Bakker Schut zwar nicht von vornherein von der Richtigkeit der Selbstmordthese aus, er beschränkt sich aber darauf, nur einige der ,,bis heute nicht aufgeklärten Widersprüche'' aufzulisten — neuere Quellen werden von ihm nicht herangezogen, auf das Aust Buch geht er genausowenig ein, wie auf die neuen Mysterien um die Spur 6. ...

Fassanbass



Fortsetzung von vorheriger Seite

bar beste Sachkunde'' und lehnte den Antrag der Staatsanwaltschaft ab. Diese verfolgte jedoch hartnäckig ihr Ziel weiter und legte Beschwerde beim Kammergericht ein. Hier konnte sie

lancieren.''

Umgekehrt muß man sich die ,,klei-

Senator für Justiz
Prof. Dr. Rupert Scholz
Salzburger Str. 21
1000 Berlin 62

Hausdurchsuchungen in Bielefeld

Die am 8.10.86 in Bielefeld durch Bun- den auch Sprengschachtanlagen der die Bundesanwaltschaft als Vorwand

Fortsetzung von vorheriger Seite

immer auf der Basis der bisherigen ,,Feststellungen'' — an dem Mord selber nicht direkt beteiligt war und — nach der Version im ,,Spiegel'' — noch nicht einmal von dem Mordplan gewußt hat. Erst durch die Übergabe der Tatwaffe sei er in die Sache hereingezogen worden. Für den Verfassungsschutz bliebe der — wie gesagt: vergleichsweise glimpfliche — Vorwurf, **nachträglich** die Aufklärung des Mordes durch Unterdrückung eines wichtigen Beweismittels behindert zu haben. Darüberhinaus bliebe der — bereits vor der ,,Spiegel''-Veröffentlichung berechtigt erhobene — Vorwurf, das Berliner Landesamt habe Schmücker nicht geschützt, obwohl er sich bedroht gefühlt habe. Laut ,,Spiegel'' soll Schmücker zwar observiert worden sein, die Observation aber just an seinem Todestag abgebrochen worden sein. **Beseitigt wäre also der Vorwurf, der Verfassungsschutz sei über seinen V-Mann Bodeux direkt in den Mord verwickelt.** Denn der erscheint in der ,,Spiegel''-Geschichte als sauberer Genosse, der erst nach seiner Verhaftung ,,weich'' geworden ist, nachdem die Ermittlungsbehörden bereits Verdacht gegen die Wolfsburger Gruppe geschöpft hatten.

Es ist wie die Auflösung in einem spannenden und komplizierten Krimi: Da ist also der Zeuge, der so dicht am Tatgeschehen dran gewesen sein muß, daß er detailliert über den Tatbeitrag aller Angeklagten berichten kann und sich dabei selbst stark belasten muß, um glaubwürdig zu sein. Dadurch kann man die Täter überführen. Jetzt muß man nur noch erklären, warum sich die Geheimdienste die ganze Zeit so merkwürdig verhalten, als hätten sie etwas zu verbergen. Diese Erklärung gibt der ,,Spiegel''. Alle sagen ,,aha'' und sind zufrieden. Oder?

Die Verteidiger sind es nicht. Sie fragen in einer Presseerklärung: ,,*Warum erwähnt der ‚Spiegel'-Artikel mit keinem Wort die zahlreichen Indizien und Beweise, die er schon selbst mehrfach veröffentlicht hat, und die sogar der Prozeß selbst schon erbracht hat, daß der angebliche Mittäter Jürgen Bodeux bereits vor der Tat Kontaktmann des VS war? Warum stellt der ‚Spiegel' nicht die Frage, ob es denn denkbar ist, daß ein VS-Mitarbeiter — eben Bodeux — selbst maßgeblich an der Tat beteiligt gewesen wäre — wie es Bodeux ja dem Artikel zufolge gewesen sein soll? Dies nämlich wäre der größere Skandal, zu dessen Verschleierung es sich für den VS lohnen könnte, eine kleine Skandalgeschichte zu lancieren.*''

Umgekehrt muß man sich die ,,kleine Skandalgeschichte'' für die Angeklagten keineswegs — wie man auf den ersten Blick meinen könnte — ,,lohnen''. Gerne möchte man/frau glauben, wie der ,,Tagesspiegel'' in einem Kommentar die Sache sieht: ,,*Die Revision auch des dritten Urteils ... ist programmiert. Denn das Schweigen der Berliner Innenverwaltung, die offenbare Unfähigkeit, einer anscheinend auf Aktenkenntnis basierenden Veröffentlichung des Nachrichtenmagazins ‚Der Spiegel' zu widersprechen, läßt den vierten Schmücker-Prozeß unausweichlich erscheinen.*'' (Tsp. v. 5.10.).

Doch so eindeutig liegen die Dinge leider nicht. Zum einen geht es hier ja nicht um eine Beweismittelmanipulation **zu Lasten** der Angeklagten, sondern im Gegenteil darum, daß der Verfassungsschutz die Überführung der angeblich eben doch schuldigen Angeklagten behindert haben soll. Außerdem hat der für die Revision im Schmückerprozeß zuständige 5. Senat des Bundesgerichtshofes in einem anderen Fall entschieden, daß selbst Manipulationen zum Nachteil der Angeklagten kein Verfahrenshindernis darstellen, das zu einer Einstellung des Prozesses zwingen würde. Vielmehr müsse sich das Gericht dann mit den übrigen Beweismiteln abfinden. Ob diese dann zur Verurteilung ausreichen, ist eine ganz andere Frage. Dabei ist hier dann zum anderen zu bedenken, daß der BGH die beiden Schmücker-Urteile mit der Begründung aufgehoben hatte, Bodeux' Verbindungen zum Verfassungsschutz seien nicht genügend aufgeklärt worden. Auch in dieser Hinsicht, so befürchten die Verteidiger, könnte die ,,Spiegel''-Veröffentlichung auf eine ,,*Beeinflussung der Richter am Bundesgerichtshof*'' hinauslaufen, denen ,,*bedeutet werden soll, daß alle nicht zu übersehende Skandalosität in diesem Verfahren nichts an der angeblichen Schud der Angeklagten ändere*'', und die vor allem Glauben gemacht werden sollen, der ganze Verdacht gegen Bodeux sei eine falsche Fährte.

Eine erfolgreiche Revision ist also alles andere als ein Selbstgänger. Ob das Urteil gegen die Angeklagten rechtskräftig wird, wird nicht zuletzt an einer aufmerksamen Öffentlichkeit liegen, die auf eine Aufklärung aller geheimdienstlichen Machenschaften im Fall Schmücker drängt bzw. — wenn diese Aufklärung nicht erfolgt — eine Einstellung des Verfahrens fordert.

E., Hamburg

Hausdurchsuchungen in Bielefeld

Die am 8.10.86 in Bielefeld durch Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt Betroffenen gaben folgende Erklärung ab:

,,Am Mittwoch, dem 8. Oktober, drangen um 6 Uhr morgens Beamte des Bundeskriminalamts und der Bielefelder politischen Polizei in 16 Wohnungen von friedenspolitisch aktiven Bielefeldern ein. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen wurden u.a. Flugblätter, Broschüren, Tagebücher und persönliche Briefe beschlagnahmt. Alle Betroffenen wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung und zum Verhör ins Polizeipräsidium geschafft. Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft lautet ‚Sabotage an Verteidigungsmitteln'.

Die Vorgeschichte für die Großaktion des BKA ist schon zwei Jahre alt. Damals, im Herbst 1984, hatte die Friedensbewegung zu Manöverbehinderungen und einem Menschennetz im ‚Fulda Gap' aufgerufen. Ausgehend von fünf Friedenscamps mit etwa 1.500 Teilnehmern wurden vielfältige Aktionen durchgeführt: Neben Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung, Blockaden militärischer Einrichtungen und anderen Aktionen wurden auch Sprengschachtanlagen der Bundeswehr vorübergehend unbrauchbar gemacht. In einer Großdemonstration solidarisierten sich 40.000 Menschen mit den Campteilnehmern.

Ein Jahr später — im Herbst 1985 — wurden Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt wegen der Sprengschachtaktionen aktiv und durchsuchten die Wohnungen von etwa einem Dutzend Personen, darunter drei Bielefeldern. Die drei waren während der Vorbereitung der Fulda Gap-Aktionen in Informationsveranstaltungen öffentlich aufgetreten. Für die Bundesanwaltschaft offensichtlich Anlaß genug, ihnen auch die Beschädigung der Sprengschachtanlagen vorzuwerfen. Konkrete Belege, die zu ihrer Verdächtigung hätten führen können, konnten die Verantwortlichen nicht vorlegen. Daran änderten auch die Hausdurchsuchungen nichts.

Anstatt die Verfahren einzustellen, wurde mit der neuesten Aktion der Kreis der Verdächtigen ausgeweitet. Auch diesmal waren es keine konkreten Verdachtsmomente, die die Hausdurchsuchungen begründeten. Allein die Nennung im Tagebuch eines im letzten Jahr Durchsuchten mußte für die Bundesanwaltschaft als Vorwand herhalten, um gegen Personen aktiv zu werden, die z.T. nicht einmal im Fulda Gap gewesen waren. Denn tatsächlich geht es nicht um die Aufklärung angeblicher Straftaten, sondern vielmehr um die Kriminalisierung und Einschüchterung weiter Teile der Friedensbewegung. (...)''



Diese Erklärung, verbunden mit der Aufforderung an die Bundesanwaltschaft, die Ermittlungsverfahren sofort einzustellen, wurden bisher unterzeichnet von:

Jungsozialisten, Friedensinitiative, Grüne, KB und Buchläden.

Einkassiert! Zensur im Knast

Der BGH in Karlsruhe und das OLG in Frankfurt haben mal wieder genau im Blick, was gut ist für die Gefangenen und was nicht. So wurde Christian Kluth weder die Brokdorf Dokumentation noch die Wasserwerferbroschüre ausgehändigt. Es werde ,,*durchgängig in einseitiger und verzerrender Weise über Einsätze von Polizei- und Ordnungskräften aus Anlaß der Demonstrationen gegen Kernkraftwerke berichtet: so ist beispielsweise von ‚Bullen-Sperren' (...) die Rede*'', es würden ,,*Berichte über neue Waffen der Polizei zum Anlaß genommen, durchgängig gegen den Atomstaat und seine Polizei zu hetzen. Dies wird bereits in dem Vorwort der Herausgeber deutlich, wenn diese behaupten, Distanzwaffen der Polizei seien nicht gegen einzelne Störer gerichtet, sondern gegen protestierende Menschenmengen, die eingegast, auseinandergespritzt und unter die Knüppel genommen werden.*'' Aus dem AK 273 wurden diverse Artikel rausgerissen, so der Artikel ,,*Von der Gewaltdebatte zurück zur politischen Auseinandersetzung*'', *weil darin der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung das Wort geredet würde. Die Bestandsaufnahme der Anschläge gefährdet nach Meinung des BGH auch die Sicherheit und Ordnung im Knast. Und mensch kann es nicht glauben — eigentlich wäre es eine eigene Glosse wert — der Artikel ,,Hurra, wir denken noch!'' redet ebenfalls der Gewalt das Wort, sagt der BGH. Endlich die Verurteilung der Mörder von Günter Sare zu fordern, sei der Knastsicherheit ebenfalls abträglich.*

Der AK 273 für Giesela Dutzi wurde in der gleichen Form gefleddert: ,,(...) sind die Seiten 1, 6-8, 10, 12, 13, 19 und 33 zu entfernen (...)''. Vom AK 274 bekam sie dann etwas mehr ausgehändigt. Rausgerissen wurde die Auflistung der Anschläge 1986: ,,*(...) befindet sich eine Aufstellung von Anschlägen von Sabotagehandlungen im Jahre 1986, die von den verschiedensten terroristischen Vereinigungen in der Bundesrepublik begangen wurden. Der damit angerichtete Schaden wird von den Verfassern mit kaum verhüllter Zustimmung kommentiert.*'' und die Klassenjustizseiten, die ,,*(...) in verleumderischer Weise im Zusammenhang mit dem Strafvollzug an sogenannten politischen Gefangenen ständige Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen. Diese Beiträge sind offensichtlich geeignet, die Empfängerin und andere Mithäftlinge in der ablehnenden Haltung gegen den Staat zu bestärken, zum Haß auf diese anzureizen und zu Widersetzlichkeiten zu verleiten.*''

Auch Norbert Hofmeier bekam von den ersten zwanzig Seiten des AK 273 nur sechs Seiten ausgehändigt. Der Rest liegt bei seiner Habe, genauso wie die Seiten 12, 13, 18 und 19 des AK 274.

Das ist nur ein kleiner Teil von der ewig stattfindenen AK Fledderei durch die Justiz. Oft wird einfach die ganze Zeitung einkassiert oder noch besser mit dem Vermerk ,,Empfänger unbekannt'' zurückgeschickt und erst nach Aufforderung ihn doch mal im Knast zu suchen, die Zeitung — meistens zensiert — ausgehändigt.

ga.

Rechtsradikale horten Waffen — Polizei weiß nur von Einzeltätern

Während hinter den Anschlägen ausländischer Täter immer eine Regierung, oft ein ganzes Volk steht, gibt es bei Rechtsradikalen immer nur Einzeltäter; während es in Westberlin genügt, Libanese zu sein, um geplanter Sprengstoffanschläge verdächtigt zu werden, gehen hier deutsche Waffensammler nur einem seltenen Hobby nach, wollen einheimische Bombenleger mit ihren Anschlägen nur Abschied von ihrer rechten Vergangenheit nehmen. Sind die Vorgänge der letzten Zeit wirklich bloß Spielereien einsamer Rechter, wie uns Polizei und Staatsschutz weismachen wollen, oder gibt es vielleicht doch eine rege und nicht ungefährliche rechtsradikale Szene in Westberlin?

Der „Waffenmeister"

In der Nacht vom 7. zum 8. März 1985 durchsucht die Polizei in Westberlin neun Wohnungen nach Waffen. Sechsmal wird sie fündig: Handfeuerwaffen aller Kaliber, Gewehre, Maschinenpistolen, Munition, Wehrmachtsuniformen sowie Naziembleme und -schriften werden entdeckt. Bei einer dieser Durchsuchungen erschießt sich ein Mann, als die Polizei die Tür zu seiner Wohnung, die als Waffenlager dient, aufbricht. Es ist Michael Abbas-Yacoub, 25 Jahre alt, der bei den Justizbehörden als „Waffenmeister" der rechtsradikalen Szene Westberlins gilt. Justizsenator Hermann Oxfort: *„Michael Abbas-Yacoub war der Waffenausrüster einer etwa zehnköpfigen Wehrsportgruppe, die in Berlin und Westdeutschland Kampfübungen gemacht hat."* (1) Die Durchsuchungsaktion stand im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen elf Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Die Staatsanwaltschaft hatte schon seit Herbst '84 Hinweise auf ein größeres Waffenlager, aber erst am Tag vor der Aktion bei einer Vernehmung konkrete Hinweise auf Abbas-Yacoub bekommen. Während der Wohnungsdurchsuchungen wurden vier Männer und eine Frau festgenommen, wegen fehlenden Haftgrundes vier Männer und eine Frau festgenommen, wegen fehlenden Haftgrundes aber bald wieder freigelassen. Die Ermittlungen gegen die Gruppe konzentrierten sich seitdem auf Waffenhandel und unerlaubten Besitz von Waffen, da es angeblich keine Hinweise auf weitere Straftaten gab.

Phantastisch. Obwohl der Hinweis auf die Wohnungen und das „seit mehreren Jahren größte" Waffenlager aus rechtsradikalen Kreisen kam, obwohl zahlreiche Fotos einer Wehrsportgruppe bei der Durchführung von Übungen gefunden wurden, gab es keine Hinweise auf weitere Straftaten, keinen Grund, die Leute festzuhalten. Es drängt sich die Frage auf, weshalb sich Abbas-Yacoub überhaupt erschoß, als die Polizei seine Wohnung stürmte (seine Mutter vertritt übrigens die Meinung, ihr Sohn sei einer Polizeikugel zum Opfer gefallen (2). Im Vergleich zu den anderen müßte mindestens dieser mehr auf dem Kerbholz gehabt haben, wenn er sich bei einer Polizeiaktion das Leben nimmt. Und schon sind wir beim Üblichen: Abbas-Yacoub (den Namen hat er von seinem Stiefvater) war ein typischer deutscher Einzelgänger. Er allein war der „Waffenmeister", er allein der Lieferant für Wehrsportgruppen — die anderen hatten mit Nazis nix zu tun. Das einzige, was man von den Ermittlungen über Abbas-Yacoub und die zwar vorhandene, aber nie identifizierte WSG noch hörte, war, daß die Waffen, die in der Wohnung gefunden wurden, aus der gleichen Quelle stammten wie die Mordwaffe, mit der ein Bankdirektor einige Wochen zuvor erschossen worden war. (3)

Der Mordfall Jancke

Am frühen Morgen des 31.12.84 wurde Ulrich Jancke, Vorsitzender der Berliner Grundkreditbank, Aufsichtsratsvorsitzender und Vorstand verschiedener Firmen und Vereine, in seiner Villa in Charlottenburg erschossen. Zwei Gäste befanden sich im ersten Stock des Hauses, als die tödlichen Schüsse an der Haustür fielen. Nachdem zuerst keinerlei Motiv für den Mord gefunden wurde, politische Motive nicht auszuschließen waren (und Springers „Morgenpost" schon den Mörder in der Schwulenszene suchen wollte), wurden die Täter fünf Tage später nach einem anonymen Hinweis gefaßt. Geständig waren vier Männer zwischen 19 und 27 Jahren, die in der entsprechenden Nacht angeblich zu einem Raubüberfall unterwegs waren. Im Gerichtsverfahren, das im November '85 begann, stellte sich freilich heraus, daß der 20jährige Hauptangeklagte Frank Chojnacki Mitglied der Wiking-Jugend (WJ) und außerdem aktiv in der sogenannten „Kampfgruppe Priem" des hinlänglich bekannten Neonazis Arnulf Priem war. (4)

Den seltsamen Schilderungen der Tat, die Chojnacki vor Gericht zum besten gab, folgte die Kammer auf Punkt und Komma, obwohl Bankier Jancke nicht der erste war, der durch Aktionen des jungen Nazis ums Leben kam. So versuchte Chojnacki schon 1980 (mit 16 Jahren), einen Polizisten, der ihn bei Schießübungen am Anhalterbahnhof erwischt hatte, durch einen Kopfschuß zu töten, nachdem er ihn mit drei Schüssen zusammengeschossen hatte. Nur eine Ladehemmung verhinderte damals das Schlimmste. Im November '83 überfiel er mit einem Komplizen eine 78jährige Frau in ihrer Wohnung, um sie auszurauben. Die Frau wurde dabei erst auf den Fußboden und später gefesselt ins Bett gelegt. „Handkantenschläge" wollte Chojnacki vor der Polizei nicht ausschließen. Erbeutet hatten sie damals 80 DM — die Frau starb; vor Aufregung, wie es hieß. Nach weiteren Einbrüchen und einem Raubüberfall auf eine Pizzeria ging Chojnacki für ein halbes Jahr zur Fremdenlegion. (Interessanterweise berichtet später ein gewisser Dirk Betten, Mitglied eines Neonazikommandos in der spanischen Legion, gegenüber dem „Wiener", daß er in der Legion von einem Berliner Kameraden schon früh über den Mord an Bankier Jancke und die Täter, die zum Umfeld der Wiking-Jugend zählen, gehört habe.)

„Seltsames Plädoyer eines Staatsanwalts" (5)

Die Ereignisse in der Nacht zum 31.12.84 in Charlottenburg wurden vom Gericht so gesehen, wie der Angeklagte sie schilderte: Vier Männer seien kurz nach Mitternacht in einem braunen Jaguar vor der Villa des Bankiers Jancke vorgefahren. Chojnacki, mit kurz nach Mitternacht in einem braunen Jaguar vor der Villa des Bankiers Jancke vorgefahren. Chojnacki, mit einer Zolluniform bekleidet und mit einer schallgedämpften und entsicherten Pistole bewaffnet, sei alleine zur Haustür gegangen und habe geklingelt. Jancke habe geöffnet und sei „höflich gebeten" worden, sich auf den Boden zu legen. Dieser aber habe sich gewehrt, worauf Chojnacki versucht habe, *„ihm die Pistole auf den Kopf zu hauen und einen Karatetritt in den Unterleib zu versetzen"*, wie er es in der Fremdenlegion gelernt hatte. Bei der anschließenden Rangelei habe sich ein Schuß gelöst, der Jancke in den Kopf schlug; die Komplizen, vorher angeblich außer Sichtweite, seien gekommen und alle vier seien dann getürmt.

Ist schon diese Story wieder an den Haaren herbeigezogen, um den Eindruck eines Raubüberfalls zu erwecken, wo erstmal alles nach gezieltem Mord aussieht, so sind das Plädoyer des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichtes einfach umwerfend. Nicht nur, daß von Chojnackis Zugehörigkeit zur WJ und „Kampfgruppe Priem" nicht gesprochen wurde, so daß erst die Anwälte der Mitangeklagten zu deren Entlastung darauf hinwiesen; nicht nur, daß Arnulf Priem bei der Gerichtsverhandlung persönlich anwesend war und auf Antrag eines Verteidigers aus dem Saal gewiesen wurde, da er Kontakte zu einem der Angeklagten habe und als Zeuge in Betracht käme, und auch nicht nur, daß die Klärung der Verstrickung in „Waffengeschäfte rechtsradikaler Kreise", wie sie von einem der Anwälte gefordert wurde (6), nie stattfand, sondern schon allein die Begründung, mit der Chojnacki zu 10 Jahren Jugendstrafe verurteilt wurde, ist ein Skandal: Als versuchten Totschlag wertete das Gericht den Mordversuch an dem Polizisten. Der tödliche Überfall auf die Rentnerin wurde nur als schwerer Raub angesehen und der Mord an Jancke war nur ein versuchter schwerer Raub mit Todesfolge. (7) Daß Chojnacki nach dem Tod Janckes mit seiner „Härte" geprahlt hatte, wertete die Kammer milde als *„Beleg für die mangelhaft ausgeprägte persönliche Reife des als Waffennarr bekannten Mannes". (7)* Staatsanwalt Rother hatte zuvor schon mit der Bitte um ein mildes Urteil überrascht. (Die Möglichkeit, daß es bei dem Mord an Jancke tatsächlich „nur" um einen geplanten Raub gegangen ist, kann natürlich nicht völlig ausgeschlossen werden. Schließlich wußte man auch schon vor den Banküberfällen der Kexel-Truppe und der VSBD-Leute von den Geldbeschaffungsmethoden der Nazis).

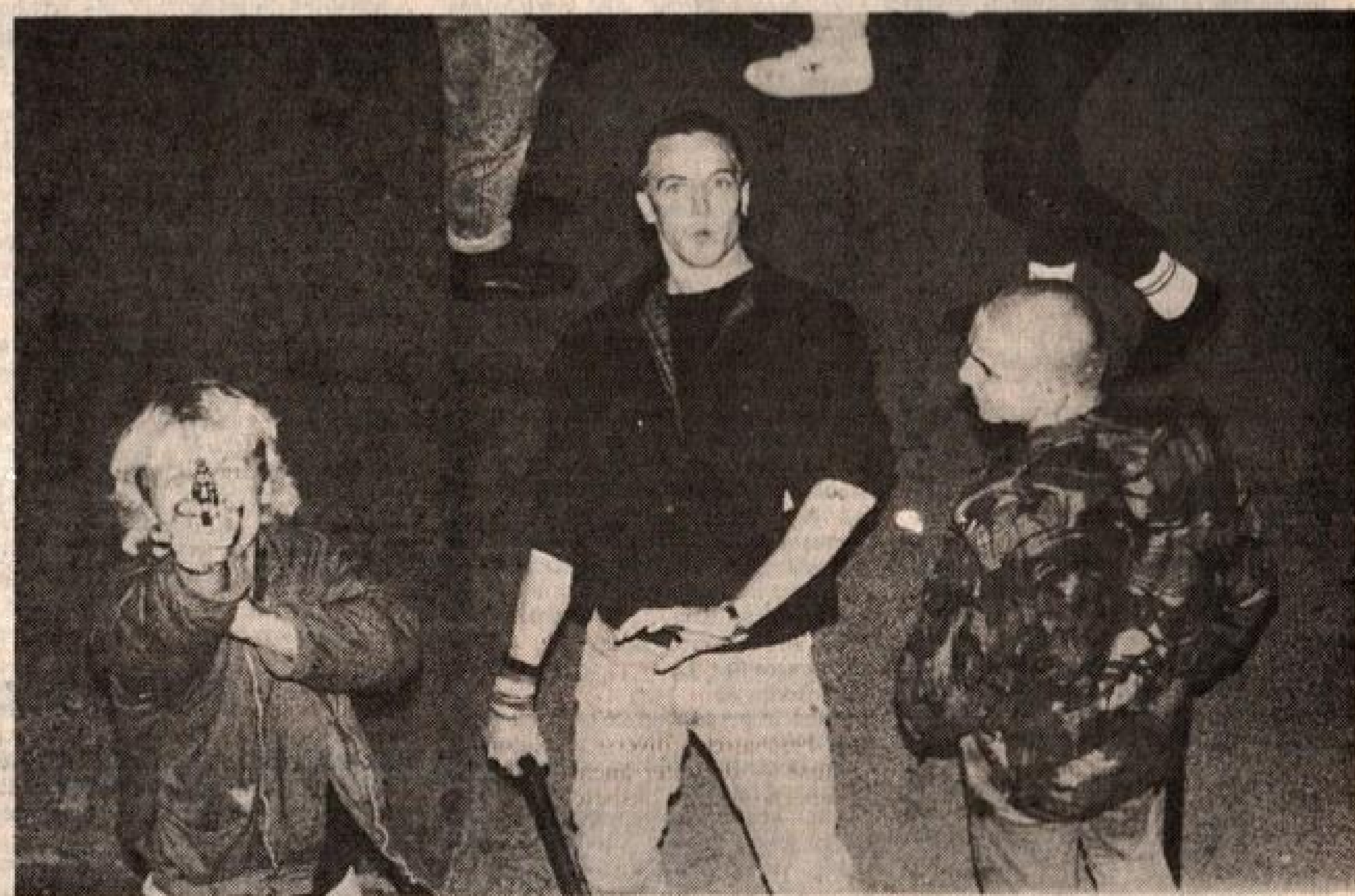
Die Tatsache, daß über die Mitangeklagten und ihre Rolle fast nichts zu erfahren war, läßt darauf schließen, daß wir es auch hier wieder mit einem typischen Einzelgänger zu tun haben, der bei allen seinen Aktionen zwar nicht allein, aber wenigstens einsam war, der auch ohne fremde Hilfe schon mit 16 Jahren an Schußwaffen kam und der moralisch anscheinend nur von anderen Einzelgängern wie Priem unterstützt wurde.

Die Waffenhändler

Während sich andernorts Männer ihre freie Zeit mit dem Umgraben des verstrahlten Schrebergartens oder dem Windsurfen auf verseuchten Seen vertreiben, breitet sich in Westberlin ein eigenartiges Hobby immer mehr aus: Das Umbauen, Sammeln und Verkaufen von Waffen. Dabei werden Dekorationswaffen in Werkstätten mit wenigen Handgriffen wieder scharf gemacht, mit ein paar Maschinenpistolen zur Sammlung erweitert und im Laufe der Zeit wird das Ganze dann an „Unbekannte" auf dem Flohmarkt verscherbelt. In diesem Jahr fand die Polizei schon jede Menge dieser schrulligen Waffennarren. So z.B. am 11. März in Tegel Joachim K. (43). Bei ihm wurden außer einer Drehbank noch acht Pistolen, zwei Revolver, zwei Leuchtpistolen, eine Maschinenpistole, ein Gewehr und natürlich Munition gefunden. Er pflegte die scharfgemachten Waffen an einen „Unbekannten" auf einem Flohmarkt zu verkaufen. (8) Fündig wurde man auch am 8.April bei Harald S. (37) aus Wedding. Außer auf Waffenteile und entsprechende Werkzeuge stieß man bei ihm auf Hinweise, die am

Fortsetzung nächste Seite

Braunschweig– Stadt mit Herz für Neonazis



In Braunschweig und Umgebung haben sich Aktivitäten faschistischer Gruppen in letzter Zeit enorm verstärkt. Seit Jahresbeginn tauchen im gesamten Stadtgebiet massiert ausländerfeindliche Parolen wie „Deutschland den Deutschen" und „Türken raus" auf. Immer häufiger wird dieser Aufforderung handfest Ausdruck verliehen: Ausländische Mitbürger werden beschimpft, bedroht und sogar angegriffen. Ein Überfall bewaffneter Neonazis und Skinheads auf ein türkisches Lokal Anfang dieses Jahres in Salzgitter war bisher der gezielteste Angriff. Ausdruck dieser Entwicklung sind ferner Tätlichkeiten gegen die Bewohner eines (ehemals besetzten) Hauses in der Leopoldstraße, die seit Mitte September zur Zielscheibe der Aggression einer Gruppe von Skins und Neonazis geworden sind.

Nachdem am 13.9. drei Bewohner des Hauses beim Verlassen einer Diskothek mit Ketten und Stahlruten angegriffen wurden und unter Schlägen ins Haus flüchteten, versuchten die Schläger, sich durch Eintreten der Tür Einlaß zu verschaffen. Erst das Eintreffen der alarmierten Polizei beendete das Vorhaben und schlug sie in die Flucht. Daraufhin kam es eine Woche später zu einer regelrechten Belagerung des Hauses in der Leopoldstraße.

Eine Gruppe von 20 Skins und Neonazis marschiert vor dem Haus auf. Sie ziehen Gummiknüppel, Gaspistolen, eine Leuchtkugel wird durch ein offenes Fenster geschossen, Bierflaschen fliegen in die Fenster und zwei Brandsätze gegen das Haus. Die am Ort präsente Polizei beschränkt sich zunächst darauf, nur Beobachtungen vorzunehmen. Ihre Zurückhaltung gibt sie jedoch auf, als bekannt wird, daß ca. 30 Antifaschist/inn/en auf dem Weg zur Leopoldstraße seien, um den bedrängten Bewohnern zur Hilfe zu eilen.

Die Polizei hält nun den Faschisten den Rücken frei, indem sie alle Kräfte vom Ort des Geschehens abzieht. Sie konzentriert ihre Kräfte in einem Park, um dort den Antifas aufzulauern, sie festzunehmen und später einzeln oder in kleinen Gruppen am Stadtrand auszusetzen. Währenddessen versuchen zwei Personen, das Haus zu verlassen: Sie werden von sechs Skinheads überfallen und z.T. schwer verletzt. Die offensichtliche Zusammenarbeit von Polizei und Skins/Neonazis hat ein Ende, als die Feuerwehr eintrifft. Erst jetzt erscheinen auch die „Ordnungskräfte" wieder am Ort und drängen die Angreifer aus der Straße, um sie bewaffnet abziehen zu lassen.

Am Tag darauf, den 21.9., versammelten sich ca. 70 Antifas vor und im bedrohten Haus, um einem etwaigen erneuten Überfall zu verhindern. Auch an diesem Tag funktioniert die Kooperation zwischen Polizei und Angreifern vorzüglich. Als sich gegen 23 Uhr ein Pulk von 20 Skins/Neonazis in Richtung Leopoldstraße bewegt, geht ihnen eine Gruppe Antifas entgegen. Sofort sind die Polizeikommandos zur Stelle, um den Angreifern Schutz zu gewähren. Aufgrund der massiven Präsenz des staatlichen Gewaltapparates entschließen sich die Antifas zum Rückzug in das Haus. Nun marschieren Polizei und Neonazis in einer Front auf das Haus zu. Die Beamten fordern unter Androhung von Schußwaffengebrauch („ich schieße, jetzt schieße ich!") das Öffnen der Tür. Erst als ein zufällig anwesender Rechtsanwalt die Polizisten über den Sachverhalt befragt, lassen diese von der Tür ab und umstellen das Haus mit der Begründung, es schützen zu wollen. Das Haus wird die ganze Nacht über observiert, die Bewohner und Gäste werden von der Polizei fotografiert, sobald sie sich an einem Fenster blicken lassen. Die SkinsNeonazis können bewaffnet und völlig unbehelligt abziehen.

Diese Überfälle kamen nicht über Nacht. Sie sind vielmehr das Produkt der jahrelang betriebenen Hetze gegen unliebsame Minderheiten. Wer zur offiziellen Politik erklärt, daß Andersdenkenden elementare Grundrechte verweigert oder sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte eingeschränkt werden, nährt den Boden für faschistische Schlägerbanden und ermuntert sie zu ihren Angriffen, beispielsweise auf das Flüchtlingslager in Helmstedt.

Flankierend agiert dabei die „Braunschweiger Zeitung", die in dieser Region das Pressemonopol innehat, u.a. durch rassistische Berichte über die Flüchtlinge und massenwirksame Umsetzung der CDU-Propaganda.

Ferner üben ultrareaktionäre Parteien ihre Wirkung aus, die durch ihre Propaganda gezielt rassistische Aktivitäten fördern. So kandidierten für die Landtagswahl in Niedersachsen die „Patrioten für Deutschland", eine Tarnorganisation der EAP, deren Programm von einem extremen Nationalismus und einem ausgeprägten Elitegedanken durchsetzt ist. Für die kürzlich gelaufene Kommunalwahl stellte sich in Braunschweig die „Unabhängige Wählergemeinschaft" zur Wahl. Hinter ihr verbarg sich ein Sammelbecken von Ultrareaktionären und Altfaschisten. Unter der Führung des einschlägig bekannten ehemaligen Braunschweiger Oberstadtdirektors H.-G. Weber schlossen sich Mitglieder der Ludwig-Frank-Stiftung, der Paneuropaunion, des Bundes heimattreuer Jugend und verschiedener Vertriebenenverbände zu einer Partei zusammen. Wie auch die EAP und die Patrioten bietet die UWG ein ausgesprochen autoritäres Programm an, basierend auf Antikommunismus und Ausländerfeindlichkeit.

Rassistische Propaganda betreiben in Braunschweig auch die Wiking-Jugend und eine „Gruppe 33", die der FAP nahesteht. Auf Flugblättern dieser Gruppe wird im Stürmer-Stil ein Schreckensszenario der „Überfremdung" entworfen und dazu aufgefordert, keine Ausländer zu beschäftigen und nicht bei ihnen einzukaufen. Regional bezieht sich die Hetze aller Gruppierungen immer auf die in Braunschweig befindliche niedersächsische Zentralstelle für Asylbewerber.

Aufgerüttelt durch die Ereignisse der letzten Wochen versucht die Linke, ein antifaschistisches Bündnis herzustellen. Durch entschlossenes Auftraten und Herstellung von Öffentlichkeit ist es einstweilen gelungen, die Aktivitäten der Skins/Neonazis einzudämmen. Aufgabe des entstehenden Bündnisses wird es sein müssen, den rassistischen und faschistischen Aktivitäten langfristig und kontinuierlich auf allen Ebenen entgegenzuarbeiten.

kd.

Fortsetzung von vorheriger Seite

23.April zur Durchsuchung von sieben Wohnungen führten. Fünfmal wurden dabei Waffen gefunden, eine komplette Waffenwerkstatt ausgehoben. Harald S., Helmut J. und Jörg G. wurden festgenommen. Es stellte sich heraus, daß Jörg G. aus Wedding der Waffenlieferant für Michael Abbas-Yacoub war und auch die Pistole an Frank Chojnacki verkauft hatte, mit der Jancke erschossen würde. Allerdings fanden die Ermittler nur *„vage Hinweise auf eine Verbindung der Festgenommenen zu rechtsradikalen Kreisen."* (9) Die Justizpressestelle ließ sich später immerhin zu der Erklärung hinreißen, daß die drei zum „Randbereich der rechtsradikalen Szene" gehören. (10) Folgerichtig blieb auch nur Jörg G. in Haft.

Bereits am 2. Juni wurden wieder vier Waffenlager von der Polizei entdeckt. Mehrere MPs, 20 Pistolen, eine Anzahl Revolver sowie große Mengen Munition wurden dabei sichergestellt. Trotzdem ist es fraglich, ob die Aktion einen „Erfolg" für die Polizei darstellt. Denn schon zum dritten Mal in diesem Jahr wurden bei ein und derselben Person, Harald S. aus Wedding, Waffen gefunden (9 Pistolen, ein Revolver, 2500 Schuß Munition, außerdem Waffenteile für MGs und MPs). Der Sprecher des Justizsenators, Kähne, erklärte dazu laut „taz", daß der Postbeamte Harald S. nach dem Stand der Ermittlungen als „Waffennar" einzuschätzen sei und man seit langem gewußt habe, daß er noch ein Versteck besitze. (11) Im übrigen vertrat er die Ansicht, daß die Abnehmer der Waffen aus „normalen" kriminellen Kreisen kämen, wobei allerdings die entscheidenden Hinweise an die Polizei aus rechtsradikalen Kreisen gekommen seien. Obwohl selbst Kähne meint, daß die Waffenhändler, -sammler und -liebhaber sich alle untereinander kennen, muß man, wenn man die bekanntgewordenen Ermittlungen der Polizei betrachtet, davon ausgehen, daß auch hier wieder nur Zufälle und Einzelgänger am Werke sind.

Beste Bedingungen...

Zusammenfassend kann auf jeden Fall behauptet werden, daß Westberlin in den letzten Jahren doch mehr zu bieten hatte als nur ein paar grölende und prügelnde Skins. Da waren z.B. 1982 die 29 Einzelgänger von der „Deutschen Arbeiterjugend" (DAJ), die in Tarnkleidung durchs Unterholz robbten und den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Galinski, per Steckbrief „tot oder halbtot" suchten; da waren die verschiedenen Ansätze, die ANS/NA aufzubauen; da waren 1984 wieder Schießübungen auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs — diesmal von den Einzelgängern einer „Gruppe Totenkopf"; da war ein

Beste Bedingungen...

Zusammenfassend kann auf jeden Fall behauptet werden, daß Westberlin in den letzten Jahren doch mehr zu bieten hatte als nur ein paar grölende und prügelnde Skins. Da waren z.B. 1982 die 29 Einzelgänger von der „Deutschen Arbeiterjugend" (DAJ), die in Tarnkleidung durchs Unterholz robbten und den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Galinski, per Steckbrief „tot oder halbtot" suchten; da waren die verschiedenen Ansätze, die ANS/NA aufzubauen; da waren 1984 wieder Schießübungen auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs — diesmal von den Einzelgängern einer „Gruppe Totenkopf"; da wär ein
Sprengstoffanschlag auf ein vorwiegend von Türken bewohntes Haus in Wedding, mit dem der später nur zufällig gefaßte Täter bloß einen „Schlußpunkt mit Knall" hinter seinen sogenannten Abschied von Priem setzen wollte (!!); da waren im März '86 schriftliche Morddrohungen an jüdische Berliner; da war im Sommer '86 ein Brandanschlag auf Großzelte, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollten und da war, fast schon vergessen, auch Heinrich Lummer als damaliger Innensenator, der den Kontakt zur rechtsradikalen Szene persönlich pflegte. Aber auch der war ja ein Einzelgänger, selbst wenn einige CDU-Oberen wußten, daß er den Nazis Geld gab. Und vielleicht erklärt das auch ein bißchen, warum in dieser Stadt solche seltsamen, oft unglaublichen Vorgänge möglich sind, warum die Polizei dabei so oft eine unklare Rolle spielt und warum die Szene weiterhin lebhaft bleibt, obwohl (weil?) der Staatsschutz natürlich immer alles im Griff hat. Wie antwortete doch Lummer im Mai '84 so bescheiden auf eine parlamentarische Anfrage: *„Der Senat ist der Überzeugung, daß Rechtsradikalismus im Berlin nach wie vor eine unbedeutende Randerscheinung darstellt und gegenüber radikalen Bestrebungen auf dem Gebiet des Linksextremismus in keinem Verhältnis steht."* (12)

Sonderkommission zum Studium des zufälligen Einzelgängertums

(1) BZ 9.3.85
(2) MoPo 9.3.85
(3) taz 11.3.85
(4) Wahrheit (SEW) 19.12.85
(5) MoPo 19.12.85
(6) Wahrheit 28.11./19.12.85
(7) MoPo 21.12.85
(8) TSP und MoPo 13.3.86
(9) TSP 24.4.86
(10) taz 25.4.86
(11) taz 3.6.86
(12) Aus einer Antwort des Senats vom 24.5.84

Ein Hauch von Stammheim in der Schweiz

Acht Jahre Knast für Aleks W. und ein Fall von Erselbstmordung

Insgesamt 30 Personen wurden im Winter 1984/85 in der Schweizer Industriestadt Winterthur verhaftet, um eine Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen, sowie 200 Sachbeschädigungen aufzuklären. Isolations- und Beugehaft, die Streichung von Verteidigerrechten und die lange Dauer der U-Haft lösten in der Schweizer Presse eine Diskussion um den sogenannten Rechtsstaat aus. Er blieb erhalten. Der Polizeistaat machte am 15. September Aleks W. den Prozess. Verwendet wurden eine Haufen Indizien gegen Aleks'' Wohngemeinschaft und null Beweise gegen Aleks. Unter dem Druck der langen Untersuchungshaft und eines gewissen politisch-wirtschaftlichen Milieus wurde er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hintergrund der Winterthurer Polizeimethoden ist die industrielle Kleinstadt, in welcher der kleinbürgerliche Traum vom satten Wohlbefinden anfangs der 80er Jahre jäh unterbrochen wurde. Die Kleinstadt Winterthur sah sich plötzlich und unerwartet mit einer nicht absehbaren Serie von Bränden, Farb-„Schmierereien" u.ä. konfrontiert. Winterthur wurde hysterisch. Die Stadtpolizei vergaß ihre eigenen konspirativen Regeln und observierte offen und für viele hörbar den offiziellen Funkkanal — und wurde nicht fündig. Derweilen schrie das rechtslastige Bürgertum nach Ruhe und Ordnung.

Um die von der Politik dringend verlangten TäterInnen für eine Serie von Anschlägen in und um Winterthur zu produzieren, setzten die Kantonspolizei und die Bundesanwaltschaft sodann im Sommer 1984 eine riesige Überwachungsmaschinerie in Gang. Allein die „fünf Hauptverdächtigen" wurden insgesamt an 267 Tagen ständig beschattet, diverse Telefonanschlüsse — darunter auch öffentliche — abgehört, und insbesondere, wie sich jetzt herausstellte, Kehrricht untersucht. Am 20. November 1984 führte die Polizei in drei Wohngemeinschaften und sieben weiteren Wohnungen Flächenverhaftungen durch, d.h. alle Anwesenden wurden abgeführt. Mit und ohne Haftbefehl. Die Polizei nahm an diesem Tag insgesamt 21 Personen fest, weitere Gesuchte waren ortsabwesend, zwei von ihnen wurden später über die Presse steckbrieflich gesucht. 30 Personen wurden damals und in der Folgezeit in U-Haft genommen, Aleks W. sitzt dort ununterbrochen seit November 1984. Res. S. befindet

wurden insgesamt an 267 Tagen ständig beschattet, diverse Telefonanschlüsse — darunter auch öffentliche — abgehört, und insbesondere, wie sich jetzt herausstellte, Kehrricht untersucht. Am 20. November 1984 führte die Polizei in drei Wohngemeinschaften und sieben weiteren Wohnungen Flächenverhaftungen durch, d.h. alle Anwesenden wurden abgeführt. Mit und ohne Haftbefehl. Die Polizei nahm an diesem Tag insgesamt 21 Personen fest, weitere Gesuchte waren ortsabwesend, zwei von ihnen wurden später über die Presse steckbrieflich gesucht. 30 Personen wurden damals und in der Folgezeit in U-Haft genommen, Aleks W. sitzt dort ununterbrochen seit November 1984. Res. S. befindet
sich seit April 1985 in U-Haft. Ein weiterer Angeschuldigter verbrachte sechs Monate in U-Haft, weitere achtzehn total 470 Tage. Es seien, so hieß es in einer seinerzeit von Bundesanwaltschaft, Bezirksanwaltschaft und Kantonspolizei gegebenen Darstellung, nur Personen festgenommen worden, gegen die „dringender Tatverdacht" bestanden habe. Von den in der Folge eröffneten 32 Verfahren sind mittlerweile die Hälfte durch Freispruch oder Einstellung erledigt worden. Zwei Personen sind flüchtig, ein weiteres Verfahren ist noch offen, in neun Fällen kam es zu geringfügigen Verurteilungen — und eine Frau, Gabi S., wurde in Untersuchungshaft erselbstmordet. Die Umstände ihres Todes und der Prozeß gegen ihren Freund, Aleks W., rief das bereits wieder vergessene Winterthur nochmals in die Schweizer Presse.

Der Staatsschutz schreibt seinen Opfern

Zwei Wochen vor dem Prozeß gegen Aleks W. veröffentlichten die Zürcher Journalisten Erich Schmid und Jürg Frischknecht einen anonymen Brief, der Gabi S. einige Tage vor ihrer Verhaftung zugestellt wurde: „Hoi Gabi, Ich mags einfach nicht mehr mit ansehen wie dich der A. verarscht. Hinterlings schlecht machen und andere Chicks ficken ist ehrlich fis und für dich ein Frust. Hilf dir selbst, ich kanns leider aus bestimmten Gründen nicht. Aber ich meins recht mit dir. Gruss."

Bei ihrer Verhaftung trug Gabi S. den rätselhaften Brief immer noch bei sich, und er sollte in den kommenden vier Wochen in U-Haft bei den zahlreichen Verhören eine entscheidende Rolle spielen. Beim einzigen Besuch ihrer Verteidigerin hatte Gabi über die Verhöre eigentlich bloß eines zu berichten: Immer wieder sei sie gar nicht zu angeblichen Straftaten befragt worden, sondern unter Vorhalt des Briefes in rüdem Ton dazu gedrängt worden, „diesen Sauhund, der dich verseckelt, nicht länger zu decken" — also ihren Freund Aleks W. zu belasten. Gabi S. wurde nicht ihrer Taten wegen verhaftet. Was sie zu verantworten hatte, und was sie in dem achtstündigen Verhör vor ihrem Tod auch „gestanden" hatte, ist eine Bagatelle: der Wurf von zwei Gläschen voll Farbe an eine Kirchenmauer. Gabi S. saß als potentielle Kronzeugin in Beugehaft, und der anonyme Brief war ein entscheidendes Mittel, ihren Willen zu brechen. Nach Gabis Tod wurde der Brief zusammen mit ihren übrigen Effekten den Eltern übergeben, und die Auflistung im Effektenverzeichnis ist die einzige Spur, die der Brief damals in den Akten hinterließ. In den Verhörprotokollen sucht man vergeblich nach einer Erwähnung.

Erich Schmid, Autor eines im Herbst erscheinenden Buches über die Winterthurer Ereignisse, nahm die Spur des Briefes auf. Seine Hypothese: Niemand anderes als die Bundesanwaltschaft hat den anonymen Brief verfaßt. Weil die Staatsschützer aufgrund monatelanger Observationen um Beziehungsspannungen zwischen Aleks und Gabi wußten, hofften sie auf diesem Weg, die dringend benötigte Kronzeugin präparieren zu können. Schmids Verdacht richtete sich in erster Linie gegen den Bundespolizisten V., der in der Bundesanwaltschaft für den Bereich „Terror/Kanton Zürich" zuständig war und damit auch für den Komplex Winterthur. V. führte auch die ersten Verhöre mit Gabi. Der Rechtsanwalt J.P. Garbade beantragte im April dieses Jahres, es sei per Schriftengutachten zu klären, ob V. den anonymen Brief geschrieben habe. Bezirksanwalt Ulrich Arbenz beauftragte damit das Urkundenlabor der Zürcher Kantonspolizei. Dieses hatte aber keine Lust, eine andere Polizeistelle zu belasten und fand heraus, es gebe „keine Anhaltspunkte" für die These. Unabhängige Experten waren fündiger. Ein renommierter Gutachter erklärte gegenüber Schmid: „Die Identität zwischen V.'s Schrift und dem Brief ist auf den ersten Blick erkennbar, viel Arbeit gibt diese Überprüfung nicht." Ebenfalls als die Schrift von V. identifizierte dessen Witwe den Brief. V. hat sich 1984 auf einem Friedhof erschossen.

Obwohl Rechtsanwalt Bernard Rambert aufgrund dieser Veröffentlichungen Schmids die Verschiebung des

Zürcher Kantonspolizei. Dieses hatte aber keine Lust, eine andere Polizeistelle zu belasten und fand heraus, es gebe „keine Anhaltspunkte" für die These. Unabhängige Experten waren fündiger. Ein renommierter Gutachter erklärte gegenüber Schmid: „Die Identität zwischen V.'s Schrift und dem Brief ist auf den ersten Blick erkennbar, viel Arbeit gibt diese Überprüfung nicht." Ebenfalls als die Schrift von V. identifizierte dessen Witwe den Brief. V. hat sich 1984 auf einem Friedhof erschossen.

Obwohl Rechtsanwalt Bernard Rambert aufgrund dieser Veröffentlichungen Schmids die Verschiebung des
auf den 15. September angesetzten Prozesses gegen Aleks W. verlangte, fand dieser unter größtem Polizeischutz und Sicherheitsmaßnahmen statt. Aleks wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Staatsanwalt hätte „durchaus höher gehen können"

Aleks wurde „des wiederholten und fortgesetzten Herstellens, Verbergens und Weiterschaffens von Sprengstoffen, der wiederholten und fortgesetzten Gefährdung durch Sprengstoffe in verbrecherischer Absicht, der wiederholten und fortgesetzten Brandstiftung, der wiederholten und fortgesetzten Sachbeschädigung, des wiederholten Hausfriedensbruchs" sowie „der Hinderung einer Amtshandlung" wegen verurteilt. Das Obergericht folgte dem Antrag des Staatsanwaltes, der nach eigenen Angaben durchaus höher gehen und zwanzig Jahre hätte verlangen können. Zum Urteil gelangten die Richter in einem achtstündigen „klassischen Indizienprozeß", in welchem die „Beweise" (Rahmbläserspitzen, Sprengstoffpartikeln u.ä.) vor allem aus den Kehrichtsäcken der Wohngemeinschaft von Aleks stammten. Außerdem sei Aleks geprägt von einem „blinden und fanatischen Haß" gegen die Gesellschaft, insbesondere die Justiz, sein destruktives Ziel, nämlich diese Gesellschaft zu verändern, bilde „seinen einzigen Lebensinhalt". Die moralische Empörung stand vordergründig groß geschrieben. Daß einer, der die Chance gehabt hätte, etwas anständiges zu werden, unter dem Existenzminimum lebt, anarchistisches Gedankengut verbreitet, bei polizeilichen Befragungen unhöflich ist, schon mal einen Aktenordner zum Fenster hinaus wirft, und keine Einsicht zeigt: „Wir müssen ein Zeichen setzen, das können wir nicht dulden."

Aleks selbst hatte zum Prozeß nichts beizutragen. Er erschien nicht und er hatte im Verlauf der knapp zwei Jahre Untersuchungshaft auch nichts auszusagen. Gegen das Urteil des Obergerichts wurde rekurriert.

J.P. Garbade, Verteidiger des noch in U-Haft gehaltenen und auf seinen Prozeß wartenden zweiten Hauptangeklagten Res S., schrieb vor einem Jahr in einem Brief an den Bezirksanwalt u.a.: „Und Sie nehmen ohne mit den Augen zu zwinkern in Kauf, daß das Recht Aussagen zu verweigern, durch die Überwachung der Verteidigerbesuche unterhöhlt wird, weil alles, was Res seinem Verteidiger, und nur ihm allei-

beizutragen. Er erschien nicht und er hatte im Verlauf der knapp zwei Jahre Untersuchungshaft auch nichts auszusagen. Gegen das Urteil des Obergerichts wurde rekurriert.

J.P. Garbade, Verteidiger des noch in U-Haft gehaltenen und auf seinen Prozeß wartenden zweiten Hauptangeklagten Res S., schrieb vor einem Jahr in einem Brief an den Bezirksanwalt u.a.: „Und Sie nehmen ohne mit den Augen zu zwinkern in Kauf, daß das Recht Aussagen zu verweigern, durch die Überwachung der Verteidigerbesuche unterhöhlt wird, weil alles, was Res seinem Verteidiger, und nur ihm allei-



ne, sagen möchte, automatisch an sie weitergeleitet würde. (...) Im Übrigen hat Res alle Aussagen gemacht, die man von ihm in der erwähnten Situation erwarten kann. Mehr kann er nicht sagen. Sein Schweigen besagt, daß er verstanden hat, wie seine Aussagen verdreht werden können, daß die Wahrheit nur insofern gefragt ist, als sie sich mit den politischen Vorstellungen des Staates deckt, verstanden, daß er ins Korsett der kriminellen Vereinigung nach deutschem Muster geschnallt werden soll. Durch sein Schweigen hat er gesagt, daß er dieses Spiel nicht mitspielt. Was kann ein politisch Vorverurteilter da noch beifügen?"

(ps.)

(Dieser Text wurde zum größten Teil aus bereits erschienenen Artikeln der Schweizerischen WochenZeitung zusammengestellt)

Adressen: Res S. u. Aleks W. c/o Bezirksanwaltschaft Winterthur, CH-8400 Winterthur

Die Ausgangslage

„Im Frühjahr 1984, einige Wochen vor dem Eidgenössischen Turnfest in Winterthur, zu dem sich die Stadt damals rüstete, tauchten an verschiedenen Orten militante Parolen auf wie ‚Winti päng", ‚Winti ab" und ähnliches. Es tauchten auch Parolen gegen das Turnfest auf. Kurz vor dem Turnfest wurde das Winterthurer Stadthaus verschmiert und andere Sachbeschädigungen begangen, offensichtlich von Tätern, die andern die Freude am Turnfest ver-

Die Ausgangslage

„Im Frühjahr 1984, einige Wochen vor dem Eidgenössischen Turnfest in Winterthur, zu dem sich die Stadt damals rüstete, tauchten an verschiedenen Orten militante Parolen auf wie ‚Winti päng", ‚Winti ab" und ähnliches. Es tauchten auch Parolen gegen das Turnfest auf. Kurz vor dem Turnfest wurde das Winterthurer Stadthaus verschmiert und andere Sachbeschädigungen begangen, offensichtlich von Tätern, die andern die Freude am Turnfest ver-
gällen wollten. Aufsehen erregte ein Sabotageakt auf die Fahrleitung der SBB am 17. Juni 1984 auf der Strecke Winterthur-Zürich zu dem Zeitpunkt, als der Abstransport der Turnerinnen erfolgte. In der folgenden Woche wurden in Winterthur zwei Spreng-/ Brandsätze angebracht, einer an spektakulärer Stelle mitten in der Marktgasse. Ende Juni wurde ein Holzlager in Hegi in Brand gesteckt. Es entstand ein Sachschaden von rund Fr. 100.000. In einem Telefongespräch bekannten sich die „Autonomen Zellen" zu diesem Anschlag. Es folgten zum Teil in rascher Folge Brand- und Sprengstoffanschläge sowie Sachbeschädigungen, darunter Farbschmierereien, Unterwassersetzungen von Gebäuden, Einschlagen von Scheiben, Durchstechen von Autopneus. In der Öffentlichkeit wohl am meisten zu Reden gab der Sprengstoffanschlag auf das Haus von Rudolf Friedrich (Ex-Bundesrat und Justizminister) am frühen Morgen des 7. August 1984. In Erinnerung gerufen seien sie Brandstiftungen an zahlreichen Schulgebäuden, die Brandstiftungsversuche an Kirchen, die Inbrandsetzung von Pinzgauern der Armee, von Personenwagen der SBB sowie der Sprengstoffanschlag auf das Computerzentrum beim Technikum Winterthur. Insgesamt waren bis Ende Jahr rund 30 Brandstiftungen oder Versuche dazu, drei reine Sprengstoffanschläge, drei Spreng-/Brandanschläge, fünf Unterwassersetzungen und über 200 Sachbeschädigungen zu zählen."

(Pressekonferenz der Bezirksanwaltschaft vom 17.1.1985)

sofortige Freilassung

der Gefangenen VON WINTERTHUR



Alles wie gehabt?

Die Nachwahlen in der Türkei und die Parteienlandschaft

Dramatische Verschiebungen in der Zusammensetzung des türkischen Parlaments waren bei den Nachwahlen von Ende September von vornherein nicht möglich. Ministerpräsident Özal verfügte über eine sichere Mehrheit, und die Besetzung von 11 verwaisten Parlamentssitzen konnte daran nichts ändern. Dennoch waren die Ergebnisse mit Spannung erwartet worden, versprachen sie doch einen Einblick in die Kräfteverhältnisse zwischen den kandidierenden Parteien. Die Wahlbezirke, darunter auch Ankara, Istanbul und Izmir, galten als repräsentativ für die Türkei.

Der Wahlausgang wurde in der westlichen Presse mit Genugtuung aufgenommen: Als Sieger wurde allgemein der frühere Ministerpräsident Demirel gefeiert. Seine „Partei des Rechten Weges'' (DYP) hatte gegenüber Regierungschef Özals ANAP erhebliche Stimmengewinne zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten schnitten demgegenüber deutlich schlechter ab als von vielen erwartet.

Die unübersehbar neu belebte Parteienlandschaft in der Türkei ist nicht nur ein willkommener Vorwand für die „westlichen Demokratien'', die Türkei trotz Folter und Kriegsrecht wieder voll und ganz unter Ihresgleichen zu zählen. Sie hat auch in den Resten der türkischen Linken große Hoffnungen geweckt, deren Abglanz mensch hierzulande etwa in der taz findet.

Wir wollen deshalb die Nachwahlen zum Anlaß nehmen, das Parteienspektrum in der Türkei vorzustellen und der Frage nachzugehen, was sich gegenüber der Situation vor dem Putsch verändert hat.

sich gegenüber der Situation vor dem Putsch verändert hat.

Die traditionelle Rechte

Der frühere Regierungschef Demirel hat alles getan, um sich als engagierter Kritiker der Militärs und der von ihnen oktroyierten Verfassung zu profilieren. Seine Forderungen nach ‚Demokratie'' und nach einer „alternativen Wirtschaftspolitik'' sicherten ihm die Stimmengewinne. Dieses Autreten Demirels — der eigentlich (wie die meisten Politiker der „alten'' Parteien) nach den Gesetzen der Generäle gar nicht auf der politischen Bühne erscheinen dürfte — zeigte bis in die Linke hinein Wirkung. Der taz-Korrespondent Ömer Seven ernannte ihn gleich zum „*mutigsten Kritiker des Regimes*'' (taz, 31.10.85). Vom Saulus zum Paulus? Demirel ist schließlich kein unbeschriebenes Blatt, in den 70er Jahren war er mehrfach Ministerpräsident und hatte sich nicht gescheut, „Regierungen der nationalen Front'' zusammen mit der ‚Graue Wölfe'-Partei MHP zu bilden. Er war es, der vor dem Putsch Özal als Wirtschaftsminister einsetzte, um die Auflagen des IWF gegen die Bevölkerung durchzudrücken.

Wo er heute ein bißchen konkreter gefragt wird, bleibt von der angeblichen Wandlung nichts übrig. Selbstverständlich bekennt er sich dazu, daß er 1970 das Kriegsrecht ausrufen ließ. Damals war in Istanbul ein Generalstreik ausgebrochen, wegen eines Gesetzentwurfes seiner Regierung, der die gewerkschaftlichen Rechte massiv einschränken sollte. Auch die Gründung von Staatssicherheitsgerichten in derselben Zeit war auch aus heutiger Sicht nur gerechtfertigt: „*Das Bedürfnis nach Staatssicherheitsgerichten entstand bei uns deshalb, weil wir mit regulären Gerichten Schwierigkeiten hatten, wenn es um Straftaten gegen den Staat ging.*'' (Interview, taz ebd.) Zur Koalition mit der MHP befragt, stellt

Staat ging.'' (Interview, taz ebd.) Zur Koalition mit der MHP befragt, stellt

der frühere Regierungschef klar: „*Die MHP war eine legale Partei und im Parlament vertreten. ... Es kommt hinzu, daß in den vergangenen vier Jahren noch kein Schuldbeweis gegen die MHP erbracht worden ist.*'' (ebd.) Und im Brustton vollster Überzeugung verkündet Süleyman Demirel: „*In meiner politischen Laufbahn gibt es nichts, was Argwohn erwecken könnte. Ich bin Demokrat und immer Demokrat gewesen.*'' (ebd.)

Gegen Demirels hemmungslose Demagogie verblaßte der Rest der bürgerlichen Rechten: Die „Freie Demokratische Partei'' (HDP) des früheren Chefs der Kammern (Arbeitgeberverbände), Mehmet Yazar, wie auch die „Bürgerpartei'' (VAP) von Vural Arikan blieben — obschon durch Abgeordnetenübertritte im Parlament vertreten — bei den Nachwahlen ohne Einfluß.

Sozialdemokraten gespalten

Der Sozialdemokratie waren in den Nachwahlen große Gewinne vorausgesagt worden, und so blieb das Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurück. Daß diesmal zwei sozialdemokratische Parteien angetreten waren, hat sicher viel zu diesem schwachen Ergebnis beigetragen. Immerhin hat es dokumentiert: Die SHP von Erdal Inönü konnte den später unter strengster Abschottung gegründeten Konkurrenzverein DSP des früheren Ministerpräsidenten Ecevit klar distanzieren.

Die SHP war Mitte letzten Jahres durch den Zusammenschluß der HP mit der „außerparlamentarischen'' SODEP entstanden. Die Partei(en) hatten damals auch eine begrenzte Massenmobilisierung für soziale und gewerkschaftliche Rechte versucht, die allerdings rasch aus dem Ruder zu laufen drohte. Während einige SHP-Abgeordnete im Parlament sehr mutig gegen Folter oder den Terror der Armee in Kurdistan auftreten, agiert die Parteispitze weit rechts. In der Debatte um eine Amnestie für politische Gefangene wurde das überdeutlich.

Ende 83 war diese Amnestie in über zwei Millionen Briefen von Angehörigen gefordert worden, auf Massenkundgebungen der SODEP/HP im Juni 85 war Generalamnestie die Hauptparole. Diese Forderung kann sich auf eine alte Tradition stützen: Bisher hat es in der Türkei nach Militärputschen stets Amnestien gegeben (und im Anschluß daran für die betroffene Linke die Möglichkeit, sich zu reorganisieren). In klassisch sozialdemokratischer Manier setzte sich die SHP an die Spitze dieser Forderungen und brachte Ende Januar diesen Jahres einen „Amnestiegesetzentwurf'' ein. Mit Amnestie hat der Entwurf allerdings kaum noch etwas zu tun: Es geht um die Umwandlung der Strafen (statt lebenslänglich 24 Jahre) oder um Teilaussetzung (mit Bewährung auf 5 Jahre). Ausgenommen sind (in ausdrücklicher Übereinstimmung mit der von den Generälen aufoktroyierten Verfassung) alle Straftaten, die sich gegen den Staat richten. Diejenigen sollen nicht amnestiert werden, „*die anstreben, die unteilbare Einheit des Staates mit seinem Land und Nation zu zerstören, ... die Vorherrschaft einer sozialen Klasse über die andere herbeizuführen oder Unterschiede in Sprache ... oder Bekenntnis zu schaffen ...*''. Also die ganz große Mehrheit derjenigen, die wegen politischer Aktionen einsitzen und gefoltert werden. Was die SHP-Amnestie in der Praxis für einen Nutzen hätte, bringt der Anwalt Ibrahim Tezan auf den Punkt: „*Durch diese Amnestie würde aus Mamak niemand herauskommen. Selbst in der gesamten Türkei würden höchstens 100 Personen entlassen werden.*'' Faktisch übernimmt die SHP damit das Ziel der Militärs, daß unter allen Umständen verhindert werden muß, daß die Linke in der Türkei jemals wieder auf die Beine kommen kann.

Die DSP kritisierte diesen Entwurf nicht etwa von links, sondern schloß sich der Kritik der Rechten an, daß die (wenigen) verurteilten „Grauen Wölfe'' nicht ausreichend berücksichtigt würden. Auch die DSP sei für eine Amnestie. „*Aber für eine Amnestie, die sowohl für Rechte als auch für Linke gerecht und gleich ist.*'' (Zitate nach Türkei-Depesche 2/86).

Der heimliche Führer der DSP, Bülent Ecevit dokumentiert allerorten seine Abkehr von früher immerhin noch linker Rethorik. Mit seiner separaten Parteigründung verbunden sind heftige Ausfälle gegen die SHP: diese sei ein „*Sammelort von Linksextremisten*'' (Badische Zeitung, 27.9.86); „*diejenigen, die sich von etatistischen Traditionen und vom Kadertum nicht lösen könnten, seien in der SHP versammelt*'' (Milliyet, 15.2.86). Ecevit selber versucht, eher rechtes bis religiöses Wählerpotential zu mobilisieren. Auf einer Wahlversammlung entdeckte er etwa als neues Menschenrecht das Recht von Frauen, einen Schleier zu tragen. Das dürfe an türkischen Universitäten nicht länger verboten sein. (Neue Züricher Zeitung, 11.10.86)

Die SHP Inönüs tat sich in der Vorwahlzeit eher durch Vertrauenswerbung beim türkischen und mehr noch beim internationalen Kapital hervor als durch eine Mobilisierung gegen die Regierungspolitik. Die SHP, erklärte deren damaliger Chef Gürkan beim „Weltwirtschafts-Forum'' in Istanbul, „*als eine Partei, die den Zusammenschluß Europas und die Teilnahme an der EG auf ihre Fahnen geschrieben habe, (könne) unmöglich gegen das ausländische Kapital sein*'' (Cumhuriyet, 23.3.86). Ähnlich entschieden warb Gürkan bei einem Besuch beim Arbeitgeberverband TÜSIAD für eine Demokratie, die dem „*Privatsektor mit dem fremden Kapital eine vieldimensionale Arbeitsteilung*'' erlaubt (Cumhuriyet, 8.4.86). Neben dieser Sorte Demokratie sah der SHP-Führer selbstbewußt „*die zweite unverzichtbare Bedingung dafür, daß das Fremdkapital in die Türkei kommt, dann erfüllt, wenn auch Sozialdemokraten an der Regierung zu sehen sind.*'' (ebd.)

Im Hintergrund solcher Profilierungsversuche nach rechts steht letztlich auch die delikate Frage, welche der beiden Parteien die Sozialistische Internationale hinter sich bringen kann. Bisher ist das Rennen offen ...



Alltag in Kurdistan: Türkisches Militär im Einsatz

Nationale Versöhnung?

Die DSP hat demgegenüber die Forderung nach einer Verfassungsreform zu ihrem Haupt-Profilierungsthema erhoben. Im Januar 86 kam es zu einer Absprache zwischen Parteiführerin Rahsan Ecevit (der Frau von Bülent Ecevit) und dem DYP-Vorsitzenden Cindoruk, eine „Verfassungsfront gegen die Militärrepublik'' zu bilden. Die gültige Verfassung sei nur darauf gerichtet, die Militärherrschaft zu legitimieren, sie sei nicht korrekt zustandegekommen. Das Parlament (nicht eine neue Verfassungsgebende Versammlung) müsse nach Neuwahlen eine neue Verfassung verabschieden. Über den Inhalt einer solchen Verfassung gab es keinerlei Übereinkunft; Demirel hat erklärt, daß es darauf schließlich auch gar nicht ankomme. Der einzige wirklich benennbare Punkt ist die Aufhebung des — faktisch von keinem mehr beachteten — Politikverbotes für Führer der Parteien aus der Zeit vor dem Militärputsch.

Die SHP beteiligte sich nicht an diesen Vorstößen. In der legalen Linken dagegen wurde der DSP/DYP-Aufruf zur ‚nationalen Versöhnung'' sehr wohlwollend aufgenommen. Die nationale Einheit, wie sie schon vor dem Militärputsch von der (china-orientierten) TIKP vorgeschlagen worden war, sei für die Türkei notwendig, hieß es in der Zeitschrift „Sacak'. Und die sozialistische „Yeni Gündem'' meint: „*Wenn ein großer Teil der Linken dabei bleibt, den Aufruf zur nationalen Versöhnung für eine demokratische Verfassung als „Utopie'' zu betrachten, und ein kleinerer Teil ihn weiterhin als „Verarschung'' betrachtet, wird eine geschichtliche Gelegenheit verpaßt werden.*'' (nach Türkei-Depesche 2/86)

Bei einem so epochalen Gedächtnisschwund erübrigt es sich schon fast darauf hinzuweisen, daß weder Ecevit noch Demirel auch nur irgendeine kon-

noch Demirel auch nur irgendeine kon-

krete Verbesserung für die Lebensituation der Bevölkerung auch nur versprechen.

Parlamentarismus nach bekannter Machart

Die Nachwahlen haben alles in allem gezeigt, daß sich auf der parlamentarischen Szene wieder Verhältnisse etabliert haben, wie man sie aus der Vergangenheit zur Genüge kennt. Beherrscht wird die politische Bühne von denselben Figuren, Parteien und Interessengruppen, die schon vor dem Putsch von 1980 den Ruf des türkischen Parlamentarismus als bis ins Mark korruptem Haufen von Lobbyisten begründeten, der praktisch letztlich handlungsunfähig war. Heute sind Skandale und persönliche Bereicherung so häufig wie eh und je und füllen immer wieder die Spalten der Regenbogenpresse. Selbst der Korrespondent der „Süddeutschen'' berichtet beispielsweise über die Auflösung der MDP: Deren 67 Parlamentsabgeordnete wurden „*über Nacht ‚Unabhängige'' und standen damit anderen Parteien — böse Zungen behaupten: den Meistbietenden — zur Verfügung.*'' Zwanzig „*sogenannte „unabhängige'' Abgeordnete*'' stünden zur Zeit „*für weitere „Transfers''*'' bereit, „*die wohl im Anschluß an die Nachwahlen ... über die Bühne gehen werden.*'' (SZ, 27.9.86) Eine halbwegs stabile Parteienkonstellation für die Zeit nach den Wahlen 1988 scheint unter diesem Umständen überaus fraglich. Mit der Verfassung von 1982 haben sich die Generäle jedenfalls eine überlegene Machtposition im Staat festschreiben lassen. Schon allein durch die Stellung des Staatspräsidenten, des Ex-Junta-Chefs Kenan Evren, haben sie sich ein neuerliches Eingreifen jederzeit vorbehalten.

Aber bis 1988 ist ja noch Zeit: Regierungschef Özal jedenfalls hat bereits angekündigt, daß der massive Stimmenverlust für die ANAP auf die von ihm praktizierte Wirtschaftspolitik keinen Einfluß haben wird. Schließlich hat die Weltbank ihm attestiert, die Türkei habe sich zu einem „*Musterland*'' entwickelt. Was tut es da zur Sache, daß die Arbeitslosigkeit schon offiziell mit 16 bis 19 Prozent veranschlagt wird — und in Wirklichkeit auf das Doppelte geschätzt werden muß? Daß das monatliche Durchschnittseinkommen (nicht der Mindestlohn) eines türkischen Arbeiters bei umgerechnet etwa 180 DM liegt, und seit 1983, dem Regierungsantritt Özals, mehr als ein Fünftel seines realen Wertes eingebüßt hat? Daß die Inflation im letzten Jahr über 40 Prozent betrug? Daß die Mieten im Vergleich zu den Einkommen so horrend sind, daß selbst die großbürgerliche „Neue Züricher Zeitung'' notiert: „*Es kommt in der Tat vor, daß jüngere Leute, beispielsweise mittlere Staatsangestellte, von den rund 60.000 Pfund, die sie im Monat verdienen (umgerechnet 150 Franken), 40.000 Pfund (rund 100 Franken) für ihre Miete auslegen müssen.*'' (NZZ, 11.10.86)

Kräfte, die dieser Politik eine wirkliche Alternative entgegenstellen könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Darin können die Generäle ihren einzigen Erfolg feiern, dem durch die Bank alle real existieren Parteien Anerkennung zollen: daß die radikale Linke zerschlagen ist und nach wie vor jeder Ansatz von neuer Organisierung grausam unterdrückt wird.

Jo./Freiburg

Die Übersetzungen aus der türkischen Presse und viele der verarbeiteten Informationen sind der monatlich erscheinenden **Türkei-Depesche** entnommen. Sie kann bestellt werden beim:
Informationsbüro Türkei
Rühmkorffstr. 7
3000 Hannover 1

Die Ergebnisse im Überblick

ANAP:	**32,0 %**	(41,5 %)
DYP:	**23,5 %**	(13,7 %)
SHP:	**22,5 %**	(32,6 %)
DSP:	**8,7 %**	(/)
RP:	**5,5 %**	(4,7 %)
MCP:	**2,1 %**	(/)

ANAP = Regierungspartei, Özal
DYP = alte Rechte, Demirel
SHP = Sozialdemokraten, Gürkan
DSP = Sozialdemokraten, Ecevit
RP = islamische Fundamentalisten
MCP = Fachisten, ex-MHP

(Stimmanteile nach NZZ, 11.10.86. In Klammern: die Ergebnisse der Kommunalwahl von 1984; die später zur SHP vereinigten sozialdemokratisch/kemalistischen Parteien SODEP und HP traten damals noch getrennt an.)

Es dürfte ein seltener Fall in der Geschichte des Parlamentarismus sein, daß (außer Özals ANAP) keine der Parteien mehr existiert, die bei den Parlamentswahlen von 1983 kandidiert hatten. Die Militärjunta hatte damals eigentlich die von ihr installierte „Generalspartei'' MDP als Wahlsiegerin vorgesehen gehabt. Die HP („Volkspartei'') sollte die staatloyale Opposition bilden. Der unerwartete Erfolg des seinerzeit wegen diverser Skandale gerade in Ungnade gefallenen Özal ließ diese Rechnung nicht aufgehen. Inzwischen hat sich der HP zugunsten der neugebildeten sozialdemokratischen SHP aufgelöst; die MDP ist zerfallen, ein Gutteil ihrer Abgeordneten bildet heute die Parlamentsfraktion der DYP.

Bombardements gegen

Bombardements gegen kurdische Dörfer

Mitte August bombardierten türkische Phantom-Jäger wiederholt kurdische Siedlungen im Nordirak. Mehrere Dörfer wurden angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht, mindestens 200 Menschen getötet. Dabei wurden nach internationalen Presseberichten auch Napalmbomben eingesetzt. Unterstützt wurden die Luftangriffe durch Bodentruppen und Kommandoeinheiten.

Die Regierung hatte dazu eigens einen Erlaß mit Gesetzeskraft verabschiedet, der für solche Überfälle ohne Konsultierung des Parlaments (auch künftig) die formelle Legimation liefern soll.

Stellungnahmen:

Innenminister Akbulut: „*Für seperatistische Banditen gibt es kein Pardon. Gegen diese Kriminellen, ... kann ... mit Erlaubnis der Regierung alles unternommen werden.*''

Ministerpräsident Özal: „*Diese erfolgreiche Operation hat gezeigt, daß wir die Aufständischen, wo immer sie sich auch verstecken mögen, auffinden und vernichten können. Das soll auch eine Warnung an die Leute sein, die die Verräter schützen.*'' „*Wir haben innerhalb einer kurzen Zeit Gesetze erlassen, wie es nicht einmal während der Regierungszeit der Militärs möglich war. ... Wir haben einen Beschluß gefaßt und innerhalb von einer Nacht die Rebellen angegriffen. ... Sie (gemeint: die SHP) sagen, wir müßten zuerst das Parlament konsultieren, nichts da ... wir waren wie der Blitz und sie haben 250 Tote...*''

DYP: „*Dies ist eine verspätet durchgeführte Aktion. Die Maßnahme hätte viel früher erfolgen müssen.*'' (Erklärung des stellvertretenden Generalvorsitzenden Baki Tug)

Ecevit: „*Die Operation mußte durchgeführt werden, ...*'' er warnt aber, daß bei solchen Operationen sehr vorsorglich vorgegangen werden müßte, damit keine unerwarteten Resultate entstünden.

Inönü: „*Wir sind in der Sache nicht gegen die Operationen, die gegen Anarchisten und Separatisten durchgeführt wurden. Selbstverständlich ist es notwendig, daß gegen eine Bewegung, die die Einheit von Nation und Vaterland spalten will, sofort die entsprechende Antwort erteilt werden muß. Wir wollten lediglich, daß die Regierung bezüglich dieser Ereignisse unverzüglich das Parlament informiert und daß der gesetzeskräftige Erlaß abgestimmt wird. ... Den Separatisten werden wir niemals Zugeständnisse machen und wir sind mit Nachdruck gegen jede Art von Anarchismus.*'' (Zitate nach Türkei-Depesche 10/86)

Südafrika:

Das Zentrum der Wagenburg

Über die Widersprüche im weißen Lager in der ,,Sicherheitspolitik''

Die Republik Südafrika wird heute von einem Machtzentrum aus regiert, das im wesentlichen von einigen ,,aufgeklärten'' Köpfen der Rassisten, Polizeioffizieren und Militärs repräsentiert wird. Die Errichtung dieses Zentrums ist eng mit dem politischen Aufstieg P. W. Bothas verbunden. Den Weg der Errichtung dieses Zentrums und die politische Grundlage beschreibt der folgende Aufsatz.

Die Debatte um Sanktionen gegen das Rassistenregime zeigt, daß große Teile der politischen Szene die südafrikanische Politik als Ergebnis eines parlamentarisch-demokratischen Prozesses im weißen ,,Laager'' ansehen. Sanktionen als Druckmittel, als Einflußversuche auf einen Meinungsbildungsprozeß in der Rassistenrepublik, mit der Hoffnung auf eine Zersplitterung der weißen Parteien und eine quasi parlamentarische Abschaffung dieser Apartheid-Politik, all dies geht an der Realität vorbei. Die Rassisten haben sich als eine eigenständige regionale Macht in Südafrika konstituiert, ihre Führung handelt nach dem Satz: ,,Von Moskau werden wir enthauptet, von Washington langsam erdrosselt''. Sie haben sich eine politisch-militärische Führung geschaffen, die kriegsfähig ist und einen regionalen Konflikt mit den Frontstaaten anstrebt, um das eigene Überleben zu sichern. Scheinbar verfügen die Rassisten über eine Strategie, zumindest aber über eine politische Struktur des Staates, die dieser Aufgabe angemessen ist.

Der Weg zu diesem Ergebnis führte über die Erfahrungen der letzten dutzend Jahre und begann mit u. a. den Befreiungen der portugiesischen Kolonien und der portugiesischen Revolution.

Die ,,Nelkenrevolution'' erschüttert die Rassisten

Die ,,Nelkenrevolution'' erschüttert die Rassisten

Die Portugiesische Revolution im April 1974 traf die Machthaber in Südafrika überraschend und unvorbereitet. Innerhalb kürzester Zeit wurde deutlich, daß die Pufferzone der portugiesischen Kolonien nicht mehr lange existieren würde, und daß die beiden Rassistenregimes in Rhodesien und Südafrika gemeinsame Grenzen mit Staaten haben würden, die die südafrikanischen Widerstandsbewegungen unterstützen. Die Regierung unter Vorster reagierte zunächst außenpolitisch, indem Kontakt mit prowestlichen afrikanischen Staaten aufgenommen wurde, und indem die damalige rhodesische Regierung unter Druck gesetzt wurde, einen Kompromiß — z. B. eine gemischt-rassige Regierung — mit der zimbabweschen Befreiungsbewegung zu finden.

Mosambik wurde 1975 unter einer FRELIMO-Regierung unabhängig. In diesen Prozeß griff die südafrikanische Regierung nicht direkt ein. Ganz anders verhielt sie sich im angolanischen Befreiungskampf. Zum einen wurden die beiden Bewegungen UNITA und FLNA von Südafrika materiell und logistisch unterstützt. Sodann versuchte die südafrikanische Armee nach geheimen Absprachen mit dem USA-Imperialismus die Hauptstadt Angolas zum proklamierten Unabhängigkeitstag, dem 11. November 1975, zu besetzen. Kurz vor Luanda erlitt diese Armee jedoch die verdiente Niederlage, teils auch wegen mangelndem Nachschub aus den USA und afrikanischen Staaten. Die südafrikanischen Truppen zogen sich in den südlichen Teil Angolas zurück und deckten so auch den Rückzug der Savimbi-Truppe UNITA.

Politisch war der Ausgang für den damaligen Premierminister Vorster und seinen engsten Vertrauten, dem Chef des Büros für Staatssicherheit (BOSS), eine Niederlage. Sie hatten das Maß falsch eingeschätzt, mit dem die USA eine solche Aktion abdecken würden. Die Führung der südafrikanischen Armee SADF war zunächst gegenüber dieser Operation kritisch eingestellt. Später aber kritisierte der Verteidigungsminister P. W. Botha die Regierung, die Armee im Stich gelassen zu haben, sonst hätten die Luanda nämlich genommen. Also die klassische Dolchstoßlegende.

Nach der Niederlage in Angola wurde die südafrikanische Regierung mit dem gewachsenen Widerstand in Namibia konfrontiert und mußte ihre dort stationierte Truppenstärke von 16.000 auf 50.000 Mann erhöhen. 1976 unternahm die SWAPO allein dreimal so viele Aktionen wie in den ganzen zehn Jahren zuvor.

Aufgrund der veränderten Situation verstärkte die Regierung ihre Bemühungen, im Lager der westlichen Industrienationen Unterstützer für sich zu gewinnen. Dazu sind auch die Versuche zu rechnen, engere Verbindungen zur NATO herzustellen. Die sozialdemokratischen Regierungen Großbritanniens und der BRD gaben sich diesen Versuchen jedoch sehr verhalten gegenüber. Mehr Erfolg hatten die Rassisten erst mit dem US-Präsidenten Nixon, später mit Ford und seinem Außenminister Kissinger.



200.000 weiße Schuljungen werden in die Kadettenausbildung einbezogen

Alle diese außenpolitischen Probleme wurden jedoch durch die Revolte im Sommer 1976 relativiert. In den nächsten sechs Monaten nach dem Aufstand in Soweto wurden 1.000 farbige Südafrikaner getötet, mehr als 3.000 verließen das Land, um sich der

nächsten sechs Monaten nach dem Aufstand in Soweto wurden 1.000 farbige Südafrikaner getötet, mehr als 3.000 verließen das Land, um sich der

Guerilla anzuschließen. Sabotageaktionen nahmen von 1976 auf 1977 sprunghaft zu. Kritik von Seiten der SADF wurde am Einsatz der Polizeistreitkräfte geäußert. Die Gewalttätigkeit der Polizei sei kontraproduktiv gewesen, der Einsatz einer höheren Zahl von Sicherheitskräften hätte zu einem schnelleren Ersticken der Revolte geführt. Einige Führungskader der SADF sandten dem damaligen Verteidigungsminister P. W. Botha ein Memorandum, in dem sie die Notwendigkeit einer Machtübernahme durch das Militär nahelegten, um sofortige soziale und politische Veränderungen einzuleiten und so der internen Herausforderung des Apartheid-Staates zu begegnen. Obgleich solch ein Militärputsch nicht möglich war, deutete dies doch an, daß in den obersten Etagen des Militärs eine Gruppe von relativ jungen, ,,modernen'', technokratischen Offizieren eine neue militärische und sozio-ökonomische Strategie verbreiteten.

Die Vorbehalte dieser militärischen Kommandeure trafen sich mit den Befürchtungen leitender Geschäftsleute, die sich sowohl um die Stabilität der Apartheid als auch um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sorgten. Der wirtschaftliche Schwung war Ende der 60er Jahre zum Stillstand gekommen und Mitte der 70er Jahre herrschte eine Rezession. Da gerade die Großunternehmen vermehrt auf eine halbausgebildete Arbeitskraft aus dem farbigen Bevölkerungsteil angewiesen waren — auch in Südafrika forderte die Konkurrenzsituation eine höhere Technisierung der Produktion — wurde die herrschende Nationale Partei unter Druck gesetzt, eine begrenzte Mobilität für die farbigen Arbeitskräfte zuzulassen. Gleichzeitig würde eine solche Spaltung der farbigen Bevölkerung in einen kleinen ,,bestochenen'' Teil und den großen Rest der Stabilität der Apartheid dienlich sein. Der Prozeß sollte begleitet werden mit der Gewährung begrenzter politischer Rechte für einige Sektoren der farbigen Bevölkerung.

Dies war die ,,aufgeklärte'' Seite der Argumente. Auf der anderen Seite standen die ,,engstirnigen'' (,,verkramptes'') Politiker, die vornehmlich die Interessen der kleinen bäuerlichen Betriebe, der Geschäftsleute und der weißen Arbeiterklasse vertraten. Sie waren grundsätzlich gegen jede Änderung des traditionellen Apartheid-Systems. Dieser Linienstreit setzte sich für einige Zeit sowohl in der Nationalen Partei als auch der Regierung fort. Aus dem militärischen Bereich wurde sodann eine Doktrin präsentiert, die eine Verschärfung der Unterdrückung mit der Modernisierung des Apartheid-Systems verband. Unter dem Schutzschild einer aggressiven Verteidigungsmacht sollte eine gewisse Modifizierung der Apartheid geschehen, unter der Anleitung des neuen, südafrikanischen soldatischen Politikers.

Die nationale Sicherheits-Doktrin

Die grundlegende Prämisse der SADF-Doktrin ist ein Produkt der Ära des kalten Krieges, wonach es gegen alle Sphären des Staates einen ,,totalen kommunistischen Angriff'' (communist total onslaught) gibt. Eines der großen Gesetze gegen die südafrikanische Opposition entsprang ebenfalls diesem Denkschema, das Gesetz zur Eindämmung des Kommunismus von

großen Gesetze gegen die südafrikanische Opposition entsprang ebenfalls diesem Denkschema, das Gesetz zur Eindämmung des Kommunismus von

1950. Die Entwicklung der ,,totalen Antwort'' begann jedoch erst in den 70er Jahren. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit der Errichtung der zentralen Nachrichten-Agentur BOSS getan. 1970 empfahl ein Kommissions-Papier die Herausbildung einer vereinheitlichten Staatssicherheits-Doktrin, denn es sei *,,kein Geheimnis, daß die Feinde der Republik auf allen Gebieten angreifen werden, und nicht nur auf dem einen oder anderen''.*

1972 wurde in diesem Rahmen das State Security Council (SSC) errichtet, das sich einen Überblick über alle Aspekte der Staatssicherheit verschaffen sollte. Eine effektive Sicherheitspolitik oder -strategie ließ sich jedoch aufgrund der Rivalitäten der verschiedenen Staatsstellen nicht verwirklichen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem damaligen Regierungschef Vorster und dem Verteidigungsminister P. W. Botha führten dazu, daß Vorster den Geheimdienst BOSS gegen die Strukturen der SADF, die P. W. Bothas Hausmacht darstellten, ausspielte, und umgekehrt. So wurde das SSC mehr zum Schauplatz der Austragung der unterschiedlichen politischen Positionen — der ,,aufgeklärte'' P. W. Botha gegen den ,,verkrampten'' Vorster — als zu einem Koordinierungsgremium.

1975 veröffentliche P. W. Botha eine programmatische Schrift (Defence White Paper), in dem am deutlichsten das Denken der SADF-Führung repräsentiert wurde. *,,Eine Verteidigungsstrategie umfaßt wesentlich mehr als eine militärische Strategie''*, lautete eine der zentralen Aussagen dieser Schrift. *,,Sie bezieht die Wirtschaft, die Ideologie, die Technologie und sogar soziale Angelegenheiten mit ein und kann deshalb erst bedeutungsvoll und richtig sein, wenn diese anderen Sektoren angemessen in Rechnung gestellt werden ... alle Regionen müssen ihre Aktivitäten — die politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen — für ihre Verteidigung mustern. Dies ist tatsächlich die Bedeutung der ,totalen Strategie' ''.*

Der prominenteste Verfechter dieser ,,totalen Strategie'' in der SADF war General Magnus Malan. Malan ist der Sohn eines der führenden Bankiers in Südafrika, diente bei den französischen Truppen während des Algerienkrieges und studierte am US Army Command and General Staff College. Diese US-Kaderschule spielte und spielt eine führende Rolle bei der Entwicklung und dem Unterricht der Counter-Insurgency-Kriegsführung. Malan und andere Offiziere der SADF studierten die Counter-Insurgency-Programme, die die US-Armee in Lateinamerika und Vietnam angewandt hatte. Sie erweiterten ihr Wissen um die britischen Efahrungen, die diese bei der Niederwerfung des griechischen Widerstandes nach dem II. Weltkrieg und beim Kolonialkrieg in Malaysia erworben hatten, zuzüglich der französischen Erfahrungen im Algerienkrieg.

Intellektuelle Grundlage fast aller Führungskurse der SADF ist der französische Kriegstheoretiker Andrè Beaufre (1). Beaufre ist ein Protagonist des Kalten Krieges und einer der geistigen Ziehväter der Counter-Insurgency-Kriegsführung. Seine Schüler sind der Meinung, daß die indirekte Kriegsführung, zu der sie auch als eine der wichtigsten Komponenten den internationalen Terrorismus rechnen, einen ,,III. Weltkrieg'' ersetze, der zwischen den Kräften des Kommunismus und des Kapitalismus ausgetragen werde. Dieser Krieg sei ein ,,totaler'', da er überall auf der Erde in jeder nur möglichen Weise ausgetragen werde. Beaufre charakterisiert die moderne Kriegsführung als eine allumfassende und stellt besonders die Psychologie der Konflikte heraus. Seiner Ansicht nach sind Ideen wichtiger als die Waffen. Das Ziel einer ,,totalen Strategie'' sei die Koordinierung der Politik — besonders der zivilen Politik — mit einer militärischen, sozialen und psychologischen Strategie, um die geeigneten Taktiken der Counter-Insurgency aus der Fülle der möglichen herauszufinden (2).

Im März 1977 präsentierten die südafrikanischen Militärs zum ersten Mal ihre ,,totale Strategie'' in geschlossener Form. In einem Vorwort beschrieb P. W. Botha Südafrikas strategische Position als Schlachtfeld eines globalen Ost/West-Konfliktes. In diesem Zusammenhang ist die militärische Strategie Teil einer umfassenderen nationalen Strategie, um das Überleben einer Gesellschaft zu sichern, in dem *,,das Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung einer Weißen Nation nicht als zur Verhandlung stehend zu betrachten sei''*. In dem Weißbuch selbst wurden die Grundgedanken der Beaufre-Lehre wiedergegeben, die Notwendigkeit einer inneren Verknüpfung der verschiedensten staatlichen Stellen herausgestellt und die Funktion des 1972 errichteten SSC nochmals betont, in-

keit einer inneren Verknüpfung der verschiedensten staatlichen Stellen herausgestellt und die Funktion des 1972 errichteten SSC nochmals betont, in-

dem dem SSC nunmehr die Funktion zugeschrieben wurde, die lang gewünschte vereinheitlichte staatliche Sicherheits-Doktrin auszuarbeiten.

Obwohl das 1977er Weißbuch die Rahmenbedingungen einer solchen Strategie formulierte, blieben die Fragen nach den organisatorischen und politischen Konsequenzen für den aktuellen südafrikanischen Staatsapparat unbeantwortet. Die Herausarbeitung dieser Antworten blieb verschiedenen Konferenzen und Symposien vorbehalten, wie z. B. einem Symposium unter dem Titel: ,,Nationale Sicherheit: Ein moderner Versuch''. Neben den schon bekannten Inhalten der ,,totalen Strategie'' wurde eine Koordinierung der nationalen Planung gefordert und die Konsequenzen für die politische und administrative Umstrukturierung des Staates eingeklagt. Daß dabei einige demokratische Rechte — natürlich nur die der weißen Südafrikaner, da die übrigen keine hatten — zur Disposition standen, machten die Beiträge der SADF-Offiziere auf diesem Symposium für alle deutlich. Wichtig ist zu betonen, daß alle diese Diskussionen gerade unter den ,,aufgeklärten'' Teilen der südafrikanischen Bourgeoisie positiven Anklang fanden.

Die Vereinigung der ,,reformistischen'' Elemente des zivilen Sektors mit denen aus dem militärischen Sektor bildete die Grundlage für den Aufstieg P. W. Bothas zum Premierminister 1978.

Das Militär und die Staatsmacht

Die Regierung unter Botha ließ nicht viel Zeit vergehen und setzte all dies um. Obwohl unter der Regierung Vorster schon einige Veränderungen im Staatsgefüge unternommen worden waren, unter Botha gestaltete sich das ganze zu einer Strategie, die das Überleben des Apartheid-Regimes bis ins Jahr 2000 sichern sollte. Mit einem Rationalisierungsprogramm wurde die Zahl der Regierungsämter um die Hälfte auf rund 20 verkürzt. Botha verstärkte den Einfluß seines Präsidentenamtes und ließ vier ständig arbeitende Komitees einrichten: für nationale Sicherheit, Verfassungsfragen, Wirtschaft und Soziales. Gleichzeitig wurden nach dem Antritt der Botha-Regierung zahlreiche Institutionen und Ämter schlicht umgetauft oder mittels kleiner Modifikationen umgruppiert.

Ein großer Teil dieser Umstrukturierungen und Umbenennungen des Staatsapparates diente einzig dazu, die faktische Zentralisierung der Macht und die Außerkraftsetzung der Demokratie (zu betonen: für die Weißen) zu verschleiern. Ein weiterer Schritt in die gleiche Richtung war die Errichtung des Drei-Kammern-Parlaments 1984. Hiermit wurde nach außen im wesentlichen eine Reform herausgestellt, die denjenigen nicht-weißen Südafrikanern, die als Farbige oder Inder ,,klassifiziert'' waren, eine beschränkte Beteiligung an der Demokratie ermöglichte. Einerseits versuchte die Botha-Regierung, damit einige Teile aus dem farbigen und schwarzen Bevölkerungsteil für sich zu gewinnen. Wichtiger für die Regierung war aber die Errichtung einer Exekutiven Präsidialdemokratie, die die Funktionen des Parlaments aufspaltete und so seine Kontroll- und Gesetzgebungsfunktion entscheidend schwächte.

Herz dieses Herrschaftsapparates ist das ,,National Security Management Systems''. Als alle Welt sein Augenmerk auf etwaige Spaltungen in der regierenden Nationalen Partei richtete und die Errichtung des Drei-Kammern-Parlaments feierte, organisierte die Botha-Regierung dieses Machtzentrum. In ihm haben die Führer der Polizei und des Militärs die Schlüsselrollen inne.

Die Spitze dieses Machtzentrums bildet das schon genannte State Security Council (SSC), das rein formal nichts anderes ist als ein Regierungskomitee, welches für Fragen verantwortlich zeichnet, die die Sicherheit des Staates betreffen. Diese Generalklausel verdeutlicht schon die Spannweite der Macht bzw. des Machtanspruchs. Unter den vergangenen Regierungen spielte dies SSC eine untergeordnete Rolle, Zentren der politischen Macht waren die Nationale Partei und das Kabinett. Unter der Regierung Botha ist das SSC der Brennpunkt aller nationalen Entscheidungen und der Regierungsmacht geworden. Das SSC bereitet die Kabinettssitzungen vor, tagt, wenn das Parlament ,,im Urlaub'' ist. Das SSC trifft sich im Geheimen und seine vollständige Besetzung ist nicht bekannt. Was man weiß, reicht jedoch, um nachzuvollziehen, daß hier tatsächlich das Zentrum der Macht des Rassistenregimes liegt.

Mitglieder des SSC 1985

Zentrum der Macht des Rassistenregimes liegt.

Mitglieder des SSC 1985

Gesetzliche Mitglieder	
Präsident	P. W. Botha
Verteidigungsminister	General Malan
Außenminister	Pik Botha
Min. ,of law + order'	'Louis le Grange
Justizminister	H. J. Coetsee
Transportminister	H. Schoeman
SADF-Chef	General Geldenhuys
Polizeichef	General Coetzee
Geheimdienstchef	N. L. Barnard
Sekretär des SSC	Westhüizen
u. a.	

Der Einfluß von Militär und Polizei auf die Politik wird noch deutlicher durch ihre Repräsentanz in den dem SSC nachgeordneten Komitees. Das Sekretariat des SSC besteht zu 70 % aus aktuellem oder ehemaligem SADF-Personal zuzüglich einer einflußreichen Zahl von Personen aus dem Geheimdienst. Das SSC ist verantwortlich für jegliche Entscheidung im Raum des südlichen Afrikas, ihm unterliegt die Verantwortung für die besetzten Gebiete in Namibia, es steuert die Contra in Angola und Mosambik. Eine Reihe militärischer und politischer Aktionen wurden in enger Absprache zwischen dem SSC und der SADF getroffen, von denen das Kabinett und Parlament erst aus der Zeitung erfuhren, wie z. B. der Angriff auf die Hauptstadt von Lesotho, bei dem südafrikanische Truppen mehrere ANC-Mitglieder töteten. In den weiter nachgeordneten Arbeitsgruppen des SSC fungieren SADF-Mitglieder als Verantwortliche dem SSC gegenüber.

wo./Imperialismuskommission

Grundlage dieses Artikels ist das Buch ,,Brutal Force — The Apartheid War Machine'' von Gavin Cawthra, es ist im Mai 1986 in London im Verlag International Defence & Aid Fund for Southern Africa erschienen. (Canon Collins House, 64 Essex Road, London N1 8LR); insbesondere das Kapitel ,,The Apartheid 'Security' Strategy''

1) Beaufre ist auch in der BRD verlegt worden:
— Totale Kriegskunst im Frieden (Geleitwort Hans Seidel), Propyläen Berlin 1963
— Abschreckung und Strategie (Vorwort W. Graf v. Baudissin), Propyläen Berlin 1964
Zur Counter-Insurgency: Die Revolutionierung des Kriegsbildes/Neue Formen der Gewaltanwendung, Stuttgart 1973

2) Neben Beaufre haben südafrikanische Militärs als Standardwerk ,,The Art of Counter-Revolutionary War'' von John J. McCuen, einem Offizier der US-Armee

US-Pilot vom Himmel geholt

Ein Hasenfus kommt selten allein

Die Aussagen des US-amerikanischen Piloten Eugene Hasenfus, der Anfang Oktober in Nicaragua gefangen genommen wurde, haben in den USA einige Aufregung ausgelöst. Hasenfus offenes Geständnis, er habe im Auftrag der CIA wiederholt Contra-Einheiten in Nicaragua aus der Luft mit militärischer Ausrüstung versorgt, wurde aus Washinton dementiert. Inzwischen verdichten sich die Hinweise darauf, daß die Organisierung der Contra-Aktivitäten durch die CIA unter direkter Anleitung des „Nationalen Sicherheitsrates'' NSC auch nach der offiziellen Ablehnung des verdeckten Krieges in Nicaragua durch den US-Kongreß weitergeht.

Hasenfus' Geschichte ist kurz erzählt: schon in Vietnam als Pilot u.a. für die CIA eigene „Air America'' im Einsatz, verdiente er sich seitdem sein Geld mit der Fliegerei.

Im Juni dieses Jahres verdingte er sich für 3.000 Dollar im Monat bei der CIA-Fluggesellschaft „Corporate Air Service'' und flog, ausgerüstet mit Identitätspapieren, die ihn als US-Militärberater in El Salvador auswiesen.

Hasenfus gab an, insgesamt an zehn Versorgungsflügen teilgenommen zu haben, viermal von Ilopango aus und sechsmal vom Honduranischen Tegucigalpa. Aus den an Bord befindlichen Aufzeichnungen des Piloten Coopes geht hervor, daß seit April 1986 ca. 50 Tonnen Kriegsmaterial aus dem Flugzeug über Nicaragua abgeworfen wurden.

Beim elften Flug, bei dem Hasenfus wiederum die Aufgabe zukam, die Materialsäcke von Bord zu werfen, erwischte eine Abwehrrakete das US-amerikanische Flugzeug.

Hasenfus' Begleiter kamen bei dem Abschuß des Flugzeuges ums Leben, er überlebte und wurde am nächsten Tag erwischt. In der Maschine allerdings wurden zahlreiche Dokumente aufgefunden, die genauen Aufschluß über die durchgeführten Flüge der vergangenen fünf Monate geben. Hinzu kommen die Aussagen Hasenfus', der augenscheinlich keinen Sinn darin sah, für das Wohl der USA den Mund zu halten.



In den USA versuchten CIA und Regierung, die Verantwortung für den Einsatz der Agenten „privaten'' Organisationen zuzuschieben. Allein Ronald Reagan versuchte die Contra-Killer zu rechtfertigen, indem er sie — Demagogie kennt eben keine Grenzen — mit den internationalen Brigaden gegen Franco verglich.

Schon einmal, im Oktober 1983, war ein Flugzeug auf einem Versorgungsflug für die Contra über Matagualpa abgeschossen worden. Der Pilot und Co-Pilot erklärten damals vor einem in Managua stattfindenden „Internationen Tribunal'', sei seien in Honduras durch die CIA angeworben, ausgebildet und in Marsch gesetzt worden für ein monatliches Salär von 1.000 bzw. 800 Dollar.

Im Gegensatz zu 1983 hat sich heute in der US-amerikanischen Öffentlichkeit die Kritik an der Interventionspolitik der Reagan-Regierung in Nicaragua soweit verstärkt, daß man mit diesem schmutzigen Krieg nichts zu tun haben will. Der Kongreß hat der CIA jegliche Aktivitäten in Nicaragua untersagt. Daß sich die CIA über dieses Verbot hinwegsetzt, belegen nicht nur die Aussagen Hasenfus' und die gefundenen Dokumente:

— Im Stützpunkt der Salvadorenschen Luftwaffe Ilopango außerhalb von San Salvador hat die „Corporate Air Services'' ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Der umgekommene Pilot des abgeschossenen Flugzeuges, William J. Cooper, galt als „CIA-Veteran'' und Chef der Contra-Versorgungsgruppe in Ilopango. Cooper kennt Hasenfus schon aus Süd-Ost-Asien Einsätzen für die CIA eigene „Air America''.

— „Corporate Air Service'' firmiert in Miami unter derselben Adresse wie die „Southern Air Transport'' (SAT), eine weltweit operierende Luftfrachtfirma, der zumindest enge Verbindungen zur CIA nachgesagt werden (von 1960 bis 1973 ist der Besitz der Firma durch die CIA sogar amtlich). Kürzlich kaufte SAT zwölf neue Maschinen des Typs L-100 Hercules von Lockheed für die Transporte nach Mittelamerika, die nach der Bewilligung der 100 Millionen für die Contra anstehen.

— Die von den Nicaraguanern vom Himmel geholte Maschine ist inzwischen als ein von der CIA schon 1984 in einer Operation gegen die Sandinisten eingesetztes Flugzeug identifiziert worden.

— Bei dem dritten US-Bürger an Bord des abgeschossenen Flugzeuges wurde die Visitenkarte eines Robert Owens gefunden. Owens ist Verbindungsmann zwischen Mitgliedern des NSC und privaten Spendern.

— US-amerikanischen Berichten zufolge ist Vize-Präsident Bush in die über Ilopango betriebene Contra-Versorgung verwickelt. Der von Hasenfus als CIA-Verbindungsmann benannte Exil-Kubaner May Goméz (zwischenzeitlich identifiziert als Felix Ismail Rodriguez, der als CIA-Agent das letzte Verhör von Che Guevara — kurz vor dessen Ermordung — durchgeführt haben soll), wurde Bush von seinem Sicherheitsbater Donald P. Gregg vor zwei Jahren vorgestellt. Bush hat inzwischen zugegeben, Goméz alias Rodriguez zweimal, im Januar 85 und im Mai 86, getroffen zu haben — über die Hilfslieferungen an die Contra habe man allerdings nicht gesprochen.

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß unter dem Kommando der CIA vom Stützpunkt der salvadorenischen Luftwaffe Ilopango aus Versorgungsflüge für die Contra durchgeführt werden, ohne daß die salvadorenische Regierung davon Kenntnis hat. Zwei der beteiligten Flieger, Hasenfus und Sawyer, waren mit Ausweisen der salvadorenischen Armee ausgerüstet, die sie als US-Militärberater auswiesen. In Ilopango halten sich nach Hasenfus 20 CIA-Agenten sowie militärisches US-Personal auf. Präsident Duarte hat bestritten, von dem Lager der Corporate Air Transports in Ilopango zu wissen, schließlich sind dort ja auch nur 20 bis 30 CIA-Angehörige stationiert und 40 Tonnen Kriegsmaterial für die Contra gelagert.



Für Reagans Krieg gegen Nicaragua kam die Enthüllung aus Managua zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die Bewilligung von 100 Mill. Dollar für die CIA zur Versorgung der Contra steht im Kongreß unmittelbar bevor.

Meinungsumfragen ergaben, daß zwei Drittel der US-Bürger gegen die Finanzierung der Contra durch die USA sind. Auf den Stufen des Capitols in Washington führen vier Gegner der Contra-Finanzierung, unter ihnen drei Vietnam-Veteranen, einen Hungerstreik durch. Zwei von ihnen hatten vergangene Woche bereits 41 Tage gehungert.

S., Hamburg

Quellen: Newsweek, 20. Oktober 86; Time, 20. Oktober 86.

Der schmutzige US-Krieg gegen Nicaragua

Im März 1981, knapp sechs Wochen nach seinem Amtsantritt, beauftragte US-Präsident Reagan die CIA mit „Covert Actions'' (verdeckte Aktionen) gegen Nicaragua. Ausgerüstet mit 19 Mio. Dollar begann die CIA mit dem Aufbau der Contra. Die versprengten Haufen ehemaliger Nationalgardisten Somozas, die an der nicaraguanischen Grenze ihr Unwesen trieben wurden mit den in Miami versammelten Exil-Politikern zur „Fuerza Democratica Nicaraguenses'' (FDN) zwangsvereinigt. Mit der Anwerbung und Ausbildung von Söldnern wurde begonnen.

Ausgerüstet mit weiteren 20 Mio. Dollar und der Direktive des „Nationalen Sicherheitsrates'' (NSC) zur Bildung von „Aktionsgruppen'' von Lateinamerikanern, die „paramilitärische und politische Aktionen in Nicaragua und in anderen Ländern'' durchführen sollten, konnte die CIA die erste Phase ihres Planes zur Destabilisierung Nicaraguas zügig umsetzen. Zunächst 1.500 Contra-Söldner wurden in Honduras militärisch ausgebildet, in den Techniken des Untergrundkampfes unterwiesen und zu Überfällen nach Nicaragua geschickt, wo sie Angst und Schrecken verbreiten sollten, um Campesinos und Miskitos zur Flucht nach Honduras zu bewegen. Dort sammelte die CIA ihre Söldner ein.

Aus Washington koordinierte eine „Restricted Interagency Group'' (RIG) aus Vertretern der CIA, der US-Army und des Außenministeriums die streng geheimen Operationen. Gegenüber den für die Kontrolle der Geheimdienste zuständigen Kongreß-Ausschüssen begründete man die CIA-Aktivitäten mit angeblichen Waffentransporten zwischen Nicaragua und der Guerilla in El Salvador.

Als CIA-Direktor William Casey im Sommer 1982 zur Berichterstattung vor den Geheimdienstausschuß zitiert wurde, war längst eine weitere Aufstockung der Contra beschlossene Sache. Bis Ende 1982 standen 4.000 Mann im Sold der CIA und die Agency war zur nächsten Phase ihres Planes übergegangen: Contra-Einheiten sollten von Honduras nach Nicaragua verlegt werden, wo sie zunächst über Land und später aus der Luft mit Nachschub versorgt würden. Diese Phase wurde mit weiteren 30 Mio. Dolar finanziert.

Zur militärischen Deckung der Söldnerarmee begannen im Sommer 82 umfangreiche gemeinsame Manöver der US-Army und der honduranischen Armee. Kriegsgerät wurde von Panama an die Grenze zu Nicaragua verschoben, wo es nach Abschluß der Manöver der CIA zur Verfügung blieb. US-Militärs flogen Aufklärungsflüge über Nicaragua und versorgten die Contra mit Informationen über alle Bewegungen der sandinistischen Kräfte. Die CIA lieferte nicht nur die notwendige militärische Ausrüstung und den Sold für die Contra-Truppen, CIA-Mitarbeiter bestimmten auch bis ins Detail die Angriffsziele und die Taktik der Contra. Anfang 1983 „betreuten'' in Honduras 125 Mitarbeiter der CIA die inzwischen auf 7.000 Mann aufgestockte Contra-Armee.

Inzwischen hatte jedoch auch der Geheimdienstausschuß begriffen, daß nicht die Unterbindung von Waffenlieferungen an die salvadorianische Guerilla, sondern der Sturz der nicaraguanischen Regierung Ziel der CIA-Aktivitäten war. Und die Greueltaten der Contra bewogen die Agency, der FDN zumindest nach außen ein zivilisiertes Ansehen zu verschaffen. Im Winter 1982 präsentierte sich ein von der CIA komponiertes siebenköpfiges „Direktorat'' als neue Führung der Contra und zukünftige Regierung Nicaraguas. Einer der sieben war Edgar Chamorro, ein ehemaliger Jesuit und Anti-Sandinist, dessen Bericht über die CIA-Aktivitäten und die Contra später für einiges Aufsehen sorgte. Das Direktorat versuchte sich im folgenden in Promotion-Tours in den USA und Europa, während der schmutzige Krieg gegen Nicaragua intensiviert wurde.

Als der Geheimdienstausschuß im Sommer 1983 zu dem Schluß kam, jegliche Unterstützung der Contra durch die CIA sei sofort einzustellen, setzte sich die Reagan-Regierung darüber hinweg und zeigte sich auch gänzlich ungerührt durch einen Gesetzesentwurf des Repräsentantenhauses, in dem im Juli 83 das Verbot der CIA-Operationen verlangt wurde.

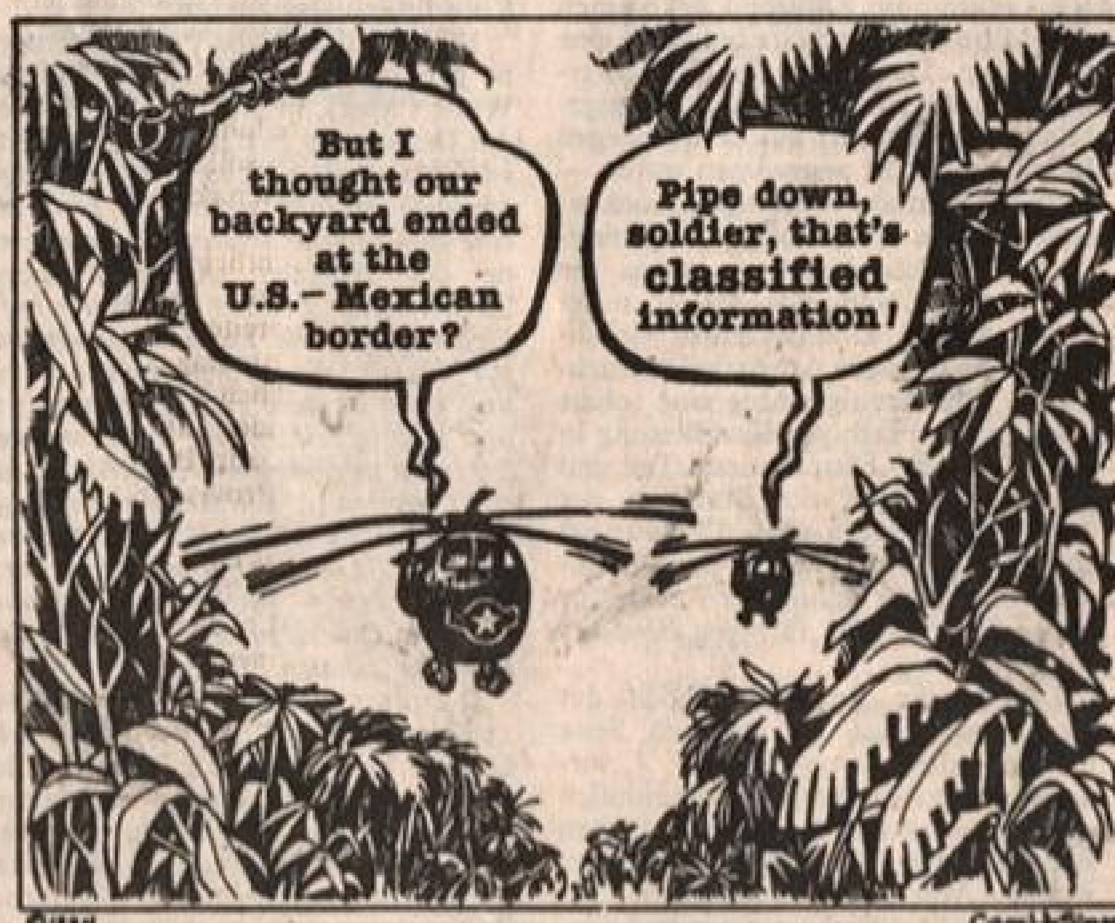
Stattdessen wurde eine neue Phase der Eskalation eingeleitet. Die CIA-Contra wurde auf 15.000 Söldner aufgestockt und mit dem Auftrag versehen, nun doch endlich wenigstens ein kleines Stückchen nicaraguanischen Territoriums zu erobern. Offensichtlich war man unzufrieden mit den militärischen und politischen Erfolgen der Contra. Der Mittelamerika-Verantwortliche der CIA, Duane Claridge, machte sich auf den Weg nach Tegucigalpa, um den Contras Dampf zu machen. Gleichzeitig begannen die bis dahin größten Militärmanöver in Honduras, „Ahuas Tara II'' (Große Kiefer II), die sechs Monate lang durchgeführt wurden. Unter der Deckung von tausenden US-Soldaten wurden die Luftbrücken zur Versorgung der Contra-Einheiten in Nicaragua aufgebaut. Claridge befahl der Contra, Angriffe auf die Ölvorräte Nicaraguas durchzuführen, um dessen Treibstoffvorräte zu treffen.

Schließlich nahm die CIA die Sache selbst in die Hand: Im Herbst und Winter 1983 schickte sie eine Sondereinsatztruppe, die „Uniliterally Controlled Latino Assets'' (UCLA), gegen Nicaragua ins Feld. Mitglieder dieser aus lateinamerikanischen Profis bestehenden Einheit griffen im Oktober den Hafen von Corinto an und jagten kurz darauf die Pipeline von Puerto Sandino in die Luft. Nach diesen Operationen verlasen Sprecher der Contra die von der CIA verfaßten Bekennerschreiben. Im Januar 1984 wurden von der CIA die Verminung der nicaraguanischen Häfen durchgeführt, worüber die FDN-Führung nicht weniger überrascht war als der Rest der Welt.

Die im Frühjahr fortgesetzten direkt von CIA-Personal durchgeführten Angriffe, u.a. auf den Marinehafen Potosi und die Ölanlagen in San Juan del Sur kennzeichneten eine neue Phase des US-Krieges gegen Nicaragua, für den Ende 1983 nochmals 24 Mio. Dollar bewilligt worden waren.

Mit dem Übergang vom Stellvertreterkrieg zur offenen Invasion hatte die Reagan-Administration jedoch vorläufig den Kongreß verärgert. Im Sommer 1984 verweigerten die Abgeordneten der weiteren Zahlung an die CIA ihre Zustimmung.

Nach der Abstimmungsniederlage beeilten sich die CIA-Verantwortlichen in Honduras, die Sorgen der FDN-Führung zu zerstreuen. Die US-Regierung werden schon Wege zur Fortsetzung der Finanzierung finden. Reagans persönlicher Sekretär Ronald F. Lehmann bemühte sich nach Honduras und versicherte dort, Reagan würde weiterhin am Ziel festhalten, die Sandinisten zu stürzen.



„Ich dachte immer, unser Hinterhof endet an der mexikanischen Grenze?'' „Psst, Soldat, das ist ‚streng geheim'!''

Und tatsächlich, während des einen Jahres, in dem offiziell der Geldhahn zugedreht war (bis zum Mai 1985, als 23 Mio. Dollar „humanitäre Hilfe'' bewilligt wurden), mußten die 15.000 Contras weder Hunger leiden, noch ihre Angriffe auf Nicaragua einstellen. Im Gegenteil, noch 1984 wurde auch mit der Finanzierung der ARDE durch die CIA begonnen. Umweg-Finanzierung durch Militärhilfe an Honduras, Costa Rica und El Salvador, über Israel und Saudi-Arabien trugen wie der Haushalt der US-Army zur Finanzierung des Krieges bei.

Das Schlagwort heißt „Privatisierung'': Verschiedene CIA-nahe Organisationen wie u.a. die „World Anticommunist League'', die „Western Goals Foundation'' und die „United States Council For World Freedom'' üben sich im Fund-Raising, koordiniert von einem Mitglied des NSC, dem Oberstleutnant Oliver North, der auch Mitglied der Koordinierungsgruppe RIG ist.

Die „Priviatisierung'' der Geldbeschaffung hat aber auch Nebenaspekte, die für die CIA weniger erfreulich sind. Das Spendensammeln — ein in den USA einträgliches Geschäft — will bezahlt sein, und so wandern hunderttausende von Dollars in die Taschen von Organisatoren und Veranstaltern. Und die Finanzierungslücke brachte auch die Contra-Führer auf Geldbeschaffungsaktionen, mit denen sie ihre bisherige vollständige Abhängigkeit von den Lieferungen der CIA lockerten, Durch Heroinschmuggel ermöglichen sich FDN und ARDE-Führer neben eigenständigen Waffenkäufen auch persönlichen Reichtum. Diese Geldquellen werden auch nach der Bewilligung der sogenannten humanitären Hilfe von 23 Mio. Dollar im Mai 85 durch den Kongreß weiter angezapft.

Nach Definition des Beschlusses umfaßt „humanitäre Hilfe'' u.a. den Kauf von Kommunikationsmitteln, Uniformen, Militärstiefeln, Kraftfahrzeugen und Flugzeugen sowie Geheimdienstinformationen. Lediglich Waffen und Munition dürfen von dem bewilligten Geld nicht gekauft werden.

Präsident Reagan versucht nun, mit einer ungeheuren Propagandaschlacht, weitere 100 Mio. Dollar für die CIA zur Finanzierung der Contra durchzuboxen. Dieser Betrag, der in etwa dem entspricht, was in den vergangenen fünf Jahren der CIA für die Contra zur Verfügung stand, würde zwar auf dem Schlachtfeld Nicaragua keine grundsätzliche Wende herbeiführen, es jedoch der Contra ermöglichen, ihr mörderisches Treiben noch auszuweiten.

S., Hamburg

Quellen:
1. Chronologie der „Verdeckten Aktivitäten'' der USA innerhalb und gegen Nicaragua, Bericht an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag am 19. April 1984, publ. in: Das CIA-Handbuch, Dokumente des ‚verdeckten Krieges' der USA gegen Nicaragua, Edition Salvador Allende, Duisburg 1985.
2. Edgar Chamorro, A Contra Renounces the Cause, in: The National Reporter (Formely Counterspy), Winter 1986.
3. Martin Kilian, Die CIA und der Contra-Krieg, in: taz, 21.—23.10.85
4. taz, 7.1.86

El Salvador:

Das strategische Interesse der Guerilla am Dialog

Gewöhnlich wird die Lage in El Salvador mit dem Satz beschrieben, keine Seite könne militärisch gewinnen. Aus der Vorstellung, daß ein strategisches „Patt" das Kräfteverhältnis bestimme, wird die Überlegung abgeleitet, eine Lösung des Konfliktes müsse auf dem Verhandlungsweg gefunden werden. So ziemlich alle Stellungnahmen schätzen allerdings ein, daß die Aussichten einer politischen Lösung gleich Null seien. Sind die Kämpfe in El Salvador festgefahren?

Genau genommen

ist die Beschreibung „militärisches Patt" in zweierlei Richtung verfälschend. Dazu einige Vergleiche: Den meisten Angaben zufolge haben sich etwa 10.000 Kämpfende in der FMLN organisiert. Die verschiedenen Sicherheitstruppen des Staates verfügen zusammen dagegen über 50.000 bis 60.000 Mann. Die Guerilla besitzt kein Hinterland und praktisch keine logistische Unterstützung außerhalb El Salvadors. Hinter der Regierungsarmee wiederum steht das größte Waffen-, Material- und Dollararsenal der Welt. Die FMLN hatte 1983/84 etwa ein Fünftel El Salvadors militärisch und politisch befreit oder in weiten Teilen zumindest der Kontrolle der Regierung entzogen, die übrigen vier Fünftel des Landes wurden von der Armee beherrscht, die zudem in den ökonomisch wichtigen Westregionen weitgehend nicht herausgefordert war. Hinzu kam, daß die größeren Städte nach der massenmörderischen Zerschlagung einer der stärksten revolutionären Arbeiterbewegungen Lateinamerikas 1981 über lange Zeit „befriedet" waren. In diesen Kategorien betrachtet gibt es also kein „Patt" oder auch nur annäherndes Gleichgewicht: Die FMLN ist deutlich schwächer.

Andererseits legt der Begriff des Patt die Vorstellung nahe, es verändere sich nichts. Daß diese Annahme irrig ist, belegt folgender Vergleich: Die salvadorenische Armee bestand 1980 aus etwa 12.000 Mann. Bis Mitte 1985 sind ihr von der Guerilla über 20.000 Verluste zugefügt worden. Das bedeutet, daß die FMLN ihren Gegner von 1980 im Verlauf des Krieges bereits zweimal fast völlig aufgerieben hat. Für eine realistische Beurteilung hilft also die lapidare und falsche Feststellung, keine Seite können siegen, nicht weiter. Was aber dann?

Der erste Versuch

der FMLN, das Blatt entscheidend zu wenden, wären die „Endoffensive" vom Januar 81 sowie der Volksaufstand, zu dem ein Teil der FMLN-Mitgliedsorganisationen aufgerufen hatte. Der Versuch, auf dem Wege einer kurzfristigen militärischen Attacke, verbunden mit einem Aufstand in den Städten an die Eroberung der Macht heranzukommen, scheiterte. Allerdins konnten durch die „Januar-Offensive", wie sie seither von der Guerilla genannt wird, die Voraussetzungen für einen auch langfristig zu führenden Volkskrieg gelegt werden.

Der strategischen Orientierung der FLMN, das Schwergewicht auf die militärische Konfrontation zu legen, war die Entscheidung der Armee (mit Zustimmung der US-Botschaft) vorausgegangen, militärisch gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen sowie die terroristische Seite zu verstärken. Das folgende Gemetzel an über 30.000 Menschen wurde eben nicht hauptsächlich von „unkontrollierten Todesschwadronen" verübt, wie es in der hiesigen Presse häufig dargestellt wurde. In einem in Mexiko veröffentlichten Interview beschrieb der FMLN-Commandante Villalobos die Planmäßgikeit dieses Unternehmens. Duarte und der ihn tragende Teil der Christdemokratischen Partei hatten sich durch Beteiligung an der damaligen Regierungsjunta bereiterklärt, den Mord politisch abzusichern.

Dieser Umstand, der hier vielfach als hilfloser Versuch, Duartes, gegen die Todesschwadronen vorzugehen, mißverstanden wurde, ist übrigens einer der historischen Gründe dafür, warum es kein „Übereinkommen" zwischen der Duarteregierung und der revolutionären Opposition gibt. Er ist ein weiterer Grund dafür, daß die reformorientierten Teile der FMLN/FDR, von denen viele aus der christdemokratischen Tradition der 70er Jahre kommen, nicht aus dem Bündis herausgebrochen werden konnten.

Bereits 1980 hatte die FMLN das Ziel verfolgt, mit dem Imperialismus in Verhandlungen zu kommen. Ihr bis heute größter diplomatischer Erfolg äußerte sich 1981 in der mexikanisch-französischen Erklärung, in der die Guerilla als „repräsentative Kraft" anerkannt wurde. Allerdings forderte die FMLN/FDR zu dem Zeitpunkt direkte Gespräche mit Washington, was von der Reagan-Administration selbstverständlich abgelehnt wurde.



Organisieren und kämpfen für die Arbeiterklasse und das Volk

Ein Sieg binnen weniger Monate

erschien nach der fehlgeschlagenen „Endoffensive" nicht mehr wahrscheinlich. In den Jahren 81 bis 84 ging die FMLN dazu über, in den nördlichen und östlichen Provinzen Chalatenango und Morazan, die an Honduras grenzen, eigene militärische und politische Strukturen aufzubauen. Politisch hieß das Poder Popular, Volksmacht. Militärisch wurde der Aufbau einer Guerillaarmee vorangetrieben, die auch in sehr großen Einheiten operierte und die Regierungstruppen aus Morazan und Chalatenango praktisch vertreiben konnte. Militärisch war die FMLN in dieser Zeit fast uneingeschränkt in der Offensive, so daß 1983 der Zusammenbruch der Armee nicht mer auszuschließen war.

Daß die Salvador-Politik der USA zu der Zeit in eine scharfe Krise geraten war, äußerte sich unter anderem darin, daß die US-Botschafter, die die wichtigsten Transmissionsriemen der Politik in Salvador sind, ständig ausgewechselt werden mußten. Gleichzeitig kam es aber auch zu den bis dahin schärfsten Auseinandersetzungen innerhalb der Guerilla. 1983 wurde die FPL-Commandantin Ana Maria durch ein Mitglied der FPL-Leitung ermor-
ein Mitglied der FPL-Leitung ermor-det.

Einige Wochen später gab die FMLN den Selbstmord des FPL-Gründers Cayetano Carpio bekannt.

Kurze Zeit darauf spaltete sich die sogenannte MOR von der FPL mit der Begründung ab, die FPL hätten einen revisionistischen Weg eingeschlagen. Zu einer näheren Einschätzung dieser Ereignisse liegen uns allerdings keine Dokumente der FMLN vor, so daß wir auf Schlußfolgerungen angewiesen sind.

Offenbar bestand der strategische Vorstoß der FMLN in dieser Phase darin, durch die Festigung eigener Gebiete, eigener politischer Strukturen und einer eigenen Armee eine Art institutioneller Doppelherrschaft im Land zu errichten und von dieser Position aus mit der Regierung in Verhandlungen zu treten. Es spricht einiges dafür, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der FMLN und ihren Organisationen darum geführt wurden, welche Richtung Verhandlungen auf dieser Grundlage nehmen sollten und welche Zugeständnisse hätten gemacht werden können.

1983/84 veröffentlichte die FMLN einen Vorschlag zur Bildung einer „Regierung mit breiter Beteiligung" als Verhandlungsgrundlage. Dieses Papier war in inhaltlichen Positionen weitaus zurückhaltender als das alte FMLN-Programm zur Bildung einer „Revolutionären Provisorischen Regierung" von 1980.

Aber während das eine als programmatische Grundlage für den Zusammenschluß zur FMLN diente, hatte das andere das Ziel, einen Verhandlungsvorstoß in Richtung Regierung zu unternehmen. Allerdins waren weder die Duarte-Regierung und schon gar nicht die USA bereit, solche Verhandlungen aufzunehmen.

Durch die Interventionen der USA

konnte der 1983 drohende Zusammenbruch der Armee abgewendet werden. Das Eingreifen der Yankees bestand einerseits in der dramatischen Steigerung in der Wirtschafts- und Waffenhilfe und in der Ausbildung von Sonderbatallionen in Honduras, Panama-Kanalzone und in den USA selbst. Andererseits wurde dadurch die Durchsetzung des im Kissinger-Plan von 1982 entwickelten Counterinsurgency-Konzepts ermöglicht: Keine direkte Invasion von US-Truppen, es sei denn, ein Sieg der Guerilla stehe unmittelbar bevor, aber Übernahme der wichtigsten Militärposten in der salvadorenischen Armee durch US-„Berater"; irreguläre Kriegsführung bei gleichzeitigen Flächenbombardements; Scheindemokratisierung durch die Festigung der Duarte-Regierung bei gleichzeitiger Integration der rechtsradikalen und faschistischen Kräfte in diesen Kurs.

Wenn die Rede hierbei auf Duarte kommt, wird häufig argumentiert, sein Spielraum für „Zurückdrängung der faschistischen Kräfte", „Reformen", „Verhandlungen" sei zu eng. Duarte würde schon wollen, könne aber nicht können, deshalb wäre es auch usw. usw. Unabhängig davon, ob Duarte heimlich auch noch anderes will, als er tut, verhalten sich die Christdemokratische Partei und ihr Chef Duarte solange nicht anders, solange sie vom Krieg profitieren und solange sie an der Entscheidung festhalten, Bestandteil der Counterinsurgency der USA sein zu wollen. Ein Abrücken von dieser Entscheidung ist nicht belegbar.

Ab 1984 gelangte die FMLN zu der Einschätzung, daß ein ständig weiterschreitender Ausbau der kontrollierten Gebiete nicht möglich sein würde. Zwar konnten die Regierungstruppen keine ihrer Großoffensiven gegen Cha-
keine ihrer Großoffensiven gegen Cha-latenango und Morazan erfolgreich zuendebringen, aber die Zahl der Flüchtlinge aus diesen Gebieten nahm ständig zu, so daß auch die bestehende Infrastruktur des Poder Popular ausgedünnt wurde. Eine Fortführung der Orientierung, auf Grundlage befreiter Gebiete Verhandlungen zu führen hätte in der Tat ein Patt bedeutet, aber eines, das sich zu ungunsten der FMLN verschieben würde.

Diese Situation

veranlaßte die FMLN, 1984/85 Grundlagen für eine veränderte Strategie zu schaffen. Die großen Verbände wurden in kleinere Guerillaeinheiten aufgelöst. Damit konnten die Operationsgebiete auf die Städte und die westlichen Landesteile ausgedehnt werden. (Die nebenstehenden Karten veranschaulichen das.)

Gleichzeitig versucht die FMLN, politisch mit der neu entstehenden Massenbewegung in Verbindung zu treten. An den zahlreichen Streiks der letzten zwei Jahre waren zwar der FMLN nahestehende Organisationen beteiligt, aber die Führung der Kämpfe lag bei Kräften, die nach wie vor auf die Christdemokratie orientieren.

Weil Verhandlungen für die Guerilla damit eine andere Funktion bekommen haben, überrascht es auch nicht, daß Duarte die Initiative für den Dialog ergriff. In einem spektakulären Auftritt von der UNO im Oktober 1984 forderte der Christdemokrat die FMLN/FDR zu direkten Gesprächen auf. Die schnelle und einheitliche Reaktion des Bündnisses weist darauf hin, daß sie auf diese Initiative vorbereitet war. Wenige Tage nach der Ankündigung fand das erste Treffen in dem Ort La Palma in El Salvador statt. Es wurde von einem zweiten Treffen im November 84 gefolgt.

Nach einer Unterbrechung von fast zwei Jahren schien es jetzt im August so, als ob die dritte offizielle Dialogrunde eröffnet werden würde. Vom 22. bis 24. August trafen sich Vertreter der FMLN und der Regierung in Mexiko zu Vorgesprächen. Der von der FMLN vorgeschlagene Verhandlungsort San Salvador wurde von der Regierung abgelehnt. Als dann wenige Tage nach den Vorgesprächen der vereinbarte Ort Sesori von Regierungstruppen besetzt wurde und Duarte bei seiner Weigerung blieb, eine Tagesordnung festzulegen, lehnte die FMLN einen Dialog unter diesen Bedingungen ab.

Folgendes läßt sich resümieren

Etwaige Versuche der Duarte-Regierung, die FMLN/FDR an der Frage von Verhandlungen zu spalten, sind gescheitert. Duarte selbst hat ausser der Tatsache, überhaupt zu verhandeln, nichts anzubieten. Allerdings wächst der Druck auf die Regierung, den Dialog auch mit Zugeständnissen zu führen, mit jedem Monat, in dem der Krieg weitergeht und die neue Bewegung in den Städten diesen Druck transportiert. Die Vorschläge der FMLN, in Etappen über 1. die Humanisierung des Krieges, 2. die Einschränkung der US-Intervention und Wiederherstellung der nationalen Souveränität und 3. schließlich über die Bildung einer neuen Regierung zu diskutieren, sind für Duarte unannehmbar. Aber sie erscheinen, vom Standpunkt nach sechs Jahren fortdauernder Zerstörung des Landes endlich einen Frieden herzustellen, logisch und vernünftig. Damit übersetzt die Guerilla den Druck, den Krieg zu beenden, der natürlich auch auf ihr lastet, in einen politischen Angriff auf die Regierung. Dies ist nicht nur eine kluge Taktik. Die Verantwortung, die die FMLN für das Land trägt, gebietet ein solches Vorgehen. Betrachtet man auf der anderen Seite die verschiedenen Verhandlungsvorschläge einfach in ihrer Abfolge: Programm zur Bildung einer Provisorischen Revolutionären Regierung (1980); direkte Verhandlungen mit den USA (1981); Programmvorschlag zur Bildung einer Regierung der Breiten Beteiligung (1983); 3 Phasen-Plan 1984/85 und dessen Konkretisierung 1986 so könnte man zu der Einschätzung kommen, daß sich die eher reformorientierten Kräfte immer mehr im Bündnis durchgesetzt hätten. Mehr Sinn macht es allerdings, diese Vorschläge in den Zusammenhang mit der militärischen und politischen Führung des Kampfes zu setzen und daran zu
militärischen und politischen Führung des Kampfes zu setzen und daran zu
bewerten.

Aus der Art, wie die FMLN den Krieg und den Dialog führt, läßt sich schließen, daß es ihr dabei vorerst nicht um eine Teilung der Macht geht. Der Dialog hat deshalb auch nicht die Funktion, den bestehenden und, wie manche Einschätzungen nahelegen, für die Guerilla schlechten militärischen Kräftestand politische etwa in der Gestalt einerRegierungsbeteiligung zu sichern und dafür inhaltliche Zugeständnisse machen zu müssen. Viel mehr deutet darauf hin, daß die FMLN den Dialog als einen Bestandteil, und womöglich nicht mal den wichtigsten einer Strategie versteht, die auf verschiedenen Ebenen existiert. Militärisch werden seit 2 Jahren große Konfrontationen vermieden, ohne daß die Fähigkeit aufgegeben wurde, sie zu führen, wie die Zerstörung einer ganzen Kaserne im Sommer 86 zeigte. Die Operationen sollen auf das ganze Land ausgedehnt und die Guerilla weiter verankert werden, was offenbar auch gelingt. Derzeit legt die FMLN das Schwergewicht auf Sabotageaktionen, die die Kriegswirtschaft zermürben sollen und die Armee zur Bewachung strategischer Anlagen zwingen und damit Kräfte binden soll. Der wichtigste Punkt in dieser Strategie scheint die Wiederherstellung der Verbindung zu den Massen in den Städten zu sein. Hier hat der Dialog eine vermittelnde Funktion. Die letzte Ebene, und wahrscheinlich die schwierigste, ist der Versuch, die internationale Isolierung der FMLN/FDR aufzubrechen. Eine Aufgabe der Linken wäre es, sie darin zu unterstützen.

hy., Stuttgart

Zugrundliegendes Material:
1. Interview mit J. Villalobos in der salvadorenischen Zeitschrift „ECA" 4/86
2. „Senal de Libertad" Zeitschrift von „Radio Venceremos" der FMLN, Ausgaben 6/7 und 9, 86
3. Mittelamerika-Magazin 55 und 56
4. „taz", 11.8.86 und Tagespresse

Buchbesprechung:

Buchbesprechung:

Hintergründe der Theologie der Befreiung

Norbert Ahrens ist in seinem Buch „Gott ist Brasilianer, doch der Papst ist Pole" ein Risiko eingegangen: er hat versucht, den Streit um die Theologie der Befreiung als politische Auseinandersetzung innerhalb der lateinamerikanischen Gesellschaft zu fassen und für alle verständlich darzustellen. Christen könnten ihm vorhalten, daß damit die theologische Dimension zu wenig berücksichtigt würde. Manche Lateinamerikaner werden die Bedeutung kirchlich-theologischer Entwicklungen überbewertet finden. Und Marxisten werden einwenden, daß der Autor immer mal wieder in ein idealistisches Geschichtsbild verfällt, etwa wenn er ein fortschrittliches Verständnis von „christlicher Religion (...) (als) Motor der gesellschaftlichen Entwicklung" (S.9) begreift, oder semantische Phänomene wesentlich dafür verantwortlich erklärt, daß „Priester in Lateinamerika (...) politische Zusammenhänge zum Gegenstand der Unterhaltung machen und dabei voraussetzen, daß man in der Lage ist, die politischen Vorgänge vom christlichen Gewissen her einzuschätzen und zu beurteilen" (S. 10).

Trotzdem ist es ein sehr lesenswertes Buch: Es zeigt in aller Deutlichkeit, daß Theologie und ihre Anwendung durch die Kirche nun alles andere als interessenlos stattfindet. Daß die theologische Position in besagtem Streit sich fast ausschließlich aus dem jeweiligen politischen Standort ergibt — nicht etwa umgekehrt die politische aus der theologischen: konservative Kleriker wie Helder Camara oder Oscar Arnulfo Romero sind nicht durch theologische Reflexion zu Fürsprechern der Armen ihrer Länder geworden, sondern durch den täglichen, konkreten Kontakt mit ihnen. Der chilenische Weihbischof Hourton formuliert nicht zufällig eine theologische Position, die „Verständnis für die Marxisten" beinhaltet bei gleichzeitiger Betonung, daß es nicht um Klassenkampf, sondern um langsame soziale Reformen gehen müsse — sondern deshalb, weil seine Kirche der Christdemokratie aufs engste verbunden ist, die die Linke zwar bekämpft, aber als — kontrollierbaren — Machtfaktor gegen die Rechte durchaus erhalten will.

Wenn auch christlicher Glaube nicht „Motor der gesellschaftlichen Entwicklung" ist, so spielen Glaube und Kirche in Lateinamerika doch eine wichtige Rolle — auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Zu ihrem Verständnis, ihrer Geschichte und zur Einordnung der Akteure liefert das Buch eine Fülle von Material.

So ist es nicht zuletzt ein wichtiges Nachschlagewerk für alle, die mit Lateinamerika regelmäßig zu tun haben. Von der kubanischen Revolution, Camilo Torres und der Bischofskonferenz von Medellin (1968) über die nicaraguanische Revolution, Reagan und die Bischofskonferenz von Puebla (1979) bis zum Versuch des reaktionären Rollback durch K. Woytila, J. Ratzinger, L. Trujillo und ihresgleichen wird alles behandelt, was Bedeutung in den letzten zwei Jahrzehnten in Lateinamerika hatte. Wenn jemand so will, hat Norbert Ahrens also ein Geschichtsbuch entlang kirchlich-theologischer Konflikte geschrieben.

Werner Rätz

Norbert Ahrens: „Gott ist Brasilianer, doch der Papst ist Pole" — Hintergründe der Theologie der Befreiung. Bornheim-Merten: Lamuv TB 47, 1986, 176 S., DM 16,80

Rainer Werning ist Südostasienexperte mit Schwerpunkt Philippinen, Autor und Herausgeber mehrerer Bücher vor allem über die Philippinen und langjährig in der Solidaritätsarbeit tätig.

Philippinen:

Der Ritt durchs Nadelöhr

Noch profitieren das Miltär und die USA von der Februarrevolution

von Rainer Werning



Corazon Aquino bei einer Militärparade in Manila

Gerüchte und Witze bleiben in Manila geschätzt. Augenblicklich kursiert in seinen Straßen folgender Politscherz: „Marcos stirbt. Seine Anhänger und Widersacherer liegen ob der Frage im Clich, wo dieser Mann seine letzte Ruhestätte finden soll. Ab ins Meer — sagen seine Gegner. Auf den Heldenfriedhof in seiner Heimatprovinz Ilicos Norte — insistieren die Freunde. Man einigt sich auf einen weit entfernt liegenden, neutralen Ort — Jerusalem. Nicht doch! — wenden Aquinos Gefolgsleute verbittert ein: ‚Dort könnte er nach drei Tagen von den Toten auferstehen' ".

Ein treffliches Abziehbild der philippinischen Realität, entspricht es doch dem Gusto des Filippinos, sich über die oft triste Profanität hinwegzutrösten. Wirtschaftlich und sozial hat die philippinische „Februarrevolution" kaum Erfolge gezeitigt. Auch nach achtmonatiger Amtszeit von Präsidentin Aquino bleibt die Situation der Menschenrechte — zumindest in den Provinzen — desolat. (1) Schließlich dauert die im Februar politisch zur Macht gelangte labile Kräftekonstellation aus liberalen Demokraten, Reaktionären und personalen Bodensätzen der Marcos-Diktatur an.

Dieser Beitrag konzentriert sich 1. auf die am straffsten organisierten und intakten diktatorialen Bodensätze der Diktatur — sprich: dem Militär — und befaßt sich 2. mit den strategischen Leitlinien amerikanischer Philippinen-Politik. Sodann ist 3. zu fragen, über welche Optionen die Linke verfügt, um eine demokratische Umgestaltung mit antiimperialistischen und antifeudalen Positionen zu verknüpfen.

Massen, Messen, Militärs

Als der stellvertretende Generalstabschef Fidel V. Ramos, ein Marcos-Cousin, und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile am 22. Februar vor Journalisten im Hauptquartier der Streitkräfte ihre Abkehr vom Präsidenten bekanntgaben, rief Jaime Kardinal Sin, der Erzbischof von Manila, über den katholischen Radiosender Veritas (2) die Bevölkerung auf, die mittlerweile im Camp Crame und Camp Aguinaldo verschanzten Rebellenmilitärs gegen Vergeltungsschläge Marcos-treuer Verbände zu schützen. Stunden später säumten Hunderttausende den vielspurigen Epifanio de los Santos-Boulevard, an den das Verteidigungsministerium und Hauptquartier der von Ramos befehligten Constabulary/Integrierten Nationalpolizei (PC/INP) angrenzen. Panzer wurden durch Menschenbarrikaden zum Stehen gebracht und Messen für und mit

der von Ramos befehligten Constabulary/Integrierten Nationalpolizei (PC/INP) angrenzen. Panzer wurden durch Menschenbarrikaden zum Stehen gebracht und Messen für und mit

den meuternden Soldaten zelibriert.

Gegen die Diktatur hatte sich das Volk — vorrangig in der Metropole Manila — erhoben. Das aber war selbst in diesem Ausmaß keine Besonderheit; Wochen und Monate zuvor kam es wiederholt zu massiven Volksaktionen gegen das Regime, an denen sich gar in Stadt wie Land noch mehr Menschen beteiligten. Ohne den „Schwenk" der Militärhierarchie wäre weder der Sturz des Diktators in just jenem Augenblick denkbar, geschweige denn der friedliche Übergang zur Aquino-Regierung möglich gewesen. Daß dies geschah, ist ohne Wenn und Aber von hervorragender Bedeutung — in dem Sinne, daß noch mehr Blutvergießen und Opfer der Diktatur vermieden und die Freilassung der „metropolitanen" politischen Gefangenen erwirkt werden konnten. Die maßgeblich von den jesuitischen Beratern Frau Aquinos verabsolutierte und partiell im Ausland übernommene Interpretation, den „philippinischen Februar" einzig über den Leisten einer Vorbildcharakter beanspruchenden „peaceful people power revolution" zu schlagen, mag Appeal haben. Eine solche Deutung aber ist so falsch wie zynisch. Falsch, weil sich der immens verlustreiche Widerstand und seine Geschichte nicht auf die Tage vom 22.- 25. Februar reduzieren lassen. Zynisch, weil das Militär zum plötzlich „strategischen" Wohltäter aufgewertet, nicht aber als taktisch kühl kalkulierend dargestellt wird.

Militärisches „Paulus-Syndrom"

Das Militär, im Gegensatz zu den Anrainern Thailand und Indonesien lange zum Schattendasein verdammt, hatte während der Kriegsrechtsperiode (1972-81) eine beachtliche Aufwertung erfahren — zahlenmäßig, administrativ, politisch und ökonomisch. (3) Durch die Einführung der Militärgerichtsbarkeit nahm es zudem judikative (Sonder-)Vollmachten wahr und vermochte mittels der von Marcos aus seinen Reihen bestimmten Präsidialbeamten für Entwicklungsprobleme (PRODs) planungsstrategisch zu wirken. (4) Die Hälfte dieser in den 12 Regionen (außerhalb Metro Manilas) angesiedelten PRODs stellte das Militär. All diese von ihm ausgeübten Funktionen resultierten aus der Notwendigkeit, den Streitkräften eine „nationbildende und ordnungspolitische Aufgabe" zu übertragen — ganz im Sinne von (exportorientierter) „Entwicklung" und „nationaler Sicherheit". (5) Und eben dieses Militär (dessen durch Ramos und Enrile verkörperte Spitze) stellte sich im Februar demonstrativ gegen Marcos — nicht aber auf Seiten des Volkes.

Spektakulär war diese Verwandlung vom Saulus zum Paulus keineswegs. Bereits im März 1985 hatten Soldaten anläßlich einer Diplomfeier in der philippinischen Militärakademie in Baguio City (im Norden Manilas) Sympathiebezeugungen für die Reformbewegung der Streitkräfte (RAM) abge-

anläßlich einer Diplomfeier in der philippinischen Militärakademie in Baguio City (im Norden Manilas) Sympathiebezeugungen für die Reformbewegung der Streitkräfte (RAM) abge-

geben und damit erstmals in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam gemacht. Wie die Zürcher Zeitung am 8. August 1985 berichtete, hatten bei der Gelegenheit 300 Demonstranten im Offiziersrang ein Transparent mit der Aufschrift entrollt — „Einheit durch Reform. Stellen wir das Ansehen der Streitkräfte wieder her." „Unsere Loyalität", so das zentrale Ansinnen der RAM, „muß der Verfassung und nicht einer Person oder Personengruppe gelten."

Unter „Reform" verstand man eine längst überfällige Reorganisierung/Straffung der durch Korruption und sinkende Kampfbereitschaft gebeutelten Streitkräfte (AFP), was Pentagonbeamte seit 1984 mehrfach und vehement gefordert hatten. (6) Dem aber stand seit 1981 eine durch Generalstabschef Fabian C. Ver repräsentierte Militärspitze entgegen, die ihren Aufstieg einzig der Nähe zum Malacanang-Palast verdankte — zum Ärgernis länger gedienter, dem Ethos der Professionalität verpflichteter Eliteoffiziere. Während der Amtszeit Vers gelangen der NPA-Guerilla spektakuläre Erfolge, was zusammen mit der wirtschaftspolitischen Krise demonstrierte, daß weder Marcos noch die loyal zu ihm stehende Militärspitze als Garanten von „Stabilität und Ordnung" gelten konnten.

Die Wende kam mit der zur Aufklärung des Aquino-Mordes (August 1983) eingesetzten Agrava-Untersuchungskommission. Auf Drängen des State Departments und Pentagons mußte Ver demissionieren, was auch und gerade Marcos' Position nachhaltig beeinflußte. Mit Ramos trat ein Mann in die Fußstapfen Vers, der als West-Point-Absolvent und kampferprobter Vietnam- und Korea-Veteran in Washington ungeteilte Unterstützung genoß. Ramos auch propagierte die zur effektiven Guerillabekämpfung notwendige Bestrafung krimineller, korrupter AFP-Elemente und den Einsatz erhöhter Feuerkraft in (potentiellen) Rebellengebieten.

In seinen Händen konzentrierte sich eine bis dato ungekannte Machtfülle; zusätzlich noch befehligte er die paramilitärischen Verbände der PC/INP. Unter seiner Ägide bestand ein Haupthindernis fort: das Militär litt unter dem Stigma, von Terror und Gewalt gegen die Bevölkerung freizügig Gebrauch gemacht zu haben. Im Volksmund nannte man es abfällig buwaya = Krokodile.

Hier nun verdient ein Aspekt Beachtung, der in der Medienberichterstattung über den „philippinischen Februar" gänzlich unberücksichtigt blieb. Seit 1982/83 sollte Oplan Katatagan (Operationsplan Stabilität) als gültige Militärstrategie die „Hirne und Herzen der Bevölkerung gewinnen". Durch Zuckerbrot und Peitsche — bürgernahe Maßnahmen wie kostenlose Impfaktionen und massives „Zurückschlagen" — war dem „kommunistischen Aufruhr" ein Riegel vorzuschieben. Implizit aber machte diese Strategie kaum Unterschiede zwischen „Freund und Feind". (7) Mit dem von Ramos und Enrile inszenierten Coup

nistischen Aufruhr" ein Riegel vorzuschieben. Implizit aber machte diese Strategie kaum Unterschiede zwischen „Freund und Feind". (7) Mit dem von Ramos und Enrile inszenierten Coup

sah sich das Militär nicht zuletzt durch Unterstützungsappelle der Kirchenhierarchie unerwartet aufgewertet. Zumindest in Manila schlug die erprobte Kritik am Militär um in begeisterte Zustimmung. „Hirne und Herzen" — waren sie nicht mit einem Schlag so offenkundig, selbst für das Militär überraschend gewonnen worden? Unvorstellbar, daß die buwaya von den „Zivis" mit Proviant versorgt wurden! Wohlverstanden: dies war ein rein metropolitanes Phänomen.

Nicht einmal auf dem Höhepunkt der Jubelfeiern über den Marcos-Sturz reagierte die alt-neue Militärspitze mit der in der Bevölkerung erwarteten Ausdünnung der Streitkräfte. Stattdessen vollzog sie eine kosmetische Korrektur — Oplan Katatagan wurde flugs in Oplan Mamamayan (Operationsplan Gewinnung des Volkes) und die Streitkräfte in Neue Streitkräfte der Philippinen (NAFP) umgetauft. (8)

Dieses „Paulus-Syndrom" war weit mehr als ein semantischer Schwindel. In Verbindung mit dem Machtantritt Aquinos transportierte es populistische Elemente, ließ sich für die „friedfertige Wunderrevolution" vorzüglich instrumentalisieren und schürte die Illusion, die vergangenen Aktivitäten des Militärs seien passé und ein Rückbesinnen darauf der dringend gebotenen nationalen Erneuerung hinderlich.

Die Medien — vor allem das Fernsehen — haben sich dieses Themas in besonderer Weise angenommen: vor oder nach Nachrichtensendungen gibt es allabendlich Flashbacks der Februarereignisse. Farbenprächtig, schwelgerisch die Bilder — Politik ästhetisch choreographiert! Ramos und Enrile tauchen auf, letzterer mit geschultertem MG in Macho-Pose. Zwei prominente RAM-ler, die Obristen Gregorio („Gringo") Honasan und Red Kapunan, Folterknechte einst und nun als saloppe Stranddandys porträtiert, kokettieren mit ihrer neuen Rolle. All smiles — sie geben Interview auf Interview. Die Message enthüllt ein geradli-

nan, Folterknechte einst und nun als saloppe Stranddandys porträtiert, kokettieren mit ihrer neuen Rolle. All smiles — sie geben Interview auf Interview. Die Message enthüllt ein geradli-

niges Muster; Marcos habe das Militär mißbraucht, sie seien Teil des Volkes, und das Volk habe aus eigenen Kräften gesiegt! Unter der neuen Präsidentin, die gleichzeitig Oberkommandierende der Streitkräfte ist (!), seien „Exzesse" gegen das Volk undenkbar. Dann Schnitt. Das zur quasi-Nationalhymne avancierte „handog Ng Pilipino Sa Mundo" („Geschenk des Filipinos an die Welt") wird eingespielt. Dort heißt es u.a. im Refrain:

„Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit
sind ohne Gewalt durchsetzbar
solange wir vereint sind ...
Reich und Arm stehen zusammen
Arm in Arm die Nonnen,
Priester und Soldaten
um diesen Teil der Erde in einen
Himmel zu verwandeln" (9).



Anti-Marcos Demonstration in Manila

Das verfehlt seine Wirkung nicht, wird doch so ein eingängiges wie legitimes Selbstwertgefühl hergestellt. Die andere Seite der Medaille: ein solcherart verstandenes Selbstwertgefühl eignet sich als ideologisches Unterfutter der Klassenversöhnung und zielt erst recht auf die vom Militär angepeilte „soziale Amnesie". Nur folgerichtig werden von der neuen Regierung die Tugenden des Vergessens, der Versöhnung und des Verzichts (auf einen Strukturwandel) propagiert, wovon zuvorderst das Militär profitiert.

Im Windschatten der Februarereignisse nutzte es diese „weiche" Variante der Counterinsurgency zur Stärkung seiner politischen Rolle in der Gesellschaft was ihm freilich auch und gerade „harte" Counterinsurgency-Operationen erlaubt:

1. Bombardierungen von Dörfern — wie im nördlichen Kalinga-Apayao und Cagayan-Tal sowie im südlichen Misamis Oriental geschehen — sind nichts Ungewöhnliches mehr.
2. Das Aufbrechen großer Armeekontingente in kleinere, mobile Einsatzkommandos zur effektiven Guerillabekämpfung geschieht (analog den Hunter-Bataillonen in El Salvador; 10) unter direkter Anleitung amerikanischer Militärberater. (11)
3. Die Raumsicherung „unruhiger Gebiete" wird häufiger und deutlicher paramilitärischen Banden/Sekten und Marcos-Warlords übertragen. Diese Banden — ebenfalls den Atlacatl-, Atonal- und Ramón Belloso-Bataillonen in El Salvador vergleichbar (12) — operieren mit Protektion/Duldung des Militärs und vereinigen in ihren Reihen nicht selten reguläre Armeeoffiziere.
4. Waffenstillstandsverhandlungen dienen dem Militär zur „Austrocknung" der Guerilla. Weder ist ernsthaft an ein Abklingen der Kampfhandlungen gedacht (Enrile hält das im übrigen für kontraproduktiv), noch existieren überhaupt Pläne zur Aushebelung der paramilitärischen Banden.

In all diesen Punkten herrscht innerhalb der Streitkräfte und ihrer Hierarchie Konsens. Das homogene, von internen Reibereien gereinigte Militär empfiehlt sich demnach als tragende Säule der neuen Regierung. Daß Enrile zudem als KBLer (13) die gar nicht einmal klammheimliche Leitfigur der Marcos-Getreuen darstellt, läßt sich politisch als Joker einsetzen. In diesem Sinne war der Putschversuch des KBL-Vizepräsidentschaftskandidaten Arturo Tolentino Anfang Juli trotz aller Burleske eine willkommene Aufwertung Enriles. Sein demonstratives Flaggezeigen für Frau Aquino entsprach einzig dem taktischen Kalkül, das Timing für ein solches Unterfangen sei schlecht gewählt.

Washingtons Überwindung einer „traumatischen Nach-Vietnam-Dekade"?

Washingtons Überwindung einer „traumatischen Nach-Vietnam-Dekade"?

Womit wir beim mächtigsten Gewinner und dominanten Protagonisten der Februarereignisse sind. Washingtons Haltung gegenüber dem Marcos-Regime war lange Zeit durch eine auffällige Stromlinienförmigkeit gekennzeichnet. Ob Pentagon oder State Department, ob Weißes Haus oder CIA, ob Finanzministerium oder andere für die amerikanische Außenpolitik maßgebliche Organisationen und Institutionen — sie alle sahen in Marcos' Machtantritt (1965) und in der Verhängung des Kriegsrechts (1972) ihre militärstrategischen, ökonomischen und politischen Interessen zuverlässig aufgehoben: Die US-Basen galten als sicher; das exportorientierte Entwicklungsmodell — mitsamt den seit den frühen 70er Jahren entstandenen Exportproduktionszonen und der vom internationalen Agrobusiness systematisch ausgeweiteten Plantagenwirtschaft — garantierte lukrative Kapitalinvestitionen; Manila zeigte trotz diktatorischer Selbstgefälligkeit Sattelfestigkeit. Noch im Sommer 1981 wand man für Marcos einen demonstrativen Lorbeerkranz. Es war US-Vizepräsident George Bush, der den Feierlichkeiten zur Ausrufung der „Neuen Republik" in Manilas Rizal-Park beiwohnte und über Marcos bei der Gelegenheit die schützende Hand ausbreitete mit den Worten: „Wir wissen Ihr Festhalten an demokratischen Prinzipien und Prozessen zu schätzen".

Diese bedingungslose Patronage dauerte bis zum Sommer 1983 an. Kritische Stimmen blieben rar und zunächst nur auf die Internationale Währungsfonds-Weltbank-Gruppe beschränkt. So bemängelte zu Beginn der 80er Jahre das Asher-Memorandum der Weltbank (14) wachsende Disparitäten in der philippinischen Ökonomie, unterstrich die negativen Auswir-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

kungen des vom Malacanang-Palast gesteuerten „cronyism" (Vetternwirtschaft) und sah in krasser werdenden Einkommensunterschieden einen sozialen Sprengsatz, der die politische Stabilität gefährde. Im Klartext: die Ausschaltung des Politischen — d.h. die mit dem Kriegsrecht begründete staatliche Repression — könne die Wirtschaftskrise verstärken und sich zur Wahrung von „Ruhe und Ordnung" dysfunktional verhalten. Eine sensible Kritik, die umso erstaunlicher war, als doch der Archipel lange Zeit als „Vorzugsgebiet" der Weltbank galt. Zweierlei war darunter zu verstehen: eine für ausländische Kapitalgeber störungsfreie Investitionspolitik (in Manila vom Bureau of Investments, BOI, gemanaged) und freisprudelnde Kredite für das Regime.

Die Ermordung Mr. Aquinos im August 1983 führte ein qualitativ neues Element in die Politik des Inselstaates ein. Der wesentlich von Arbeitern, Bauern, Studenten, ethnischen Minderheiten und Teilen der Intelligenz getragene Widerstand gegen das Regime bezog zunehmend Elemente der bürgerlichen Mittel-, gar Oberschicht ein. Erstmalig auch signalisierte die mächtige katholische Kirchenhierarchie Distanz zum Diktator. Mit Aquinos Liquidierung war in den Augen dieser geellschaftlichen Kräfte die Alternative eines friedlichen Wandels zunächst geschwunden und die Schwierigkeit markiert, ihre allzu lange fortdauernde politische Ausgrenzung und wirtschaftliche Benachteiligung zu überwinden.

Damit gewann das zwischenzeitliche Erstarken der NPA-Guerilla eine mit einem Schlag bedrohliche Dimension, förderte doch der Aquino-Mord die von den Linken vertretene Position, einem Systemwandel sei mit exklusiv friedlichen Mitteln nicht beizukommen. Die Philippinen, Amerikas unproblematischer „Darling" in Fernost, rückten zwangsläufig ins engere Blickfeld der US-Außen- und „Sicherheits"politik. Werden die Philippinen, so mutmaßten amerikanische Medien, nach Vietnam, Iran und Nicaragua zu einem neuerlichen „Trauma"

Medien, nach Vietnam, Iran und Nicaragua zu einem neuerlichen „Trauma"

Washingtons?

Allein die Fragestellung war alarmierend genug. Vor allem die „Menschenrechtspolitik" von Präsident Jimmy Carter war der Nachfolgeadministration ein Dorn im Auge. Sie habe Washingtons Verbündete extrem verunsichert und über das Aufkommen amerikafeindlicher Regimes hinaus der Sowjetunion neue Brückenschläge (z.B. Afghanistan) ermöglicht. Eine Wiederholung derartiger „Fehlentwicklungen" sei unter allen Umständen auszuschließen.

Dieser in die Reagansche Hegemonialpolitik eingebettete Leitgedanke offensiver Krisenbewältigung war das Nonplusultra der im Herbst 1983 entstandenen Inter-agency Task Force on the Philippines. Die Protagonisten dieser Arbeitsgruppe rekrutierten sich aus Vertretern des Pentagon, State Departments, Weißen Hauses, Finanzministeriums und der CIA und sollten eine den veränderten Verhältnissen auf den Inseln angepaßte Krisenlösungs-Strategie entwerfen. Zu Konsultationen wurden außerdem Repräsentanten der 483 Gläubigerbanken Manilas herangezogen, deren Konsortialführung der Manufacturers Hanover Trust Bank oblag. Bis auf Reagan, der seinen bereits für Herbst 1983 geplanten Manila-Besuch kurzerhand absagte, bildete die philippinische Hauptstadt fortan ein Mekka amerikanischer „Krisenstäbler". Was an Militärstrategen und Außenpolitikern in Washington Rang und Namen hat(te), fand sich — mitunter gar mehrmals — in Manila ein.

Innerhalb dieser behördenübergreifenden Arbeitsgruppe zirkulierten bei allem strategischen Konsens - „die Zahnpasta zurück in die Tube zu pressen", sprich: die philippinische Krise und die Guerilla „in den Griff" zu bekommen — unterschiedliche taktische Überlegungen.

Das Schwarz-Weiß-Raster, in dem es zwischen Marcos und dem „Kommunismus" keine Zwischentöne gab, blieb vor allem im Weißen Haus bestimmend, Reagan selbst hatte ja während eines Fernsehduells mit seinem Herausforderer bei den letzten US-Präsidentschaftswahlen, Walter Mondale, betont, daß „ein Fallenlassen von Marcos" bedeute, die Inseln „den Wölfen (also den ‚Kommunisten'; R.W.) vorzuwerfen".

Nuancierter indes verlief die Diskussion im State Department. Aus den Vietnam-, Iran- und Nicaragua-Erfahrungen zog es die Konsequenz, daß sich eine rechtzeitige politische Aufwertung und Stärkung des gemäßigt-bürgerlichen, nach Möglichkeit US-freundlichen Mittelblocks dazu eigne, trotz Abrückens vom herrschenden Regime substantielle Positionen zu wahren und einen unkalkulierbaren antiamerikanischen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung abzubremsen. (15) Das erklärt, warum das State Department seit Herbst 1983 zunehmend die UNIDO (Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation des jetzigen Außenministers und Vizepräsidenten Salvador H. Laurel hofierte. Stephen Bosworth, US-Botschafter in Manila, machte aus seiner UNIDO-Sympathie keinen Hehl.

Im Pentagon mehrten sich Befürchtungen, Washington könne seine Militärbasen verligren. wenn nicht die un-

tungen, Washington könne seine Militärbasen verlieren, wenn nicht die un-

ter Marcos aufgebrochene gesellschaftliche Polarisierung überwunden werde. Sein Kalkül bestand darin, aus dem entscheidenden Teil des Marcos'schen Herrschaftszentrums — dem Militär — einen kompetenten Kader herauszubrechen, der dieser Gefahr effektiv entgegentrat, ohne sich in den Schlingpflanzen des Loyalitätsklüngels und auswuchernder Korruption zu verheddern. Hier spielte Ramos einen zentralen Part. In Positionspapieren der beiden einstigen Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Pazifik, Admiral Long und Admiral Crowe, und der hochrangigen Pentagon-Beamten Kelly und Armitage wurde sein Name mit dem Bestreben in Verbindung gebracht, den AFP (Streitkräften) ein neues Rückgrat einzuziehen.

Dem Finanzministerium unter dem heutigen Stabschef im Weißen Haus, Donald Regan, ging es darum, seine in internationalen Finanz- und Wirtschaftskreisen geschätzten nononsense Technokraten zu stützen. Marcos' Finanz- und (seit 1981) Premierminister Cesar Virata war ihr Mann, da er als Bindeglied zur IWF-WB-Gruppe instrumental für die Durchführung ihrer „Sanierungs"- und „Strukturanpassungs-Programme" galt. Zwar ging Virata im Februar unter. Für ihn aber trat mit Handels- und Industrieminister José Concepcion, Finanzminister Jaime Ongpin und dem alt-neuen Zentralbankchef José Fernandez ein Dreigestirn auf den Plan, das für Kontinuität bürgt, ja mit Virata in engem Kontakt steht und auf dessen Expertise baut.

Die gemäßigten Bürgerlichen, die „Reform"-Militärs und Technokraten bildeten mithin jenes Potential, das, einmal zur Macht gelangt, eine Marcos-Politik ohne Marcos garantierte. Auch für die katholische Kirchenhierarchie stellte das eine respektable Alternative dar. Ihr Lieblingsthema — nationale Aus- und Versöhnung —, um auch und gerade ein über die gesellschaftliche Polarisierung vermitteltes weiteres Abdriften des unteren Klerus zur Linken zu vereiteln, war nur ohne den Diktator und die revolutionäre Option möglich. (16)

Schließlich warf die CIA ihr Votum zugunsten der vom State Department und dem Pentagon favorisierten Position in die Waagschale, als mit dem Durenberger-Report (des nachrichtendienstlichen Ausschusses im US-Senat) Anfang November 1985 die Gefahr einer Machtübernahme der NDF binnen drei Jahren für möglich gehalten wurde, sollte Marcos fortgesetzt am Ruder bleiben. Die Parlamentswahlen im Mai 1984 hatten gezeigt, daß ein Legitimationsgewinn des Regimes qua Wahlen nicht möglich war. Das Insistieren auf



vorgezogene Präsidentschaftswahlen war für sich genommen bereits eine Demontage des Regimes. Aus freien Stücken hätte Marcos dazu nicht die geringste Veranlassung gehabt.

Die weitsichtige, in gewissem Maße steuerbare und taktisch motivierte Interessenidentität zwischen dem State Department, Pentagon und der CIA ermöglichte die im „philippinischen Februar" vorerst siegreiche politische Konstellation. In Frau Aquino entstand zudem ein Kristallisationspunkt im antidiktatorischen Kampf, mit dem sich die Bevölkerung — vor allem in den Städten — eins wußte. Füglich konnte Washington behaupten, die Vietnam-Iran-Nicaragua-„Scharte" ausgewetzt, d.h. die Krise in seinem Sinne gemeistert zu haben. (17)

Politisch-diplomatisch war etwas geglückt, worauf „Rambo" auf dem Felde der Ideologie und in cineastischer Brutalität unablässig sein MG richtete: die Eindämmung des „Bösen", das sich anschickt, Uncle Sam die Tour zu vermasseln. (18) Daß Außenminister Shultz und Reagan die Aquino-Laurel-Option alsbald mit den nicaraguanischen Contras in Beziehung setzten, auf deren Sieg es nunmehr zu pochen gelte, entsprach durchaus der „Logik des Zeitgeistes". Noch ist die Situation in Südkorea und Chile aufgrund des Fehlens bzw. der Schwäche der Guerilla nicht so „virulent", daß ein Abtakeln der dort herrschenden Diktatoren unmittelbar bevorsteht. Im Falle Chiles ist dennoch zu beobachten, daß der Aufbau einer passablen gemäßigt-bürgerlichen Alternative Konturen gewinnt.

Lehren für die Linke?!

Für die (nicht einmal exklusiv) philippinische Linke bedeutet das:

1. Ein globales Verdammen des (US-)Imperialismus begünstigt nicht nur Tendenzen des Schematismus; leicht rutscht es ins politisch Kontraproduktive ab, wenn die taktischen Facetten imperialistischer Krisen-Szenarien unberücksichtigt bleiben.
2. Die Annahme, unter diktatorischen Bedingungen habe die politische mit der sozialen Umwälzung zusammenzufallen, ist weder zwingend noch wahrscheinlich.
3. Unter diktatorialen Bedingungen ist selbst das Einlassen auf Wahlprozesse nicht per se abwegig. Es kann, sofern eine in der Bevölkerung verankerte Guerilla existiert, eine erfolgreiche Komplementärmaßnahme sein, die auch eine Verselbständigung militärischer Kampfformen (bzw. militaristischen Operierens) einengt.

Bislang hat das linke Oppositionsbündnis NDF diese Aspekte weitgehend selbstkritisch überprüft und verarbeitet (19). Die diktatorischen Strukturen gemeinsam mit den (wiewohl wenigen) liberaldemokratischen Kräften innerhalb der Regierung wie außerparlamentarisch zu bekämpfen und je nach regionaler Stärke die Marge an politischer Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung für antifeudale, antiimperialistische Positionen zu nutzen — darin liegt die Chance eines (langwierigen) demokratischen Neubeginns. Ob die Präsidentin in diesem delikaten Showdown der Eigendynamik von Macht erliegt oder als einstiges Opfer staatlicher Willkür auf ein Zügeln des Militärs drängt, ist noch nicht entschieden. Die endgültige Verabschiedung des neuen Verfassungsentwurfs und die wenig später anvisierten Wahlen werden uns die Philippinen wohl aufs neue „näher"bringen.

Anmerkungen:

1) ‚Philippine Human Rights Update (Special Issue)', Manila, April 1986, S. 13-17, und ‚Philippine News and Features', Manila, 19.5.86.
2) Finanzielle Unterstützung erhält Radio Veritas u.a. aus den USA und von der Hanns-Seidel- und der Konrad-Adenauer-Stiftung — siehe ‚Frankfurter Rundschau' vom 3.5.86, S. 1; ‚Die Zeit' vom 28.2.86, S. 20, und Walden Bello, ‚Armacost Lambasts Sachez, Details U.S. Strategy', o.O., April 1986, S. 4 (mimeo.). Michael Armacost, Vorgänger des jetzigen US-Botschafters in Manila, Stephen Bosworth, und hochrangiger Beamter im State Department, erklärte am 23. April u.a.: „Radio Veritas enjoyed our (der US-Regierung; R.W.) financial support and that of the Asia Foundation, among others". (S. 2)
3) Vgl. Carolina G. Hernandez, ‚The Extent of Civilian Control of the Military in the Philippines: 1946-76' (unveröffentl. Dissertation, SUNY at Buffalo 1979), und dies., ‚Political Institution-Building in the Philippines: Past Record and Future Prospects' (A paper presented at the Conference on Development, Stability, and Security in the Pacific-Asian Region, Institute of East Asian Studies, University of California/Berkeley, March 17-21, 1984).
4) Rainer Werning, ‚US-Imperialismus auf den Philippinen: Der Mindanao-Konflikt', Münster 1983, und ders., ‚Verhinderte Unabhängigkeit - Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen', Münster 1985.
5) S. dazu Lucian W. Pye, ‚Armies in the Process of Political Modernization', in: John J. Johnson (ed.), ‚The Role of the Military in Underdeveloped Countries', Princeton 1962, S. 69-89.

Fortsetzung nächste Seite



Indonesien:

Führende Mitglieder der KP hingerichtet

Philippinisches KP-Mitglied verhaftet

Ende September wurde in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, der 39-jährige Rudolfo Salas alias "Kommandeur Bilog" zusammen mit seiner Frau und seinem Fahrer verhaftet. Salas, der als führendes Mitglied der verbotenen Kommunistischen Partei (CPP) gilt, befand sich nach Angaben seines Anwalts auf dem Weg zu einem Treffen mit den um einen Waffenstillstand mit der Regierung bemühten Verhandlungsführern der Nationaldemokratischen Front (NDF). Mittlerweile wurde gegen Salas ein Verfahren wegen Rebellion eingeleitet. Im Falle der Verurteilung droht ihm die Todesstrafe.

In Indonesien sind Ende September und Anfang Oktober neun ehemals führende Mitglieder der Kommunistischen Partei (PKI) hingerichtet worden. Alle wurden Ende der 60er-Jahre nach dem Militärputsch von General Suharto verhaftet und anschließend in Schauprozessen zum Tode verurteilt. Nach Angaben des britischen Bulletin für Menschenrechte „TAPOL" sind noch über 40 im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1965 zum Tode Verurteilte in Haft. Weiteren Verurteilten droht ein ähnliches Schicksal.

1953 hatte Präsident Sukarno die Abkehr von der auf den Westen gerichteten Außenpolitik und die Annäherung an die VR China betrieben. 1955 gehörte er zu den Gründungsvätern der Blockfreien-Bewegung. Als in der Folge schließlich noch eine Reihe von Niederlassungen internationaler Konzerne verstaatlicht wurden, wurden in Washington die Alarmglocken geschlagen. Man fürchtete nach Vietnam das Umkippen eines neuen Dominosteins in Südostasien. Daraufhin wurde von Washington aus mit Hilfe des indonesischen Militärs eine Konterrevolution vorbereitet. Die Pläne dafür wurden aber vorher schon bekannt und so kam es am 30.9.1965 zu einem von Oberstleutnant Untung, dem Chef der Leibgarde Sukarnos, inszenierten Gegen-Coup. Im Zuge der Ereignisse wurden sechs hochrangige Militärs getötet. Sukarno und seine Bündnispartner zeigten sich jedoch nicht entschlossen genug, dem Ansinnen der konterrevolutionären Militärs entgegenzutreten. Die PKI, die den Kurs Sukarnos stützte, erklärte gar den Untang-Putsch als "internes Problem des Militärs". So konnte sich ohne größeren Widerstand General Suharto an die Spitze des Militärs stellen und noch am selben Tag die PKI verbieten. In den folgenden Tagen wurden tausende PKI-Mitglieder und Sympathisanten verhaftet und hingerichtet. Suhartos Schlächtern sollen in dieser Zeit eine Million Menschen zum Opfer gefallen sein. (1) Die PKI hat sich bis heute noch nicht von diesem Schlag erholt. Zehntausende, die im Laufe des Putsches verhaftet wurden, blieben über zehn Jahre ohne Prozeß inhaftiert. Andere, die gegen Suharto noch Widerstand leisteten, wurden Ende der 60er-Jahre verhaftet und in das gefürchtete Konzentrationslager auf der Insel Buru deportiert. Dort war auch der bekannte indonesische Schriftsteller Pramoedya Ananta Toer inhaftiert. (2)

Suharto verwandelte Indonesien in ein Paradies für den Imperialismus. Nach seiner Machtübernahme wurden alle Nationalisierungen rückgängig gemacht. Ein Investitionsgesetz garantierte den ausländischen Konzernen Steuerfreiheit, ungehinderten Profittransfer und niedrige Löhne. Danach setzte ein wahrer Indonesien-Boom ein. Die ausländischen Investionen stiegen sprunghaft an. In dieser Situation konnte sich Suharto gegen die zahlreich zum Tode Verurteilten gönnerhaft zeigen. Westlichen Regierungsmitgliedern erklärte er, daß die Todesurteile nicht vollstreckt würden. Schließlich wollte man die neugewonnenen Investoren nicht verschrecken.

Ein Umschwung vollzog sich erst zu Beginn der 80er-Jahre. Der zunehmende Ölpreisverfall machte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes immer sichtbarer. Um die Proteste gegen die sozialen Mißstände bereits im Keim zu ersticken, wurde von dem Regime 1983 die "Operation Gali" (Bande wilder Jugendlicher) ins Leben gerufen, um angeblich das organisierte Bandenwesen zu bekämpfen und die Sicherheit der Bevölkerung zu sichern. Die im Rahmen der „Operation Gali" ausgeschickten Banden sind allerdings eher als Todesschwadrone zu bezeichnen. Bis heute gehen auf deren Konto weit über 10000 Lynchmorde, wobei auch immer wieder politisch mißliebige Menschen unter den Opfern waren. Dennoch nahmen die Proteste im ganzen Land weiter zu. Nach der jahrelangen Grabesstille der Opposition markierten die Unruhen von Tanjung Priok, dem Hafenviertel von Djarkata, im September 1984 den Beginn einer neuen Phase des Widerstands gegen das Suharto-Regime. Nach diesen Unruhen kam es in den folgenden Monaten zu zahlreichen Bomben- und Brandanschlägen auf der Insel Java, der bevölkerungsreichsten Insel des Landes. Das Regime in Djarkata reagierte auf die Unruhen der noch sehr zerstreuten Opposition mit der Bildung einer neuen Polizeitruppe, einer "Anti-Banditen-Einheit", die den Befehl hat, bei Bedarf sofort gezielt Todesschüsse abzufeuern. Damit ist die Befugnis zur Verhängung der Todesstrafe von den Gerichten in die Hände der Polizei verlagert worden.

Um jeden aufkommenden Protest bereits im Ansatz zu ersticken und der Bevölkerung die eigene Stärke zu demonstrieren wurde im Jahr 1985 mit dem Vollzug der verhängten Todesurteile begonnen. Am 14. Mai 1985 wurde der Generalsekretär der größten indonesischen Gewerkschaft (SOBSI) vor dem 65er Putsch, Mohammad Munir, hingerichtet. Munir, der vor 1965 auch für die PKI im Parlament saß, war 1973 wegen seiner Tätigkeiten vor dem Putsch, die damals völlig legal gewesen waren, und wegen seiner Widerstandstätigkeiten im Untergrund zum Tode verurteilt worden. Im Juli 1985 wurden drei weitere Todesurteile an PKI-Aktivisten vollstreckt, die nach dem Putsch noch Widerstand gegen das Suharto-Regime geleistet hatten. Die kürzlich erfolgten Hinrichtungen von neun weiteren PKI-Mitgliedern deutet darauf hin, daß das Suharto-Regime seine Herrschaft mit brutalster Gewalt verteidigen wird. Mit weiteren Hinrichtungen muß gerechnet werden. (3)

Ks.

Anmerkungen:

1.) vgl. Rainer Werning, Indonesien 1965-85 - Lange Schatten des Terrors und AK 264
2.) bei der EXpress Edition in Berlin ist der sehr zu empfehlende Roman "Garten der Menschheit" von Pramoedya Ananta Toer in deutscher Sprache erschienen
3.) vgl. Südostasien-Informationen 1985

Fortsetzung von vorheriger Seite

6) Rainer Werning, ‚Philippinen: Die Anatomie des Aufstiegs und Niedergangs einer Diktatur', in: ‚Verfassung und Recht in Übersee', Hamburg, 3/86, Herbst 1986, 21 S.
7) Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hg.), ‚Die gestutzten Flügel der Freiheit - Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen', Münster 1985.
8) Sie nennen sich auch ‚New Armed Forces of the People' (NAP) — in „verdrehter" Assoziation zur New People's Army-Guerilla (NPA)!
9) Katotohanan, kalayaan, katarungan (KKK) soll bewußt an die in den 90er Jahren des vorigen Jh.s gegen die spanische Kolonialmacht kämpfende proletarische ‚Katipunan' erinnern, die sich gleichsam kurz KKK nannte!
10) S. u.a. Joan Didion, ‚Salvador', London: The Hogarth Press, 1983, S. 37-51.
11) Vgl. dazu ‚U.S. Aid to El Salvador - An Evaluation of the Past, A Proposal for the Future'. A Report to the Arms Control and Foreign Policy Caucus, from Rep. Jim Leach (R-Iowa), Rep. George Miller (D-Cal.) and Sen. Mark O. Hatfield (R-Ore), Washington, D.C., Febr. 1985, und Jochen Hippler, ‚US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika', in: ‚Intervention in Mittelamerika und der Karibik: Materialien und Dokumente', hg. von J. Hippler, Wuppertal: Ed. Nahua, 1984, 19 S.
12) Vgl. Anm. 10; Allan Nairn, ‚Hinter den Todesschwadronen', in: ‚Intervention in Mittelamerika...', a.a.O., 10 S., und Hannes Bahrmann/Peter Jacobs/Christoph Links, ‚Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra', Dortmund 1986.
13) ‚Kilusang Bagong Lipunan' (‚Bewegung der Neuen Gesellschaft'), 1978 entstandene Marcos-Partei.
14) Walden Bello et al., ‚Development Debacle: The World Bank in the Philippines', San Francisco 1982.
15) Vgl. u.a. Frederick Z. Brown/Carl Ford, ‚The Situation in the Philippines' (A Staff Report Prepared for the Committee on Foreign Affairs, U.S. Senate, Washington, D.C., October 1984); ‚The Philippines: A Situation Report' (Staff Report to the Senate Select Committee on Intelligence, U.S. Senate, Washington, D.C., 1.11.85); M. Armacost: „We (die US-Regierung; R.W.) identified ourselves with the agenda of a large majority of Philippine opinion. It was important not to tie our flag to Marcos and let our strategic interests go down with him" (s. Anm. 2, S. 3); Ross H. Munro, ‚Dateline Manila: Moscow's Next Win?', in: ‚Foreign Policy', Washington, D.C., 56, Herbst 1984, S. 173-190 - darin hieß es: „At the same time that it presses Marcos to make military and economic reforms (...), the Reagan administration must continue distancing itself from him. In particular, the United States should continue its identification with the anti-Marcos, anticommunist middle class' (hier: S. 190), und Alan D. Romberg, ‚New Stirrings in Asia', in: ‚Foreign Affairs', New York, Vol. 64, No. 3, 1986, S. 515-538 — der Autor ist Asienspezialist am ‚Council on Foreign Relations' und war von 1981-85 stellvertretender Sprecher des State Department.
16) Kirchliche ‚think tanks' stehen Frau Aquino u.a. in Gestalt des ‚Institute on Church and Social Issues, De la Costa Center, der Loyola School of Theology und der Ateneo de Manila University unter dem einflußreichen Jesuiten-Berater Joaquin Bernas beiseite. Sie prägten die Begriffe ‚People Power'/‚Miracle Revolution' und widmen sich durch das seit 1984 erscheinende Organ Pulso der ideologischen Bekämpfung jeglicher Ansätze von Befreiungstheologien. Vor dem Februarumsturz bereisten einige ihrer Vertreter auf Einladung katholischer Kirchenorganisationen die BRD.
17) U.a. M. Armacost (s. Anm. 2) und A.D. Romberg (s. Anm. 15). — Eine weniger glückliche Hand zeigte die Bundesregierung, was
nisationen die BRD.
17) U.a. M. Armacost (s. Anm. 2) und A.D. Romberg (s. Anm. 15). — Eine weniger glückliche Hand zeigte die Bundesregierung, was
u.a. der Warnke-Besuch im Herbst 1985 unterstrich. Noch im Januar erschien in der von der Deutschen Asien-Gesellschaft hg. Zeitschrift Asien ein Aufsatz von Dr. Klaus Zeller, Botschafter in Manila. Die Wirtschaftslage auf dem Marcos-Archipel kommentierte er z.B. so: „Das Stabilitätsprogramm des Landes (gemeint war offensichtlich das des IWF-WB-Konglomerats; R.W.), das von Premierminister Virata und Zentralbankchef-Gouverneur Fernandez verantwortlich geführt wird (für wen?; R.W.), verdient Respekt" — K. Zeller, ‚Die Philippinen — Gesellschaft, Wirtschaft und Politik', in: ‚Asien', Hamburg, 18, Januar 1986, S. 81-94, hier S. 93. Eine nachgerade famos-treffsichere Fehlinterpretation, die zumindest demonstriert, daß Bonn nicht immer in Washingtons Fußstapfen wandelt!

Politisch, wirtschaftlich und militärisch sieht man sich nunmehr auf der „richtigen" Seite; Frau Aquinos Kampf gegen den „Kommunismus" gilt zumindest solidarischer Flankenschutz — s. Almerigo Grilz, ‚The Philippines: A Guerilla War at the Crossroads', in: ‚Military Technology', Koblenz/Bonn, Mönch Publishing Group: Wehr und Wissen Verlag, Vol.X, Issue 9, September 1986, S. 124-134, und Oberst i.G. Klaus O. Boltze, ‚Die Philippinen: Gebrechliches Standbein westlicher Sicherheitspolitik', in: ‚Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau', Herford/München, März 1986, S. 145-148.
18) Vgl. George P. Shultz, ‚Terrorism and the Modern World' (New York, 25.10.84), in: United States Information Service: ‚Wireless Bulletin from Washington', No.201, 26.10.84, S. 5-18; Michael T. Klare, ‚Jederzeit, überall, mit allen Waffen — Die globale Militärstrategie der USA unter Ronald Reagan', in: ‚Blätter für deutsche und internationale Politik', Köln, 5/82, Mai 1982, S. 531-543; Edward S. Herman, ‚U.S. Sponsorship of International Terrorism: An Overview' (Referat auf em internationalen Symposium ‚Menschenrechte und Staatsterrorismus in der III. Welt', Frankfurt/M., 26./27.4.86), unveröffentl. Typoskript, Auszüge des Referats in: ‚Frankfurter Rundschau' vom 26.4.86, und den informativen Beitrag von Arthur Heinrich, ‚Haltet den Dieb! - Hintergründe und Etappen der amerikanischen Antiterrorismus-Kampagne', in: ‚Blätter für deutsche und internationale Politik', 8/86, S. 914-925.

19) ‚Party members urged to review basics of democratic centralism', in: ‚Ang Bayan', (Zentrales Organ der CPP), o.O., XVII (Juni 1986) 4, S. 8-11, und ‚An Urgent Task: Consolidate the National United Front', ‚Ang Bayan', XVII (Juli 1986) 5, S. 2-7.

Betrifft Artikel in AL 274: „Die PLO vor verschlossener Tür"

„Wir brauchen die Einheit der PLO"

Liebe Genossen

Viele Grüße aus Damaskus und vielen Dank für den AK. Er ist und bleibt die beste und informativste deutsche Zeitung, und ich erwarte ihn jeden Monat mit Spannung. Besonders interessiert mich und die Genossen hier die Auseinandersetzung um die NATO in der westdeutschen Linken. Vielen Dank für Eure gute und informative Berichterstattung und Analysen.

Heute schreibe ich Euch aber in erster Linie wegen des Artikels: „*Die PLO vor verschlossener Tür*" (AK 274), dem ich im Großen und Ganzen zustimme, vor allen Dingen, was die Einschätzung der arabischen Regimes und ihrer antipalästinensischen Haltung angeht. Einen Fehler allerdings begeht die Nah-Ost-Kommission in der Einschätzung der PLO und der Einheit der PLO und auch in der Einschätzung des Amman-Abkommens.

Was das Amman-Abkommen betrifft, beruht Eure Einschätzung offensichtlich auf falschen Informationen. Ihr schreibt: „*drei palästinensische Organisationen, die Fatah, die DFLP und die Palästinensische KP (haben) in einem Kommunique das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11.2.85 aufgekündigt*". Das ist nicht richtig. Die Verhandlungen wurden von Seiten der DFLP und der KP mit Al-Fatah (ZK-Linie) geführt, um die Al-Fatah zur Aufkündigung des Abkommens zu bringen und damit die Voraussetzungen für den Beginn eines Einigungsprozesses innerhalb der PLO zu schaffen. Allerdings zeigte die Al-Fatah dazu keine Bereitschaft. Im Kommunique von Prag steht wörtlich: „*Das Abkommen von Amman ist keine vorteilhafte Grundlage mehr für die Zusammenarbeit zwischen Jordanien und der PLO.*"

KP und DFLP legten das als eine Aufkündigung des Abkommens aus, es ist aber in Wahrheit nichts weiter als eine Einschätzung der momentanen Bedeutung des Abkommens. Hinzu kommt, daß die drei Organisationen dieses Abkommen gar nicht aufkündigen können. Aufkündigen kann es nur der, der es geschlossen hat, und das ist das Exekutivkomitee der PLO. Das aber schweigt sich aus. Selbst als vor wenigen Tagen der jordanische Ministerpäsident sein Festhalten am Amman-Abkommen erklärte, erfolgte keine Stellungnahme oder Dementi der PLO-Führung. Das Amman-Abkommen gilt nach wie vor. Auch Hussein hatte in seiner berühmten Fernsehrede
PLO-Führung. Das Amman-Abkommen gilt nach wie vor. Auch Hussein hatte in seiner berühmten Fernsehrede
vom 19.2.86 das Abkommen nicht (wie Ihr schreibt) aufgekündigt. Er gebrauchte vielmehr den Ausdruck „*Einfrieren des Abkommens*". Somit haben die Verhandlungsbemühungen von DFLP und KP der Al-Fatah in diesem Punkt nichts weiter „abgerungen" als eine Anerkennung der durch die Hussein-Rede vom Februar geschaffenen politischen Tatsachen.

Trotzdem wurde das Kommunique von Prag nicht nur vom AK sondern auch von der DFLP und der KP als ein Schritt zur palästinensischen Einheit gesehen; nach dem Motto „Einfrieren" sei der erste Schritt zur Kündigung. Ich sehe dafür allerdings keine Anzeichen, im Gegenteil: Die PLO-Führung bemüht sich mit allen Mitteln, die Gunst des Königs zurückzugewinnen und in der Verhandlungsrunde zwischen PLO-Führung und ägyptischem Regime vom letzten Monat (September) ging es der PLO-Führung in erster Linie um die Lösung der jordanisch-palästinensischen Krise, und Mubarak wurde als Vermittler angerufen.

Wer zieht im Augenblick den Nutzen aus der Einfrierung des Amman-Abkommens? Hussein ist besonders an Punkt 2 des Abkommens interessiert, der von der „*Bildung der vorgeschlagenen konföderierten Arabischen Staaten Jordanien und Palästina*" spricht. Dieser Punkt des Abkommens setzt — zumindest nach der Auslegung von Hussein — die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat, auf der die PLO von allen arabischen Staaten als „*einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes*" anerkannt wurde, außer Kraft. Unter Deckung des Amman-Abkommens hat König Hussein in den letzten eineinhalb Jahren verstärkt versucht, in den besetzten Gebieten mit seiner Politik Fuß zu fassen. Genosse George Habasch sagte dazu in seinem Appell zum Widerruf des Amman-Abkommens und zur Wiederherstellung der nationalen Einheit vom Februar 86 als Antwort auf die Fernsehrede Husseins: „*König Hussein macht sich selbst zum Oberhaupt der Sache unseres Volkes und spricht von der Notwendigkeit, ‚zu alternativen Optionen' zurückzukehren. (...) Er fordert unser Volk auf, ‚sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen' und hofft so schließlich den Weg für einen Handel mit ehrlosen, reaktionären Elementen in den besetzten Gebieten zu ebnen, die ihn als alternativen Repräsentanten in seiner Kapitulationspolitik gegenüber den USA begleiten sollen.*" (Zitiert nach „A'iduns" Reisebericht und Interviews zum palästinensischen Widerstand, Herausgeber: Autonome Nah-Ost-Gruppe Hamburg; Theorie und Praxis Verlag, Hamburg). Einer der reaktionären Notablen in der Westbank, Thafer Al-Masri wurde Anfang des Jahres von einem Kommando der PFLP hingerichtet. Diese Hinrichtung hat die jordanische Politik in der Westbank für einige Zeit ins Stocken gebracht, weil andere Anhänger des Königs aus Angst vor weiteren Hinrichtungen sich zurückzogen.

Hussein benötigt das Amman-Abkommen als Rückendeckung für seine Politik in der Westbank. Wie weit er dabei geht, zeigt sich daran, daß er vor wenigen Tagen in Zusammenarbeit mit der zionistischen Besatzungsmacht drei Bürgermeister für Dörfer der besetzten Gebiete ernannt hat. Seit dem Amman-Abkommen ist das keine Einmischung in palästinensische Angelegenheiten. Und darum hat Hussein kein Interesse an der Aufkündigung des Amman-Abkommens. Mit der Einfrierung des Abkommens hat er dagegen einen taktischen Schachzug getan, der es ihm einerseits erlaubt, seine Politik in den besetzten Gebieten unter Berufung auf das Abkommen fortzusetzen und andererseits die PLO-Führung als Partner des Abkommens anzugreifen, ihre Büros in Amman zu schließen und sie selbst ins Abseits des „Friedensprozesses" zu manövrieren. Nach der berühmten Fernsehrede von Hussein wurde darum von breiten Teilen der palästinensischen Bewegung erwartet und erhofft, die PLO-Führung würde Hussein dieses politische Mittel aus der Hand schlagen und ihrerseits das Amman-Abkommen aufkündigen. Das geschah allerdings nicht.

Die PLO-Führung sah und sieht das Amman-Abkommen als die letzte Chance des Einstiegs in die amerikanische Lösung. Die Haltung der PLO-Führung gegenüber diesem Abkom-
Chance des Einstiegs in die amerikanische Lösung. Die Haltung der PLO-Führung gegenüber diesem Abkom-
men zeigt deutlich die verzweifelte Position, in die sich die Rechte des palästinensischen Widerstands mit ihrer panikhaften Politik der Zugeständnisse manövriert hat, und es wäre verhängnisvoll, wenn es ihr gelänge, das palästinensische Volk mit sich zu reißen.

Und damit kommen wir zur zentralen Frage, die Ihr am Ende Eures Artikels anschneidet. Was ist mit der Einheit der PLO? Das ist sicherlich die Frage, der übrigens nicht erst seit den Ereignissen von Tripolis vom palästinensischen Volk zentrale Bedeutung für die Zukunft der palästinensischen Revolution beigemessen wird. Dabei geht es um die Frage, was heißt Einheit, auf welcher Basis beruht sie, welche Klassen der palästinensischen Gesellschaft kann sie umfassen, welche Kompromisse darf man um der Einheit willen eingehen? Ich glaube, man kann keiner Organisation der palästinensischen Linken vorwerfen, sich nicht mit der genügenden Ernsthaftigkeit diesen Fragen zu stellen. Es gab in den letzten Jahren viele Initiativen der verschiedenen Organisationen, bei denen es um Schritte zur Schaffung der nationalen Einheit ging. Da war einmal der Versuch von PFLP und DFLP, den beiden größten und wichtigsten Organisationen außer der Al Fatah, über die Schaffung einer gemeinsamen Führung den Einigungsprozeß der Linken voranzutreiben. Er scheiterte auf Grund taktischer Differenzen und die gemeinsame Führung wurde von der DFLP aufgekündigt. Ebenso scheiterte die Demokratische Allianz, ein Zusammenschluß der linken Organisationen des palästinensischen Widerstands (DFLP, PFLP, PLF, KP). Das Aden-Abkommen zwischen Demokratischer Allianz und Al-Fatah war der Versuch, einen Minimalkonsens zwischen PLO-Führung und Opposition festzulegen. Es scheiterte, weil die PLO-Führung es in keiner Weise ernst nahm. Die Schaffung der „nationalen Rettungsfront" stellte einen weiteren Versuch dar, der aber von Anfang an darunter litt, daß in dieser Front nicht alle Organisationen, die gegen die rechte Führung stehen, zusammgeschlossen werden konnten. Es fehlen insbesondere DFLP und KP. Das Kommunique von Prag ist ein neuerlicher Versuch, der allerdings von vorneherein zum Scheitern verurteilt war.

Was sind die Voraussetzungen für die nationale Einheit?

Einheit ist ein Begriff, der sich in jeder Phase des Kampfes definieren muß. Jede Herausforderung des Feindes stellt die Einheit der Revolution auf die Probe, und sie kann nur erhalten bleiben, wenn es gleichzeitig gelingt, sie auf ein neues Niveau zu heben, ein Niveau, das der Entwicklung des Klassenkampfes angemessen ist. Die moderne palästinensische Revolution hat seit ihrem ersten Höhepunkt 1967-69 viele militärische und politische Herausforderungen eines immer breiter werdenden feindlichen Bündnisses zu überstehen gehabt, ganz zu schweigen von den sozialen Herausforderungen, die sich einerseits aus der Flüchtlingssituation, andererseits aus dem über zehnjährigen Bürgerkrieg im Libanon ergeben. Auf diese Herausforderungen haben die verschiedenen Fraktionen der PLO zunehmend unterschiedlich reagiert. Die rechte PLO-Führung hat dem imperialistischen Druck immer weitgehender nachgegeben; von der Einschätzung ausgehend, daß es gelte, zu retten, was an nationalen Forderungen zu retten ist. Das war 1974 der Mini-Staat, dann die internationale Nah-Ost-Konferenz, später nur noch der Platz am Verhandlungstisch als PLO und jetzt noch die Beteiligung in einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation. Ganz ähnlich sind andere nationale Forderungen scheibchenweise beschnitten worden, so daß die Nationalcharta von 1968 für die rechte PLO-Führung nur noch nostalgisches Relikt aus stürmischen Jugendjahren ist.

Die Linke dagegen hat den schwierigen Versuch unternommen, den Herausforderungen zu begegnen, indem man sich um den proletarischen Klassenstandpunkt bemüht hat. Viele Fragen wurden in diesem Zusammenhang in der Linken diskutiert und alte Positionen, die vom kleinbürgerlich nationalen Standpunkt herrühren, revidiert. Diskutiert wurden vor allen Dingen die Fragen nach der Rolle der Arbeiterklasse und Marxismus-Leninismus, be-
Diskutiert wurden vor allen Dingen die Fragen nach der Rolle der Arbeiterklasse und Marxismus-Leninismus, be-
waffneter Kampf und Terrorismus, die Organisationsfrage und die Frage nach der Einheit der Linken. Bei all ihren Bemühungen, die Revolution qualitativ weiterzuentwickeln, stößt die Linke allerdings auf objektive Schwierigkeiten und Grenzen. Das ist zum einen die Klassenstruktur der palästinensischen Gesellschaft, die kleinbürgerlich geprägt ist nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlingssituation, zum zweiten die mangelnde Entwicklung des Klassenkampfes in der vom Zionismus geschaffenen Gesellschaft, die Niederlage des arabischen Nationalismus und die imperialistische Vorherrschaft im Nah-Ost-Raum.

Die palästinensische Revolution durchlebt im Augenblick die schwierigste Phase seit ihrem Bestehen. Die amerikanische Hegemonie im Nahen Osten war noch nie so uneingeschränkt. Die arabischen Staaten haben sich noch nie so offen gegen die palästinensische Revolution gestellt. Der arabische Nationalismus, in den fünfziger Jahren von den Amerikanern gern gesehen, um die Position von Briten und Franzosen in der Region zu schwächen, ist mittlerweile völlig zurückgedrängt worden, die arabischen Massen werden mit arabischen Armeen und Geheimdiensten niedergehalten. Amerika hat die Region fest im Griff. Der sowjetische Einfluß ist wesentlich zurückgedrängt. Die USA hält jetzt, wie Ihr ganz richtig schreibt, die Situation für gekommen, um die imperialistischen „Friedenspläne" ein gutes Stück voranzubringen. In dieser Situation muß sich die palästinensische Bourgeoisie, die von der rechten PLO-Führung repräsentiert wird und die bis jetzt die Führung der palästinensischen Bewegung fest in der Hand hielt, entscheiden, wo ihre Vorteile liegen: mit dem palästinensischen Volk den schwierigen und ungewissen Weg des bewaffneten Kampfes zu gehen, dessen Ziel die Errichtung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft in Palästina ist, wo sie als Klasse sich nicht verwirklichen kann, oder eben zu retten, was zu retten ist, und wenn von den nationalen Forderungen gar nichts zu retten ist, so können auf diesem Weg zumindest ihre Klassenforderungen verwirklicht werden. Und eine der wesentlichen Klassenforderungen der palästinensischen Bourgeoisie ist es, gute Beziehungen zu den reaktionären arabischen Regimes zu halten und sich am Aufbau des Kapitalismus in diesen Ländern zu beteiligen.

Sicherlich hat sich die palästinensische Bourgeoisie, als sie den Kampf aufnahm, etwas anderes vorgestellt. Sie hatte ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß sie als palästinensische Bourgeoisie eine Rolle spielen solle in der Lösung des Nah-Ost-Konflikts. Frühzeitig signalisierte sie: Gebt uns einen Nationalstaat, und wir halten die palästinensische Linke unter Kontrolle. („*Es genügt nicht, daß sie (die PLO) auf arabischer und internationaler Ebene anerkannt wird, sie muß auch beweisen, daß sie die Macht hat, jede Störung ihrer Politik zu unterbinden.*" — Al-Ahram, 25.11.74)

Die israelischen Vorstellungen von gesicherten Grenzen ließen hier allerdings keinen Spielraum zu. Und hierin liegt die Tragik der palästinensischen Bourgeoisie. Sie hatte damit auch objektiv ihre Rolle als Führung der palästinensischen Revolution ausgespielt und begann sich selbst das Grab zu schaufeln. Sie wird in Zukunft mehr und mehr in dem Prozeß der Kapitalisierung des Nahen Ostens aktiv werden. Es herrschen besonders in Jordanien bisher nicht geahnte Kapitalverwertungsbedingungen. Das jordanische Regime hat ehrgeizige Pläne für den Aufbau des Landes. Der Krieg zwischen Irak und Iran ist ein weiterer Stimulator für die Wirtschaft, vor allen Dingen für die neu aufgebaute ägyptische Rüstungsindustrie (vor allen Dingen Produktion von Raketen und Munition). Palästinensisches Kapital ist auf allen Märkten des Nahen Osten aktiv. So wird die palästinensische Bourgeoisie sich schnell trösten.

Die Tragik des palästinensischen Volkes liegt dagegen darin, daß die Linke diesem Prozeß gespalten und schwach gegenübersteht. Die historische Antwort müßte es sein, daß die Linke die Führung der Revolution übernimmt, um die Einheit der palästinensischen Revolution auf ein neues Niveau zu heben und die größte Errungenschaft der Revolution, die PLO, den einzigen legitimen Vertreter des
Niveau zu heben und die größte Errungenschaft der Revolution, die PLO, den einzigen legitimen Vertreter des
palästinensischen Volkes zu schützen. Die PLO ist nicht Privateigentum, weder eines Politikers noch einer Klasse. Sie wurde aufgebaut durch die Opfer und den Kampf der palästinensischen Bevölkerung und besonders der Flüchtlingslager. Wenn wir heute von Einheit reden, so meinen wir die Einheit, die die PLO schützt, die Einheit der palästinensischen Massen in den Lagern im Libanon, Syrien, Jordanien, die Asylanten in der BRD, die Gastarbeiter am Golf und nicht zuletzt die Palästinenser, die noch in Palästina leben. Wir brauchen die Einheit, um zu verhindern, daß die rechte Führung diese Menschen in den Abgrund der Resignation zieht.

Insofern hat das Kommunique von Prag nicht den Weg zur Einheit geebnet. Die Einheit der palästinensischen Revolution bedarf sogar mehr als der Aufkündigung des Amman-Abkommens. Sie bedarf eines deutlichen Abklinkens der Revolution von der arabischen Reaktion insgesamt und eine Orientierung auf die Probleme der Massen. Eure Überschrift ist richtig: die PLO steht vor verschlossener Tür, die bürgerliche Führung hat sich auf den Weg durchs Schlüsselloch gemacht, das ist kein Weg für das Volk.

Liebe Genossen, ich hoffe, daß Ihr meinen Leserbrief veröffentlicht, obwohl er vielleicht nicht Euren Anforderungen (so kurz wie möglich zu sein) entspricht. Ich halte ihn trotzdem nicht für unangemessen, vor allen Dingen, weil die Nah-Ost-Berichterstattung bei Euch in letzter Zeit ein wenig zu kurz gekommen ist, besonders, was die palästinensische Revolution angeht.

Solidarische Grüße!
Macht weiter und viel Erfolg

Heike, Libanon

„Wie lange noch wollt ihr unsere Geduld mißbrauchen"

KB-Kritik an der herrschenden Auffassung von Militanz

Am 7.10, dem Tag X, kamen in Hamburg 10.000 Menschen zusammen, um gegen die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf zu demonstrieren. Das Anliegen dieser Demonstration, sich noch einmal mit einem massenhaften Protest an die Öffentlichkeit zu wenden, konnte nur zum Teil durchgeführt werden: Die politische Abschlußkundgebung auf dem Spritzenplatz mußte frühzeitig — noch während der ersten Rede — abgebrochen werden. Ursache hierfür waren diesmal nicht polizeistaatliche Übergriffe, auch waren es keine widrigen Witterungsbedingungen, sondern der Grund lag im Agieren einer kleinen Gruppe von Demonstranten, die durch militante Aktionen die Fortsetzung der Kundgebung unmöglich machte. Da damit der großen Mehrheit der Demonstranten und den die Demonstration tragenden Organisationen und Gruppen *ihre* Art der politischen Artikulation aus der Hand genommen wurde, drängt sich die Frage: „Was geht zusammen" geradezu auf.



Foto: H. Wojahn

1. Auf dem Anti-AKW-Plenum gab es unter den beteiligten Organisationen und Gruppen einen klaren Konsens, daß die gemeinsam getragene Demonstration die politische Zielsetzung haben sollte, noch einmal den massenhaften Protest gegen die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf zu unterstreichen. Es sollte eine Aktion sein, die sich an die Öffentlichkeit wendet. Alle Aktionen über dies Demonstrieren hinaus sollten von den Gruppen in Eigenverantwortung und unabhängig von der Demonstration durchgeführt werden. In diesem Sinn war schon das Zerschla-

antwortung und unabhängig von der Demonstration durchgeführt werden. In diesem Sinn war schon das Zerschla-

gen der Scheiben auf dem Demoweg (Bankfilialen im Schulterblatt) ein Problem, was aber von den meisten mit einem Schulterzucken übergangen wurde, da solche „Kleinigkeiten" heutzutage schon fast zum Demo-Alltag zählen. Diese Art der Aktion wird von der Mehrheit zwar in der Regel (Ausnahmen sind situationsabhängig) als „unschöne Randerscheinung" registriert, aber solange sie den Gesamtablauf der Demonstration nicht gravierend beeinträchtigen, werden sie hingenommen. Unversöhnlich wurde dieser Widerspruch jedoch auf dem Spritzenplatz. Eine Gruppe von „Militanten" griff von der Spitze des Zuges eine Filiale der Hamburger Sparkasse (HASPA) an. Während die Demonstration auf den Platz zog, wurden die ersten Scheiben zertrümmert. Als die Polizei wider Erwarten nicht eingriff und während sich der Platz weiter füllte, wurde diese Aktion weiter gesteigert, was auch nicht mehr durch die beginnende Kundgebung gebremst werden konnte. Wir regen uns beileibe nicht über den entstandenen Sachschaden auf, denn frei nach Brecht gilt immer noch die berechtigte Frage: „Was ist schlimmer, eine Bank zu zertrümmern oder eine zu gründen?" Aber wir klagen den politischen Schaden an, den diese Aktion angerichtet hat. Denn die Folge dieses Agierens war, daß ein großer Teil der Demonstranten aus Angst und aus Ablehnung dieser Aktion gar nicht erst auf den Kundgebungsplatz mitzog. Und weil während der beginnenden Kundgebung mit der Demolierung fortgefahren wurde, wurde die Rede zur Farce, weil alle versammelten Menschen nur die eine Frage beschäftigte, wann denn nun die Polizei aufmarschieren würde. Der Platz selbst war von drei Seiten her von der Polizei umstellt, ein Einschluß wäre ohne weiteres möglich und die Folgen wären vermutlich katastrophal gewesen. Dieser Druck führte dazu, daß immer mehr Menschen den Platz verließen und schließlich zu der Entscheidung, die Kundgebung abzubrechen. Das ist für die Veranstalter eine politische Niederlage, zumal dieser Abschluß möglicherweise Folgen für Moblisierungen zu Großdemonstrationen in Zukunft haben wird.

2. Mensch kann darüber streiten, ob die Angst, die die Mehrzahl der Demonstranten vom Kundgebungsplatz getrieben hat, berechtigt war. Immerhin könnte mensch ins Feld führen, daß es ja keinen Polizeieinsatz gegeben hat. Das ginge aber am eigentlichen Problem vorbei. Immerhin hat es genügend Situationen gegeben, die zu der

Problem vorbei. Immerhin hat es genügend Situationen gegeben, die zu der

Annahme berechtigen, daß das Zertrümmern einer Bank während einer laufenden Kundgebung für die Polizei allemal Grund genug ist, eine gesamte Versammlung zusammenzuknüppeln. Wenn mensch daran interessiert ist, eine politische Kundgebung durchzuführen, die das Ziel hat, mit dem gesprochenen Wort nach außen und innen zu wirken, dann wird mensch alles unterlassen, die Staatsmacht zu einem Überfall zu reizen oder ihr hierfür einen Vorwand zu liefern. Daß dies nicht immer gelingt, ist hinlänglich bekannt, darf aber umgekehrt nicht zu dem Schluß führen, daß es gleichgültig ist, wie mensch sich aufführt. Unbestritten jedenfalls dürfte sein, daß der Angriff auf eine Bank auf dem Kundgebungsplatz und während der laufenden Kundgebung unter „normalen" Umständen das sicherste Mittel ist, eine polizeiliche Auflösung der Veranstaltung herbeizuführen.

Damit kommen wir aber auch zu einem Kernproblem und einem nur schwer zu lösenden Widerspruch. Während uns, und wir meinen mit Recht annehmen zu können, auch den anderen Veranstaltern dieser Demonstration, daran liegt, mit einer solchen Demonstration, einschließlich der Abschlußkundgebung, eine politische Wirkung nach außen zu erreichen, ist dies für die „Militanten" lediglich „Wichserei" und „Gelaber". Ob eine solche Demonstration und Kundgebung stattfindet oder nicht, ist ihnen gleichgültig, weil sie das damit verbundene politische Anliegen, die Agitation nach außen, d.h. das Erreichen von Menschen außerhalb der Bewegung, nicht als eigenes begreifen. Für sie zählen nur solche Aktionen, bei denen ein faßbares Angriffsziel benannt ist oder denen eine handfeste Konfrontation mit der Staatsmacht innewohnt. Wenn eine rein politische Veranstaltung stattfindet, scheint sie für diese Gruppierung nur unter dem Aspekt interessant zu sein, wie die eigenen „militanten" Aktionen dort unterzubringen sind — unabhängig davon, wie die übrigen Teilnehmer darauf reagieren.

Fatalerweise gibt es für diese Gruppierung die Begriffe „Ort, Zeit und Bedingung", nach denen sich die Durchführung einer Aktion richten muß, nicht. Sie sind nicht in der Lage oder auch nicht Willens, beispielsweise zwischen den Aktionsorten Brokdorf oder Wackersdorf und Hamburg zu unterscheiden. Wenn zu einer Kundgebung in Brokdorf oder Wackersdorf am Bauzaun aufgerufen wird, dann ist jedem dort Hinfahrenden klar, daß es Beschädigungen am Bauzaun geben wird. Und auch wenn die Mehrzahl der

Beschädigungen am Bauzaun geben wird. Und auch wenn die Mehrzahl der

Demonstranten dort nicht selbst Hand anlegen wird, kann die Gruppe der „Militanten" davon ausgehen, daß ihr Agieren von einer „klammheimlichen Freude" begleitet wird. Dies kann jedoch nicht auf eine Demonstration in Hamburg übertragen werden, wo Demonstrationen in der Regel den Zweck verfolgen, das eigene Anliegen zu *demonstrieren* und darüber mehr Menschen für dieses Anliegen zu gewinnen. Wiederum anders verhält es sich mit einer Aktion in Hamburg, wenn beispielsweise zur Verhinderung einer NPD-Versammlung aufgerufen wird. Wenn ausdrücklich als Aktionsziel die Verhinderung ausgegeben wird, ist jedem Mitmachenden hinreichend klar, daß es dabei auch zu handfesten Auseinandersetzungen kommen kann.

Diese Art der Unterscheidung wird von den „Militanten" nicht gemacht und sogar ausdrücklich abgelehnt, weshalb es dann schon zu großen Unzufriedenheiten führt, wenn auf der Demo-Route nicht genügend Banken liegen. (Man kann sogar schon froh sein, daß sie es mittlerweile gelernt haben, zwischen den Scheiben kleiner Geschäfte und denen der Banken zu unterscheiden). Dies ist gleichzeitig aber auch der politische Kernpunkt der Auseinandersetzung mit diesen Gruppierungen.

3. Über diese Differenz in der politischen Zielsetzung hinweg, die für sich schon schwer überbrückbar ist, muß den Akteuren vom Spritzenplatz darüberhinaus noch der Vorwurf gemacht werden, daß sie in — im besseren Fall — leichtsinniger oder — im schlechteren Fall — provokatorischer Manier über die Ängste und Befürchtungen der übrigen Demonstranten hinweggegangen sind. Objektiv gesehen haben sie mit ihrer Aktion während der Kundgebung der Polizei ein Mittel in die Hand gegeben, diese Veranstaltung mit Knüppelgewalt auseinanderzutreiben. Dieser Umstand und die daraus resultierende Angst hat dann dazu geführt, daß die große Mehrheit den Platz vorzeitig verlassen hat. Die Verantwortung von Veranstaltern solcher Großaktionen liegt nun aber auch darin, den Menschen, die mobilisiert werden, *vorher* zu sagen, worauf sie sich bei dieser Aktion einlassen. Und deshalb muß es auch als provokatorisch gekennzeichnet werden, wenn eine kleine Gruppe, in diesem Fall eine absolute Minderheit, das Sicherheitsrisiko für die Gesamtveranstaltung unnötigerweise derartig hochsetzt, daß niemand mehr in der Lage ist, für einen sicheren Rückzug zu sorgen. Dies gilt auch für den Fall, daß die Bedrohung

cheren Rückzug zu sorgen. Dies gilt auch für den Fall, daß die Bedrohung

von der Mehrzahl der Demonstranten „nur" subjektiv empfunden wird, denn daß die Polizei an diesem Abend die Gelegenheit nicht wahrnahm, die Kundgebung auseinanderzuknüppeln, folgt einer anderen Logik, die hier nicht zu diskutieren ist.

4. Leider geben viele Äußerungen zu der Annahme Anlaß, daß diesen „Militanten" die Gefährdung der übrigen Veranstaltungsteilnehmer „scheißegal" ist, womit aber ihre Aktionen nicht mehr sinnvoller Teil einer gemeinsamen Aktion sind, sondern die rücksichtslose Durchsetzung eigener Zielsetzungen unter dem Schutzschild der Gesamtaktion. Sinnvoll kann Militanz während Großaktionen u.E. nur dann sein, wenn diese entweder von den Teilnehmern der Aktion selbst getragen (sozusagen der Idealfall) oder zumindest mit „klammheimlicher Sympathie" begleitet wird. Kontraproduktiv sind militante Aktionen im Zusammenhang von Großaktionen in jedem Fall dann, wenn die Teilnehmer der Gesamtaktion in den „militanten" Aktionen keinen Sinn mehr für die Verbreitung ihrer eigenen Ziele sehen können und dann zwangsläufig die Angst vor den Folgen (Eingriff der Polizei) über die „klammheimliche Freude" obsiegt. Wer diesen Unterschied nicht sieht, ist zumindest naiv und unpolitisch. Wer ihn nicht sehen will bzw. meint, ihn beiseite schieben zu können, verhält sich gegenüber der Gesamtbewegung provokatorisch.

5. „Militanz" wird heutzutage oftmals als höchste Form des politischen Agierens gehandelt. Dies kann — wie so vieles im Leben — grundrichtig, kann aber auch — wenn falsch verstanden — grundverkehrt sein. Auch wir gehen davon aus, daß letztlich die gesellschaftlichen Verhältnisse nur mit Gewalt, d.h. mit der materialisierten Form der Politik, zu ändern sein werden. Das bedingt jedoch, daß Militanz als bewußtes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele und zur Verbreiterung des eigenen Anhangs eingesetzt wird oder aber zum Schutz der Bewegung für diese Ziele. Alle politischen Verhältnisse zeigen, daß der militante bzw. andernorts der militärische Kampf zwar die höchste Form des Kampfes darstellt, womit gleichzeitig aber auch bedingt ist, daß er damit die Form des Kampfes ist, die den höchsten Grad der Verantwortung verlangt. Keine Guerilla in der Welt könnte es sich leisten, diese Bedingungen zu vernachlässigen, oder eben nur unter Strafe des eigenen Untergangs. Wir haben es jedoch gegenwärtig mit einer Situation zu tun, wo nach der unsinnigen Parole „jeder kann anfangen" unabhängig von Zeit, Ort und Bedingung herumgepfuscht wird. Die Guerilla in El Salvador würde beispielsweise niemals auf den Gedanken kommen, aus einer von der Kirche organisierten Demonstration für Menschenrechte heraus einen bewaffneten Angriff zu starten. (Etwas anderes ist wiederum, daß sie beispielsweise den militanten Schutz dieser Demonstration übernehmen würde). Die „Militanten" in der BRD sehen das ganz anders: für sie ist jeder Massenaufmarsch geradezu willkommenes Objekt, um im Schutze dieser „Idioten" ihre Aktionen zu starten, unabhängig davon, ob sie tatsächlich nützlich für die Gesamtbewegung sind. Damit wird die „Militanz" zum Selbstzweck, verkommt zum Austoben der „Betroffenheit", verliert den Wert des Mittels zur Durchsetzung der Ziele und entfernt sich damit zwangsläufig politisch von der Gesamtbewegung.

Wir wollen hier ausdrücklich sagen, daß diese Aussagen sich nur auf die „Militanz" innerhalb von Großaktionen wie der zum Tag X in Hamburg beziehen. Es ist in keinster Weise eine Aussage zu Aktionen gegen Strommasten o.ä.. Dies zur ausdrücklichen Klarstellung, weil wir beim gegenwärtigen Diskussionsstand mit allen gewollten und ungewollten Mißverständnissen rechnen.

6. Dies ist ein Plädoyer für eine Diskussion um die *Zielorientierung* zukünftiger Aktionen. In der Vergangenheit ist mit der Parole „Einheit der Bewegung, Vielfalt der Aktionen" gelinde gesagt Schindluder getrieben worden. Die politische Bereitschaft eines Teils der Bewegung, insbesondere auch des Teils, den wir vertreten, sich nicht von militanten Aktionen zu distanzieren, seien sie auch politisch noch so unsinnig, ist dazu ausgenutzt worden,

von militanten Aktionen zu distanzieren, seien sie auch politisch noch so unsinnig, ist dazu ausgenutzt worden,

der Gesamtbewegung das Tolerieren von Aktionen aufzuzwingen, die von dieser nicht getragen werden können, weil sie der eigenen politischen Zielsetzung widersprechen. Dies hat politische Grenzen. Wenn beispielsweise vom Tag X nur übrig bleibt, daß mensch einigermaßen heil durchgekommen ist, daß mensch aber eine positive politische Außenwirkung von vornherein völlig abschreiben kann und dann auch noch mit dem Problem zu kämpfen hat, daß in der Innenwirkung ein Disaster eintritt (viele fragen sich, ob sie überhaupt noch zu einer solchen Demo gehen sollen), dann ist das politische Ergebnis nicht nur Null, sondern negativ. Weil dafür niemand ernsthaft politisch arbeiten kann, stellt sich an diejenigen, die dies Ergebnis bewirkt haben, die Frage, ob sie es gewollt haben. An diejenigen, die an der Mobilisierung mitgewirkt haben, stellt sich die Frage, wie sie dies in Zukunft anders handhaben wollen. Um dies zu klären, ist eine Debatte über die Zielsetzung solcher Demonstrationen wie am Tag X notwendig. Es kann nicht so weitergehen, daß undiskutiert von einem Teil der Gesamtheit die Aktionsform aufgezwungen wird.

7. Zum Abschluß sei gesagt: Wir wollen eine politische Auseinandersetzung um diese Differenzen. Mao hätte gesagt: Es handelt sich um Widersprüche im Volk. Und eben so müssen sie behandelt werden. D.h. für uns, sie müssen *politisch* behandelt werden, in der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Vorstellungen des politischen Handels. Nicht infrage kommt für uns eine administrative oder organisatorische Lösung wie beispielsweise das Aufstellen von Ordnerketten u.ä.. Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, jemanden vom Einwerfen von Bankscheiben abzubringen, verlangen aber, daß Ort und Zeit nicht gerade immer mit den Terminen einer politischen Demonstration zusammenfallen.

Kommunistischer Bund
Gruppe Hamburg

Das Motto ist frei gewählt nach der Frage Ciceros an den jugendlichen Raufbold Catilina: „Quo usque tandem, Catilina, abutere nostra patientia?"

GIM/KPD: ... im Eheknast

Knapp 160 Delegierten der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten; westdeutsche Sektion der 4. Internationale) und der KPD (ehemals: KPD/ml) blieb es Anfang Oktober vorbehalten, einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte ihrer Organisation zu vollziehen: Sie gaben sich das Ja-Wort und werden zukünftig als Vereinigte Sozialistische Partei versuchen, ein gemeinsames politisches Leben zu gestalten. Zu Glückwünschen gab der inhaltliche Verlauf der Delegiertenkonferenz allerdings wenig Anlaß, obgleich man feststellen kann, daß mit der Vereinigung eine (vorläufige) Konsolidierung des Prozesses erreicht wurde.



Die neue ,,VSP'' in Aktion — hier im Hunsrück am 11.10.86 am Stationierungsgelände der Cruise Missiles
Foto: H. Wojahn

Das Programm: Meilenstein oder Abbruchhalde?

Die Diskussion um den Programmentwurf (1) begann mit zwei grundsätzlichen Erklärungen der GIM und der KPD zur Vereinigung beider Organisationen, deren eine sich bis heute auf die Ideen und Theorien Leo Trotzkis beruft, deren andere lange Zeit einen skurrilen Stalin-Kult betrieb. Eine peinlich-pathetische Vorstellung gab der Vertreter der GIM, der den Programmentwurf als einzigartige Gesamtschau der Ideen des revolutionären Sozialismus in der BRD bezeichnete, die es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben habe. ,,All die Fehler der Neuen Linken'' wie linkes Sektierertum, Anleihen an den Patriotismus, falsche Einschätzungen der Sozialdemokratie und viele mehr seien im Programmentwurf vermieden worden, der gleichwohl noch Schwächen habe, da er weder eine klare Beschreibung der nichtkapitalistischen Länder noch eine Bestimmung des Verhältnisses zur 4. Internationale liefere. Einfacher und realistischer Horst-Dieter Koch von der KPD, der für diese konstatierte, daß die KPD diese Vereinigung wollen mußte, weil sie mit ihrer politischen Konzeption der Vergangenheit gescheitert war.

Zu Einzelheiten des Programmentwurfs lagen über 30 Änderungsanträge (2) vor, die alle im Schnellverfahren abgestimmt wurden. Einzig zur Einschätzung des Warschauer Paktes und der RGW-Staaten wurde nochmals eine Debatte gewünscht. Vehement kritisiert wurden insbesondere zwei Passagen des Entwurfes, der an einer Stelle davon spricht, daß die RGW-Staaten ,,*in der Frage des Kampfes um Vorherrschaft in der Welt ... keinen Weg eingeschlagen haben, der sich grundsätzlich von dem der westlichen imperialistischen Länder unterscheidet*'' und an anderer Stelle behauptet, daß ,,*in Deutschland ... die von den USA beziehungsweise der UdSSR dominierten aggressiven Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt aneinanderstoßen*''. Gerade von einem Genossen der KPD wurde unter Anführung eigener Lernprozesse deutlich gemacht, daß solche Bestimmungen die notwendigen Aufgaben in der Friedensbewegung eher verdunkelten als klar benennen würden. Die Anträge auf Veränderung dieser Stellen bekamen jeweils die deutliche Mehrheit der Delegiertenstimmen und waren **dennoch abgelehnt**. Die Geschäftsordnung sah nämlich vor, daß alle die Vereinigung betreffenden Beschlüsse mit der Mehrheit beider Delegationen gefaßt werden mußten. Die Gesamtheit der GIM-Delegierten sowie eine Minderheit der KPD konnten deshalb in dieser Frage ihre Position nicht durchsetzen. **Das** immerhin dürfte in der Geschichte der revolutionären Sozialisten tatsächlich einzigartig sein, daß in der grundsätzlichen Bestimmung zur Kriegsgefahr nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit das Programm bestimmt. In der politischen Alltagspraxis könnte so das Programm schnell zur Abbruchhalde werden, von der jedes Organisationsmitglied sich die Brocken mitnimmt, die in die eigenen Taschen passen. — In der Sache selbst ist es kein Trost, daß Versuche aus der anderen KPD-Ecke, im Sinne der These vom ,,sowjetischen Sozialimperialismus'' draufzusatteln, ebenfalls keinen Erfolg hatten, denn diese Kreise sollten mit den Programmformulierungen bestens leben können.

Gewalt gegen Frauen: Nicht erlaubt und nicht verboten

Wie das Programm wurde auch das Statut im Schnelldurchgang verabschiedet und die große Zahl der Anträge ohne Debatte abgestimmt. Eine der heftigsten Kontroversen der Konferenz gab es aber in der Befassung des statuarischen Umgangs mit der (körperlichen) Gewalt gegen Frauen. Mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde eine Ergänzung zu den Organisationsprinzpien die ,,Gleichbehandlung der Frauen in der Partei'' betreffend. Dort findet sich auch der Satz: ,,Gewalt gegen Frauen ist hiermit (mit optimalen innerorganisatorischen Bedingungen für die Frauen — d.A.) unvereinbar.'' Ergänzend hatten die Delegierten über je einen Antrag des Sonderparteitags der KPD und der Nationalen Konferenz der GIM zu beschließen, die auf Parteiverfahren bei körperlicher Gewalt (KPD) oder Gewalt gegen Frauen im weiteren Sinne abzielten. Für den Beobachter kaum erklärlich, traten nun mehrere Genossinnen der KPD gegen beide Anträge auf, wobei das merkwürdigste Argument dasjenige war, bei der Annahme einer sanktionierenden Regelung könne man ,,die ganze Organisation Zug um Zug ausschließen''. Dagegen führten die GIM-Genossinnen ins Feld, daß die von allen als notwendig angesehene politische Auseinandersetzung um diese Problematik in der GIM zugenommen habe, seit dort zugleich die eindeutige Drohung des Parteiausschlusses für gewalttätige Männer drohe. Bei der Abstimmung wurde der KPD-Antrag mit deutlicher Mehrheit verworfen, während der GIM-Antrag wiederum daran scheiterte, daß die Mehrheit der KPD-Delegation ihn ablehnte.

Nachdem dann ein Initiativantrag über Frauenversammlungen auf allen Organisationsebenen und Vetorecht betreffs frauenpolitischer Entscheidungen die Mehrheit gefunden hatte, schritten die Frauen sogleich zur Tat und führten in der Mittagspause die erste Frauenversammlung durch, die den Delegierten anschließend vorschlug, das Statut in diesem einen Punkt der Gewalt gegen Frauen nur als provisorisch gültig zu betrachten und auf dem kommenden Parteitag eine Statutenerweiterung mit einfacher Mehrheit beschließen zu können. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung der Anwesenden.

Gar nicht mehr umstritten waren demgegenüber die Resolution zum Selbstverständnis der neuen Organisation (1), die Vereinbarungen zur Frage der 4. Internationale (1) und die Resolution zur Vereinigung (2). Hinsichtlich der Mitgliedschaft in der 4. Internationale billigten die Delegierten, daß die ,,Ex-Mitglieder der GIM'' nun ,,individuelle Mitglieder der Vierten Internationale'' sind, jedoch ,,der Disziplin der vereinigten Organisation'' unterliegen. Natürlich betrachten die Mitglieder der 4. Internationale dies nur als Übergangslösung: Ihr Ziel ist der Beitritt der neuen Organisation zur 4. Internationale. ,,*Nach einer gewissen Zeit der gemeinsamen praktischen Erfahrung und der Konsolidierung der vereinigten Organisation*'' soll die auf einer Konferenz darüber entscheiden, ,,*ob (sie) sich der 4. Internationale anschließt oder nicht.*''

Nomen est omen

Angesichts der allgemein schwierigen Situation auf dem linken Zeitungsmarkt und der besonderen Bedeutung, die die Zeitung und andere Veröffentlichungen für den Aufbau einer Organisation einnehmen, mutete der Umgang mit dem Tagesordnungspunkt ,,Publikationswesen'' wenig ernsthaft an. Ohne Aussprache wurde der Antrag des ZKs von GIM und KPD verabschiedet, alle 14 Tage eine 16-seitige Zeitung herauszugeben, in die ,,die besten Erfahrungen einfließen (sollen), die in jüngster Zeit mit dem Roten Morgen und mit was tun gemacht wurden''. ,,Die nähere Ausgestaltung des Charakters dieser Zeitung'' wurde den neuen Leitungsorganen übertragen. Die Delegierten enteigneten sich damit selbst der Möglichkeit, die wichtigen Fragen nach den Addressaten der Zeitung, der Setzung des Schwerpunkts auf eine Massen- oder eine Theoriezeitung zu diskutieren.

Aber dann konnten sich alle Delegierten voll einbringen: Wer immer gerade einen Namensvorschlag für diese kaum definierte Zeitung hatte, konnte den auf eine große Liste setzen lassen, die anschließend zur Abstimmung gestellt wurde. Nur eine KPDlerin beklagte sich über die Beliebigkeit dieser Art der Namensfindung. Da aber Abstimmungen jede Konferenz erst richtig spannend machen, ließen die Delegierten, einmal auf dem Pfad ihrer Bestimmung, sich nicht irritieren. Nach der ersten Abstimmungsrunde kristallisierten sich aus rund 20 ausgefallenen oder langweilig-richtigen Namen 6 Vorschläge der engeren Wahl heraus, wobei die Delegierten der KPD den Namen ,,KOMMA'' wie Kommunistisches Magazin besonders gern mochten, die der GIM den Namen ,,Die Rote''. Da aber jeweils die Ablehnung, die diesen Vorschlägen entgegenschlug, ebenfalls sehr groß war, setzte sich in einem komplizierten Abstimmungsverfahren am Ende ein anspruchsloser, aber wohl zutreffender Titel durch: ,,Sozialistische Zeitung'' (SoZ) soll das Blättchen heißen.

Aufschlußreich für das Selbstverständnis vieler Delegierter war die folgende Debatte um den Namen der neuen Organisation. 26 Vorschläge standen zur Auswahl, aber die wesentlichen Argumente im Meinungsstreit ähnelten sich weitgehend. Eine Vielzahl von KPD-Delegierten folgte Horst-Dieter Koch in seiner Begründung für den Vorschlag ,,Demokratische Kommunistinnen und Kommunisten/DK'', der ,,einerseits grundsätzliche Gegnerschaft zum Kapitalismus angemessen zum Ausdruck'' bringen sollte, andererseits durch den Zusatz ,,Demokratische'' die ,,notwendige Dialogfähigkeit mit dem reformistischen und grünen Spektrum'' herstelle. Sofern zusätzlich eine Beschreibung des Organisationscharakters in den Namen komme, müsse es der Begriff ,,Partei'' sein, weil ,,Bund'' nur an das Zirkelwesen erinnere. In Abgrenzung zu Vorschlägen aus der GIM, die Organisation als ,,revolutionär-sozialistische'' zu beschreiben, wies Koch auf den Abschreckungswert von ,,revolutionär'' und ,,Revolution'' bei ,,den Kollegen'' hin. Andere sahen die neue Organisation dann bereits in einen Topf mit den ,,Revolutionären Zellen'' geworfen.

Gegen diese Argumentationslinie gab es, vor allem aus den Reihen der GIM, Widerspruch. Die Verbindung von ,,demokratisch'' und ,,kommunistisch'' wurde als ,,Tautologie'' und Phraseologie des ,,linken Biedermanns'' bezeichnet, ein Parteianspruch als verfrüht und als schädlich hinsichtlich ,,der Perspektive der Verbündung und Umgruppierung mit anderen Organisationen'' kritisiert. Von nicht wenigen wurde die Begrifflichkeit ,,revolutionär-sozialistisch'' gerade unter Hinweis auf den Zusammenhang von Revolution und Gewalt verteidigt. Gegen ,,kommunistisch'' wandten die GIMler ein, dieser Begriff sei ,,bei den Kollegen'' stark mit den Zuständen in den RGW-Ländern besetzt.

Die erbarmungslose Abstimmungsmaschinerie erfaßte dann Namen um Namen, bis zum Schluß vier — Sozialistische Arbeiterpartei (von GIMlern bevorzugt), DK (von der Sympathie aus KPD-Reihen getragen), Revolutionär-Sozialistische Partei (mit großem Stimmenvorsprung und Zustimmung aus beiden Reihen gleichermaßen) und Vereinigte Sozialistische Partei (deutliches GIM-Übergewicht) — übrigbleiben. Dann verschoben sich die Delegiertenstimmen mehr und mehr, und der Name Vereinigte Sozialistische Partei/VSP hatte in der Schlußabstimmung 20 Stimmen Vorsprung vor RSP.

Antifaschismus: Differenzen in Theorie und Praxis

In der Debatte um die zukünftigen Aufgaben der VSP (2) gab es an zwei Punkten einen Vorgeschmack auf die Auseinandersetzungen, die die VSP weiterhin beschäftigen werden. Nur in wenigen Fragen liegt die Tradition, aus der die vereinigten Organisationen kommen, weiter auseinander: Hier die KPD mit den Bleigewichten der Thälmann-KPD und Dimitrovs an den Füssen, dort die GIM mit ihrem Rückgriff auf die Veröffentlichungen Trotzkis und der ,,Linken Opposition''. Ein KPD-Delegierter verwies denn auch prompt auf die letzte Beilage der ,,revolutionären Sozialisten'' (3), in der Kellner (GIM) eine andere als die Faschismusanalyse der KPD präsentiert habe, was weitere Debatten innerhalb der Organisation erfordere. Doch in erster Linie ging es den KPDlern darum, ihren Anspruch, die alte Antifa-Politik fortzusetzen und sich nicht von zu klärenden offenen Fragen daran hindern zu lassen, festzuschreiben. In der Praxis gibt es vor allem hinsichtlich der Forderung nach Verbot faschistischer Organsationen abweichende Beurteilungen von GIM und KPD. Über die mündlich vorgetragenen Ansprüche der KPDler hinaus ging ein Antrag, die ,,Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg'', vor Jahren als Vorfeldorganisation der damaligen KPD/ML aufgebaut und heute wichtigstes Betätigungsfeld des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), als ,,befreundete Organisation'' zu betrachten und ,,sich mit ihren Zielen'' zu solidarisieren. Ohne Diskussion wurde dieser Antrag mit fast allen KPD-Stimmen sowie einer Minderheit der GIM angenommen. Das ist bemerkenswert, denn im von der GIM neu aufgelegten ,,Übergangsprogramm der 4. Internationale'' (Trotzki, 1938) werden ,,*die 'Volksfronten' auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite ... (als) die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution*'' (S. 13) bezeichnet. Nun liegt uns die Rolle des Hüters trotzkistischer Orthodoxie fern, aber ein klärendes Wort aus der ehemaligen GIM zur Auflösung dieses Widerspruchs darf mensch wohl erwarten. Auch die Analysen der realexistierenden ,,Volksfront'' sind, nachzulesen beispielsweise in der erwähnten Beilage, meilenweit von den Auffassungen der GIM entfernt, was zu der Überlegung Anlaß gibt, das Verhalten der GIM in dieser Sache als prinzipienloses Hochzeitsgeschenk zu betrachten. Eine Kontroverse gab es um die ,,Arbeitsgemeinschaft für autonome Gewerkschaftspolitik'', deren Herausbildung von der VSP ,,zur Zusammenfassung von aktiven Kolleginnen und Kollegen'' angestrebt wird. Angesichts der sehr offenen Formulierungen im ,,Aufgabenpapier'' beantragten Delegierte aus beiden ehemaligen Organisationen eine Änderung, die sich für die Nutzung bestehender Koordinationen für die Entwicklung einer Arbeitsgemeinschaft und gegen eine Gründung im Alleingang aussprach. Die Schärfe, mit der andere Delegierte gerade auf der vorgegebenen Formulierung beharrten und die mangelnden Handlungsmöglichkeiten ,,klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik'' beklagten, läßt für die Zukunft politische Früh- und Fehlgeburten denkbar erscheinen, zumal der ursprüngliche Antrag sich durchsetzte.

Weder SPD noch Grüne oder alle beide

Unter dem Titel ,,Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung!'' lag den Delegierten ein Antrag beider ZKs zur Bundestagswahl vor (2), der, das sei vorab mitgeteilt, die überwältigende Zustimmung der Delegierten fand. Danach wird die VSP mit dem richtungsweisenden Aufruf in den Wahlkampf eingreifen, CDU/CSU und FDP nicht zu wählen. Mit Kampagnen für Streikrecht und NATO-Austritt will die VSP ihre Positionen bekannt machen und sich gleichzeitig mit ,,*Illusionen auseinandersetzen, eine Regierung Rau werde, besonders wenn sie sich auf die Grünen stützen sollte, einen anderen Kurs einschlagen und die schlimmsten Angriffe verhindern. Durch ihre Orientierung auf eine Koalition mit der SPD schüren die Grünen diese Illusion.*'' Aus diesem Grunde könne ,,die autonome politische Handlungsfähigkeit der Kräfte links von der offiziellen SPD'' besser durch ,,sozialisti[...] begründete Direktkandidaturen (Erststimme)'' gestärkt werden als durch positive Wahlaufrufe für eine der beiden Oppositionsparteien. Allerdings bezog sich nicht ein einziger Debattenbeitrag auf solche Direktkandidaturen, so daß vor dem Hintergrund der breiten Ablehnung, die jede Art der Eigenkandidatur in einer KPD-Urabstimmung vor mehreren Monaten fand, dieser Teil der Wahlresolution wohl Makulatur bleiben wird.

Gegen diejenigen, die mit zum Teil sehr abweichenden Herleitungen einen Wahlaufruf für die Grünen forderten, wurde prinzipiell (,,keine Arbeiterpartei'') oder mit den konreten Erscheinungen der Verparlamentarisierung argumentiert. Verbreitet war unter den Delegierten jedoch zusätzlich die Furcht, Teile der gerade gegründeten Organisation könnten sich bei jedweder positiver Bestimmung einer Wahlempfehlung ganz oder für die Zeit des Wahlkampfes verabschieden. Ein Delegierter hatte die gesamte Debatte mit genau dieser Drohung eingeleitet, und mehrfach fand ein Hinweis auf diese innerorganisatorische Zerstrittenheit Eingang in die Diskussion. Letztendlich waren es nur 25 der 149 Delegierten, die für eine Wahlempfehlung zugunsten der Grünen votierten. Auf diese Weise blieb es den VSP-Mitgliedern erspart, die offensive Auseinandersetzung mit den vielbeschworenen Kollegen zu führen, die erneut SPD wählen wollen, denn, so die verabschiedete Resolution, das ,,verstehen wir''.

Wir auch: Links blinken, recht abbiegen.

Was nun?

Ein erfrischender Neubeginn ist die Vereinigungskonferenz nicht gewesen. Zu sehr standen die Beteiligten unter dem selbst produzierten Druck, alle Klippen von Widersprüchen zu umfahren. Obgleich der Vollzug der Vereinigung deshalb gelang und den Grundstein für eine organisatorische Konsolidierung gemeinsamer Praxis gelegt haben könnte, wird die VSP vermutlich in den kommenden Jahren beständig von ihren inneren Widersprüchen eingeholt werden. Ob in den kommenden Auseinandersetzungen tatsächlich die Aussichten der theoretisch stabileren GIM-Fraktion so günstig sein werden, einen großen Teil ehemaliger KPD-Genoss/inn/en von den Positionen des orthodoxen Trotzkismus zu überzeugen, scheint derzeit offen, hat doch die schmerzvolle Abnabelung vom dogmatischen Stalin-Kult und den Denkschemata der 3. Internationale bei Teilen der KPD zugleich eine Dynamik freigesetzt, die sich neuen Begrenzungen des Denkens kaum widerspruchslos unterwerfen wird.

fo.

Quellen:
1) Dokumente zur Vereinigung GIM und KPD (April 1986)
2) Roter Morgen / was tun-Sonderausgabe zum Parteitag
3) Gemeinsame Beilage 3/86 und dazu die Berichterstattung im AK 274

Wie die DKP heute, so versuchte auch die alte KPD von 1945 bis zu ihrem Verbot im Jahre 1956 und darüber hinaus, mit einer „nationalen Argumentation“ gegen die Kriegsgefahr zu kämpfen. Behauptet wurde damals und wird heute:
- **Die Kriegsgefahr komme im wesentlichen nicht von innen (deutsches Kapital), sondern von außen (US-Kapital).**
- **Deswegen sei im Friedenskampf auch ein Bündnis mit großen Teilen der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Strukturen möglich.**

Die KPD und die "nationale Frage" in der Politik gegen die Remilitarisierung



Königsplatz in München; 1. Mai 1949; Protest der KPD gegen Separat-Staatsbildung

Volksbefragung gegen die Remilitarisierung

Unter dem Motto „Rettet den Frieden“ fand am 28.1.1951 in Essen eine Tagung gegen die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung statt, an der 1.700 Delegierte aus allen Bundesländern der BRD teilnahmen. Die Konferenz richtete an die Bundesregierung den formellen Antrag, eine Volksabstimmung durchzuführen über die Frage: **„Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?“** (1)

Die Adenauer-Regierung beantwortete diesen Antrag nicht. Am 24.4.51 verbot sie die Durchführung der Volksbefragung, da sie ein Angriff auf die verfassungsmäßige Grundordnung sei. Die Regierung berief sich dabei auf den Artikel 9, Absatz 2 des Grundgesetzes: *„Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“*

Die Anregung zu einem solchen Vorgehen hatte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner gegeben: „Diese Aktion muß als ungesetzlich unterbunden werden.“ Im „Neuen Vorwärts“ hieß es am 4.5.51: *„Es hat sehr deutlicher Stellungnahmen sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter und schließlich einer Bundestagsinterpellation aller nichtkommunistischer Parteien bedurft, um die Bundesregierung zum Handeln zu bringen.“*

Auf dem 2. Kongreß in Essen beschlossen die Remilitarisierungsgegner am 14.4.51 eine eigenständige Durchführung der Volksbefragung. Die Adenauer-Regierung antwortete mit

Auf dem 2. Kongreß in Essen beschlossen die Remilitarisierungsgegner am 14.4.51 eine eigenständige Durchführung der Volksbefragung. Die Adenauer-Regierung antwortete mit

dem Verbot einer Reihe von Organisationen, die die Kampagne trugen, darunter die FDJ, die Jugendorganisation der KPD. Verbotsantrag gegen die KPD selbst wurde im November 1951 gestellt und 1956 mit dem Verbotsurteil abgeschlossen.

Gegen diesen ungeheuren Druck der Regierung und trotz ständiger Polizeiüberfälle, Verhaftungen, Anklagen wegen Hoch- und Landesverrat, Versammlungsverboten etc. fanden 1951 und Anfang 1952 über 71.000 Volksbefragungsaktionen statt. Von über sechs Millionen, die einen Stimmzettel abgaben, stimmten 94,41% gegen die Remilitarisierung. Weitere drei Millionen hatten sich mit Beschlüssen auf Vollversammlungen und in Protestresolutionen dagegen gewandt. Trotzdem konnte die Adenauer-Regierung die Wiederbewaffnung durchsetzen.

Erleichtert wurde ihr dies durch die Politik der SPD, deren Vorsitzender Kurt Schumacher zu geheimen Beratungen der Militärs, rekrutiert aus dem Generalstab der NS-Wehrmacht, hinzugezogen worden war. Schumacher trat für die Wiederbewaffnung ein unter der Bedingung, daß sie der Wiedervereinigung Deutschlands in den alten Reichsgrenzen dienlich sei. (2) Der fanatische Antikommunismus der SPD-Führer und ihr ständig propagiertes Schreckensbild vom kriegslüsternen „russischen Totalitarismus“ (3) trugen ein übriges dazu bei.

„Linker“ Patriotismus und klassenübergreifende Bündnispolitik

Der Widerstand wurde ideologisch dadurch geschwächt, daß unter den Gegnern der Remilitarisierung die Auffassung herrschte, *„daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll“.* (4) Die Remilitarisierung wurde zur Absicht „ausländischer“ Mächte, sprich der USA, erklärt. Die Betreiber im eigenen Land und deren Revanche-Absichten gerieten aus der Schußlinie der Kritik. Die nationale Bourgeoisie erhielt das Angebot, mit den Remilitarisierungsgegnern vereint gegen Besatzungstruppen und Okkupationsbehörden für das „Schicksal“ des „deutschen Volkes“ zu kämpfen. Aus dem Massenflugblatt des Hauptausschusses für Volksbefragung, „Aufruf an alle Deutschen“, April 1951: *„Der Krieg bedroht alle Deutschen, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, ohne Unterschied des Standes und Berufes. Daher muß auch das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Glaubens, der Weltanschauung und der Partei in den Ausschüssen für Volksbefragung vertreten sein.“* (5)

Von dieser Art der Zusammenarbeit machte die verbliebene deutsche Reichsbourgeoisie wenig Gebrauch; dienlich war ihr eine patriotische „Volks“-Strömung jedoch zur Verstärkung ihrer Stimme im Kräftekonzert der imperialistischen Mächte Frankreich, Großbritannien und den USA.

Appell an das „Gewissen der Nation“

Appell an das „Gewissen der Nation“

Im Manifest „Rettet den Frieden“ aus dem Jahre 1951 hieß es: *„Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Er würde zur Vernichtung unseres Lebens und zur Auslöschung unseres Volkes führen“* (6)

Der gutgemeinte Appell der Remilitarisierungsgegner an das sogenannte „Gewissen der Nation“ (7) wurde auch, aber mit entgegengesetzter Absicht, von den Befürwortern der Wiederaufrüstung eingesetzt, nämlich zur Propagierung der „Vorwärtsverteidigung“ nach Osten, verbunden mit der Wiederherstellung von „Freiheit“ und „Menschenrechten“ für den „unterdrückten Teil unseres Volkes“, den „Brüdern und Schwestern“ in der DDR und Westpolen.

... und Ummünzung durch die SPD

Daß dies auch von Sozialdemokraten mitbetrieben wurde, hatte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher bereits am 17.9.50 mit einer Rede in Stuttgart deutlich gemacht: *„Das Ziel einer deutschen Aufrüstung könnte nur sein die Fernhaltung des Krieges von deutschem Boden. Wenn wir dieses Ziel zugleich akzeptieren als die einzige Voraussetzung, unter der der Aufrüstungskomplex in unserem Volk von sozialdemokratischer Seite positiv diskutiert werden kann, dann müssen wir einmal die Realitäten untersuchen. Eine Skizzierung der militärischen Potenzen der westlichen Okkupationsmächte auf deutschem Boden läßt erkennen, daß mit diesen Potenzen selbst eine außerordentlich starke deutsche Aufrüstung nicht in der Lage wäre, einen zentralen Vorstoß der Russen abzuwehren.“ (...) „Es handelt sich darum, daß wir eine Konzentration an Militärmacht auf europäischem und deutschem Boden bekommen, die die Kriegsentscheidung in Europa bei einem versuchten Angriff im Gegenstoß nach dem Osten tragen läßt. Alle die kleinen Schieber mit der ‚partiellen Aufrüstung' und mit der ‚Verteidigung der Elbelinie', das sind doch die Abschreiber von Ostdeutschland und Berlin. Das Nichtabschreiben ist nur möglich in der Form der Defensive, die zur Offensive übergeht und die die Entscheidung zwischen der Weichsel und dem Njemen sucht.“ (...) „Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltdemokratie Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigt, das heißt Deutschland vor den schwersten Zerstörungen bewahren und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentscheidung suchen will. Das ist die erste und materiell die einzige Voraussetzung für das Ja und Nein zur deutschen Aufrüstung.“* (8)

3. März 1951: Manifest des Münchner Parteitages der KPD

„An die Bevölkerung Westdeutschlands! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Unsere Heimat befindet sich in großer Gefahr. Durch die in verstärktem Tempo betriebene Remilitarisierung soll unser Volk in einen neuen Krieg hineingezerrt werden. Die amerikanischen Rüstungskapitalisten wollen unsere deutschen Menschen und unsere deutsche Industrie für ihre schändlichen Kriegspläne mißbrauchen.

Was wollen wir

sten wollen unsere deutschen Menschen und unsere deutsche Industrie für ihre schändlichen Kriegspläne mißbrauchen.
Was wollen wir

Kommunisten?“ (...) „Wir wollen, daß die deutsche Kohle für die deutsche Friedensindustrie und für die deutschen Haushalte Verwendung findet und nicht in die amerikanische Rüstungsindustrie abwandert.“ (...) „Wir wollen, daß unser großes Kulturerbe dem deutschen Volke erhalten bleibt, und verlangen den Schutz unseres Kulturerbes gegen alle amerikanischen Zerstörungseinflüsse.“ (...) „Wir wollen, daß jeder deutsche Patriot und Friedensfreund seine Stimme offen und frei gegen die Remilitarisierung erheben kann und verlangen freies Versammlungsrecht für die Friedensbewegung und Freilassung aller inhaftierten Friedenskämpfer.“ (...) „Wir wollen, daß alle diejenigen Deutschen, die sich für die Remilitarisierung und für die amerikanischen Kriegsvorbereitungen einsetzen, die von der Spaltung Deutschlands leben, von jeder verantwortlichen Leitung der Geschicke unseres Volkes entfernt werden. Darum: fort mit Adenauer!

Diese unsere Forderungen sind auch die Forderungen und die Ziele eines jeden aufrichtigen, ehrlichen Deutschen. Um die Durchsetzung dieser Forderungen wird die Kommunistische Partei Deutschlands nicht um Ministersessel feilschen, sondern gemeinsam mit dem ganzen Volk den Weg des Kampfes beschreiten. Sie wird, wenn notwendig, für die Erhaltung des Friedens und die Rettung der Nation kein Opfer scheuen. Dieser Weg entspricht den Friedensinteressen unserer Bevölkerung, und darum ist er richtig, gerecht und wird zum Siege führen. Vorwärts mit der Kommunistischen Partei Deutschlands! Für Frieden, Einheit, Demokratie und friedliches Gedeihen Deutschlands!“

in: „Freies Volk“, 10./11. März 1951 („Dokumentation der Zeit“, Heft 15, März 1951, S. 626-628)

Diese Propagandalinie der SPD-Führung brachte die Remilitarisierungsgegner in eine schwierige Situation: Von der reaktionären Adenauer-Regierung mit Verboten, Polizeiknüppel und Verhaftungen verfolgt, konnten sie auf der Grundalge ihres patriotischen Aufrufs und ihrer falschen Einschätzung der nationalen Bourgeoisie im Kampf mit der Sozialdemokratie um den Willen und um die Aktion der Arbeiterschaft letztlich nicht bestehen. Zur Kritik des sich entwickelnden BRD-Imperialismus war ihre Plattform der breiten Aktionseinheit inhaltlich zu dünn.

Die Linie der KPD im Kampf gegen die Remilitarisierung

Die Linie der KPD im Kampf gegen die Remilitarisierung

Die Durchführung der Volksbefragung war die Hauptform der Aktivität der KPD in den Jahren 1951 bis Anfang 1952. Das Eingreifen der KPD in den Kampf gegen die Remilitarisierung wurde durch das Manifest des Münchner Parteitages der KPD (9), verabschiedet am 3. März 1951, inhaltlich präzisiert (siehe Kasten).

Die Einschätzung der nationalen Bourgeoisie war unmißverständlich: Sie, bezeichnet als „unsere deutsche Industrie“, wurde von den „amerikanischen Rüstungskapitalisten“ mißbraucht, d.h. entgegen ihren eigenen Interessen zur Remilitarisierung gezwungen. Weiter reduzierte das Manifest die Aufgabenstellung der Kommunistischen Partei auf „die Erhaltung des Friedens und die Rettung der Nation“. Der Klassenkampf in der BRD verkümmerte auf die Entfernung des „Volksfeindes“ Adenauer, der als US-Lakai und beauftragter Spalter Deutschlands angegriffen wurde.

Die KPD und die Rettung der Nation (10) — Kritische Anmerkungen zur Politik der KPD nach 1945

1953 bestimmte die KPD die Wiedervereinigung Deutschlands zum „strategischen Ziel“ der Klassenkämpfe in der BRD. (11) Schon 1949 war der Parteivorstand um Max Reimann davon ausgegangen, daß auf den „westdeutschen Staat die wesentlichen Merkmale einer Kolonie“ zutreffen. (12) 1952 geriet die BRD, in einer Einschätzung des Parteivorstandes, sogar in „die Sklaverei der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten“ (13). Die SED wies dem Adenauer-Regime den Status einer „Vasallenregierung“ zu (15), und die KPD deklarierte es zu einem Regime des „hundertfachen nationalen Verrats“ (16).

Grundgesetz 1949: „Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands!“

Mit dieser Begründung lehnten am 23.5.49 Reimann und Renner im Namen der KPD die Unterzeichnung des Grundgesetzes ab. Reimann: *„Wir Kommunisten haben unsere Zustimmung zum Grundgesetz verweigert, weil wir gegen die Schaffung eines separaten Weststaates waren, der vorbereitet und gegründet wurde in der Absicht, Deutschland zu spalten, um aus Westdeutschland, entgegen dem Willen der Bevölkerung, die Hauptbasis der amerikanischen Kriegspolitik in Europa zu machen.“* (17)

Reimanns Einschätzung berücksichtigt ausschließlich bestimmte Interessen, die die USA mit der westdeutschen Staatsbildung verbanden: die Eingliederung der BRD in den Kriegspakt gegen das sozialistische Lager in exponierter Stellung. Bezogen auf die Klassenkampfsituation in Deutschland ist die Einschätzung des Vorsitzenden der KPD jedoch falsch, da er eine Auswirkung zu deren Ursache erklärt. Die Absicht, die die verbliebene Reichsbourgeoisie mit der Schaffung eines separaten Weststaates verfolgte, war nicht primär die „Spaltung“ Deutschlands und auch nicht die „Unterordnung“ der BRD unter den US-Imperialismus, wie es Reimann in seiner Formulierung nahelegt. Die Schaffung eines separaten Weststaates und die resultierende Spaltung Deutschlands waren nur Maßnahmen, die dem internationalen und innerdeutschen Kräfteverhältnis entsprachen, um die herrschenden Eigentumsverhältnisse zu erhalten und sich einen Staatsapparat zu schaffen, der dem Charakter ih-

Kräfteverhältnis entsprachen, um die herrschenden Eigentumsverhältnisse zu erhalten und sich einen Staatsapparat zu schaffen, der dem Charakter ih-

rer Klassenherrschaft entsprach. (18) Beides hatte die verbliebene Reichsbourgeoisie mit der Verabschiedung des Grundgesetzes erreicht.

Ihre Aufgabenstellung bestand nun in der „Überwindung“ der durch sie mitverursachten „Spaltung Deutschlands“ und zwar im Sinne der Ausweitung ihres Herrschaftsverhältnisses auf den „anderen Teil Deutschlands“, konkret der Einverleibung der heutigen DDR plus Gebieten Polens und der UdSSR als ehemalige Bestandteile des Deutschen Reiches. Diese Zielsetzung ließ die verbliebene Reichsbourgeoisie folgerichtig in der Präambel des Grundgesetzes niederschreiben. (19)

Die Destabilisierung und Zerstörung der Volksdemokratien im „sozialistischen Lager“ lag im Interesse der herrschenden Klassen in den USA wie in der BRD. Insofern fand in der außenpolitischen Zielsetzung keine Unterordnung der BRD gegenüber den USA statt. (20)

Fortsetzung nächste Seite



Max Reimann bei der Eröffnung des Bundestages 1949



Bonn, 7.2.1952, Demonstration gegen die Remilitarisierung

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Forderung der KPD nach der Einheit Deutschlands

Konnte mit der Forderung der KPD nach „Deutscher Einheit" *vor* der Bildung des BRD-Staates noch die Absicht zur Verhinderung der Restauration der Klassenherrschaft der Reichsbourgeoisie verbunden werden, so war diese Forderung *nach* der GG-Verabschiedung zu diesem Zweck untauglich geworden. Die Bildung eines einheitlichen und neutralen, antikapitalistischen oder volksdemokratischen Deutschlands hatte ja nun zur Voraussetzung die Auflösung, sprich Zerschlagung des BRD-Klassenstaates, der sich mit der Grundgesetz-Verabschiedung manifestiert hatte. (21) Hierfür boten aber sowohl die inneren wie auch internationalen Kräfteverhältnisse nicht die Voraussetzungen.

Die KPD priorisierte die Forderung nach „Deutscher Einheit"; unter der Hand akzeptierte sie so die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Grundgesetz manifestiert: die Fest-

Hand akzeptierte sie so die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Grundgesetz manifestiert: die Fest-

schreibung des Privateigentums an Produktionsmitteln und den Ausbau eines Staatswesens zum Schutze und zur Ausdehnung dieser Eigentumsverhältnisse. Nicht der Charakter des GG ist formulierte Begründung der Nichtunterzeichnung, sondern der untergeordnete Widerspruch zur Einheit Deutschlands. Untergeordnet ist dieser Widerspruch, da mit Herstellung von BRD-Verhältnissen in der DDR die „Einheit der Nation" wiederhergestellt wäre, wie in der Präambel formuliert.

Bereits 1949 stellte die KPD in ihrer Propaganda „die Interessen der Nation" über die Interessen der Arbeiterklasse. In der weiteren Entwicklung gab die KPD Aktionslosungen und Strategien heraus, die einer Grundlage in der sozialen und politischen Wirklichkeit entbehrten und schließlich im Jahre 1952 in „ein(em) bedeutende(n) Teil der westdeutschen Industriellen" (22) die Partner der Aktionseinheit zur „Rettung der Nation" suchten.

September 1949: Die „wahren Interessen der Nation"

Unter der Fragestellung „Klassenkampf und nationaler Kampf" stellte Max Reimann auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der KPD (14./16. Sept. 1949) fest:

„*Vom Monopolkapital wurde und wird die nationale Frage nur benutzt zum Zwecke der nationalistischen Verhetzung der Volksmassen für seine imperialistischen Ziele.* ***Dagegen sind die Interessen der Arbeiterklasse identisch mit den wahren Interessen der Nation.*** *Die Arbeiterklasse ist nicht nur die mächtigste Klasse der Nation, ist nicht nur ihr Rückgrat, sie ist auch die einzige Klasse, die befähigt ist, die Nation im Kampfe um ihre Selbsterhaltung und um ihre Zukunft zu führen. Es gibt keine andere Kraft im deutschen Volke, die diese Aufgabe erfolgreich übernehmen kann. Aber nur wenn die Arbeiterklasse diese ihre geschichtliche Mission erkennt, können die Gefahren für die nationale Existenz unseres Volkes abgewendet werden.*" (23)

Der nationale Kampf der KPD sei gleichzeitig ein „*Kampf um die Entmachtung des reaktionärsten, des antinationalen Teiles der Bourgeoisie, des Monopolkapitals. Er ist darum Klassenkampf.*" (24)

Diese fatale Einschätzung deutete bereits das klassenübergreifende Bündnis-Konzept zur „Rettung der Nation" an. Hans Kluth schreibt hierüber in seinem Buch „Die KPD in der BRD. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1956" (25):

„*Zur Durchführung ihrer nationalen Politik müsse die KPD die Arbeit der ‚Nationalen Front'* (26) *unterstützen. Reimann bezeichnete die ‚Nationale Front' als ‚eine Volksbewegung, eine Sammlung aller Kräfte im deutschen Volk, die bereit sind, für folgende drei Forderungen zu kämpfen: Einheit Deutschlands, gerechter Friedensvertrag, Abzug aller Besatzungstruppen'. Auf der Basis dieser drei Forderungen müsse die KPD selbst Bündnisse mit der Bourgeoisie und ‚Nichtdemokraten' eingehen.*"

März 1951: Der Münchner Parteitag und die Remilitarisierung

Auf dem Münchner Parteitag wurde das „Manifest an die Bevölkerung

die Remilitarisierung

Auf dem Münchner Parteitag wurde das „Manifest an die Bevölkerung

Westdeutschlands" verabschiedet, das die Stoßrichtung des Kampfes der KPD gegen die Remilitarisierung bestimmte. (27) (siehe Kasten)

In die Entschließung des Parteitages wurde ebenfalls der Aufruf zum „nationalen Widerstand" aufgenommen. (28) Hans Kluth kommentiert ihn wie folgt (29):

„*Die Parteimitglieder wurden angehalten, ‚in allen anderen — selbst reaktionären Organisationen zu arbeiten, wenn diese Massen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen umfassen'* *(30). Durch die Remilitarisierung und die ‚Liquidierung der demokratischen Rechte' seien auch die Interessen eines Teiles der westdeutschen Bourgeoisie berührt, die deshalb ebenfalls in den ‚nationalen Befreiungskampf' einbezogen werden müßte. Auch frühere Mitglieder der NSDAP, die ‚heute für die Erhaltung des Friedens eintreten oder für den Friedenskampf gewonnen werden können'* (31), *sowie ehemalige Berufsoffiziere der deutschen Wehrmacht dürften nicht aus der Einheitsfront ausgeschlossen werden.*"

Opposition innerhalb der KPD

Wie aus einer Rede Max Reimanns auf dem Parteitag zu entnehmen ist, stieß diese inhaltliche Ausrichtung der KPD auch auf Widerstand (32) in der Partei:

„*Es gibt Genossen, die den Einflüsterungen von Parteifeinden, von getarnten Agenten der Kriegstreiber, Glauben schenken und darum dieser Politik der Partei* (die Interessen der Arbeiterklasse seien identisch mit den wahren Interessen der Nation) *skeptisch und auch ablehnend gegenüberstehen. Sie glauben, eine solche Bündnispolitik bedeute, daß die Partei ihre sozialistischen Prinzipien aufgebe, wenn sie bereit ist, mit bürgerlichen Kräften im Friedenskampf und im Ringen um die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes gegen den räuberischen amerikanischen Imperialismus zusammenzugehen.*" (33)

„*Auch der sektiererischen Ablehnung der Arbeit in den Massenorganisationen, in den Gewerkschaften usw., und der ablehnenden Haltung gegenüber der Gewinnung von Verbündeten — wie der Bauern, Intellektuellen, Handwerker und der national gesinnten Teile der Bourgeoisie — müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten, denn sie hindern die Partei bei der Lösung ihrer politischen Aufgaben.*" (34)

November 1952: Nationales Befreiungsprogramm und revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes

Ende Juli 1952 erklärte Fritz Rische, Mitglied des Parteivorstandes der KPD, vor einem Parteiaktiv in Essen:

„*Die Versklavung und Ausplünderung Westdeutschlands durch den amerikanischen Imperialismus ist nur möglich, weil die Bonner Adenauer-Regierung und ihre Hintermänner, das westdeutsche Monopolkapital, sich mit den äußeren Feinden der deutschen Nation verbunden haben. Der Sturz des Bonner Adenauer-Regimes ist somit die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.*" (35)

Am 21. September 1952 beschloß der Parteivorstand die Ausarbeitung eines „nationalen Befreiungsprogram-

Am 21. September 1952 beschloß der Parteivorstand die Ausarbeitung eines „nationalen Befreiungsprogram-

mes". Aufgabe des Programms sollte der „*Zusammenschluß aller patriotisch gesinnten Deutschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Parteizugehörigkeit und sozialen Stellung*" sein. (36)

Am 11. November 1952 verkündete Max Reimann das „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" (37), in dem zum „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes" aufgerufen wurde. Ein Abschnitt des Programms trug den Titel: „Die Ziele des nationalen Befreiungskampfes in Westdeutschland".

Zur Verwirklichung der im Programm geforderten Ziele müßten sich alle unterdrückten Schichten der westdeutschen Bevölkerung zu einem Bündnis gegen den „Verräter Adenauer" zusammenschließen. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Freischaffende, Angestellte und Beamte, Intelligenz, kleine und mittlere Unternehmer sowie „ein bedeutender Teil der westdeutschen Industriellen" müßten sich zu gemeinsamen Aktionen organisieren. (38)

„*Das Programm ist nicht ein Dokument unter vielen anderen Dokumenten.* ***Es ist das Programm der Partei für die gegenwärtige Periode unseres Kampfes bis zur Erreichung unseres gegenwärtigen strategischen Zieles, die Wiedervereinigung Deutschlands.*** *Es bestimmt die gesamte Politik der Partei in der gegenwärtigen Periode des Kampfes. Es gibt im Programm keinen Punkt, der den Interessen des deutschen Volkes — mitAusnahme der kleinen Gruppe der Monopolkapitalisten und Militaristen — widerspricht. Das Programm entspricht den Interessen der Arbeiter, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden, der Angestellten und Beamten, der Kultur- und Geistesschaffenden und auch jener Kreise des Bürgertums, die mit der Friedensindustrie und dem friedlichen Handel verbunden sind.*" (39)

Die Position zur „Nationalen Einheit" wurde von der KPD auch in den folgenden Jahren nicht revidiert.

März 1956: Nationale Zielsetzung weiter gültig

Auf der 23. Tagung des Parteivorstandes der KPD (17./18.3.56) erklärte Reimann:

„*Die grundsätzliche Zielsetzung der nationalen Politik unserer Partei hat sich als richtig erwiesen. Anders jedoch steht es mit gewissen Formulierungen im Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands', wie revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes. Diese Formulierung ist falsch.*" (40)

Walter Fisch, Mitglied des Parteivorstandes, schrieb 1956 im Zentralorgan „Freies Volk", daß die Lösung vom „revolutionären Sturz" falsch gewesen sei, weil die KPD die Ablösung des herrschenden Regimes auf keinem anderen Weg erstrebt habe als dem, der im GG dafür vorgesehen sei: „*Es gab und gibt weder die Absicht noch eine Vorbereitung dafür, die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.*" (41)

Unter den veränderten Bedingungen im nationalen und internationalen Rahmen ergebe sich heute die Möglichkeit, „*das Parlament zu einem wirksamen Instrument des Volkswillens zu machen, wenn die Parteien der Arbeiterklasse sich zum gemeinsamen Handeln finden und so zum Führer der Volksmassen werden.*" (42)

Mai 1957: Austritt aus der NATO und Wiedervereinigung

Am 17. August 1956 wurde die KPD durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verboten.

Ende Mai/Juni 1957 fand in der DDR ein Parteitag der nun illegalen KPD statt. Dort wurde die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands aufrechterhalten, jedoch der Austritt der BRD aus der NATO zur Voraussetzung einer Wiedervereinigung bestimmt. (43)

Eine ähnliche Einstellung zu Nationalismus und Deutscher Einheit wurde auch in der Fachliteratur der DDR in den 60er Jahren vermittelt:

„*Mit dem Beitritt Westdeutschlands zur NATO gab das Adenauer-Regime offiziell jede eigene deutsche Politik preis und verriet die nationalen Interessen Deutschlands an den USA-Imperialismus. Dieser Staatsstreich war der brutalste Streich des Adenauer-Regimes gegen die Interessen der deutschen Nation ...*" (44)

Und heute?

„*Die Linke ist bereit, ihre gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen zurückzustellen; sie braucht die Zusammenarbeit mit der anderen Seite nicht zu fürchten. Wenn es um den Erhalt der Zivilisation geht, ist der nationale Kompromiß möglich und gefordert.*"

Dieser Satz stammt nicht aus einem Essay von Peter Glotz, in dem dieser die Bildung einer Großen Koalition fordert. Wer da so um den Erhalt des Abendlandes bangt, ist die „Deutsche Volkszeitung" (DVZ), Bündnisorgan der DKP für eher intellektuelle Kreise. Unter der Überschrift: „Einladung an Berthold Beitz" wurden solche Ausführungen — im Leitartikel vom März 1985 — gleich noch mit dem großzügigen Angebot an die bundesdeutschen Großindustriellen verbunden, doch „als Demonstrant oder Redner auf den Ostermärschen" teilzunehmen ...

Dieser Leitartikel ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern läßt sich in ähnlicher Weise in unzähligen Flugblättern der DKP-Massenarbeit wiederfinden. Zielrichtung ist die „Koalition der Vernunft" gegen den SDI-Kurs der Reagan-Administration, die — nach dem Willen des Parteivorstandes der DKP — eben auch das „vernünftige Kapital" einschließen soll.

Diese Argumentation öffnet Flanken für den Nationalismus der etablierten Parteien. Bezüglich der Friedensbewegung ist es zunächst eine Einladung an die SPD: Sie profitierte und profitiert mit ihrer Strategie „Wiedervereinigung statt (?) Aufrüstung" (in den 50ern) bzw: „linker (?) Patriotismus" (Peter Glotz heute) von den so verbreiteten Stimmungen, kann sich an die Spitze des Protestes setzen und ihn entschärfen.

Genau dies geschah in den 50er Jahren, wobei das (von der SPD voll mitgetragene!) KPD-Verbot diese Sozialdemokratisierung des Protestes mit ermöglicht hat.

Hans-Peter/Stuttgart

Anmerkungen:

(1) „Rettet den Frieden! Manifest gegen die Remilitarisierung Deutschlands", in: „Dokumentation der Zeit", Heft 14, Februar 1951, S. 560.
(2) Schumacher in seinem ersten Aufruf nach den Maitagen 1945: „Das deutsche Reich muß als staatliches und nationales Ganzes erhalten bleiben", in: Kurt Schumacher, Nach dem Zusammenbruch, Gedanken über Demokratie und Sozialismus, bearb. v. Karl Strutz, Hamburg 1948, S. 12.
(3) So schildert Carlo Schmid z.B. in einem Brief am 25.9.51 „die große Gefahr ..., daß der russische Totalitarismus Deutschland mit Heeresmacht überziehen könnte" und wir „dann eben das neue Regime der Konzentrationslager (werden) ertragen müssen." Nach: Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Remilitarisierung, London o.J. (um 1952).
Zur Politik der SPD nach 1945: Huster, Kraiker, Scherer u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Ffm, 1972, S. 120-213.
(4) siehe (2).
(5) „Der Hauptausschuß für Volksbefragung. Aufruf an alle Deutschen". In: Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Remilitarisierung, London o.J. (um 1952).
(6) siehe (1).
(7) siehe (5).
(8) Quelle: Broschüre, herausgegeben vom Vorstand der SPD, o.O. o.J. (1950), in: Klaus von Schubert, Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschlands, Dokumentation 1945-1977, Teil 2, Köln 1979, S. 83-91.
(9) Laut Hans Kluth fand der Münchner Parteitag der KPD in Weimar statt.
(10) Quellenmaterialien, u.a.: Dokumente der KPD 1945-1956, Berlin/DDR, 1965. Reprint: Verlag KPD-Lit. 1973. Hans Kluth, Die KPD in der BRD, Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1956, Köln, 1959.
(11) Hermann Köther, Das Programm der nationalen Wiedervereinigung — die Plattform zur Sammlung der patriotischen Kräfte, „Unser Weg", Heft 6/1953, S. 1.
(12) Referat Max Reimanns auf der 13. Parteivorstands-Tagung der KPD, 14./16.9.49, in: Der Kampf um die marxistisch-leninistische Festigung unserer Partei, Referat und Resolution der 13. PV-Tagung der KPD, hrsg. vom PV der KPD, Ffm, o.J., S. 1.
(13) Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, Hrsg. PV der KPD, Nürnberg, (November 1952).
(14) entfällt
(15) Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952, S. 490.
(16) siehe (13).
(17) „Freies Volk", 12. Dez. 1951.
(18) Der unbedarfte Leser möge sich z.B. mit dem Inhalt folgender Untersuchungen vertraut machen und er wird erstaunt sein über Art, Umfang und Beginn der Vorbereitungen der Reichsbourgeoisie auf die Zeit nach ihrem faschistischen Regime:
Joachim Piskol, Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1943-1945), Dissertation, Berlin/DDR, 1972 (per Fernleihe UB Berlin).
Dr. Ludwig Erhard (Leiter des Instituts für Industrieforschung, Berlin-Nürnberg), Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, März 1944 (per Fernleihe Landesbibliothek Stuttgart)

(19) siehe auch: GG, Art. 16, Art. 116, Art.23, Abs. 2 und BVerfGE 36, S. 1f.
(20) Die ‚Einigkeit' fand allerdings ihre Grenzen, wenn es um die Bestimmung der konkreten Vorgehensweise und um den Besitzanspruch des BRD-Kapitals auf die Produk-

(20) Die ‚Einigkeit' fand allerdings ihre Grenzen, wenn es um die Bestimmung der konkreten Vorgehensweise und um den Besitzanspruch des BRD-Kapitals auf die Produk-

tionsmittel in der DDR ging. Siehe dazu auch: Karl Heinz Roth, Invasionsziel DDR: vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik, Hamburg, 1971.
(21) Der Zeitpunkt der GG-Verabschiedung soll hier nur als imaginärer Wendepunkt verstanden werden. Entscheidend war die Entwicklung der Kräfteverhältnisse entlang den nationalen wie internationalen Hauptwidersprüchen, deren Untersuchung hier nicht erfolgen kann.
(22) Hans Kluth, Die KPD ..., S. 45.
(23) siehe (12), S.14.
(24) ebenda.
(25) Hans Kluth, Die KPD ..., S. 37.
(26) Die „Nationale Front des demokratischen Deutschland" wurde am 7.10.49 in Berlin/DDR gebildet.
(27) Interessanterweise ist dieses Manifest im Quellenband: Dokumente der KPD (10) nur unvollständig wiedergegeben. Es fehlt der Beginn des Aufrufes, der dem US-Kapital die Verursachung der Remilitarisierung in die Schuhe schiebt.
(28) Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD, Entschließung des Parteitags, ohne Angabe des Herausgebers, o.J.
(29) Hans Kluth, Die KPD ..., S. 40.
(30) siehe (28).
(31) ebenda, These 43.

(32) Zur Opposition innerhalb der KPD gegen die nationale Linie: In den Jahren 1950 bis 1952 wurden führende Funktionäre aus der KPD ausgeschlossen; was sich an der Parteibasis tat, ist dem Verfasser nicht hinreichend bekannt. Nicht ausreichend geklärt sind ebenfalls die Gründe der Ausschlüsse: einigen Genossen wurden „titoistische Tendenzen", anderen Widersprüche zur Politik der SED zur Last gelegt. 1948 hielt eine Fraktion in der KPD einen „relativ friedlichen Übergang zum Sozialismus" für unmöglich, weil „trotz der Zerschlagung des Faschismus die Grundlagen des bürgerlich-demokratischen Staatsapparates erhalten geblieben seien". Sie vertrat die These von der Notwendigkeit des revolutionären Massenkampfes zur Errichtung einer „demokratischen Ordnung".

(33) Max Reimann, Die Aufgaben der KPD im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Einheit eines demokratischen Deutschlands, Rechenschaftsbericht des PV an den Parteitag der KPD, München, 1951, S. 41.
(34) ebenda, S. 61.
(35) ‚Freies Volk', 26./27.7.52.
(36) Max Reimann, Die Politik der KPD im nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes, PV der KPD, S. 1.
(37) siehe (13).
(38) Hans Kluth, Die KPD ..., S. 45.
(39) siehe (11), S. 1.
(40) Protokoll des Hamburger Parteitages der KPD, hrsg. vom PV der KPD, Hamburg, o.J., S. 250.
(41) ‚Freies Volk', 28./29.04.1956.
(42) ebenda.
(43) Max Reimann, Bericht des ZK an den Parteitag 1957, erschienen als getarnte Schrift: BrunoFrank, Der Goldene, Erzählung, S. 18.
(44) Gerhard Förster u.a., Der preußisch deutsche Generalstab 1640-1965, Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Dietz Verlag Berlin, 1966, S. 300.

„Soll das schon alles gewesen sein?"

Betrifft Diskussion um die Faschisierungsthese, AK 274: "Über ein Dimitrov-Zitat"

In der Tat! Dem Beitrag von de. in AK 274 zur Faschisierungsdebatte durfte mensch mit einiger Spannung entgegensehen. Bekanntermaßen gab und gibt es im KB, speziell in „Frankfurt" erhebliche Einwände gegen die kritischen Thesen zur Faschisierung, die ich vor anderihalb Jahren im AK vorgelegt hatte. Zu einer regelrechten Kritik daran war es bisher aber nicht gekommen, sieht man von dem längeren Seitengefecht zwischen R. aus Frankfurt und jb. ab.

Ein spannender Counterschlag durfte also erwartet werden. — Was kam, war ein Ausweichmanöver! Statt zur Sache spricht de. über bisher unbeachtete Seiten der Faschisierungsthese. Das mag reizvoll sein, geht aber am Gegenstand der Auseinandersetzung, Faschisierung ja oder nein, vorbei, lenkt sogar direkt davon ab. ›Schade!‹ Mensch hätte mehr erwartet, wenn nach so langer Zeit zum Gegenschlag ausgeholt wird.

Aber auch Finten haben ihren Reiz. Auch Ausweichmanöver sind Positionen, wie sich zeigt, wenn de. auf seinen Streifzügen flugs die nach wie vor „überzeugende Logik" der guten alten These wiederentdeckt, ohne dafür einen einzigen Beweis zu erbringen.

Mir scheint, die Runde ist erst eröffnet? Mich überzeugt de.s Logik jedenfalls überhaupt nicht. Ich werde daher versuchen, die Konturen der Auseinandersetzung etwas schärfer zu ziehen. Es müßte doch mit des Teufels Großmutter zugehn, wenn wir nicht endlich einen anständigen Streit zustande brächten!



Foto: Hinrich Schultze

Foto: Hinrich Schultze

Die Substanz meiner Artikelreihe war, daß wir uns mit unserer Beschreibung der Entwicklung 1971 ff. als Faschisierung von Staat und Gesellschaft und unseren entsprechenden Prognosen geirrt haben: Nicht die erwartete Destabilisierung, sondern eine Stabilisierung der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung der BRD war das Ergebnis der Entwicklung seit Mitte der 60er.

Die Tatsache, daß keine Faschisierung stattgefunden hat und auch keine absehbar ist, scheint mir nach anfänglicher eigener Unsicherheit heute derart evident, daß mich das Ausbleiben von explizitem, schriftlich dargelegtem Widerspruch in der Sache selbst inzwischen nicht mehr verwundert.

Umso verwunderter war ich, mit welcher Lässigkeit de. in seinem Artikel unter Umgehung dieser Auseinandersetzung jetzt, anderthalb Jahre nach Vorlage der Kritik, die alten Positionen fortschreibt, als hätte es die Kritik und die darin beschriebene Entwicklung nie gegeben.

Die Kritik der Faschisierungsthese ist das genaue Gegenteil der von de, als Vorwurf in den Raum gestellten angeb-

Die Kritik der Faschisierungsthese ist das genaue Gegenteil der von de. als Vorwurf in den Raum gestellten angeb-lichen Wiederholung von „kargen, immer gleichen Standardargumenten". Sie war und ist die Infragestellung der 15jährigen Standardargumente des KB in Bezug auf seine zentrale politische Orientierung. Da kann mensch wohl mehr als feuilletonistisches Feuerwerk erwarten, wenn jemand die Kritik zurückweisen will.

Kommen wir zu den wichtigsten Punkten im Artikel von de.

Letzte oder vorletzte Zuckungen?

Vollkommen zuzustimmen ist de., wenn er schreibt, daß alle Ansätze zu linker Politik in der BRD sich mit dem postfaschistischen Charakter dieses Staates und dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen hätten. Hinzuzufügen wäre, daß es zweifellos eines der Hauptverdienste der 68-er Bewegung war, die Frage nach der Bewältigung des Faschismus radikal neu und auch praktisch gestellt zu haben.

Streiten ließe sich natürlich, ob Antifaschismus zum Kommunismus führte, wie de. meint, oder umgekehrt Kommunismus zum Antifaschismus. Keine uninteressante Frage, nur kommen wir da vermutlich auch nicht weiter, als die Frage, obHenne oder das Ei zuerst dagewesen sind.

Ich lasse daher bedauernd die Gelegenheit zu diesem reizvollen Nebenscharmützel aus und konzentriere mich gleich auf de.s Hauptpolemik. De. schreibt: *„Es muß endlich mit der unsinnigen und, wie ich zu zeigen versucht habe, von der III. Internationalen übernommenen Vorstellung Schluß gemacht werden, wonach der Faschismus quasi die letzten Zuckungen des Imperialismus anzeige und es folglich keine faschistische Gefahr geben könne, solange diese letzten Zuckungen nicht in Sicht sind."*

Dieser Satz bündelt de.'s Beweisführung für die von ihm unausgesprochen nahegelegte Behauptung einer auch heute stattfindenden Faschisierung: Der historische Faschismus habe gezeigt, daß Faschismus, auch die Faschisierung, nicht aus einer Schwäche des Imperialismus, sondern aus seiner Stärke resultiere. Aus der anhaltenden Stärke der BRD-Imperialisten schließt de. für heute auf dieselbe Gefahr. Den Kritikern der Faschisierungsthese wirft er vor, diesen Zusammenhang zwischen Stärke des Imperialismus und Faschisierung nicht zu sehen, ja auf Grund der aktuellen Stärke des Imperialismus fälschlicherweise nicht nur die stattfindende Faschisierung, sondern gleich die Krisenhaftigkeit des Imperialismus überhaupt zu leugnen.

Schauen wir uns die Tatsachen an: Der Ausgang des 1. Weltkriegs hinterließ Europa, d.h. das Zentrum der damaligen imperialistischen Welt, mit einer in Frage gestellten alten, aber nicht neu fundierten, den Kräfteverhältnissen entsprechenden Weltordnung. Insonderheit hinterließ er einen zwar besiegten, aber als potentiellen Konkurrenten im Kampf um die Vormacht auf dem Weltmarkt keineswegs ausgeschalteten deutschen Imperialismus, sowie eine verschärfte Konkurrenz zwischen den europäischen imperialistischen Staaten und den USA. Ausdruck dieser ungeklärten Nachkriegssituation war zum einen die Friedensregelung von Versailles, die als „Schandfrieden" eine nationalistische Revanche des deutschen Imperialismus geradezu nach sich ziehen mußte. Zum zweiten rief die Errichtung des Sowjetstaates und der dadurch geförderten Revolutionshoffnungen nach 1918 die Konterrevolution in allen kapitalisti-

staates und der dadurch geförderten Revolutionshoffnungen nach 1918 die Konterrevolution in allen kapitalisti-schen Ländern, besonders aber in dem revolutionären Nachkriegs-Deutschland mit Macht auf den Plan. Die außen- wie innenpolitische Revision dieses Kriegsergebnisses, die Herstellung einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen europäischen Neuordnung unter deutscher Führung zum einen und die Zurückdrängung der Revolution zum anderen waren daher von Anfang an die Zielsetzungen führender deutscher Imperialisten nach Beendigung des 1. Weltkrieges.

Zweifellos waren die deutschen Imperialisten 1933 bei Machtübergabe an die Nazis bereits wieder erstarkt, hatten auch nach der Krise 29 schon wieder Aufwind bekommen. Das haben wir oft genug in der Vergangenheit beschrieben — aber das erkennen *wir* und wir erkennen es aus *heutiger* Sicht. Aus damaliger Sicht war das keineswegs so klar, um nicht zu sagen unüberschaubar. Es wurde von unterschiedlichen Kapitalgruppierungen unterschiedlich gesehen, was sich in den Jahren vor 33 in entsprechend unterschiedlicher Förderung der Nazi-Partei auswirkte.

Eindeutig in einer Stärkeposition befand sich Nazi-Deutschland in den Vorkriegsjahren und noch bei Kriegsanfang gegenüber der politisch isolierten ökonomisch im Aufbau befindlichen und in der Rüstung nachhinkenden SU. Keineswegs eindeutig übersehbar aber war das Risiko, die Lösung des unbewältigten Problems der Neuordnung Europas nun als Einigung Großeuropas unter deutscher Führung militärisch erzwingen zu wollen. Die möglichen internationalen Konstellationen waren keineswegs genau abschätzbar, unklar die Haltung Englands, offen die Haltung der USA usw.

Auch in der Innenpolitiik, genauer in der Frage der konterrevolutionären Zurückdrängung der Einflüsse der Oktoberrevolution auf die Klassenkämpfe in Deutschland waren die Verhältnisse ja nicht entschieden, auch wenn z.B. mit der Zähmung der Soldatenräte nach 1918 ff. mit der Niederlage des Hamburger Aufstands die KPD in die Defensive gekommen war. Zwar war seitdem mit einem Aufstand seitens der KPD nicht mehr zu rechnen. Mit dem Liquidierungskurs gegenüber der KPD setzten sich die Kapitalkreise durch, die die Gunst dieser Stunde nutzten, sich freie Hand gegenüber der Arbeiterklasse zu schaffen und Eventualitäten vorzubeugen.

Es kann keine Rede davon sein, daß der deutsche Faschismus in den Jahren der akuten Faschisierung, etwa seit der Krise 29, allein aus einer klar übersehbaren Stärkeposition, noch dazu „des" deutschen Imperialismus heraus installiert worden sei. Er wurde von den aggressivsten Kräften des Kapitals durchgesetzt, um sich für die Durchführung riskanter Pläne zur Neuordnung der Welt optimal gegen unangenehme Überraschungen im Innern *abzusichern*. Diese Situation läßt sich nicht alternativ als „stark" oder „schwach" schematisieren. „Krise" trifft eher den Kern, wobei ich der Einfachheit halber vorschlage, „Krise" zunächst in der Definition des deutschen Duden als „Entscheidungssituation, Wende- und Höhepunkt" zu benutzen.

Anders im Ablauf, vergleichbar im Prinzip: Die Diktatur Francos, deren Terror nach den drei Jahren Bürgerkrieg gerade nach dem schwer errungenen Sieg ganz offensichtlich Stabilisierungsfunktion zur Überwindung der inneren Schwäche des Regimes hatte.

Heute: Chile, Türkei. — Es ist doch offenbar in all diesen Fällen so, daß faschistischer Terror immer zugleich signalisiert, daß die Herrschenden die von ihnen verfolgten Ziele mit anderen Methoden glauben nicht oder nicht schnell und reibungslos genug erreichen zu können. Es liegt auf der Hand, daß die als Terror hervorgekehrte Stärke zugleich Ausdruck von Schwäche ist: Stark genug für die Unterdrückung der Arbeiterklasse, aber zu schwach gegenüber den imperialistischen oder sozialistischen Konkurrenten, um sich in der stattfindenden oder erwarteten Konfrontation Demokratie im Innern leisten zu können, das kennzeichnet die Mehrheit der bisherigen faschistischen Dikataturen in dieser Frage.

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich: „Faschisierung aus Stärke" oder „Faschisierung aus Schwäche" ist eine Scheinalternative. Keine der beiden Varianten hat Aussagekraft als zwingende Voraussetzung oder gar als Gesetz von Faschisierung. Sie sagen nichts Konkretes zum tatsächlichen historischen Prozeß, etwa wonach wurde entschieden, wann, wie, durch wen. Sie beweisen nichts bzgl. einer aktuellen Faschisierung, weil sie nichts darüber enthalten, ob und wie weit Interessen- und Kräftekonstellationen, die entscheidend für die Faschisierung der Weimarer Republik waren wie „Versailles", wie die „bolschewistische Gefahr" sich nach 45 und von 45 bis heute geändert haben. Aus der Alternative „Stärke" läßt sich für heute weder prinzipiell noch konkret eine Faschisierung ableiten, ebensowenig aus der „Schwäche" das Gegenteil. Noch weniger ließe sich aus einer nicht stattfindenden Faschisierung auf Überwindung der Krisenhaftigkeit des Imperialismus schließen. Das letzte tut aber auch nur der ideelle Gesamtkritiker der Faschisierungsthese, den de. in seinem Artikel erfindet.

Kurzum: De.'s prinzipielle Argumentation beweist nicht, was sie beweisen soll, nämlich die nach wie vor bestehende Aktualität der Faschisierung. Eine Debatte um die Faschisierung entlang dieser Frage wäre reine Spiegelfechterei. Gehen wir also zu dem über, was de. an Konkretem vorbringt.

Der „wirkliche" Bruch

De. schreibt: *„In Westdeutschland gab es nach Kriegsende keinen wirklichen Bruch mit dem Faschismus."* Dies sei der erste unmittelbar zwingende Anlaß für eine Faschismus-Debatte gewesen.

Hieran stimmt soviel, daß wir das früher so oder so ähnlich formuliert haben und daß das einer der entscheidenden Anlässe für eine Faschismus-Debatte war. Ob es „der" Anlaß und gar noch der zwingende war, würde ich bezweifeln. Die Fakten für die damalige Argumentation aber sind heute nicht weniger wahr als derzeit: Die nicht erfolgte Entnazifizierung der Führungsschicht, die Übernahme von Nazis in Amt und Würden, die Übernahme des Militär- und Geheimdienstkaders, das Fortbestehen bestimmter Sozialstrukturen wie in Teilen der Arbeitsgesetzgebung usw. Nicht nur wurden die Beschlüsse von Teheran, Jalta und Potsdam nicht durchgesetzt. Im Gegenteil wurde die Stabilisierung des BRD-Imperialismus als antibolschewistischer Stoßkeil unter Führung der USA gefördert.

Die von de. behauptete Einigkeit bzgl. Bruch oder Nicht-Bruch aber hat es in der Linken nie gegeben. Es gab damals schon Einschätzungen wie die von K.H. Roth, die die Politik der BRD als unmittelbare Fortsetzung faschistischer Politik begriffen. Es gab die DKP und VVN, die sich gerade im antifaschistischen Kampf auf das Grundgesetz beriefen. Es gab uns irgendwie dazwischen. Gerade mit Wendungen wie „kein wirklicher Bruch" wurde das Problem immer umschifft.

Aber was ist ein „wirklicher" Bruch? Woran wird er gemessen? Die Feststellung des fehlenden Bruchs nach 45 ist die Klage, daß die BRD ein kapitalistischer, reaktionärer und militarisierter Staat wurde. Aber reichen diese Tatsachen, um über Kontinuität oder Nicht-Kontinuität der BRD aus dem Faschismus heraus zu entscheiden? Eindeutig nein! Wir erkennen heute weitere, die wir damals nicht erkannt haben: Die Rückwirkungen der nach 45 radikal vollzogenen globalen Nachkriegs-Neuordnung, insonderheit der europäischen auf die Entwicklung der neuen deutschen Teilrepublik, nicht zuletzt die unterschiedliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands.

Ist die deutsche Teilung kein Bruch — für die eine wie für die andere Seite? Ist die Zerschlagung der faschistischen Vorherrschaft in Europa und darauf aufbauende Neuordnung Europas unter Führung der USA kein Bruch der bis dahin herrschenden eurozentristischen Weltordnung? Ist die Unterordnung der alten Faschisten unter den Europa-Kurs Adenauers und die neue Verfassung kein Bruch gegenüber faschistischer und auch noch monarchistischer Nationalstaatspolitik? Immerhin haben sie sich in der Naumann-Verschwörung, dem 53 aufgeflogenen Versuch einer „nationalen Sammlung" für die Verwirklichung der alten Pläne eines „Großdeutschen Reichs" unter dem ehem. Staatssekretär im Propagandaministerium Werner Naumann, verzweifelt dagegen gewehrt. Es mußte ausgerechnet ein Adenauer sie an die Kandare nehmen! Ist nicht schließlich der Abwurf der Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki ein Bruch gegenüber jeglicher Vorkriegsituation von bisher noch nicht wirklich erkannten Ausmaßen? — Alles dennoch kein „wirklicher" Bruch? Mag sein, aber sicher auch keine „wirkliche" Kontinuität!

Es ist doch wohl eher so, daß wir unter dem Eindruck der damaligen aktuellen Versuche der Alt-Rechten der BRD, das Rad der Geschichte auf nationalstaatliche Orientierung hinter den unter Adenauer erreichten tatsächlichen Nachkriegs-Stand zurückzudrehen, zu einer Unterschätzung der Qualität der nach 45 entstandenen europäischen Neuordnung und ihrer Rückwirkung auf die innere Entwicklung der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

BRD gekommen sind, ja, wir sie gar nicht erkannten. Wir konnten in der Restauration des westdeutschen Kapitalismus, in der europäischen Integrationspolitik Adenauers, in der Integration der alten Nazis, der Vergangenheitsbewältigung durch Verdrängung usw., obwohl wir gerade der Europa-Integration der BRD ausführliche Analysen widmeten, nur die Gefahr der Re-Faschisierung erkennen. Als Beginn einer für die neuere deutsche Geschichte bis dahin einmaligen Einbindung eines geteilten Deutschland in einen Großraum Europa als möglichen Anfang vom Ende des klassischen deutschen Nationalismus und die in diesem Zusammenhang sich entwickelnde Stabilisierung einer bürgerlichen Demokratie auf deutschem Boden erkannten wir sie nicht.

Die wütenden Amokläufe der Rechten gegen den „Ausverkauf Deutschlands" durch die SPD verstanden wir nur als Beschleunigung einer Refaschisierung und nicht als das, was sie objektiv waren: Das zum Scheitern verurteilte Rückzugsgefecht gegen die beschleunigte Fortsetzung dieses unter der CDU/CSU-Regierung ins Stocken geratenen Intergationsprozesses durch die SPD nach der Krise 66/67.

Was wir als faschistische Gefahr qualifizierten, war in Wahrheit das letzte Aufbäumen des deutschen Vorkriegs-Nationalismus und seiner faschistischen Durchsetzungsversuche im 2. Weltkrieg. In meiner Artikelserie zur Kritik der Faschisierungsthese habe ich diese Entwicklung bereits skizziert. Was gibt es für Fakten dagegen?

Die Probe aufs Akute

„Wenn drittens richtig war, daß der Faschismus nicht ausgeschlossen werden könne, solange der Kapitalismus herrscht,", fährt de. fort, *„galt es zu prüfen, wie akut diese Gefahr in der BRD ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende sein würde."*

Ja, und wie akut war sie nun? Plante „die Bourgeoisie" 67/68 ff. die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur? Arbeitete sie konkret darauf hin, wie wir jahrelang geschrieben haben? Nein — eben nicht: Es stand die Überwindung der aus der Niederlage des Faschismus resultierenden ökonomischen und politischen Beschränkungen bevor, die Stabilisierung der Nachkriegsordnung — auch innenpolitisch — und zwar gegen die konservative Rückbesinnung auf den Faschismus, wie er von Kreisen der rechten CDU/CSU und ihrem nationalistischen Klientel von Alt-Nazis, Vertriebenen usw. repräsentiert wurde!

Gegen das dynamische SPD-Konzept der Öffnung des Marktes, der Modernisierung des Staatswesens, der integrativen und zugleich autoritären Stabilisierung der BRD-Nachkriegs-Demokratie, kurzum gegen die beschleunigte Integration des BRD-Imperialismus in die Nachkriegsordnung der ehemaligen Siegermächte hatte die CDU/CSU nichts für das Kapital Attraktives zu setzen.

Unsere antifaschistische Orientierung hatte den Schein der Richtigkeit für sich, weil die CDU/CSU und ihr te die CDU/CSU nichts für das Kapital Attraktives zu setzen.

Unsere antifaschistische Orientierung hatte den Schein der Richtigkeit für sich, weil die CDU/CSU und ihr Klientel ihre Rückständigkeit und ihre Rollbackversuche militant gegen die Reformpolitik der SPD setzten. „Aktion Widerstand", „Mißtrauensvotum" der CDU/CSU gegen die Ostverträge, die Versuche zur Bildung einer „4. Partei", die Propagierung der Sonthofener Linie und die diversen Anläufe von Franz Josef Strauß an die Macht zu kommen, — das sind die Stichworte. Das letzte Datum dazu betrifft das Jahr der Strauß-Kandidatur 1980. Im Kampf dagegen war unsere antifaschistische Orientierung nützlich.

Nichtsdestoweniger muß im Nachherein doch wohl erkannt werden, daß eben nicht ein Prozeß der Destabilisierung von bürgerlich demokratischen Verhältnissen, sondern ein Prozeß ihrer Stabilisierung, ein Prozeß der Herausbildung einer starken bürgerlichen Politik der Mitte das Ergebnis war, und daß die Linke der BRD, auch der KB, in diesem Prozess unabhängig von subjektiv systemsprengendem Bewußtsein objektiv die Funktion demokratischer Hefe und des Druckmittels gegenüber der SPD hatte, d.h. letztlich eine systemstabilisierende Rolle gespielt hat.

Ob es einem nun paßt oder nicht, wird mensch sich damit auseinandersetzen müssen, daß — ungeachtet eines Vergleichs mit der DDR — das bürgerliche Selbstlob, die BRD sei die beste, sprich die stabilste Demokratie, die es bisher auf deutschem Boden gab, den Tatsachen entspricht. Expansion, neue Ostpolitik, Integration der Arbeiterklasse und Befriedung der Klassenkämpfe, das sind Stichworte, die sich sehr von denen der Weimarer Zeit unterscheiden. Der Protagonist dieser Politik war die SPD, ausführendes Organ die SPD/FDP-Koalition, deren Fortsetzung die CDU/CSU/FDP-Koalition bis heute ist. Ein Abbruch dieser Entwicklung ist z.Zt. nicht absehbar. Was gibt es an Fakten gegen diese Sicht einzuwenden?

Wir haben diesen Prozeß aber nicht nur nicht erkannt, haben nicht nur vom Kapital und der CDU/CSU behauptet, sie wollten ein faschistisches Gegenprogramm gegen den Sozialismus, sondern haben auch von der SPD behauptet, sie steuere bewußt auf einen neuen Faschismus in der BRD zu.

D.h. trotz Kritik der Sozialfaschismusthese, wie sie ja auch de. benennt, avancierte die SPD bei uns vom ‚Steigbügelhalter" der historischen These zum direkten Betreiber der Faschisierung. Was also, bitte, hat da seine „überzeugende Logik" behalten?

Recht zu geben ist de. in diesem Zusammenhang lediglich darin, wie ja auch schon von jb. in seiner Auseinandersetzung mit R. gefordert, daß dieser Unsinn endlich aufhören muß, daß wir es endlich lassen müssen, immer wieder in Kategorien der zwanziger Jahre zu verfallen und sie als neue Erkenntnisse auszugeben. De. selbst scheint aber nicht zu erkennen, daß er den Fehler,



gegen den er in seinem Artikel polemisiert, nämlich die Verlängerung der Sozialfaschismusthese, seinerseits nachträglich rechtfertigt und offensichtlich weiter gerechtfertigt sehen möchte.

Selbstverständlichkeiten

En passant präsentiert uns de. ein paar Selbstverständlichkeiten, die eben deshalb, weil er sie als angebliche Selbstverständlichkeiten kaum der Erwähnung für wert hält, genau dieser Erwähnung bedürfen, und zwar entschieden!

Wie de. vermute auch ich, daß die meisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieser Debatte darin übereinstimmen, *„daß sich die BRD ein Unterdrückungsinstrumentarium geschaffen hat, mit dem eine Arbeiterbewegung und Opposition von ganz anderer Qualität und Quantität niedergehalten werden können."*

Die Feststellung ist allerdings so wahr wie banal. Interessant wird's ja erst, wenn wir fragen: Was tut sie damit? Und schon ist die schöne Einig- *den können.*

Die Feststellung ist allerdings so wahr wie banal. Interessant wird's ja erst, wenn wir fragen: Was tut sie damit? Und schon ist die schöne Einig- keit wieder dahin!

Was bedeutet da erstens de.s Bemerkung, die gegenwärtige Regierung habe „weniger Hemmungen", dies Instrumentarium ggflls. einzusetzen? Zum einen haben auch heute SPD-Landesregierungen, wie die Hamburger es mit ihrer Kessel-Taktik jüngst erst wieder bewiesen hat, offenbar keineswegs geringere Hemmungen als das Zimmermann-Innenministerium. Zum zweiten ist kaum zu erwarten, daß eine SPD, sollte sie in die Verlegenheit einer erneuten Regierungsbildung kommen, von dem Instrumentarium einen gehemmteren Gebrauch macht. Zum dritten hat die SPD das Instrumentarium schließlich aufgebaut und tut es fleißig weiter, wo sie kann. Da liegt das Teufelchen im Detail, wie mensch sieht.

Diese Differenz mag jemand noch für vernachlässigenswert halten. Aber de.s dann folgende Aufzählung sprengt bereits jeden Konsens, vor allem auch über die Einschätzung der aktuellen Situation: *„Es kommt drittens hinzu, daß die Herrschenden vielleicht nicht jeden Anlaß, aber doch eine Vielzahl von Anlässen benutzen, um in bemerkenswert kurzen Zeitabständen immer wieder reaktionäre bis rechtsradikale Massenstimmungen anzuheizen: die Bitburg-Kampagne, die Revanchismus-Kampagne, die Terrorismus/Ghaddafi-Hysterie, der — Maradonna sei dank — gestoppte nationale Fußballrausch, die Asylantenhetze. Damit soll nicht gesagt werden, daß es in den siebziger Jahren nichts Vergleichbares gegeben hätte. Aber die damaligen Mobilisierungen, etwa gegen die Ostverträge, fanden aus einer Minderheitenposition heraus statt. Für den reaktionären Wahn und seine Ausbreitung ist es aber entscheidend, daß er sich als stark und überlegen empfindet, daß er das Gefühl hat, Oberwasser zu bekommen und die Mehrheit hinter sich zu haben."*

De. macht nicht einmal den Versuch, das zu beweisen. Selbst wenn er mit der zitierten These recht hätte, wäre damit doch nicht bewiesen, daß unsere Analysen und Prognosen der 70er Jahre zutreffend waren. Im Gegenteil: Genau besehen behauptet de. lediglich, daß es heute (im Gegensatz zu den 70er Jahren, siehe die letzten zwei Sätze des Zitats!) eine Faschisierung gebe. Mit anderen Worten: Heute, wo wir alle, einschließlich de., aufgehört haben, den Begriff Faschisierung zu gebrauchen, bestätigt sich durch die List der Geschichte die Richtigkeit unserer alten Einschätzung, mit einer vernachlässigbaren Verzögerung von knappen 15 Jährchen.

Daß die Phänomene, die er argumentierend heranzieht, nicht wirklich neuartig sind, räumt de. sogleich ein. Der Unterschied bestehe aber darin, daß frühere reaktionäre Mobilisierungen aus der Minderheitsposition erfolgt seien. Dieser Hinweis ist erstens sachlich falsch, weil viele vergleichbare Kampagnen der Jahre Brandt-Schmidt sich auf einen breiten Konsens SPD-CDU stützen konnten. Als Beispiele: Die Terrorismus-Kampagnen nahezu vollständig und ausnahmslos. Die Verbotskampagnen gegen die Neue Linke. Die diversen ausländerfeindlichen Kampagnen u.a. anläßlich der „wilden Streiks" 1973 und nach dem Überfall auf die israelische Olympia-Manschaft (Verbot von GUPS und GUPA). Die



„Öl-krise", die alles, was heute über Ghadafi geschrieben wird, übertraf, vor allem in ihren klar rassistisch, allgemein anti-arabischen Elementen. — Beweisführungen dazu habe ich in meiner Serie zur Kritik der These vorgebracht. Alles falsch? Unerheblich?

Zweitens halte ich die von de. zugrundegelegte Voraussetzung für falsch, daß Mehrheitsposition per se brisanter, sozusagen faschisierungsträchtiger sei als Minderheitsposition. Das Anrennen gegen die Neue Ostpolitik zum Beispiel gewann faschistoide Züge eben gerade aus der Tatsache, daß sich hier eine ehemalige Mehrheit- trächtiger sei als Minderheitsposition. Das Anrennen gegen die Neue Ostpolitik zum Beispiel gewann faschistoide Züge eben gerade aus der Tatsache, daß sich hier eine ehemalige Mehrheit- sposition plötzlich in der Minderheit und verzweifelt gegen den Strom schwimmend wiederfand. Zu den Exzessen der „Aktion Widerstand" z.B. gibt es heute überhaupt nichts Vergleichbares. Auch die rechtsradikalen Kampagnen der CDU (abschließend mit dem Strauß-Wahlkampf 1980) erklären sich zu guten Teilen gerade aus der damaligen Oppositionsrolle der CDU. Diese Partei hat sich in jenen Jahren zeitweise sehr viel extremer gebärdet, als es ihrem tatsächlichen Agieren seit Bildung der Regierung Kohl entspricht.

Und was war schließlich das Neue an der Bitburg-Kampagne? Nazi-Verherrlichung? Nein, das eben nicht, sondern das Abfeiern des in der BRD inzwischen erreichten Grads an Verdrängung der Nazi-Vergangenheit, die Normalisierung! Skandalös? Ja! Wenn Kohl und Reagan sich über Wehrmachts-Gräbern die Hand zum antibolschewistischen Bund reichen, ist das empörend. Noch empörender ist es, wenn sie dabei SS-Gräber stillschweigend miteinschließen und dies ohne großen öffentlichen Protest tun können. Eine neue Qualität von reaktionärer Massenkampagne zur ideologischen Amnestie der SS ist es aber gerade nicht! Erst durch die Kritiker wurden die SS-Gräber überhaupt zum Thema.

Spätestens seit den frühen 50er Jahren ist die Rehabilitierung der Waffen-SS als sog. 4. Wehrmachtsteil offizielle Staatsdoktrin in der BRD. Dies war ideologische Voraussetzung zum Aufbau der Bundeswehr, der wesentlich auf Nazi-Kader gestützt war. In der Praxis ist die Rehabilitierung der SS überall dort schon lange vollzogen, wo die BRD unter Bruch allierter Abkommen eine Armee aufbauen konnte, der NATO beitrat usw. — von den ebenfalls aus den 50ern datierenden Ehrenerklärungen hoch- und höchstgestellter Politiker aller Fraktionen für die SS-Nachfolgeorganisation „HIAG" und deren jahrzehntealte gemeinsame Traditionspflege mit der Bundeswehr als Ausdruck dieser Tatsache gar nicht mehr zu reden.

Die ganze Aufregung um „Bitburg", nicht zuletzt auch über die öffentliche Gleichgültigkeit in dieser Frage, hat an dieser gesellschaftlichen Realität nicht einmal leicht gekratzt, sondern war ein Pseudo-Konflikt auf einem Nebenschauplatz. Verglichen mit dem, was in der „Nachrüstungsfrage" von beiden Regierungen zu der Zeit zu verantworten war, war die „Bitburg"-Frage eine Lappalie ohne große Bedeutung. Nicht eine Rakete wäre weniger stationiert worden, wenn Kohl und Reagan sich nicht in Bitburg getroffen hätten.

Was ist mit „Revanchismus-Kampagne" gemeint? Daß „die deutsche Frage" verbal offengehalten wird — während die Ost-Politik der SPD bis zur faktischen, und immer häufiger ausgesprochenen Anerkennung der bestehenden Grenzen brav fortgesetzt wird? So Staatssekretär Rühe im Bundestag, so Bundeskanzler Kohl u.a. während des Vorwahlkampfs 86 im „Deutschlandmagazin". Und will jemand die heutigen Vertriebenentreffen auch nur versuchsweise mit den 72er-Mobilisierungen gegen den „Ausverkauf Deutschlands" vergleichen, ganz zu schweigen von den Massenversammlungen in den 50er und 60er Jahren?

Die „Asylanten-Kampagne": Da ist von Strauß und Drecker allerdings ein ziemliches Geschrei erhoben worden, mit dem sie sich offenbar Stimmen an Land ziehen wollen. Aber muß es nicht zumindest verblüffen, wenn Bundeskanzler Kohl, aus dem Urlaub zurückkommend, dem Fernsehvolk verspricht, das Grundgesetz werde in seiner Substanz nicht angetastet, man werde andere Wege finden? Die Asyl- und Ausländerpolitik — gerade weil sie einer der offensten aktuellen Konflikte ist — macht besonders deutlich, wie heutige CDU/CSU-Politik in der Regel funktioniert: Maßvolle Worte von Integration und Erhaltung demokratischer Substanz — reaktionäre Taten, am besten noch auf verwaltungstechnischer Ebene, die Widerstand nach Möglichkeit unterlaufen. Mit Worten wie mit Taten steht die heutige CDU/CSU-Koalition in effektivster SPD-Tradition! Von reaktionären Massenmobilisierungen, die die der Siebziger übertreffen, keine Rede. Das ist die Realität!

Was schließlich macht die besondere Qualität eines CDU/CSU-regierten Fußballrausches gegenüber dem früheren SPD-regierten aus?

Fragen über Fragen zu Andeutungen über Andeutungen. Was ist mit der „Wende"? Gibt es sie oder nicht? Das wüßte ich doch gerne von de. oder von anderen, die glauben mit ihm einer Meinung zu sein.

Der Krieg wird vorbereitet — was sonst!

Der Krieg wird vorbereitet — was sonst!

Allzu selbstverständlich wird die Serie der Selbstverständlichkeiten schließlich, wenn de. nur noch im Vorbeifliegen konstatiert: *„Schließlich werden wir auch darin einig sein, daß der Imperialismus Kriegsvorbereitungen trifft"*, um auf solcher Grundlage zum seiner Meinung nach Wesentlichen überzugehen, nämlich daß sich offenbar niemand Vorstellungen mache, wie die innenpolitischen Verhältnisse in einem wie immer auch gearteten Ernstfall aussehen würden. Der Zusammenhang von Krieg und Faschismus, früher unter Linken eine schiere Selbsverständlichkeit, scheine völlig verschüttet zu sein, aber nicht weil neue Erkenntnisse ihn widerlegt hätten, sondern einfach deshalb, weil die Friedensbewegung so unpolitisch geblieben sei und das Unpolitische sogar als Tugend abfeiere.

Nein, so bitte nicht! Einig sind wir uns sicher, daß Kriegsgefahr droht. Aber daß „der Imperialismus heute Kriegsvorbereitungen trifft", was heißt das konkret? Was ist heute „der Krieg?" Wer ist „der" Imperialismus? Was heißt die Gegenwartsform „trifft"? Prinzipiell? Aktuell?

Trifft „der" Imperialismus nicht bereits seit Ende des letzten Weltkrieges Kriegsvorbereitungen? Koreakrise? Kubakrise? Vietnam? Prognostizieren wir nicht vielleicht ebenso wie die Faschisierung schon seit gut 15 Jahren den Weltkrieg? Warum wird er seit ca. 40 Jahren trotzdem nicht ausgetragen? Welche Rolle spielt dafür das atomare Patt, die Unkalkulierbarkeit heutiger technischer Massenkriegsführung?

Wo schlägt sich in de.s Selbstverständlichkeiten auch nur die Andeutung einer Problematisierung dieser Fragen nieder? Wäre es nicht vielleicht erwägenswert und — ggflls. mehr als bisher bei uns geschehen — untersuchenswert, ob und wie sich die materiellen Bedingungen moderner Kriegsführung und damit auch die Gesetze der Kriegsführung mit dem Ende des letzten Weltkrieges qualitativ verändert haben könnten? Müßte nicht die Auseinandersetzung der kommunistischen Weltbewegung um diese Frage, wie sie sich in der „Polemik gegen die Generallinie" von 1963 wiederfindet, müßten nicht Thesen von Günter Anders u.a.m. wieder — oder für manche/n überhaupt erst mal — Eingang in unsere Diskussion finden?

Nein, wir sind uns keineswegs einig — außer daß die imperialistischen Länder unter Führung der USA spätestens seit Zündung der ersten Atombombe durch die UdSSR fieberhaft nach Möglichkeiten suchen, den Weltkrieg wieder führbar zu machen. Aber das ist eine Tatsache, die nichts über eine konkrete Vorbereitung „des" Krieges durch „den" Imperialismus zu einer bestimmten Zeit, nicht einmal in einem überschaubaren Zeitraum aussagt. Und unter welchen Bedingungen es gelingen könnte, den Weltkrieg wieder führbar zu machen, ist eine offene Frage, an der Prognosen bisher immer wieder geplatzt sind, auch im KB. Wer Konkreteres weiß, soll seine Fakten vorbringen!

Und auch die „schiere Selbstverständlichkeit" bzgl. des Verhältnisses von Krieg und Faschismus ist keineswegs verschüttet, schon gar nicht im KB und auch keineswegs bei mir. Vielmehr muß auch diese „Selbstverständlichkeit" angesichts dieser erstmaligen und offenen weltpolitischen Situation neu durchdacht werden, und dies nicht etwa, wie de. polemisiert, weil die Friedensbewegung unpolitische Begriffe hatte, sondern weil es sein könnte, daß auch die innenpolitische Entwicklung im Vorfeld dieser unkalkulierbaren Weltkriegsgefahr anderen Gesetzen folgt als im 1. und noch im 2. Weltkrieg.

Recht hat de., daß kaum jemand heute sich das innenpolitische Szenario für den Fall x vorstellt, ja ich würde die Behauptung wagen, vorzustellen imstande ist, genausowenig übrigens wie das außenpolitische. Risikorechnungen über die verkraftbare oder nicht mehr verkraftbare Anzahl von Megatoten beim angenommenen Gegner und in der eigenen Bevölkerung beweisen über den Zynismus hinaus nur die tatsächliche Unkalkulierbarkeit und Unvorstellbarkeit des Falles x.

Aus den Bedingungen heutiger technischer Massenkriegsführung dürften sich auch neue innenpolitische Herrschaftsanforderungen ergeben: Schaffung eines Herrschaftsapparates zur Ruhighaltung, Sicherstellung, Neutralisierung, notfalls Liquidierung der (ggflls. atomar, chemisch oder biologisch verseuchten) am Krieg nicht aktiv beteiligten Massen im eigenen Land.

Aus dieser Problemstellung für die Herrschenden resultiert die gigantische innere Aufrüstung, die ich in meinen Thesen als präventiven Sicherheitsstaat charakterisiert habe, der sich unter unseren Augen bereits zum Normalfall des heutigen imperialistischen Staates entwickelt hat und weiter entwickelt.

Diese ganz normale, ganz allmähliche, durchaus demokratisch legitimier- seren Augen bereits zum Normalfall des heutigen imperialistischen Staates entwickelt hat und weiter entwickelt.

Diese ganz normale, ganz allmähliche, durchaus demokratisch legitimier- te Umwandlung der parlamentarischen Demokratie zum präventiven Sicherheitsstaat in all ihren menschenfeindlichen technisch-bürokratischen Aspekten, die Möglichkeit des ganz alltäglichen Übergangs zur Katastrophe gilt es daher heute in erster Linie theoretisch zu erfassen, propagandistisch klar zu machen und praktisch zu bekämpfen, wenn der Kampf einen Sinn, d.h. einen ausmachbaren Gegner haben soll. Dabei steht das Aufbrechen der stinkalltäglichen, allgemeinen, parlamentarisch legitimierten Gewöhnung an das Leben unter der Drohung des Tages x, genauer die fatalistische Hinnahme der ständigen Möglichkeit der eigenen und kollektiven Vernichtung im Vordergrund — denn diese Gewöhnung macht das Eintreffen dieser Situation ihrerseits erst möglich.

Wir haben es heute in den Metropolen, besonders entwickelt im Sozialstaat BRD, mit einer extremen und gewissermaßen fatalen Zuspitzung der Widersprüche des Staates in seiner Funktion als Existenzgarant zu tun: Die Mehrzahl der Menschen fühlt sich angesichts des Vernichtungspotentials der sog. Fortschritts-Gesellschaft existentiell zumindest diffus bedroht. Bombe und AKW als zwei Seiten der Atommedaille, computertechnische Eingriffe ins Gehirn, gentechnische Manipulation, Zerstörung der globalen Ökologie, Hungerkatastrophen in der „3.Welt" etc. — das sind die Stichworte.

Die existentielle Verunsicherung produziert aber — nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der letzten beiden Weltkriege — ein ebenso existentielles Sicherheitsbedürfnis. Das gilt besonders für die BRD. Anders gesagt:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Selbst die grundsätzliche Legitimationskrise des Fortschrittsstaates, wie sie sich heute etwa in den GRÜNEN, der Friedensbewegung, der Anti-Atombewegung usw. ausdrückt, führt bisher im politischen Alltag der BRD mehrheitlich nicht zu einer ebenso grundsätzlichen Aufkündigung der Loyalität gegenüber diesem Staat, sondern zu reformistischem Engagement, bzw. zu basis-demokratischem Protest im Rahmen bürgerlicher Legalität, d.h. zu einer Stabilisierung des Staates.

Angesichts des Vernichtungspotentials, das dieser Staat tagtäglich ausbaut, ist dieses Vertrauen in die Reformierbarkeit der BRD selbstmörderisch.

Mensch mag aber den inneren Zustand der Verpolizeilichung, d.h. der präventiven Ruhigstellung der nicht aktivierbaren Teile der Bevölkerung, bis zu dem die imperialistischen Gesellschaften, speziell die BRD, in ihrem Prozeß des Krisen-Managements nach 45 inzwischen gekommen sind und noch weiter kommen werden, mensch mag die katastrophalen Zustände der möglichen Tage x selbst bezeichnen wie mensch will: Mit der klassischen Vorstellung von Faschisierung und Faschismus wird die Dimension dieses Vorgangs nicht erfaßt.

Was die Welt als Faschismus erlebte, war nur Vorspiel gegen das, was ihr als Drohung bevorsteht. Der historische Faschismus war immerhin noch zerschlagbar — nicht zuletzt durch opfervollen Einsatz der SU. Die Urheber des möglichen zukünftigen Massenterrors und Megatötens zu schlagen, wird dagegen nicht mehr möglich sein, weil es weder jemanden geben wird, der schlagen, noch jemanden, der geschlagen werden könnte. Selbst die Urheber dieses möglichen globalen Mords stehen in der Gefahr, ihn nicht zu überleben. Ihre Einsicht in diese Situation hat bisher einen 3. Weltkrieg verhindert. Verlaß ist auf diese Einsicht jedoch nicht, ganz zu schweigen davon, daß globale Zusammenstöße als Produkt unkontrollierbarer lokaler oder technischer Eskalationen auszuschließen wären.

Es ist wohl nicht einmal so, daß die Zeit x sich durch einen Faschisierungsprozeß klassischer Art ankündigen müßte. Wann und unter welchen Umständen die Normalität der präventiven Inneren Sicherheit dieses Staates — heute im herrschenden Sprachgebrauch fast ein Synonym für Demokratie — sich als ihr genaues Gegenteil, nämlich als Zusammnbruch und Terror verwirklicht, ist sowenig oder soviel kalkulierbar wie die Ergebnisse des globalen Krisenmanagements und von diesen bestimmt: Die Destabilisierung der Metropolen und damit ein neuer Weltkrieg ist heute eine aktuelle Dauergefahr, um es mal so paradox zu formulieren. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Aufzählung der Krisenelemente. Konkret absehbar ist eine finale Zuspitzung der Krise allerdings nicht und in ihrer möglichen Entwicklung auch durch die Situation des bisher noch

Weltkrieg ist heute eine aktuelle Dauergefahr, um es mal so paradox zu formulieren. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Aufzählung der Krisenelemente. Konkret absehbar ist eine finale Zuspitzung der Krise allerdings nicht und in ihrer möglichen Entwicklung auch durch die Situation des bisher noch

nicht wieder führbaren Weltkriegs gehemmt.

Ich habe diesen Zustand in meiner Serie als relative Stabilität, als kontrollierte Dauerkrise, anhaltende Stagnation u.ä. bezeichnet, die auf jederzeitigen Abbruch steht, aber soweit absehbar, nicht abbricht. Wenn das keine Krise ist, dann hat das Wort „Krise" keinen Sinn mehr. Allerdings entspricht der Verlauf dieser Krise nicht unseren bisherigen Krisenerfahrungen und es dürfte notwendig sein, den Krisenbegriff neu zu schärfen, d.h. auf die heutige Situation zu aktualisieren und zu konkretisieren.

Ein innenpolitisches Krisenmanagement nach Art der klassischen Faschisierung, d.h. präventiver terroristischer Zuspitzung der Klassenkämpfe von oben, macht in dieser Situation, solange sich die Klassenkämpfe in den Metropolen auf dem gegebenen Niveau befrieden lassen, keinen Sinn, ist zumindest ebenfalls konkret nicht erkennbar.

Heute von Faschisierung zu sprechen, ohne auch diesen Begriff mit neuem Inhalt gefüllt zu haben, bedeutet daher entgegen der scheinbar darin liegenden Radikalität eine Verharmlosung dessen, was effektiv droht. Es enthält, weckt möglicherweise sogar zugleich Illusionen in die Reformierbarkeit der heutigen Normalität, als sei die Katastrophe vermeidbar, solange nur die demokratische Fasson der parlamentarischen Republik gewahrt bleibe. Diese ist aber gerade die Hülle, in der die skizzierte Entwicklung sich vollzieht. Was ein zukünftiger Faschismus sein könnte, müßte überhaupt erst neu definiert werden, bevor dieser Begriff in Bezug auf aktuelle oder zukünftige Entwicklungen sinnvoll gebraucht werden kann.

Mag sein, daß de. diese Überlegungen zum Krieg und dem möglichen innenpolitischen Szenario eines Kriegsfalls nicht teilt. In dem Fall wäre es gut, seine Vorstellungen zu hören. Wer von Kriegsvorbereitungen und damit verbundener Faschisierung spricht, wird nicht umhin kommen, Roß und Reiter zu nennen, wenn er sich nicht nachsagen lassen will, mit bloßen Floskeln zu hantieren.

Freispruch nach Art des Hauses?

De. beschließt seinen Artikel mit der Mahnung: *„Man muß sich deshalb vor Augen halten, was es bedeutet, wenn die Linke eines Landes, welches den Nationalsozialismus hervorgebracht hat, den Verantwortlichen des millionenfachen Mordens bescheinigt, sie hätten ja nur gezwungenermaßen oder aus Schwäche gehandelt: Es bedeutet einen grandiosen Freispruch. Klingt es nicht ganz ähnlich, wie die Entschuldigungen dieser Verantwortlichen selbst?"*

Ja, das klingt so! Aber Schein ist nicht Sein. Und Wunsch ist nicht Wirklichkeit! Aus einer berechtigten moralischen Verurteilung wird, auch wenn man die Kraft haben sollte, sie noch einmal 15 Jahre zu wiederholen, keine Analyse dr geschichtlichen Ereignisse oder der aktuellen Lage, die die Basis für die Entwicklung einer Erkenntnis der Ursachen und damit ihrer Bekämpfung legen könnte.

Es nützt auch wenig, die agitatorische Zweckmäßigkeit vor die Tatsachen zu stellen: Die Bereitschaft der Menschen und vor allem ihre Fähigkeit, gegen die Gefahr der Wiederholung solcher Verbrechen wie denen des Faschismus oder gegen die Vorbereitung noch schlimmerer Verbrechen durch die heutigen Verantwortlichen anzugehen, ihre Fähigkeit, konkrete Alternativen zu entwickeln, wird dadurch nicht größer und die Wahrscheinlichkeit der Revolution dadurch nicht realer.

Es ist auch nicht sinnvoll, den Normalisierungs-, sprich Verdrängungskünstlern der bürgerlichen Geschichtsschreibung damit kontern zu wollen, unsererseits aus der besonderen Aggressivität des deutschen Faschismus einen besonderen Wiederholungszwang als unausweichliche Erbsünde der Deutschen zu konstruieren. Dies ginge zum einen an der Tatsache vorbei, daß die Bedingungen für einen deutschen Sonderweg mit der Neuordnung Europas unter US-Führung nach 45, insbesondere der deutschen Teilung qualitativ andere sind als vor dem 2. Weltkrieg. Dies ginge zum zweiten daran vorbei, daß der deutsche Faschismus zwar eine besondere materielle und ideelle Zerstörungskraft erreichte, aber im Prinzip keine einzelne, sondern eine typische Erscheinung imperialistischer Staaten in der Krise des 2.Weltkriegs war — die eben darum auch unter anderen Umständen, in anderer Form und bisher nicht dagewesenen Dimensionen erneut Realität werden könnte. Die Hauptgefahr eines neuen Weltkrieges geht dabei heute von den USA aus. Ein deutscher Son-

rialistischer Staaten in der Krise des 2.Weltkriegs war — die eben darum auch unter anderen Umständen, in anderer Form und bisher nicht dagewesenen Dimensionen erneut Realität werden könnte. Die Hauptgefahr eines neuen Weltkrieges geht dabei heute von den USA aus. Ein deutscher Son-

derweg ist heute wenig wahrscheinlich. Die äußere und innere Stabilität der BRD steht und fällt mit der Stabilität der übrigen imperialistischen Metropolen.

Damit ist ja nichts über eine etwaige Ungefährlichkeit oder Friedlichkeit der BRD-Imperialisten ausgesagt. Im Gegenteil verfügen die Erben Hitlers über das Know-How eines bisher einmaligen historischen Herrschaftsexperiments. In der Praxis ist die Verurteilung als zweimaliger Weltkriegsverursacher und Hauptträger des Faschismus für sie allerdings unter ihresgleichen und trotz der erreichten Normalisierung der Beziehungen der imperialistischen Staaten immer noch eine Last. Welches imperialistische Land sähe z.B. schon gern — Bündnispartner hin oder her — die Atombombe in westdeutscher Hand?

Diese Belastung der westdeutschen Imperialisten ist Grund und Gelegenheit genug, mit allen Kräften gegen ihre Entlastung durch Vergessen, Verdrängen und Leugnen dieser Geschichte, eben die von ihnen mit allen Mitteln betriebene Normalisierungspropaganda anzugehen, ihre Verantwortung immer wieder anzuprangern — politisch, historisch und sicher nicht zuletzt auch moralisch. Da bin ich mit de. vollkommen einig! Nur darf diese Agitation nicht mit einer Analyse der heutigen Verhältnisse verwechselt werden.

Was allerdings die Frage, ob die deutschen Imperialisten aus Schwäche oder aus Stärke so gehandelt haben, wie sie es taten, in diesem Zusammenhang für eine Bedeutung haben könnte, bleibt mir verschlossen. Sie haben gehandelt, und zwar eindeutig! Selbst angenommen, die Unterscheidung machte einen Sinn, und sie hätten aus Schwäche gehandelt — was, bitte sehr, würde das denn rechtfertigen, selbst wenn jemand es wollte?

F.

Mehr Dampf im Arbeiterkampf!

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Warum ich CDU wählen werde

Bisher hat kein mir bekannter Kanzler durch seine dumm-täppische Art den Charakter dieses unseres Staates besser verdeutlichen können, selbiges noch dazu mit unfreiwilliger Komik, wenn auch ohne Humor. Den durchschnittlichen bierseligen, ges(ch)ichtslosen Deutschen kann er so gut darstellen, wie es mir am liebsten ist und als nationalbewußtem deutschen Bürger am besten gefällt. (...)

Die revanchistischen Tendenzen der extremen Rechten innerhalb der CDU-Bundestagsfraktion, die von deren Führung mitgetragen werden, denen weder SPD noch Grüne konsequent genug entgegentreten, sollten immer unverblümt vertreten werden, vor allem der SU gegenüber; das deswegen, damit nicht der falsche Eindruck entstehen kann, wir hätten uns wirklich von Grund auf geändert oder tatsächlich etwas aus der Geschichte gelernt. (...)

Ich will, daß die BRD als das dasteht in aller Welt, was sie in meinen Augen ist: reaktionär, ausbeuterisch (...), rassistisch (...), ausländerfeindlich, überheblich, dummstolz, über Leichen gehend (...), die Politikerelite bestechlich bzw. lügnerisch — oder so vergeßlich, daß es unverantwortlich ist, solche Posten zu übernehmen — und verleumderisch. Mir, die ich diesen Staat hasse, weil er tötet, kann das nur recht sein. Bravo, weiter so Deutschland, daß es jede/r sehen und erfahren kann. (...)

Eine Christin (ev.-ref.) aus Oldenburg

Sympathisant AK

Betr.: Beendigung des Abonnements des ‚Arbeiterkampf'

Sympathisant AK

Betr.: Beendigung des Abonnements des ‚Arbeiterkampf'

Liebe Freunde,
Ich möchte mein Abonnement des ‚Arbeiterkampf' zum 31.12.86 kündigen.

Ich habe mir diese Entscheidung reiflich überlegt und bin unter anderem durch die kommentarlos abgedruckte Erklärung der RAF zur Ermordung des Siemens-Managers Beckurts und der Auflistung der Anschläge gegen Gebäude und Strommasten in meiner Meinung bestärkt worden. Diese Erklärungen erwecken den Anschein, als würde der ‚Arbeiterkampf' mit diesen Aktionen sympathisieren und sie für gut heißen.

Mit freundlichen Grüßen
M.S.

Unsagbares

Betr.: „War Hitler ein Pole?"

„Ich glaube, die menschliche Sprache ist nicht imstande, das Grauen zu beschreiben, das wir im Ghetto erlebt haben." (Shoah, S.262)

Shoah ist der Versuch einer Vergegenwärtigung von Unsagbarem. Es ist der Versuch, Orte des Grauens sprechen zu machen.

Zum einen geschieht dies sprachlich, bei der Befragung der Täter durch eine den Betrachter quälende (quälen sollende), auf dem gleichen Bild immer wieder beharrende, in Details bohrende Weise. Durch diese Form der Befragung entsteht nicht nur das Bild, sondern gewinnt es Plastizität, es wird nicht mehr befragt, sondern spricht. Und dieses sprechende Bild des Grauens kontrastiert mit der Gefühlskälte der deutschen Täter. (Besonders die Interviews mit Suchomel)

Zum anderen wird das Grauen eines mittlerweile nicht mehr sprechenden Ortes (das aufgeforstete Chelmno) mit einem des Grauens vollen Menschen (Simon Srebnik) kontrastiert. Dieser Kontrast wird dort beredt, wo Srebnik zwar spricht, jedoch verstummt: „wenn ich bleib leben, dann bin ich einer auf der Welt. Mehr keine Menschen ist nicht da, nur ich, einer." (S. 140)

Shoah ist ein Film der versucht das Grauen darzustellen, ohne den Orten oder den Worten zu trauen. Lanzmann weiß um das letzlich Unwiederbringliche von Gegenständlichkeit, Authenzität, um den unwiderbringlichen Verlust für das jüdische Volk sowie das Fortbestehen des Grauens.

Wenn man diesen Film, der für sich spricht (auch mit dem Titel Shoah, zu deutsch: großes Unheil, Katastrophe) weiter auf Begriffe bringen will, so kann man ihn einen zutiefst jüdischen Film nennen. Einen Film für das jüdische Volk.

Shoah ist kein die deutsche Seele entlastender Film, es ist kein das polnische Volk denunzierender Film. Es war Lanzmann nicht darum zu tun, einen in Polen lebendigen Antisemitismus zu „denunzieren" (wer davon wissen will, kann nachlesen), sondern das Umfeld zu zeigen, welches das Grauen ermöglichte, wie das Umfeld, in dem es sich bewegte. Dazu gehört *auch* die verbreitete Teilnahmslosigkeit vieler Polen gegenüber dem jüdischen Schicksal. (Es kommen auch anders gesinnte Polen zu Wort).

Baring und Nolte wollen es durch eine perverse Verkettung von Gedankenschritten, durch Vergleich von Unvergleichbarem erreichen, Täter zu schaffen. Das polnische Volk im Sinne des revanchistischen Teiles des deutschen Volkes zu denunzieren.

kt. gelingt es, indem er am Charakter des Filmes vorbeigeht, Nebenaspekte zum Eigentlichen erhebt, Schilderung von Antisemitismus als Denunziation bezeichnet, ähnlich wie Nolte und Baring argumentierend, einen Täter zu schaffen: C. Lanzmann.

Roland, Westberlin

rung von Antisemitismus als Denunziation bezeichnet, ähnlich wie Nolte und Baring argumentierend, einen Täter zu schaffen: C. Lanzmann.

Roland, Westberlin

Unverständlich bleibt mir der Halbsatz am Schluß des Artikels: „als er (Stalin) eine Allianz mit Frankreich und Großbritannien hätte haben können". Gerade die Weigerung dieser beiden Staaten, eine Vereinbarung gegen den deutschen Faschismus zu schließen und die Weigerung Polens, den sowjetischen Truppen im Falle eines deutschen Angriffs den Durchmarsch durch polnisches Territorium zu erlauben, führte zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Die Kapitalisten Frankreichs und Großbritanniens wollten die Sowjetunion und Deutschland in einen lang andauernden blutigen Krieg hetzen, wo sie dann den Vorteil daraus gezogen hätten.

Selbst die letzten Gespräche mit französischen und englischen Abgesandten in Moskau waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil diese erst auf einem langsamen Schiff drei Wochen brauchten, um in Moskau einzutreffen, wo sie dann mitteilten, daß sie von ihren Regierungen keine Vollmachten bekommen hätten, einen Vertrag abzuschließen.

P.N., Bielefeld

Anm. d. Red.:
Die Darstellung,die Delegierten seien drei (oder auch mehr) Wochen per Schiff unterwegs gewesen, ist eine in Kreisen der Revisionisten beharrlich gehandelte Falschmeldung. Tatsächlich startete die britisch-französische Delegation am 6.8.39 mit dem Schiff, traf am 11.8. in der SU ein und nahm am 12.8. die Verhandlungen auf. Soweit Vollmachten fehlten, wurden sie telegrafisch nachgeholt. Das wahre Problem war, daß es gar nichts zu unterschreiben gab, da eine sachliche Einigung nicht möglich war. (Vgl. „Zwischen den Weltkriegen", Teil 5: Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, AK 250, S. 23ff., bes. Anm. 6)

nigung nicht möglich war. (Vgl. „Zwischen den Weltkriegen", Teil 5: Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, AK 250, S. 23ff., bes. Anm. 6)

Geschichtsklitterung

Betr.: „Die FAZ enthüllt: Kommunisten waren schuld an Auschwitz"

Liebe Genossen/innen,
zunächst finde ich es sehr gut, daß ihr das Thema der Geschichtsklitterung von rechts, ein Produkt der Wendepolitik aufgegriffen habt. Hier geht es wahrlich nicht um einen theoretischen Streit unter Historikern. Hier sollen konservative Pflöcke gesetzt werden in einer Auseinandersetzung, die uns heute alle betrifft. Faschismus — allein dieser Begriff gilt denen schon als anstößig — soll seiner angeblichen „Begleiterscheinungen" sprich Judenvernichtung usw. entledigt werden, um auch heute für Kapitalisten eine Alternative aus der Krise zu sein.

Ich habe in diesem Artikel aber vermißt, daß ihr genau den Sinn dieser Propaganda deutlicher aufzeigt. Außerdem könntet ihr mühelos diese Historiker als Epigonen der Faschisten entlarven, denn natürlich war der Faschismus eine Reaktion auf die Oktoberrevolution und die überall anschwellenden Massenaktionen des Proletariats der späten 20er Jahre. Niemand anderes als Hitler hat es vor den Großindustriellen immer wieder betont. Kurz: Der Faschismus war die Antwort des Kapitalismus auf die Gefahr der Arbeiterrevolutionen. Die Kapitalisten vernichteten Millionen Menschen, um der Vernichtung als Klasse zu entgehen. Die Herren Nolte, Fest, Stürmer und andere mehr zeigen mit ihren Ausführungen deutlich, daß die Bourgeoisie auch weiterhin dazu bereit ist, wenn wir sie nicht vorher als Klasse abschaffen.

Aus dem AK-Fundbüro

Vertrauen in die Seriosität der Berichterstattung unserer Zeitung über Bewegungsangelegenheiten setzt offenbar auch das Bonner Innenministerium. Für den Bericht „Linksextremistischer Einfluß auf die Vorbereitungen der ‚Großdemonstration' am 11. Oktober im Hunsrück" informierten sich die Beamten über die Rüsselsheimer Konferenz „Ziviler Ungehorsam" mangels Personal vor Ort aus dem AK. In dem Papier heißt es: „Der ‚Arbeiterkampf' (Nr. 272 vom 30.6.1986), Zeitung des ‚Kommunistischen Bundes' (KB), resümierte, bei dem Treffen sei ‚niemand aus den Hunsrücker Friedensinitiativen' zugegen gewesen. Als ‚sehr schwierig' seien die Möglichkeiten eingeschätzt worden, in dieser ‚konservativen Region' mit ‚Behinderungsaktionen' gegen Militäreinrichtungen Anklang zu finden. Der ‚lange Abschied vom ungehorsamen Sommer' sei damit wohl endgültig vollzogen."

***

Die grüne Bundestagskandidatin ist aus den Grünen ausgetreten. Der „Spiegel", vergnügte sich mit der Publikation von Teilen ihrer Austrittsbegründung. Daß die „Eigenproblematik der Umweltpolitik" im grünen Wahlprogramm „schlicht geleugnet" und „ein jämmerliches Wurmfortsatzleben in diesem Machwerk" führe, das, lesen wir, komme eben „dabei heraus, wenn sich die frühvergreisten KB-Fritzen und die Leute aus dem Sozialistischen Büro, die von Imperialismus-Theorie und zentralistischer Weltsicht nicht lassen können, unter die Ökos mischen und Programme mitschreiben." („Spiegel" Nr. 41/1986, 6.10.86)

Abschied vom jiddischen Cabaret



Jacques Halland, die quasi eine Hälfte des jiddischen Cabarets LiLaLo in Amsterdam, des letzten jiddischen Cabarets in Europa überhaupt — Jacques Halland streift uns mit schnellem Blick (der Teufel wollte, daß wir alle drei sogenannte Palästinensertücher trugen ...), zeigt auf meine prall gefüllte Tasche und bittet, „die Bombe in der Garderobe" abzulegen.

Jacques Halland: in Amsterdam geboren, Sohn eines niederländischen Malers, Enkel eines dichtenden Rabbiners. Ausbildung am Konservatorium in Paris, Pianist u.a. bei Django Reinhardt — jetzt Komponist, Texter, Conférencier und Pianist, gelegentlich auch Sänger des LiLaLo.

Zweiundzwanzig Uhr ist überschritten. Jacques Halland begrüßt die Gäste dieses Abends zuerst in jiddisch: „A gitn obend, libe leit," dann niederländisch, schließlich jiddisch und englisch gemixt. Hier ist zu Gast, wer in vielen Sprachen gejagt wurde — hier treffen sich die Letzten mit den Letzten vieler Länder.

Auftritt Jossy Halland. In Polen 1914 geboren, Tochter einer Operettendiva und eines Opernsängers, ging 1937 an das jiddische Theater in Warschau. Jossy (damals noch Regina Carla Louise Eichner) und Jacques Halland lernten sich 1939 in Amsterdam kennen, heirateten, flüchteten nach dem deutschen Einmarsch 1941 in die Niederlande nach Frankreich und schlossen sich dort der Résistance an (Jacques Halland wurde nach dem Krieg von General de Gaulle ausgezeichnet). 1959 kehrten beide nach Amsterdam zurück und eröffneten das LiLaLo (für mich, für sie, für ihn; hebräisch).

Wir erleben Jossy Halland im einundzwanzigsten Jahr des LiLaLo, 1980. „.... ir derft nicht gedenken de nebbich schlechte zeit — di sin scheint schejn, di blimlach blin, di veglain singen fain fir alle jiddisch leit ..." Der Grundton des ersten Liedes des Abends ist heiter, kalauerte Jacques Halland nicht zwischendurch: „erschte kataschtrofe", „zweite kataschtrofe" und „absoluut laatste kataschtrofe", was einige Zuhörer zu bedenkenlosem Lachen bringt, anderen aber zeigt, daß Heiterkeit, Lebensfreude untrennbar (geworden) sind von tiefer, allgegenwärtiger Trauer im jiddischen Lied, die wiederum nur „im Scherz" hervortritt. „Le chajim, le chajim fir alle jiddisch leit" — auf das Leben, auf das Leben für alle jiddischen Leut'. Einst allein ein guter Wunsch: Gesundheit, Glück. Heute?

Jossy Halland singt von den „kleinen kinderlach", die beim Rebbe das Alefbejs lernen, um später die Thora lesen und im Galut Trost in ihr finden zu können. In das eher melancholische Lied hinein spielt Jossy Halland, pralle Komödiantin, eine ganze Szene, in der sie Rebbe ist und kleines, unwissendes, gleichwohl dem Rebbe pfiffig spottendes Kind.

Überhaupt die Lieder von Kindern. „Papirossi", weint und schreit sie, „koift Papirossi." Der ganze Hunger und das Frieren eines kleinen Zigarettenverkäufers: „Papirossi? Papirossi?! Pa-pi-ros-siiii!!!" Jossy Halland ist „total besoffen" in Weinerts Lied von einer ebensolchen Hummel, die einen verglühenden Zigarrenstummel umschwärmt. Sie ist ganz die Wehmut und die Sehnsucht, wenn sie von der „jiddischen mame" singt; sie tanzt wie — nein, sie *ist* der Rebbe Elimejlach, der „gor stark frejlich" geworden ist, als ihm Flöte, Zimbeln und Pauken aufspielen.

Und sie selbst ist der Aufschrei: „'s

— nein, sie *ist* der Rebbe Elimejlach, der „gor stark frejlich" geworden ist, als ihm Flöte, Zimbeln und Pauken aufspielen.

Und sie selbst ist der Aufschrei: „'s

brennt, briderlech, 's brent! / Oj, onser orim schtetl brent! / ... Ist euch euer Städtel teuer, / nehmt die Eimer, löscht das Feuer, / löscht mit eurem eignen Blut, / beweist, daß ihr es könnt! / ... Steht nicht, Brüder, löscht das Feuer — / onser schtetl brent!"

1982 schlossen die Hallands ihr Amsterdamer Cabaret, der Zuspruch war zu gering geworden. Auch, so hieß es, würde das LiLaLo von amerikanischen Juden eher gemieden, da die Hallands sich nicht gegen die Sowjetunion wenden wollten. (Die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Offizialorgan der westdeutschen Judenheit, schrieb letztlich: „Daß die Hallands persönlich zur Linken neigen, ist kein Geheimnis.") Jossy und Jacques Halland unternahmen nun Gastspielreisen vornehmlich in der Bundesrepublik, die aufzusuchen sie sich bis etwa 1970 geweigert hatten. Noch im Frühling dieses Jahres gastierten sie in Westberlin und mehreren westdeutschen Städten, Jossy Halland trat mit Hanns Dieter Hüsch in einer Sendung des Saarländischen Rundfunks auf.

Zu Zeiten des LiLaLo wurde das Programm stets beschlossen mit Jossy Hallands Wunsch („in holländisch", wie Jacques Halland gelegentlich vorausschickte, „aber in einem etwas anderen Dialekt"): „Massel en broche voor de hele mischpoche" — Glück und Segen für die ganze Familie. Jossy Halland wird ihr „Massel en broche" nie mehr singen. Sie starb am 14. September im Alter von 72 Jahren während ihrer Ferien in den Pyrenäen. Mit Jossy Halland ist dahin das letzte jiddische Cabaret in Europa. Unwiederbringlich.

K., Hamburg

Discographie:
LiLaLo — jiddisches Cabaret in Amsterdam live — jossy & jacques halland 1 bzw. 2, Schuster Records (Leer), Nr. SST 30-1001 bzw. 30-1002 (je Platte ca. DM 25.-). Auschnitte aus dem jiddischen bzw. internationalen Repertoire. Live-Aufnahmen aus dem LiLaLo vom Mai 1969 (unbedingt zu empfehlen!)
LiLaLo — Jossy und Jacques Halland. Mameloschiade. Trikont US-08-0120. Größtenteils Live-Mitschnitte von einer Tournee der Hallands in der BRD 1981

Inhalt

Einkassiert! Zensur im Knast ....S. 23
Staat
Stammheim — zum Zweiten
Ein holländischer Anwalt korrigiert die